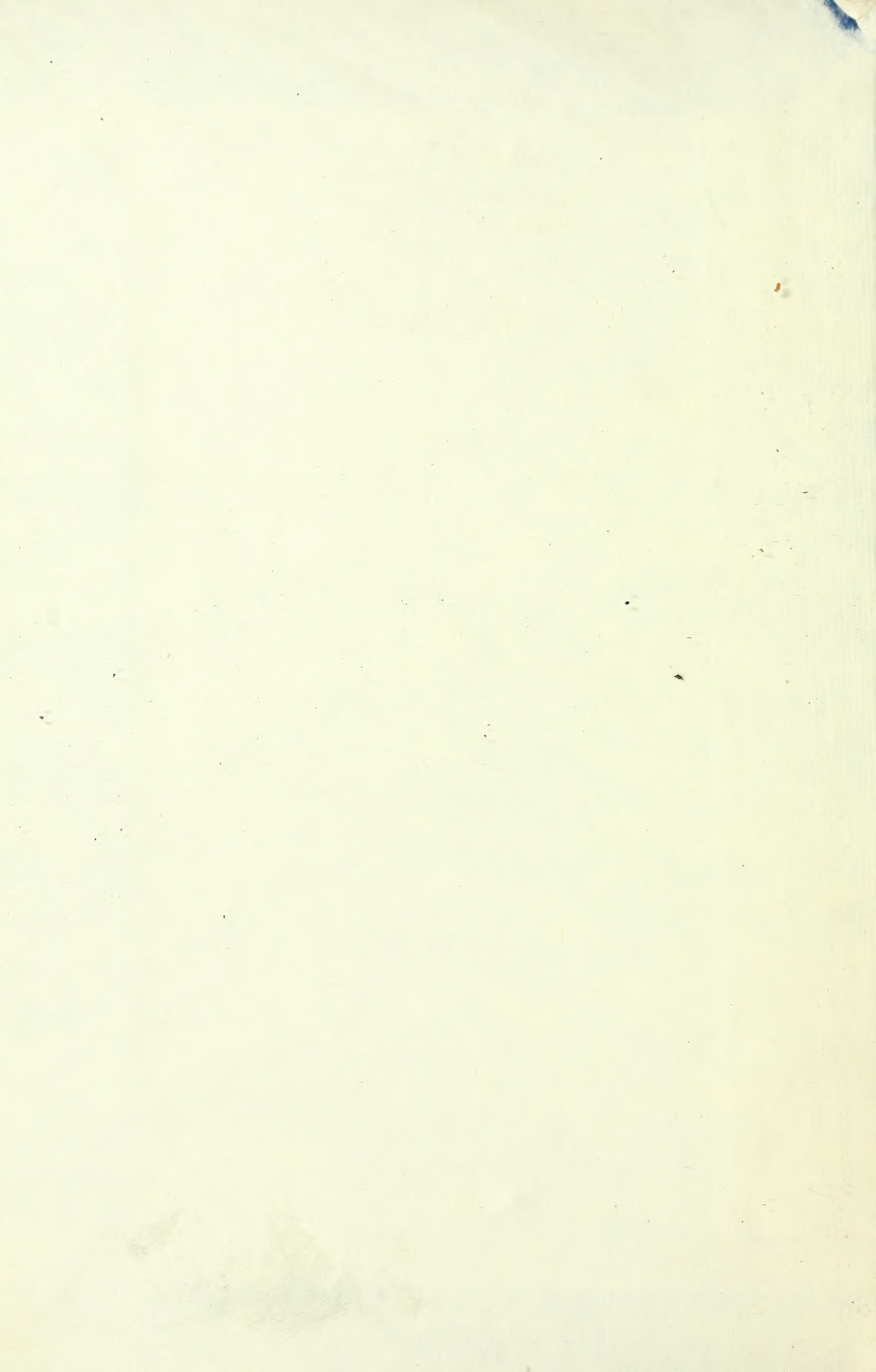
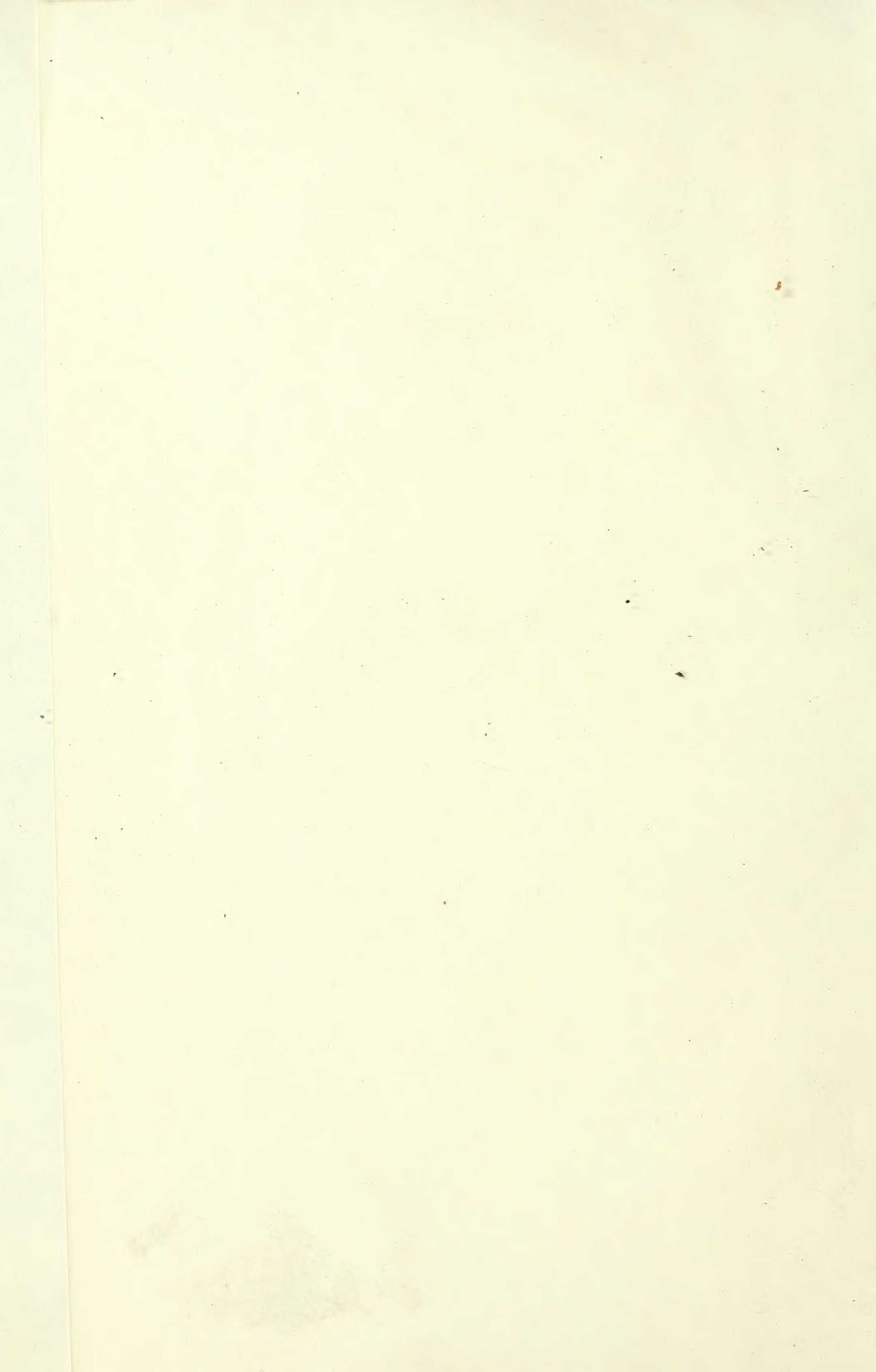
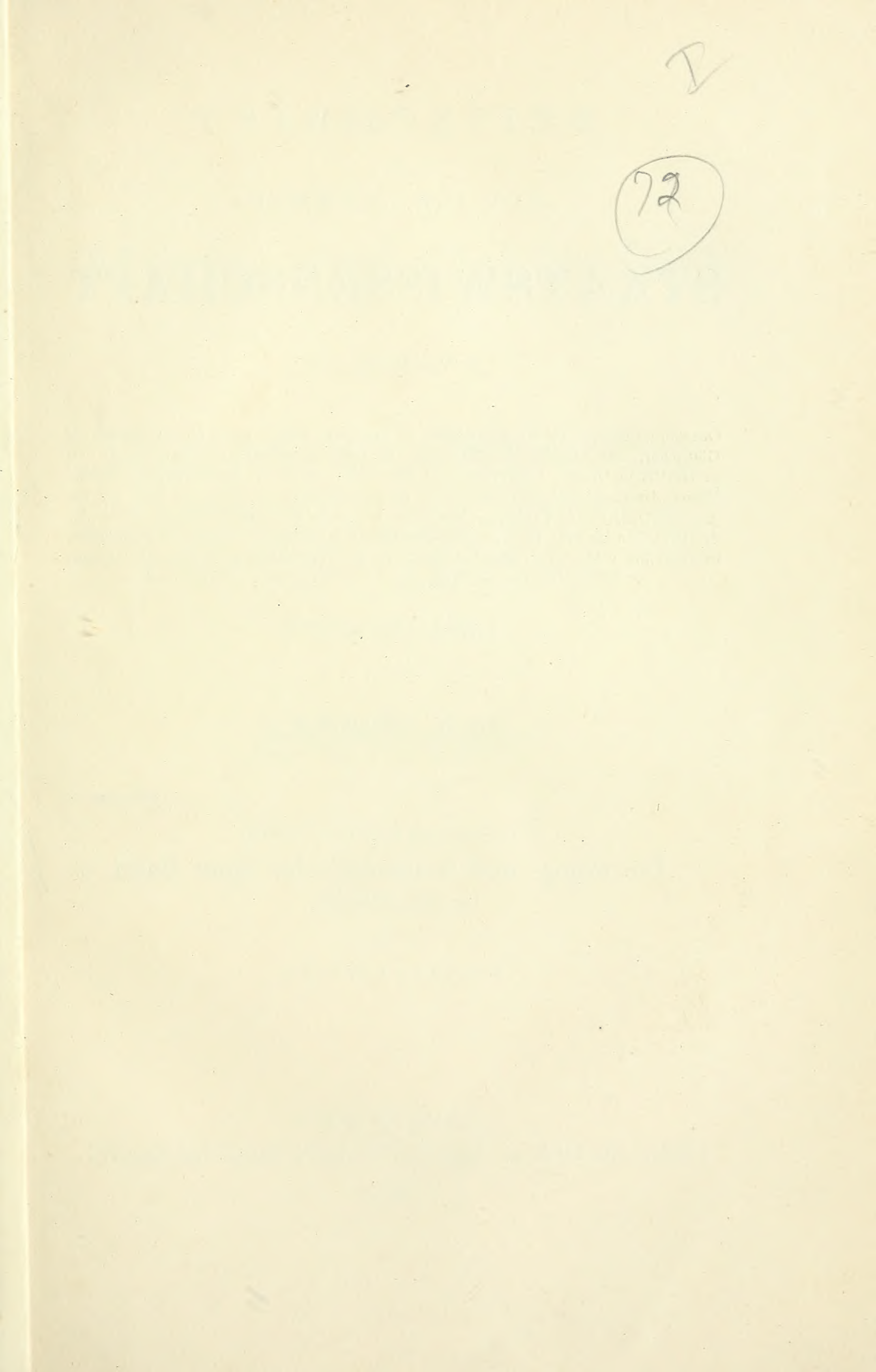








ZEITSCHRIFT

FÜR DIE GESAMTE

STAATSWISSENSCHAFT

In Verbindung mit

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr K. BÜCHER,

o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXIII.

Die Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter.

Von

Bernhard Harms.

TÜBINGEN
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1907.

Die

Münz- und Geldpolitik

der

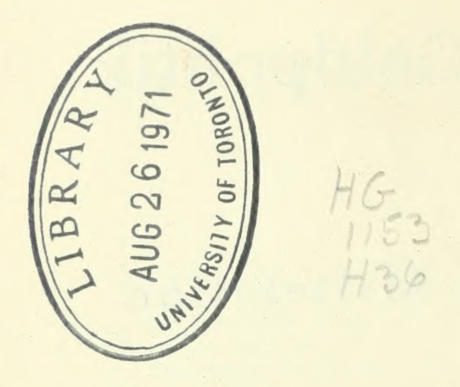
Stadt Basel im Mittelalter.

Von

Bernhard Harms.

Mit zwei Diagrammen

TÜBINGEN
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1907.

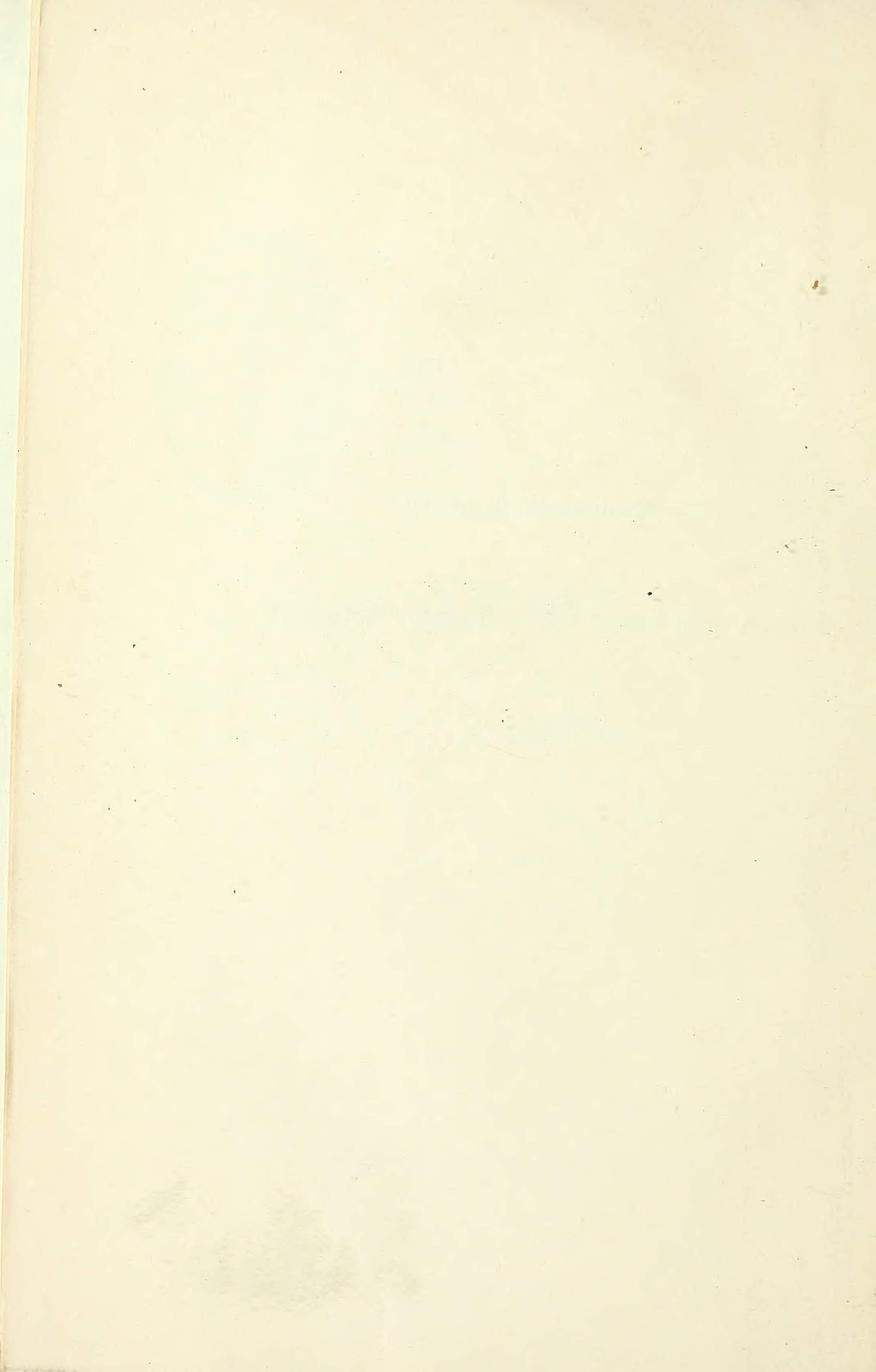


DRUCK VON H. LAUPP JR IN TÜBINGEN.

In Dankbarkeit zugeeignet

Herrn Professor Dr. Gustav Schleich

in Tübingen.



Vorwort.

Unter Mitbenutzung von Materialien, die in früheren Jahren Herr Staatsrat Prof. Dr. *von Schönberg* in Tübingen und Herr Dr. *August Bernoulli*, Direktor der Landesbibliothek in Bern, gesammelt haben, arbeite ich seit mehreren Jahren an einer Darstellung des Basler Stadthaushalts im ausgehenden Mittelalter. Dieses Werk, dessen erster Band druckfertig vorliegt, soll demnächst mit Unterstützung der Antiquarischen und Historischen Gesellschaft in Basel unter dem Titel: »Quellen und Studien zur Basler Finanzgeschichte im Mittelalter« zu erscheinen beginnen. Das Basler Staatsarchiv enthält neben ungewöhnlich vollzähligen Rechnungsbüchern eine Fülle von Finanzakten, die einen ziemlich klaren Einblick in den öffentlichen Haushalt Basels gestatten und vor allem das komplizierte, früh ausgebildete Steuerwesen vortrefflich beleuchten. Zu bedauern ist nur, dass dieser wertvolle Schatz erst mit dem Jahre 1362 einsetzt, weil der dem Erdbeben von 1356 folgende Brand die älteren Archivalien vernichtet hat. Anderseits sind in Deutschland gerade die letzten 150 Jahre des ausgehenden Mittelalters in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung von so hervorragender Bedeutung für die folgende Entwicklung gewesen, dass eingehende finanzpolitische Untersuchungen über ein zwar kleines aber trotzdem nicht unwichtiges politisches Gemeinwesen auch das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen dürfen.

Eines ergab sich bei diesen Studien nun sehr bald von selbst: Ohne eine möglichst genaue Darstellung des Münz- und Geldwesens in jener Zeit musste eine Bearbeitung finanzpolitischer Fragen notwendig unvollkommen bleiben. Es fehlte in dieser Beziehung zwar nicht an Vorarbeiten. Aber doch reichten sie alle

— weil zumeist rein numismatisch und mehr deskriptiv durchgeführt — nicht aus, um für eine wirtschafts- und finanzpolitische Darstellung die Basis bilden zu können. Es ergab sich deshalb für mich die Notwendigkeit, mir diese Grundlage selbst zu schaffen. In welchem Umfange ich hierbei die vorhandenen münzgeschichtlichen Arbeiten trotzdem verwerten konnte, ist in den nachfolgenden Ausführungen näher dargelegt worden.

Den ursprünglichen Plan, diese münz- und geldgeschichtlichen Untersuchungen dem grösseren Werke anzugliedern, habe ich bald aufgegeben, weil sie — fast gegen meinen Willen — einen Umfang annahmen, der zu demjenigen des Gesamtwerks, das sie doch nur einleiten sollten, in keinem richtigen Verhältnis stand. So entschloss ich mich zu einer Sonderausgabe, der zu meiner Freude Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. *Bücher* Asylrecht in den Ergänzungsheften zu seiner Zeitschrift gewährte. Immerhin will die Arbeit auch in ihrer jetzigen Form im wesentlichen wirtschafts- und finanzhistorischen Untersuchungen dienen, so dass sie von ähnlichen Darstellungen, die mehr der eigentlichen Münzkunde sich zuwenden, nicht unerheblich abweicht. Ich habe den ganzen Stoff sozusagen durch die Brille des Nationalökonomen gesehen, und dementsprechend festgehalten, was d i e s e m wichtig erschien. Den Anforderungen der »historischen Zunft« habe ich mich nur insoweit gefügt, als ich bei der wörtlichen Wiedergabe von Urkundenauszügen durchaus konservativen Editionsgrundsätzen gefolgt bin.

Angenehme Pflicht ist es mir, denjenigen Herren, die mich bei dieser Arbeit freundlichst unterstützten, aufrichtigen Dank zu sagen. Vor allem Herrn Staatsrat *von Schönberg,* der mir die Anregung zu den Basler Studien gegeben und dadurch mittelbar auch die vorliegende Arbeit veranlasst hat. Besonderen Dank schulde ich ferner Herrn Staatsarchivar Dr. *Rudolf Wackernagel,* der mir stets mit Rat und Tat unermüdlich zur Seite gestanden und meine Arbeiten in jeder erdenklichen Weise gefördert und beeinflusst hat. Unter seiner freundlichen Führung in den Akten des mustergültig geordneten Basler Archivs zu wühlen, war eine wirkliche Lust. Während meines wiederholten monatelangen Aufenthalts in Basel war es mir vergönnt, Herrn Dr. *Wackernagel* auch menschlich näher zu treten und in den Kreis seiner Familie eingeführt zu werden. Die traulichen Stunden am »Brunngässle« und auf dem Wenkenhof werden mir allezeit unvergesslich bleiben.

Nicht unerwähnt lassen darf ich an dieser Stelle Herrn Archiv-Assistenten Dr. *Huber*, dem ich für seine vielfachen Bemühungen im Interesse meiner Arbeit ebenfalls zu grossem Danke verpflichtet bin. —

Zugeeignet habe ich dieses Buch Herrn Prof. Dr. *Schleich* in Tübingen. Mich drängte dazu ein Doppeltes. Einmal die Erinnerung an gemeinsame Tätigkeit im Dienste vaterländischer Wohlfahrt. Dann aber tiefempfundener Dank gegen den Arzt, der meiner Frau in schwerer Krankheit zur Seite gestanden und sie vor Schlimmem behütet hat. Dieser Dank wurzelt so tief, dass Worte nicht hinreichen, ihm Ausdruck zu geben.

Jena im Februar 1907.

Bernhard Harms.

Inhaltsverzeichnis.

Verzeichnis der wiederholt zitierten Literatur.

Albrecht, Joseph, Mitteilungen zur Geschichte der Reichsmünzstätten zu Frankfurt, Nördlingen und Basel in dem zweiten Viertel des fünfzehnten Jahrhunderts, insbesondere während ihrer Verwaltung unter Konrad von Weinsberg, dem Reichs-Erbkämmerer. Heilbronn 1835.

Altmann, Die Urkunden Kaiser Sigmunds. Innsbruck 1896 ff.

Amiet, J. J., Die französischen und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters, namentlich in der Schweiz. (Jahrbuch für Schweizerische Geschichte, Bd. 25.)

Bernoulli, August, Basel im Kriege mit Oesterreich 1445—1449. 61. Neujahrsblatt, herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen. 1883.

Derselbe, Basels Anteil am Burgunderkriege I—III. 76.—78. Neujahrsblatt. 1898 bis 1900.

Derselbe, Basler Chroniken. Herausgegeben von der Historischen Gesellschaft in Basel.

Beyschlag, D. E., Versuch einer Münzgeschichte Augsburgs in dem Mittelalter, nebst Beiträgen zur Münzgeschichte der übrigen Alemanisch-suevischen Lande in dem nämlichen Zeitraume. Stuttgart-Tübingen 1835.

Bossert, G., Aus dem Weinsbergschen Archiv in Oehringen für die Zeit 1415—1448. (Archivalische Zeitschrift, herausgegeben von Franz von Löher, 7. Bd. 1882.)

Cahn, Julius, Der Rappenmünzbund; eine Studie zur Münz- und Geldgeschichte des oberen Rheintals. 1901.

Derselbe, Münz- und Geldgeschichte Strassburgs im Mittelalter.

Dannenberg, Hermann, Die deutschen Münzen der sächsischen und fränkischen Kaiserzeit. 1876 1898. 3 Bde.

Dierauer, Johannes, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1887.

Eheberg, Ueber das ältere deutsche Münzwesen und die Hausgenossenschaften. 1879.

Eidgenössischen Abschiede, die, Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede.

Fechter, Basel im XIV. Jahrhundert.

Friedländer, Julius, Unedierte Mittelaltermünzen. (Zeitschrift für Numismatik, V. Bd. 1878.)

Geigy, Alfred, Katalog der Basler Münzen und Medaillen der im historischen Museum zu Basel deponierten Ewigschen Sammlung. Basel 1899.

Gengler, Codex juris municipalis Germanici medii aevi. Erlangen 1863.

Hallauer, Der Basler Stadtwechsel 1504—1746. 1904.
Haller, Schweizerisches Münz- und Medaillenkabinett.
Hanauer, Études économiques sur l'Alsace ancienne et moderne. 2. Bd. 1876.
Herrgott, Genealogia Diplomatica Augustae Gentis Habsburgicae. MDCCXXXVII.
Heussler, *Andreas*, Verfassungsgeschichte der Stadt Basel im Mittelalter. 1860.
Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. III.
Lamprecht, *Karl*, Wirtschaftsleben im Mittelalter, 2. Bd.
Lichnowsky, Geschichte des Hauses Habsburg.
Luschin von Ebengreuth, *A.*, Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters und der neueren Zeit, 1904 (V. Abt. des von *G. von Below* und *Meinecke* herausgegebenen »Handbuchs der mittelalterlichen und neueren Geschichte«).
Matile, Monuments de l'histoire de Neuchatel; 1844.
Meyer, *H.*, Die Brakteaten der Schweiz. Zürich, 1845.
Morel-Fatio, *A.*, Monnaies suisses de la trouvaille de Saint-Paul frappées à Zurich, Bâle etc. au XI. siècle. (Extrait de la »Revue numismatique« 1849, Blois 1850.)
Münch, *A.*, Die Münze zu Laufenburg (Argovia, Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau. VIII. S. 319—419).
Ochs, *Peter*, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel. 1786 ff.
Rappoltsteinisches Urkundenbuch. Herausgegeben von Karl Albrecht, Colmar 1891.
Rechtsquellen von Basel Stadt und Land. Basel 1850 ff.
Sattler, Der Goldgulden der Reichsmünzstätte in Basel. (Bulletin Suisse de numismatique Bd. I u. II.)
D e r s e l b e: Zur Geschichte der Reichsmünzstätte zu Basel. (Basler Jahrbuch 1879.)
Schönberg, *Gustav*, Die Finanzverhältnisse der Stadt Basel im Mittelalter, 1878.
Schöpflin, Alsatia diplomatica.
Schreiber, *Heinrich*, Geschichte der Stadt und Universität Freiburg. 1857—59.
Soetbeer, Beiträge zur Deutschen Geschichte des Geld- und Münzwesens in Deutschland. (Beiträge zur Deutschen Geschichte, Bd. II, IV u. VI.)
Stumpf, *Karl Friedrich*, Die Reichskanzler vornehmlich des X., XI. und XII. Jahrhunderts. 1865.
Tillier, Geschichte des Freistaats Bern.
Trouillat, Monuments de l'ancien éveché de Bâle.
Urkundenbuch der Stadt Basel. 1890 ff.
Urkundenbuch der Stadt Freiburg. 1828 ff.
Wackernagel, *Wilhelm*, Das Bischofs- und Dienstmannenrecht der Stadt Basel. 1852.
Witte, *Heinrich*, Zur Geschichte der Burgunderkriege. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. N. F. I—X.

I.

Zur Geschichte des Basler Münzwesens im 11.—13. Jahrhundert[1]).

Die Münzgeschichte Basels weist bis zum ausgehenden Mittelalter drei Perioden auf: Die fränkisch-burgundische, die bischöfliche und die städtische. Urkundliche Ueberlieferungen, die uns über das Münzwesen jener ältesten Periode Auskunft geben könnten, sind nicht vorhanden. Wohl aber wissen wir aus einer ganzen Reihe von erhaltenen Münzen, dass in Basel unter Ludwig dem Frommen (814—840), vor allem aber unter Konrad dem Friedfertigen von Burgund (937—993) königliche Denare und Brakteaten geschlagen worden sind. Die Beschreibungen dieser Münzen sind in umfassendster Weise in den bekannten Werken von *H. Meyer* über die Brakteaten der Schweiz[2]) und *Hermann Dannen-*

1) Das Wichtigste aus der allgemeinen Münzkunde und Münzgeschichte des Mittelalters muss in der vorliegenden Untersuchung vorausgesetzt werden. Als empfehlenswerte Einführung in dieses Gebiet ist jetzt vor allem zu nennen: *A. Luschin von Ebengreuth:* Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters und der neueren Zeit. 1904. (V. Abt. des von *v. Below* und *Meinecke* herausgegebenen »Handbuchs der mittelalterlichen und neueren Geschichte«.) Eine instruktive, mitunter freilich zu sehr generalisierende Uebersicht über das mittelalterliche Münz- und Geldwesen gibt *Inama-Sternegg*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte III[2]. S. 363 ff. Dass endlich die ausgezeichneten Untersuchungen *Lamprechts* über das Geldwesen in seinem »Wirtschaftsleben im Mittelalter« (II S. 424 ff.) immer noch zu den hervorragendsten Erkenntnisquellen auf diesem Gebiete gehören, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Im übrigen wäre hier noch zu nennen: *Soetbeer,* Beiträge zur Geschichte des Geld- und Münzwesens in Deutschland (Beiträge zur Deutschen Geschichte, Bd. II, IV u. VI). Auf die einschlägigen Werke von *Mader*, *Dannenberg*, *Eheberg* u. a. wird weiter unten zurückzukommen sein. Von älteren Schriftstellern für die speziellen Verhältnisse des oberrheinischen Gebietes ist das zwar heute in vielen Punkten überholte, aber reiches Material umschliessende Werk von *Hanauer* zu nennen: »Études économiques sur l'Alsace ancienne et moderne«. 2 Bde. 1876.

2) *H. Meyer*, Die Brakteaten der Schweiz. Mit drei Münztafeln. Zürich. 1845.

berg über die deutschen Münzen der sächsischen und fränkischen Kaiserzeit [1]) niedergelegt [2]). Es mag an dieser Stelle genügen, auf jene Untersuchungen, vor allem auf die erschöpfenden Darlegungen *Dannenberg*s hinzuweisen.

Wann das Münzrecht in bischöflichen Besitz übergegangen ist, lässt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Da indessen nach Conrad dem Friedfertigen keine Basler Königsmünzen mehr bekannt sind, ist anzunehmen — und die politische Geschichte Basels macht es wahrscheinlich —, dass Bischof Adalbero II. (999 bis 1025) das Münzregal an sich brachte. Eine Urkunde, welche dem Bischof das Münzrecht verleiht, ist nicht erhalten, wohl aber zeigen zahlreiche Bischofsmünzen aus der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts — darunter als älteste solche von Adalbero II. —, dass die Bischöfe das Münzrecht tatsächlich ausübten. Hierauf deutet auch eine Urkunde Konrads II. (1024—27 König, bis 1037 Kaiser) aus dem Jahre 1028, die dem Bistum Basel die Ausbeute der Sil-

S. IX u. 59 ff. Dieses Werk, das von vielen schweizerischen Lokalhistorikern heute noch unbesehen ausgeschrieben wird, muss kritisch benutzt werden, da die neuere Forschung es in wesentlichen Punkten überholt hat.

1) *Hermann Dannenberg*, Die deutschen Münzen der sächsischen und fränkischen Kaiserzeit. 1876—1898. Bd. I. S. 363 ff.; Bd. II. S. 671; Bd. III. S. 809. Für die ältere Basler Münzkunde kommen ferner u. a. in Betracht: *H. Meyer*, Die Denare u. Brakteaten der Schweiz. Neue Bearbeitung. Mit 3 Münztafeln. *Alfred Geigy*, Katalog der Basler Münzen u. Medaillen der im historischen Museum zu Basel deponierten Ewigschen Sammlung. Basel 1899. (Mit Literaturangaben auf S. XIII—XVI.) *Julius Friedländer*, Unedierte Mittelaltermünzen. König Konrad der Friedfertige von Burgund in Basel. In der »Zeitschrift für Numismatik«. V. Bd. Berlin 1878. *A. Morel-Fatio*, Monnaies suisses de la trouvaille de Saint-Paul frappées à Zurich, Bâle etc., au XI. siècle. (Extrait de la »Revue numismatique« 1849) Blois 1850. *D. E. Beyschlag*, Versuch einer Münzgeschichte Augsburgs in dem Mittelalter, nebst Beiträgen zur Münzgeschichte der übrigen Alemanisch-suevischen Lande in dem nämlichen Zeitraume. Stuttgart-Tübingen 1835. S. 78 ff. *Mader*, Kritische Beiträge zur Münzkunde des Mittelalters. III. u. IV.

2) *Dannenberg* a. a. O. führt im I. Bd. S. 363 mehrere Basler Königsmünzen an, die er nach tiefgreifenden Untersuchungen auf Konrad den Friedfertigen von Burgund zurückführt. Er hat damit eine Kontroverse zum Abschluss gebracht, die in der einschlägigen Literatur lange Jahre hindurch spielte. Die meisten Schriftsteller haben nämlich jene älteren Königsmünzen auf Konrad II., den Salier, zurückgeführt, einige sogar auf den Hohenstaufenkaiser Konrad III. Zum Teil hat man sie auch auf die beiden letzteren verteilt. *Dannenberg* weist überzeugend nach, dass allein Konrad der Friedfertige von Burgund für diese Münzen anzusprechen ist. Vgl. die *Dannenberg*schen Untersuchungen in den »Berliner Blättern für Münz-, Siegel- und Wappenkunde«, Bd. V. S. 67. Ebendaselbst Bd. VI. S. 64 ff. Zu berichtigen ist *Hanauer* a. a. O. Bd. I. S. 81 ff.

berbergwerke im Breisgau verleiht [1]). Weitere Urkunden liegen erst für das XII. Jahrh. vor. Eine Bulle Papst Eugens III. vom Jahre 1146 bestätigt dem Bischof das jus monete in civitate Basilea et in toto episcopatu, sicut ipsa ecclesia ab initio sue fundationis donatione regum et imperatorum hactenus obtinuisse dinoscitur [2]). In scheinbarem Widerspruch hiermit steht eine Urkunde Konrads III. von 1149 [3]), die jene Geschenke aufzählt, welche Konrad dem Bischof gemacht hatte. Es heisst darin: Monetam quoque Basiliensem supradictus episcopus et omnes postmodum successores eius, ita specialiter et singulari impressione in civitate sua obtineat, dono regie maiestatis nostre, ut nullus extra civitatem in episcopio suo eam imitetur. *Heusler* und andere haben deshalb die Frage aufgeworfen, ob nicht etwa bis zum Jahre 1149 zwei Münzstätten in Basel bestanden haben könnten, eine königliche und eine bischöfliche, und bloss die letztere von Papst Eugen bestätigt, die erstere aber erst jetzt dem Bischof übertragen worden sei; *Heusler* selbst weist jedoch schon darauf hin, dass Belege für solche Annahme im 11. und 12. Jahrh. nicht zu finden sind. *Wilhelm Wackernagel* spricht sogar bestimmt aus, dass es in Basel »Jahrhunderte lang zwiefache Münzberechtigung« gegeben habe [4]). Das ist ganz zweifellos ein Irrtum, denn so spärlich die Quellen auch fliessen, das wissen wir heute bestimmt: Neben der bischöflichen Münze hat eine königliche nicht bestanden. Schon der Umstand, dass nach Konrad dem Friedfertigen überhaupt keine Königsmünzen bekannt sind, wohl aber aus dem 11. und 12. Jahrh. unzählige von bischöflichen Münzen, lässt jene andere Annahme als widerlegt erscheinen. Auch in den zahlreichen Kaufverträgen dieser Zeit ist immer nur die Rede von jenen Denaren,

1) Der Kaiser überträgt »quasdam venas et fossiones argenti in comitatu Bertholdi et in pago Brisichgouwe« zu ewigem Besitz an das Bistum Basel. Durch Heinrich IV. 1073 und Lothar II. 1131 bestätigt. Vgl. *Trouillat*, Monuments de l'ancien évêché de Bâle I. S. 161, 188 u. 258; *Herrgott*, Genealogia Diplomatica Augustae Gentis Habsburgicae. MDCCXXXVII S. 109; *Julius Cahn*, Der Rappenmünzbund; eine Studie zur Münz- und Geldgeschichte des oberen Rheintals. 1901. S. 5; *Dannenberg*, Die deutschen Münzen der sächsischen und fränkischen Kaiserzeit. Bd. I. S. 366. *Hanauer*. I. S. 83.

2) Vgl. *Trouillat*, Monuments de l'ancien évêché de Bâle, I. S. 295. *Cahn* a. a. O. S. 16. *Heusler*, Verfassungsgeschichte der Stadt Basel im Mittelalter. 1860. S. 11.

3) Gedr. bei *Trouillat* a. a. O. I. S. 313. Vgl. *Meyer* a. a. O. S. 60.

4) *Wilhelm Wackernagel*, Das Bischofs- und Dienstmannenrecht von Basel; 1852.

die heute als bischöfliche nachgewiesen sind. Von zweierlei Basler Pfennigen findet man nirgends etwas. Hätten aber gleich zeitig bischöfliche und königliche Münzen im Verkehr zirkuliert, so müsste dies aus den Kauf- und Schuldurkunden unbedingt hervorgehen. Später, als in Basel die rheinischen Goldgulden neben des Bischofs Münze im Verkehr waren, spiegeln fast alle Urkunden über Geldgeschäfte diese Münzverhältnisse wider. Ganz zweifellos würden auch in der älteren Zeit etwaige Doppelmünzen ihre Spuren in den auf uns gekommenen Verträgen hinterlassen haben. Die Urkunde von 1149 kann deshalb, trotzdem sie sich die Form der erstmaligen Verleihung gibt, weitergehende Rückschlüsse nicht rechtfertigen, sie bedeutet lediglich die Neubestätigung eines alten Rechts [1]).

Im Februar des Jahres 1154 bestätigt Friedrich I. dem Bischof Ortlieb von Basel das Münzrecht, fügt aber gleichzeitig hinzu, dass die Basler Münze wieder in ihrem alten Gewicht und Feingehalt hergestellt werden solle: »Igitur super monete Basilensium alteratione, que sui viluit levitate, impuritate, tenuitate, dilecti nostri Ortliebi Basiliensis episcopi, principum etiam cleri et populi simul iustis postulationibus assensum prebemus ut pondere, puritate in melius mutata eadem et inviolata in praedictis permaneat omni tempore; statuentes, ut nec praefatus episcopus, nullusve successor ejus, in praenominatis eam alterare praesumat, nullusve extra civitatem in episcopio suo consimili impressione eam imitari audeat« [2]) [3]). Von Friedrich I. ist uns übrigens aus

1) Uebrigens ist darauf hinzuweisen, dass die Fälle, in denen Bestätigungsurkunden sich an den Text der Vorurkunden halten und dadurch die Form erstmaliger Verleihung zeigen, ziemlich häufig sind. *Cahn* berichtet z. B. in seiner Münz- und Geldgeschichte Strassburgs (S. 5), dass ein Münzprivileg Ottos I. aus dem Jahre 974 für den Bischof Utho, trotzdem es sich in die Form erstmaliger Verleihung kleide, lediglich eine Erneuerung gewesen sei. Gleichzeitig führt er einen analogen Fall aus der Münzgeschichte Utrechts an.

2) Die Urkunde ist ohne Datum. Basel, Staatsarchiv; Bistum Basel A 1. Abgedruckt bei *Herrgott* a. a. O. II. S. 176. *Trouillat* a. a. O. I. S. 323. Vgl. *Karl Friedrich Stumpf*, Die Reichskanzler vornehmlich des X., XI. u. XII. Jahrhunderts. 1865. Nr. 3683. Ferner: Regesta des ehemaligen Hochstifts Basel von 999—1280 (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. IV. Bd. S. 215.) *Cahn*, a. a. O. S. 17. Die Urkunde ist verschieden datiert worden; *Herrgott* registriert sie 1152. Es steht jetzt aber fest, dass sie aus dem Jahre 1154 stammt.

3) Da bei den spärlichen Quellen auch das unscheinbarste Material herangezogen zu werden verdient, sei noch auf eine Urkunde aus dem 12. Jahrh. verwiesen, in welcher von einem Münzmeister des Bischofs die Rede ist. Eine undatierte Ver-

dem Jahre 1174 eine weitere auf die Basler Münze sich beziehende Urkunde erhalten, die mit aller Deutlichkeit zeigt, dass der Kaiser sich das Recht des Eingriffs in die Verwaltung des Stiftsguts trotz aller erteilten Privilegien zu wahren wusste. Auf Grund einer Klage des Domkapitels über Verschleuderung des Stiftsguts entscheidet der Kaiser, dass der Bischof Bann, Zoll und M ü n z e nebst zwei kleineren Rechtsamen ihm, dem Kaiser, dem Schultheissen und dem Vicedom von Basel übergeben soll (bannum, monetam et theloneum . . . a sua potestate et possessione per manum nostram (des Kaisers) separans nobis et Hugoni vicedomino et Hugoni sculteto donavit), welche dann mit Rat vier anderer Dienstleute jährlich aus den Einkünften jener officia Pfänder im Betrage von 300 Pfund lösen sollen. Ausserdem muss der Bischof eidlich versprechen, ohne die Zustimmung des Kaisers, der Domherrn und Dienstleute nichts zu veräussern oder zu Lehen zu geben. Der Kaiser erklärt jede in anderer Form geschehene Belehnung für ungültig [1]).

Auch aus dem 13. Jahrhundert besitzen wir nur wenige die Münze betreffenden Nachrichten. In einer Urkunde aus dem Jahre 1218 (September) bestätigt König Friedrich II. dem Bischof Heinrich von Thun in Basel alle Rechte und Ehren seiner Amtsvorgänger, insbesondere seine Rechte in den Städten Basel und

---

fügung, die ziemlich zweifellos von dem Bischof Heinrich von Horburg und aus den Jahren 1185—1190 stammt, regelt die Befugnisse und Einkünfte des Vogts, bezw. zieht die Grenze zwischen diesen und den Gerechtsamen des Bischofs. Der Vogt wird hier verpflichtet, in bestimmten Terminen dem Bischof 300 Mark und dem Rat 100 lb. zu bezahlen; erstere sind an den Kämmerer und den M ü n z m e i s t e r abzuführen (Ista peccunia debet dari camerario et moneterio). Die Urkunde ist gedruckt im Urkundenbuch der Stadt Basel I. S. 40. Vgl. *Ochs*, I. S. 290, der ein falsches Datum angibt; *Heusler* a. a. O. S. 101. Vgl. *Trouillat* I. S. 509, Nr. 339. Endlich sei noch auf eine Urkunde aus dem Jahre 1213 verwiesen: Bischof Lütold bestimmt die Verteilung einer Geldsumme, welche Graf Rudolf ihm für die Vogtei schuldet; unter den Empfängern wird der M ü n z m e i s t e r Bercholdus genannt: »Bercholdo monetario IIII or«. Wie schon *Ochs* I. S. 280 richtig bemerkt, ist diese Urkunde das älteste Zeugnis für die Schuldenwirtschaft der Bischöfe; es werden nämlich in ihr einige Gläubiger des Bischofs Lütold aufgezählt, die aus der Schuld des Grafen Rudolf befriedigt werden sollen. Wir hören, dass der Bischof den goldenen Kelch verkauft hatte, und einem Juden der bischöfliche Ring und ein seidenes Gewand versetzt waren (Urkundenbuch der Stadt Basel I. S. 56).

1) Die Urkunde ist gedruckt bei *Trouillat* a. a. O. Bd. I. S. 353 ff. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 45 ff., der in Verbindung mit der Hof- und Heersteuer diesen Vorfall ausführlich bespricht.

Breisach, darunter das Münzrecht[1] [2]). Die weiteren münzgeschichtlichen Ereignisse zeigen, dass durch diese Bestätigung jene ältere, die Bewegungsfreiheit des Bischofs einengende Entscheidung Friedrichs I. als aufgehoben betrachtet wurde.

Die weitaus wichtigste Quelle für das Münzrecht der Basler Bischöfe ist das Bischofs- und Dienstmannenrecht, von dem uns eine deutsche Aufzeichnung, die *Wackernagel* in die Mitte des 13. Jahrhunderts datiert hat, in Abschrift vorliegt. Zwei Abschnitte, VII und VIII, dieses eminent wichtigen Dokuments beschäftigen sich mit dem Münzrecht [3]). Als das hervorragendste Zeugnis über das Basler Münzrecht im Mittelalter führe ich die beiden in Betracht kommenden Paragraphen des Bischofsrechts hier an.

§ 7 Den bischove erteilt man ouch, swenne er niuwe herre wirt, daz er wol mag geben eine niuwe múnze unde dannen hin, ob er sin niht wolt enbern, jerlich eine [4]). Swenne er abir eine mit rat siner brůder, der gotshus dienstmann und burger uz gegit, in der swere und in der gůte, als er si ůz git, also sol si stan unz an daz ende und niht lihtern in dem gebreche. Und sol si der múnzemeister bihůten mit helfe des bischoves in der stat und in dem lande und in dem bistům und ouch ze Brisach, wand ouch diu des bischoves ist und nach dierre stan sol, und sol den vals ane griffen an allen steten, da ern vint, in dem bistůme, ze Brisach joch ůf den wechselbanke ze Basil und den falsch von den wegen tůn und von den liben, die schuldich sint, nach rehte vordern geriehte (lies: vúrdern geriehte). Ouch sol nieman han silberwage noch gelôte wan die wehseleere, die wehsilrehte

1) Staatsarchiv, Grosses Weissbuch fol. 90. Vgl. *Trouillat* I. S. 473 f.

2) Am 22. Januar 1260 verleiht das Stift von St. Peter ein von Johann dem Münzmeister zu Erbe besessenes Haus auf geschehene Resignation wiederum ihm und seiner Frau. Vgl. Urkundenbuch a. a. O. I. S. 281.

3) Abschriften der Aufzeichnung, deren Original verloren gegangen ist, befinden sich im bischöflichen Archiv in Bern (Codex diplomaticus ecclesiae Basiliensis fol. 88 b—93 ff.), im geheimen Hof- und Hausarchiv zu Wien, auf der Bibliothek in Basel und im Staatsarchiv dieser Stadt (Codex Basiliensis). Im Jahre 1852 hat *Wilhelm Wackernagel* die Handschrift ediert und mit Kommentar versehen: »Das Bischofs- und Dienstmannenrecht von Basel«. In den »Rechtsquellen von Basel« ist die Aufzeichnung ebenfalls enthalten (Bd. I. S. 6).

4) Zu beachten die Uebereinstimmung mit dem Sachsenspiegel und dem Schwabenspiegel. »Pennige sal man vernien, alse nie herren komet« (Sachsenspiegel, Landrecht 2, 26). »Alte phennige sol man nicht verslahen, wan sô ein niwer herr kumt.« (Schwabenspiegel, Landrecht 165, 1.)

hant, und die goltsmide ze irme hantwerke unz an zwo march. Die selben weseler sulen niemanne wegen, wan daz si kőffent silber in die múnze, daz ander sol man allez wegen ze vron wage in der múnze. Ouch sulen si enhein silber verkőfen wan in die múnze oder swer daz tůt, der bůzzet driu phunt. Swa man ouch silber kőfet oder verkőffet, da ist man schuldich dies slegschazis, von der marche vier pfennige, wan an disen dingen, da tůmherren, pfaffen, gotshus dienstman oder burger umbe eigen, biteverte oder herverte, hileiche oder rossen silber chouffent.

§ 8. Ouch sol man daz wizzen, swenne und swie dicke und swelre stunde der bischof wil, so sol er die múnze versůchen und daz also. Der scholteizze mit zwein oder drin biderben mannen, unverwent und ane wizende des múnzemeisters, sol gan in die múnzze, unde da der múnzzemeister ist bereitende und ůzzellende phennige, da sol er cripfen bereiter phennige ein hant vol und mit stracken armen tragen danne und versůchen vor dem bischove oder da biderbe iúte sint, ze wage mit gelőte und ouch ze vúre. Vint man an der ganzer marche zem gelőte unrehtes umbe vier phennige oder drůnder, daz gat den múnzzemeister niht an sin ere oder sinen lip. Ist aber út mer dar úber, daz (lies: daz ist) der valsch. Zem vúre sol man ouch die phennige versůchen, und úb man archwenich vint da amme schillinge gebrosten (lies: gebresten) und abeganges zwei gersten chorn, daz gat im aber niht an sin ere. waz dar úber were, daz ist der valsch.

Der Bischof war demnach berechtigt, bei Antritt seiner Würde und nötigenfalls jährlich eine neue Münze auszugeben. In der Zwischenzeit musste der einmal bestimmte Münzfuss beibehalten werden. Der Münzmeister wachte mit Unterstützung des Bischofs über die Münze der Stadt und im Bistum, dass sie nicht »geleichtert« werde. Falschmünzer wurden mit dem Tode bestraft (gesotten). Damit niemals des Silbers zu wenig wurde, waren die Wechsler gehalten, alles Silber, das in ihre Hände gelangte, dem Münzmeister anzubieten, und erst, wenn er es nicht haben wollte, durften sie es an andere geben. Die Silberwage zu führen waren nur die Wechsler berechtigt. Doch durften auch diese das Silber nur dann selbst wiegen, wenn sie es für die Münze kauften. Für den gesamten übrigen Silberhandel musste die bischöfliche Fronwage gegen Entrichtung des Schlagschatzes — vier Pfennige von der Mark — benutzt werden.

Nicht erhoben wurde der Schlagschatz, wenn Domherrn, Geist-

liche, Gotteshausdienstleute und Bürger zum Erwerb von Grundeigentum, für Reisegeld auf Wallfahrten und Heerzügen, für Vermählungsfeste und ritterliche Ausrüstung Silber kauften. Zuwiderhandeln gegen diese Bestimmungen unterlag einer Busse von 3 lb. Der Bischof konnte, so oft er wollte, die Münze durch den Schultheissen »nebst 2 oder 3 ehrbaren Leuten« untersuchen lassen. Für alle Minderausprägungen über ein bestimmtes Passiergewicht hinaus wurde der Münzmeister verantwortlich gemacht.

— In Verbindung hiermit ein Wort über die Basler Hausgenossen. Die Hausgenossenschaften sind wiederholt Gegenstand eingehendster Untersuchungen geworden. Namentlich die noch immer unüberholt dastehende Arbeit *Ehebergs*[1]) hat ihre volkswirtschaftliche Bedeutung grundlegend gewürdigt. In den Rahmen der vorliegenden Arbeit gehört, wie zu zeigen sein wird, eine erschöpfende Darstellung der einschlägigen Basler Verhältnisse nicht hinein. Nur einige Besonderheiten seien an dieser Stelle hervorgehoben.

Vor allem ist darauf hinzuweisen, dass die Hausgenossen in Basel zu den Zünften gehörten[2]), während sie sich in andern Städten (z. B. Speier) gegen ihre Zünftigkeit mit Händen und Füssen wehrten. Dem Range nach gehörten die Hausgenossen in Basel zu den vier Herrenzünften, innerhalb deren sie ursprünglich an erster, später an zweiter Stelle standen.

Ueber die Ursachen dieser Sonderstellung der Basler Hausgenossen ist in der einschlägigen Literatur eine Version verbreitet, die total falsch ist. Soweit ich sehe, hat zuerst *Wilhelm Arnold* in seiner Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte (1854) die Behauptung aufgestellt, dass der Bischof von Basel nicht wie in andern Städten die königliche Münze samt dem Personal übernommen habe, sondern seine Münze völlig neu einrichten musste. Da er demgemäss auch keine Münzer überliefert erhalten habe, die ihre Tätigkeit nur unter veränderter Herrschaft fortgesetzt hätten, sei er darauf angewiesen gewesen, selbst eine Gesellschaft zu schaffen, der er die Ausübung des Münzrechts und die Verwaltung desselben übertragen konnte. Der Bischof habe nun diejenigen Handwerker gewählt, welche zu einer derartigen Beschäftigung am tauglichsten waren: die Gold- und Silberschmiede.

---

1) *Eheberg*, Ueber das ältere deutsche Münzwesen und die Hausgenossenschaften. Leipzig 1879.

2) *Keutgen*, Aemter und Zünfte, behauptet S. 92: »Umgekehrt haben die Münzergenossenschaften sich niemals zu Zünften entwickelt und entwickeln können« (!) Auch die übrigen Ausführungen *Keutgens* über die Münzverwaltung im Mittelalter (S. 90 ff.), zeigen, dass *K.* in diesen Dingen weniger gut unterrichtet ist. Vgl. die Besprechung von *Siegfried Rietschel* in der Vierteljahrsschrift für Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Bd. II. S. 331.

Diese Darstellung hat 25 Jahre später ziemlich wörtlich *Eheberg* übernommen (S. 121), und seitdem ist sie unbesehen in die einschlägige Literatur übergegangen. Noch im vorigen Jahre hat sie *Hallauer* in seiner Arbeit über den Basler Stadtwechsel einfach abgedruckt. Um so schärfer muss darauf hingewiesen werden, dass diese Auffassung völlig unhaltbar ist. Wir haben gesehen, dass in Basel schon im ersten Viertel des 11. Jahrh. die Bischöfe das Münzregal hatten, und dass daneben keine königliche Münze bestanden hat. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass auch in Basel der Bischof die königliche Münze übernommen hat, und deshalb von einer Neueinrichtung nicht die Rede sein kann. Jene unglückselige Fassung der Urkunde von 1149, die in der Basler Münzgeschichte auch sonst zu den grössten Irrtümern geführt hat, ist auch für diese Kombination verantwortlich zu machen. Wenn *Arnold* freilich noch einen Schritt weiter geht und sagt (Bd. I. S. 272), dass es »in Basel gar keine Münze gab, als der Bischof das Münzrecht erwarb«, so ist das natürlich erst recht falsch.

Die Frage, welchen Ursachen die rechtliche Sonderstellung der Basler Hausgenossen zuzuschreiben ist, ist demnach bis auf weiteres ungelöst. Vielleicht darf in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen werden, dass die Basler Hausgenossen überhaupt eine andere Stellung eingenommen haben als diejenigen der übrigen Städte. Ueber Rechte und Pflichten der Hausgenosseninnung unterrichtet uns eine Urkunde vom 21. April 1289, in der Bischof Peter die Innung bestätigt[1]. Anerkannt wird hier, dass die Hausgenossen allein das Recht auf den Wechsel besitzen und sie allein die Befugnis haben, Wage und Gewicht der Wage zu halten. Nur die Goldschmiede erhalten, was ja auch aus dem Bischofsrecht hervorgeht, eine Ausnahmestellung zuerkannt[2]: bis zum Gewicht von 4 Mark (im Bischofsrecht 2 Mark) dürfen sie Silber kaufen. Das Wechselrecht ist erblich[3], doch hat der Bischof das Recht, »das er einen ersamen mann mag setzen inn

1) Vgl. *Heusler*, a. a. O. S. 58; *Ochs*, II. S. 129 publiziert eine Urkunde von Bürgermeister und Rat der Stadt Basel aus dem Jahre 1300, in der gesagt wird, dass dieser Bestätigungsbrief zu unrecht das Stadtsiegel trage und auch die Namen der Zeugen fingiert seien. Der Bestätigungsbrief der Hausgenossen ist in den von *Basilius Amerbach* zur Zeit des Streits mit dem Bischof Blarer (vgl. S. 32, Anm. 2) angelegten 5 Bänden von Exzerpten »Chartae Amerbachianae« in Uebersetzung verzeichnet (D. 590). Gedr. im Urkundenbuch Bd. II. S. 366 ff. Vgl. auch *Hallauer*, Der Basler Stadtwechsel 1504—1746. S. 21 ff.

2) »dess errsten die wechsler, die da sollent haben gerechtikeit ze wechsseln, sind schuldig ze wechsseln und wag und gewicht der wagen ze haben, sust soll keyn anderer wechsel triben noch wag und gewicht haben inn der statt Basel, dann alleyn goldschmid, welichen solichs ze tunde und zu ir kunst ze haben gezympt bis zu vier marck und nit witter«.

3) »Und soll keyn anderer zu dem genanten wechsselrecht gelassen werden, dann der genanten wechsler eheliche sün.«

einen wechsel oder wechselbanck«. Im übrigen war für die Aufnahme Einstimmigkeit erforderlich. Die Wechslerbank hatte das Vorrecht der Immunität; unter dem Dache des Wechslers konnte niemand vor Recht geladen werden. Der Münzmeister hatte die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überwachen. Er hatte »die gerechtikeit das er alle vierzechen tag mag die wechselere fur sich beruffen so dick im das zu nottdurfft der muntz gefallen wirt.« Welche Stellung die Hausgenossen in der älteren Zeit in bezug auf das Münzrecht eingenommen haben, lässt sich nicht bestimmt sagen, die Quellen sind zu dürftig. Sicher ist aber — und dies verdient festgehalten zu werden — dass die Basler Hausgenossenschaft niemals einen begründeten Anspruch auf das Münzrecht gehabt hat. Auch irgend welches Pfandschaftsverhältnis, wie beispielsweise in Strassburg, hat nicht bestanden[1]). Weder der Bischof noch später die Stadt haben der Hausgenossenschaft ein Mitbestimmungsrecht bei der Ausübung des Münzrechts zugestanden. Mir ist keine Stadt bekannt, in der die Hausgenossen so ausschliesslich auf den Münzwechsel und den Silberhandel beschränkt waren, wie in Basel. Die Beziehungen zur Münze bestanden lediglich in münztechnischen Ausführungsarbeiten und in der Silberbesorgung; erstere wurden übrigens später ebenfalls vom Wechsel völlig getrennt. Die Basler Hausgenossen besassen nicht einmal das Privileg, den Münzmeister aus ihrer Mitte zu stellen. Freilich haben die Bischöfe den Münzmeister in der Regel der Hausgenossenzunft entnommen und auch der Rat der Stadt folgte später dieser Tradition, wenigstens zunächst, so dass sich in dieser Beziehung gewissermassen ein usuelles Recht herausgebildet hatte. Verbrieft aber war es den Hausgenossen nirgends. Nicht einmal ein Vorschlagsrecht stand ihnen zu. Als dann die Stadt später alleinige Inhaberin der Münze geworden war, wurden nicht nur Münze und Wechselgeschäft getrennt, sondern die Stadt erkannte auch eine Zunftgerechtigkeit der Hausgenossen an der Münze von vornherein in keiner Beziehung an. Ein offizielles Verhältnis zwischen Münzverwaltung und Hausgenossenschaft, das die Bischöfe, so soweit dies ohne rechtliche und finanzielle Zugeständnisse geschehen konnte, gepflegt hatten, bestand fernerhin nicht mehr.

In der Münzgeschichte Basels spielen die Hausgenossen als Kör-

1) *Eheberg* führt (S. 111) aus, dass im Jahre 1308 Bischof Otto II. von Basel mit Wissen und Willen des Domkapitels dem Basler Bürger Dietrich, dem Münzmeister, für 115 Mark Silber die hochstiftlichen Güter zu Almsweiler auf 15 jährige Wiedereinlösung verpfändete. Dies dürfte ein vereinzelter Fall sein, der übrigens in obigem Zusammenhang belanglos ist, da der Bischof ja nicht ein Recht an der Münze verpfändete. Dass dies einem Münzmeister oder gar der Hausgenossenschaft gegenüber jemals geschehen wäre, ist sogut wie ausgeschlossen, da die Quellen nicht das geringste davon verlauten lassen.

perschaft nur insoweit eine Rolle, als die rechtliche Gestaltung des Wechsels und des Silberhandels, die bestimmte Privilegien der Hausgenossen berücksichtigen musste, in Betracht kommt. Auf die Münzpolitik im engeren Sinne hat die Basler Hausgenossenschaft niemals einen unmittelbaren Einfluss gehabt. Uebrigens verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, dass der Basler Hausgenossenschaft ausser den Wechslern, Münzern und Goldschmieden auch die Hafen- und Kannengiesser, Degenschmiede und gegen Ende des 15. Jahrh. sogar mehrere Buchdrucker angehörten. Schon hieraus geht hervor, dass die Basler Hausgenossenschaft einen wesentlich anderen Charakter hatte, als ihn die übrigen aufweisen. Von dem, was in der allgemeinen Literatur über die Hausgenossen im ganzen gesagt ist, trifft für Basel nur ein kleiner Teil zu. Man hüte sich aber, diese Sonderstellung nun um der lieben »Theorie« willen auf Dinge zurückzuführen, die überhaupt nicht vorhanden sind. —

Ein bedeutsames Zeugnis über die bischöfliche Münze besitzen wir aus dem Jahre 1258. Am 19. Januar erlässt nämlich Graf Konrad von Freiburg im Einverständnis mit dem Schultheissen der Stadt und den Vierundzwanzigen ein Verbot gegen die Basler Münze [1]. »Und swer hie dechein baseler lôst mit decheime choufschazze für zehen schillinge den phendet man umbe ein march. Swas er under zehen schillinge lôst, darumbe phendet man in umbe drie schillinge. Diz ist umbe baseler und umbe alle ander phenninge ane brisker eine.

Wie erklärt sich dieses Verbot? Zu einem Teile hat zweifellos Furcht vor Konkurrenz es bestimmt; aber im Grunde war es die Minderwertigkeit der Basler Münze, die den Grafen von Freiburg veranlasste, in seiner Herrschaft ihren Umlauf zu verbieten. Freiburg wollte sich vor dem Einströmen minderwertiger Pfennige schützen. Und dazu hatte es gegenüber der Basler Münze allen Grund. Denn die Bischöfe dieser Stadt handhabten das Münzrecht nicht zum besten der wirtschaftlichen Wohlfahrt ihres Territoriums, sondern allein in wohlverstandenem Interesse ihrer privatwirtschaftlichen Zwecke. Eine Einnahmequelle war ihnen das Münzregal, weiter nichts. Wie an so vielen andern Orten, führte solche Auffassung auch in Basel zu einer zunehmenden Verringerung des Gewichtes der Pfennige, bezw. ihres Feingehaltes derselben. Gerade diese dem Wirtschaftsleben Basels überaus schädliche Politik des Bischofs hat schliesslich zur Uebertragung

1) Urkundenbuch der Stadt Freiburg im Breisgau I. S. 58. Nr. 14. Vgl. Cahn a. a. O. S. 17.

des Münzrechts an die Stadt geführt.

Cahn (a. a. O. S. 18) berichtet auf Grund des im Stadtarchiv zu Colmar vorhandenen Materials [1]) das Folgende: Im Jahre 1336 nahm der Basler Bischof Johann II. Senn von Münsingen (1335—1365) eine neue Wertreduktion der Pfennige vor und versuchte, diese neue Münze dann mit Zwangskurs zu vertreiben. Hiergegen wandte sich die Stadt Colmar direkt an den Kaiser Ludwig um seinen Schutz. Der Kaiser befahl in einem Schreiben vom 1. Dez. 1336 dem Bürgermeister und Rat von Strassburg, die Colmarer gegen die unrechtmässige Ausbeutung seitens des Bischofs zu schützen. Er schreibt den handelspolitischen Rivalen Basels: »Wir welln und heizzen uch ernstlichn, daz ir den wisan lutan, dem meister, dem rat und den burgern gemeinlichen ze Kolmaren, unsern libn getrewn, von unsern wegen vor seind und nicht gestattend, daz sy der byschof von Basel benoet, daz si sin můnzz nemen und darumb kouffen oder verchouffen, wan er von recht dhein můnzz slahen mag noch sol, er emphach si vor uns und dem reiche.«

Der Bischof gab nach und prägte jetzt eine bessere Münze. Bei dem hierdurch bedingten Verruf der alten Münzen suchte er sich dadurch schadlos zu halten, dass er für zwei neue Pfennige fünf alte einforderte. Diese Massnahme veranlasste eine Reihe von Städten des oberen Elsass zu einem offenen Protest. Die Herren von Rappoltstein und die Städte Colmar, Münster, Türkheim, Kaisersberg, Reichenweier und Bergheim schliessen am 2. März 1342 einen Vertrag »von der núwen múntzen wegen von Basil, die an uns wart gefordert ze nemmende von dem erwirdigen herren von gotz gnaden dem byschoffe zu̇ Basel, der fúnf schillinge und drú pfunt uf die marc sol gan und zwene núwe fúr fúnf alte pfenninge.« Die Kontrahenten geloben, diese Münze nicht anzunehmen und allen ihnen etwa erwachsenden Schaden gemeinsam zu tragen [2]).

Die in diesem Protest genannten Zahlen sind allerdings ein wichtiges Dokument für den traurigen Stand der Basler Münze

1) Im Basler Staatsarchiv befindet sich kein auf diesen Fall bezügliches Material.

2) Original im Colmarer Stadtarchiv. Auszug daraus im Urkundenbuch der Stadt Basel IV. S. 140. Vgl. die Regesten bei *Trouillat* III. S. 796; *Gengler*, Codex juris municipalis Germanici medii aevi. Erlangen 1863. S. 625, Nr. 23. Vgl. *Hanauer* a. a. O. S. 87 ff.; *Cahn* a. a. O. S. 19; Dr. *K. Albrecht*, Rappolsteiner Urkundenbuch Bd. I. D. 528; *Schöpflin*, Alsatia diplomatica Bd. II. S. 174.

in jener Zeit. Da aus einer Mark 3 lb. und 5 ß geprägt werden sollten, wog der neue Pfennig 0,305 gr.[1]). Trotzdem bedeutete er gegen die alten 1336 ausgegebenen Pfennige, deren Annahme Colmar verweigert hatte, nach des Bischofs Verfügung eine $2^1/_2$-fache Werterhöhung, denn es sollten ja nur zwei neue für 5 alte Denare (von 1336) gegeben werden.

Wir erfahren leider nichts näheres darüber, wie Bischof Johann den Protest aufgenommen hat. Es müssen aber sofort Verhandlungen eingesetzt haben, die bezweckten, den Streit aus der Welt zu schaffen. Der Bischof mochte einsehen, dass er auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen konnte. Und nun tat er einen Schritt, der für die Münze von grosser Bedeutung wurde: er setzte sich mit dem Rate der Stadt Basel ins Benehmen. Zwar sagen uns die Quellen hierüber direkt nichts. Aber wir wissen, dass am 20. Jan. 1344 die sog. Konvention von Brugg abgeschlossen wurde. An ihr nahmen teil: der Landvogt Hermann von Landenberg, Hauptmann und Pfleger der Herzoge von

1) Ueber die dem Basler Währungssystem für jene Zeit zugrunde liegende Gewichts- und Rechnungseinheit ist folgendes im Auge zu behalten: Das Münzgrundgewicht ist die M a r k; sie zerfällt in 16 Lot von je 4 Quintchen. Ueber das Gewicht dieser Mark hat zuerst *Hanauer* eingehende Untersuchungen angestellt, aus denen mit Bestimmtheit hervorgeht, dass die Basler Mark etwas schwerer war, als die Kölnische Mark, die bekanntlich 233,85 gr hatte. *Hanauer* berechnet die Basler Mark auf 234,40 gr. Neuerdings hat *Cahn* (a. a. O. S. 7 ff.) über das Gewicht der Basler, Strassburger und Cölnischen Mark weitere Untersuchungen vorgenommen, aus denen sich ergibt, dass die Basler Mark in Wirklichkeit 234,29 gr wog. Dem Beispiel *Cahn*s folgend, ist dieses Markgewicht (auf 234,30 gr abgerundet) den nachstehenden Berechnungen zugrunde gelegt. Gegenüber *Hanauer*, und *Schönberg*, der in seinem Buch über »Die Finanzverhältnisse der Stadt Basel im Mittelalter« *Hanauer* folgt, ergibt sich somit ein kleiner, freilich kaum ins Gewicht fallender Unterschied. *Mone* hingegen nimmt in seiner Abhandlung über das Münzwesen vom 13. bis 17. Jahrh. (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins Bd. II. S. 393) die Basler Mark zu hoch an, indem er ihr ein Gewicht von 239,84 zugrunde legt. — R e c h n u n g s e i n h e i t war das Pfund (lb. ℔), das in 20 Schillinge (ß) zerfiel. Der Schilling zählte 12 Pfennige (₰), so dass auf das Pfund 240 Pfennige kamen. Die Entwicklung des karolingischen Pfundes vom Gewichts- zum Zahlbegriff lässt sich für Basel im einzelnen nicht nachweisen, sie ist jedoch zu Beginn der zweiten Hälfte des Mittelalters bereits vollzogen.

Oesterreich im Thurgau und Elsass, sowie Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich für sich und ihre Aebtissin und endlich »der rat und burgere gemeinlich der stat von Basel an unseres gnedigen herren bischof Johans von Basel u n d a n u n s e r e r stat.« Der hier zustande gekommene Vertrag wurde also ebensowohl von dem Bischof wie von der Stadt Basel abgeschlossen. Allem Anschein nach waren beide gleichberechtigte Kontrahenten. Da nun das Münzrecht ausschliesslich der Bischof ausübte, so musste inzwischen etwas vorgegangen sein, was für das Verhältnis von Stadt und Münze von Bedeutung geworden war. Die Stadt hatte auf irgend eine Weise ein gewisses Recht an der Münze erhalten. Wir werden uns mit diesem wichtigen Ereignis eingehend befassen müssen, wollen aber zunächst den Gang der Geschehnisse weiter verfolgen.

Am 20. Jan. 1344 kam die Konvention von Brugg zustande. Die schon genannten Kontrahenten verpflichteten sich, ihre Münze nicht mehr einseitig von sich aus zu ändern. Man schaffte zwar nicht eine einheitliche Währung, aber Gewicht und Feingehalt der verschiedenen Münzen wurden vertraglich festgelegt. Für Basel wird bestimmt: »Aber uf ieklich march in der múntze ze Basel sullen gan ouch von dem fúre vier phunt, fúnfe schilling und sechse pfenning.« Das heisst: Auf die Mark feinen Silbers gehen 1026 Pfennige mit einem Feingehalt von 0,23 gr. Gegen die Münze von 1336 mithin eine wesentliche Verbesserung; gegen diejenige, die der Bischof nach dem Protest der Herren von Rappoldstein und Genossen geschlagen hatte, aber wieder eine Verschlechterung [1]).

Auch einen Einheitspreis für das von den Münzmeistern zu kaufende Silber normierte man: nicht mehr als 4 lb. in Pfennigen der vertraglich festgelegten Münzen sollten für die Mark Silbers gegeben werden. Der Vertrag liess indessen gewisse Ausnahmen zu; für Basel diejenige, dass den Hausgenossen das Silber »umb vier phunt und sechse pfenning« abgekauft werden konnte »als ir recht ist«. Auch die übrigen Kontrahenten durften in gewissen Fällen teuerer einkaufen. Ferner wurde in dem Vertrage bestimmt, und dies ist bemerkenswert, d a s s d i e M ü n z m e i s t e r k e i n S i l b e r u m G u l d e n k a u f e n s o l l t e n. Wir sehen hier das

1) Die Pfennige der benachbarten Territorien waren übrigens wesentlich schwere. Nach *Cahn* (a. a. O. S. 21) wog im Jahre 1349 der Freiburger Pfennig 0,33 gr. der Strassburger aber nach der Münzordnung von 1340: 0,45 gr.

Bestreben, die eigenen Münzen vor der um diese Zeit besonders stark einsetzenden Konkurrenz der ausländischen Gulden zu schützen (vgl. S. 41). Was von »offizieller« Seite getan werden konnte, um die Zirkulationsbasis der eigenen Pfennige zu erweitern, das geschah. Den Bürgern in Stadt und Land freilich konnte man den Silberhandel in Gulden nicht verbieten, man beschränkte sich darauf, zu bestimmen, dass am Wechsel der Preis des Silbers auch in Gulden — nach deren Wertverhältnis zu den Pfennigen — nicht höher sein sollte als in Pfunden. Was man hiermit bezweckte ist klar: Es sollte verhindert werden, dass im freien Verkehr der Silberpreis in die Höhe gehe. Die Vertragschliessenden setzten von sich aus für ihre Einkäufe einen bestimmten Preis fest; wollten sie sich nun ein genügendes Angebot sichern, so mussten sie dafür sorgen, dass unter allen Umständen auch im freien Verkehr der offizielle Preis eingehalten wurde. Um dies vollends zu sichern, legte man von vornherein fest, dass auch in anderer Münze der Preis des Silbers die von den Münzmeistern bezahlten Preise nicht übersteigen dürfe. Nebenbei diente diese Massnahme zur Stütze des eigenen Geldes, denn da durch die erforderliche Umrechnung der Silberhandel in fremder Münze erschwert war, vollzog er sich naturgemäss zumeist in heimischem Gelde. Der Vertrag von Brugg stellt somit ein Meisterwerk der hohen Münzpolitik dar, er zeugt von einer eminent gründlichen Erfassung aller das Münzwesen beeinflussenden Faktoren [1]).

1) Ich gebe nachstehend das Wichtigste aus dem Vertrage wieder: »Allen dien . . . kúnden wir etc. . . . daz wir mit gůter vorbetrachtung einhelliklich durch gemeinen nutz und notdurft dez landes und unserr stetten uber ein komen sin von unserr múntzen wegen, die wir uf geworfen haben, daz die beliben sullen in allen dien gedingen und ordnungen, als hie nach geschrieben stat. Dez ersten sol dú múntze von Zouingen bestan also, daz von dem fúre uf ieklich march silbers gan sullen vier phunt sechse schilling und sechse phenning der phenningen, so der múntzmeister von Zouingen machot. Aber uf ieklich march in der múntze ze Basel sullen gan ouch von dem fúre vier phunt sechse schilling und sechse phenning, und uffen die march in der múntze Zúrich vier phunt siben schillinge und sechs phenninge ouch von dem fúre der phenningen so man ieklicher diser múntzen machet. Doch sol man die selben Zúricher march vinden bi Zouinger und bi Basler march umb vier phunt und sibendhalben schilling also, daz si doch bi Zúricher gewicht bestande umb vier phunt und achthalben schilling, als vor geschriben ist. Es sullen ouch dis vorgenante múntzin also bestan, daz

Die Annahme freilich, dass mit diesem Vertrage die vorhandenen Missstände dauernd beseitigt und künftig Münzverschlechterungen ausgeschlossen seien, erwies sich als irrtümlich, denn der Bischof Johann von Basel hatte sich nur widerwillig, mehr der Not gehorchend, der Konvention angeschlossen; bloss taktische Gründe haben ihn, — wie wir noch sehen werden —, dazu bestimmt. Im Innersten seines Herzens widerstrebte ihm die so erfolgte Beeinflussung seiner Handlungsfreiheit. Er lauerte förmlich auf eine Gelegenheit, seine alte Selbständigkeit wieder zu gewinnen. Und das Glück war ihm günstig. Als im Jahre 1347 der neugewählte König Karl IV. nach Basel kam, da wusste der schlaue Bischof den Herrscher zu bestimmen, der Kirche aufs neue die alten Rechte »die sie von Rudolf und von anderen Vorfahren des Kaisers« erhalten hatte, zu bestätigen. Die Jurisdiktion über Minder-Basel und das Münzrecht wurden ausdrücklich wieder für den

---

si nút gelichtert noch geschwechet werden . . . Es sullen ouch die vorgenanten unser múntzmeistre enkeine march silbers túrer köffen denne umb vier phunt der phenningen, die in disen vorgeschribnen drin múntzen gant, an allein der múntzmeister von Zúrich — — — Aber der múntzmeister von Zouingen . . . Es mag ouch der múntzmeiser von Basel ein march silbers wol kouffen umb vier phunt und sechse phenning von dien husgenossen, als ir recht ist, und von niemann andern. Es ensullen ouch die selben múntzmeister enkein silber umb deheinen guldin kouffen, aber ander lúte in dien stetten und uf dem lande múgen es wol kouffen umb guldin also, daz es an dem wechsel nút hoher stande denne vier phunt umb ein march. Es ensullen ouch die vorgenanten unser múntzmeister mit inen selben noch mit iren botten einkeinem silber nach varn ze kouffenne weder gen Friburg in Brisgöw noch gen Totnôw noch gen Schônôw noch zu dekeinem silber berg ane geverde, aber anderswa múgen si es wol kouffen also, daz si nút me dar umbe geben denne als vil als vor geschriben stat. Ouch sullen wir gemeinlich versehen uf dem lande und in dien stetten, es siien burger geste oder wer er si, daz nieman enkein silber túrer kouffen sol denne ein march umb vier phunt phennigen der selben múntzen. Wir sullen ouch gemeinlich und ernstlich versehen, daz nieman uf dem lande noch in dien stetten enkeinen phenning diser múntzen uswegen seien brennen noch beschriten soll . . .« Original im Staatsarchiv Zürich. Gedr. im Basler Urkundenbuch IV. S. 148 ff. Vgl. *Cahn* a. a. O. S. 20; *Hanauer* a. a. O. S. 88; *Lichnowsky*, Geschichte des Hauses Habsburg III. CCCCLIX Nr. 1383. Vgl. Die Eidgenössischen Abschiede, Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede. Bd. I. S. 417. *A. Münch*, Die Münze zu Laufenburg (Argovia VIII. S. 319—419).

Bischof festgelegt. Die Urkunde ist datiert vom 20. Dez. 1347 [1]).

Als sich der Bischof wieder in fester Position fühlte, trug er kein Bedenken, die alte Münzwirtschaft von neuem aufzunehmen. Das Basler Archiv sagt uns hierüber zwar nichts. Aber im Colmarer Stadtarchiv befindet sich eine Urkunde, die darauf hindeutet, dass die schlechten Basler Pfennige wieder Anlass zu Klagen gaben. Am 26. Juni 1350 verpflichtet sich nämlich Bischof Johann, seine Münze wieder auf den Fuss von 1344 festzulegen und diese neue Münze zu des Landes Nutz und Frommen fünf Jahre lang nicht mehr zu ändern noch zu schwächen [2]). Hiernach kann nicht zweifelhaft sein, dass Bischof Johann von Basel den Vertrag von Brugg verletzt hatte, und dass es des Einschreitens Colmars, der Stadt, die schon früher den Bischof in Münzsachen bezwungen hatte, bedurfte, um ihn zu den Abmachungen von 1344 zurückzuführen. In dieser Urkunde von 1350 verpflichtet sich Stadt Basel ausdrücklich, für die Erfüllung des Vertrages einstehen zu wollen.

Besondere Erwähnung verdient an dieser Stelle eine Urkunde aus dem Jahre 1353, in der es heisst: »Wir Johans . . . tunt kunt . . . daz wir . . . durch unser und unser stift nutz und eren willen und sunderlichen dur ufrustung und erkoferunge unser alten rechten múntze von Basel, kein fúr

1) Staatsarchiv, Bistum Basel A. 1. Gedr. *Trouillat* III. S. 607 Nr. 369. Vgl. *Cahn* S. 20. Abgedruckt im Urkundenbuch IV. S. 167.

2) »Wir Johans von gotz gnaden byschof ze Basel verjehent und tůn kunt offenlich mit diesem brief . . . . daz man ein núw múntze ze basel slagen sol, da die mark silbers gelten sol vier phunt der selben phenningen, so man denne ze Basel slagen wirt, und dú mark, arber usser dem fúre tůn sol ŏch vier phunt und sibenthalben schilling der selben phennningen, daz wir da getröstet hant und tröstent ŏch mit disem Brief, daz die selbe unser múntze also beliben sol als vorgeschriben stat, und daz sie nu geendert noch geschwechert sol werden von nu sant Martins tag dem nechsten úber fúnf gantze jar . . . Und wir Cůnrat der Múnch von Landeskrone ritter burgermeister und der . . . rat von Basel hant ŏch tröstet von unser stette wegen, daz unsers des vorgenanten herren des byschofs múntz bestan und beliben sol in alle wege als an disem brief darumbe verschriben stat und us bescheiden ist . . . (Original im Stadtarchiv Colmar; gedruckt Basler Urkundenbuch IV. S. 182; vgl. *Cahn* a. a. O. S. 20.)

koot recht und redelich, und ze kauffende gegeben« an Rudolf von Wart hundertundachtzig Gulden »uf unsers hoves und gerichtes ingsigele und uf unserm zolle ze Basel« um achtzehnhundert Gulden [1]). Bischof Johann war durch die Abmachung von 1350 gezwungen worden, seinen Münzen wieder den 1344 vertraglich festgelegten Feingehalt zu geben. Die Durchführung dieser Massnahme nun erforderte Silbereinkäufe, für welche dem Bischof das Geld fehlte. Die benötigten Mittel waren um so grösser, als auch die seit 1347 geschlagenen minderwertigen Pfennige aufgebessert werden mussten, ohne dass dem Bischof dafür ein Ersatz geworden wäre. Wenn sonst neue Pfennige mit höherem Feingehalt ausgegeben wurden, mussten von den alten Pfennigen beim Eintausch entsprechend mehr gegeben werden, so dass deren Umprägung ohne Verlust vor sich gehen konnte. Jetzt aber sollte der Bischof die neuen Pfennige gegen den Nennwert der alten ausgeben. Es erhellt, dass dazu erheblichere Mittel erforderlich waren, als dem verschuldeten Bischof zur Verfügung standen. Wir haben hier ein Beispiel dafür, dass der Uebergang zu besseren Münzen für den Münzherrn von grosser finanzieller Tragweite war und dieser auf jene Praxis, die alten Münzen nur ihrem Silberwert entsprechend einzutauschen, direkt angewiesen war, sofern er sich nicht von höheren münzpolitischen Gesichtspunkten — die den Bischöfen in der Regel fern lagen — leiten liess. Gerade diese Tatsache wird in der Münzliteratur viel zu wenig berücksichtigt. Entschloss sich der Münzherr — freiwillig oder gezwungen — die münzpolitischen Sünden seiner Vorgänger wieder gut zu machen, so bedeutete dies für ihn zumeist eine unerträgliche Belastung, wenn er hierbei der immer wieder aufgestellten Forderung, die alten Münzen zu ihrem Nennwert hereinzunehmen, nachkommen wollte. Die umgekehrte Praxis, die im Mittelalter und auch später so grosse Erbitterungen hervorgerufen hat, ergab sich, wenn einmal die schiefe Ebene betreten war, eigentlich von selbst; sie lag mit Notwendigkeit begründet in der privatwirtschaftlichen Auffassung des Münzregals.

1) Gedruckt bei *Trouillat* IV. S. 69. Reg. Basler Urkundenbuch IV. S. 196. Reg. Z.G.O. 4, S. 470. Man beachte den Zinsfuss: 10 %.

II.

Die Verpfändung der bischöflichen Münze an die Stadt.

Mit Rücksicht auf diese rein privatwirtschaftliche Ausnutzung der Münze durch den verschuldeten Bischof mussten Bürgermeister und Rat von Basel das Bestreben haben, die Münze in ihre Hände zu bekommen, um durch Einleitung einer grosszügigen Münzpolitik Handel und Verkehr auf stabile geldwirtschaftliche Basis zu bringen. Wie in vielen andern Orten entspann sich auch in Basel ein Kampf zwischen Stadt und Bischof um das Münzrecht, der schliesslich mit dem Siege der Stadt endete. Ueber die einzelnen Phasen der Auseinandersetzungen wissen wir leider sehr wenig, da das Urkundenmaterial — städtisches wie bischöfliches — nicht auf uns gekommen ist. Fest steht nur, dass im Jahre 1373 das Münzrecht seitens des Bischofs an die Stadt Basel verpfändet wurde. Anderseits steht aber ebenso fest, dass die Stadt schon vorher ein Aufsichtsrecht an der Münze hatte. Schon die Beteiligung des Rates an der Konvention zu Brugg als selbständiger Kontrahent lässt hierauf schliessen; noch mehr aber eine Verordnung des Rates, die sich auf Seite 31 und 32 des Roten Buches aus dem Jahre 1362 findet. Es ist hier die Rede von einem neuen Pfennig, dem sog. »Angster«. Ich drucke dieses Dekret seiner Wichtigkeit halber in Anmerkung vollständig ab [1]). Sein Inhalt lässt

1) »Also warent die núwe phenning den man sprach angster besorget. Es ist ze wissende das die múntze ze Basel die man ietz da slahet also stan sol, das vier pfenning und drie schilling und drithalb phunt ein mark wegen súllent, und aber fúnf schilling und drithalb phunt usserm fúre e i n lôti g mark silbers tün súllent, die zwentzig phenning werdent dar geben fúr spise. Öch i s t d i e Múntze also bestellet, die . . . Rete ze Basel hant drie erber manne us irem Rate dar úber

auf ein weitgehendes Verfügungsrecht der Stadt schliessen; sie bestimmt Schrot und Korn und setzt eine Behörde ein, welche die richtige Ausprägung zu überwachen hat, mit einem Wort: sie hat die Münzpolizei im weitesten Sinne in ihrer Gewalt.

Es fragt sich nun, welcher Art das Verhältnis zwischen Stadt und Münze gewesen ist. Das Nächstliegende wäre die Vermutung, dass die Stadt und der Bischof je eine Münze gehabt hätten. Davon kann indessen gar keine Rede sein, weil einmal die Quellen darüber nichts sagen und zum andern die Verleihung des Münzregals an Bischof und Stadt etwas durchaus Ungewöhnliches gewesen wäre. Ueberdies würde die Stadt kaum so enorme Anstrengungen um den Besitz der Münze gemacht haben, wenn sie schon eine eigene gehabt hätte. Daran kann also kein Zweifel sein: Nur um e i n e Münze, und zwar um die bischöfliche handelt es sich sowohl in dem Vertrage von Brugg wie in dem Dekret von 1362. Und eben an dieser Münze hat die Stadt ein Recht.

Wir nehmen, um diesen Dingen auf die Spur zu kommen, den auf S. 14 bei der Erörterung der Brugger Konvention abgerissenen Faden wieder auf. Wir haben gesehen, dass irgend etwas zwischen Bischof und Stadt vorgegangen sein musste. Die

---

gesetzet, die zů den heiligen gesworn hant, die múntze ze versůchende, mit dem . . . Schultheissen z e B a s e l, und möchtent die vier d e h e i n e s t nút bi einander gesin, so múgent die drie, oder ir z w e n e d i e phenning versůchen, und wenne der Múntzmeister die phenning bereitet, u n t z d a s m a n s i m a l e n sol, so nement si die v e r s ů c h e r und mischelent si under ein ander, so si beste múgent, und nement an etwie menger stat, vier und dritzehen schilling dar us, die ein vierdung wegen s ú l l e n t, und v i n d e n t si die recht zer wage, so legent si fúnf phenning dar zů, fúr spise, und versůchent si denne i m e f ú r e, v i n d e n t sis da recht, so antwúrtent sis, eim andern burger der das male i s e n het, das er si male. W e r i aber das es ze wage oder ime füre valte, so versůchent si die phenning also ze d r i n m a l e n, und v i n d e n t sis z e deheinem male recht als vorgeschriben stat, so heissent sis malen. Weri aber das es dristund valte, so nement die versůcher die phenning mit einander, und setzent si in, und schmeltzent si, die wile si ze gegeni sint. Ůch hat die versůcher und i e n r der das male i s e n hat versworn, das si an der múntze weder teil noch gemein habent.« Gedruckt *Ochs* II. S. 397. Leider hat *Ochs* im Original die oben gesperrt gedruckten Stellen — zum Teil unrichtig — überfahren, so dass nicht festgestellt werden kann, ob der Text hier authentisch ist.

Beteiligung an der Konvention und das Dekret von 1362 lassen hieran keinen Zweifel. Möglich wäre nun, dass die Stadt dem Bischof eine Summe bezahlt hätte, für welche ihr ein Mitwirkungsrecht bei der Ausprägung der Münzen gesichert worden wäre, dass sie gleichsam die Münzpolizei gekauft hätte. Wir wissen darüber freilich nichts, denn eine entsprechende Urkunde ist nicht vorhanden. Soviel aber steht fest: ein finanzielles Verhältnis der Art, dass etwa der Stadt Einnahmen aus der Münze erwachsen wären, hat nicht bestanden. Ich habe die Einnahmen in den Jahresrechnungen von 1362 [1]) ab durchgesehen und keinen Posten gefunden, der eine bezügliche Zahlung andeutet. Erst in dem Finanzjahr 1373/74 sind besondere Einnahmen aus der Münze eingetragen. Damit wäre nun freilich jener Einwand, dass die Stadt etwa im Jahre 1344 — vor Abschluss der Brugger Konvention — dem Bischof die Münzpolizei abgekauft hätte, nicht widerlegt. Indessen deuten doch die Tatsachen darauf hin, dass dies nicht geschehen ist. Denn wenn die Stadt einen privatrechtlichen Anspruch in dem angedeuteten Sinne auf die Münze gehabt hätte, so wäre der Bischof nicht in der Lage gewesen, schon 1347 wieder gegen den Willen der Stadt minderwertige Münzen zu schlagen; solche Negierung eines käuflich erworbenen Rechtes hätte die Stadt unter keinen Umständen hingenommen. Die Version aber, dass Basel die Münze schon 1344 gepachtet hätte, muss vollends abgelehnt werden, denn dann wäre ja jenes selbständige Vorgehen des Bischofs — das sich, wie zu zeigen sein wird, später wiederholte — überhaupt nicht denkbar gewesen. Auch schweigen die Jahresrechnungen sich über die etwaige Entrichtung eines Pachtschillings völlig aus. Von einem Pfandverhältnis endlich kann gar nicht die Rede sein, weil wir wissen, dass der Bischof die Münze erst im Jahre 1373 verpfändete (Vgl. S. 31).

Anderseits lässt sich aber über das Verhältnis von Stadt und Münze bis zum Jahre 1373 auch nach der positiven Seite exaktes Material nicht beibringen. Die Quellen versagen hier vollständig. Fest steht einzig, dass die Stadt zeitweilig ein ziemlich weitgehendes Aufsichtsrecht an der Münze hatte, wie der Vertrag

1) Im Basler Archiv sind sämtliche Jahresrechnungen von 1362 ab vollständig erhalten. Mit geringen Ausnahmen auch die Wochenrechnungen und für das 15. Jahrhundert sog. Fronfastenrechnungen. Das ältere Material ist durch das Erdbeben von 1356 vernichtet worden. Näheres über diese Rechnungen im IV. u. V. Abschnitt der vorliegenden Darstellung.

von 1344 und das Dekret von 1362 beweisen. Und doch ergeben sich ziemlich deutliche Anhaltspunkte für die Erfassung des Zusammenhanges der Dinge. Der Protestvertrag vom 2. März 1342, den die Städte des oberen Elsass gegen die neue Münze geschlossen hatten, zeigte dem Bischof, dass seiner Selbstherrlichkeit Grenzen gesetzt waren. Hier mit Gewalt vorzugehen, wäre sinnlos gewesen. Das beste war demnach, einen möglichst günstigen Frieden zu schliessen. Und dazu brauchte der Bischof die Stadt. Trat diese nach aussen für seine Münze ein, übernahm sie quasi Garantie für Gewicht und Gehalt der Pfennige des Bischofs, so musste dies für deren Umlauf von grösster Bedeutung werden. Würden hingegen Rat und Bürgermeister der Stadt sich dem Protest gegen das bischöfliche Geld angeschlossen haben, so hätte dies eine nicht zu verkennende Gefahr bedeutet. Der Bischof entschloss sich deshalb, noch vor der Versammlung zu Brugg in seinem eigenen Interesse die Stadt in Aufsichtsbeziehungen zur Münze zu bringen, ihr das Polizeirecht an derselben einzuräumen. Den Widerstand der Kontrahenten des Vertrages von 1342 zu beseitigen, hatte er erst dann Aussicht, wenn er sich verpflichtete, nur gemeinsam mit der Stadt seine Münze künftig zu ändern. Deutlich zeigt dies auch der Vertrag von 1350. Nachdem im Jahre 1347 durch die Hilfe König Karls IV. die Privilegien des Bischofs von neuem bestätigt waren, glaubte dieser, die Stütze Basels entbehren zu können und den Bruch des Vertrages von 1344 wagen zu dürfen. Es zeigte sich aber bald, dass die nun ausgegebenen neuen Münzen trotz allem dem früheren Widerstand aufs neue begegneten. Der Bischof hatte kein Mittel in der Hand, seinen Pfennigen die Umlaufsbasis zu sichern. Er entschloss sich deshalb, auf den Boden des Vertrages von Brugg zurückzukehren und seinen Pfennigen den früheren Feingehalt wieder zu geben. Nun zeigte sich aber, dass die Vertragsschliessenden von Brugg das Vertrauen zu ihm verloren hatten und ausdrücklich die G a r a n t i e d e r S t a d t B a s e l v e r l a n g t e n. So ist denn in die Urkunde von 1350 ein diese Garantie zusichernder Passus hineingekommen (vgl. S. 17 Anmerkung 2). Der Bischof musste sich bequemen, der Stadt das Aufsichtsrecht aufs neue einzuräumen. Offenbar hat sie es dann zu Lebzeiten Bischof Johanns II. nicht wieder verloren, jedenfalls übte sie es 1362 noch aus. Der Nachfolger Johanns II. freilich kümmerte sich, wie noch zu zeigen sein wird, um die Abma-

chungen seines Vorgängers nicht, sondern betrieb das Münzrecht wieder selbstherrlich. Auch diese Tatsache spricht für meine Annahme, dass Bischof Johann II sich des Rechts auf die Münzpolizei freiwillig — wenn auch durch seine Interessen dazu gezwungen — begeben hatte. Es handelte sich hierbei um eine Massnahme, die für das Ansehen und das finanzielle Ergebnis seiner Münze von höchster Bedeutung war und ihm nach Lage der Dinge nur willkommen sein konnte.

Die Stadt wiederum hatte alle Ursache, auch ohne dass sie unmittelbare finanzielle Vorteile davon gehabt hätte, sich ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung von Gewicht und Feingehalt der Münzen zu sichern. Denn ich wies schon darauf hin: die kommerzielle Machtstellung Basels war bedroht, wenn das Geldwesen der Stabilität ermangelte. Je kleiner das Umlaufsgebiet der Basler Pfennige wurde, je geringer musste auch die Zahl jener Handelsgeschäfte werden, die in ihnen kontrahiert wurden. Von vitalem Interesse für die wirtschaftliche Stellung Basels war deshalb die Schaffung und Erhaltung von Münzen, die denen der umliegenden Gebiete, namentlich Freiburgs und Strassburgs — den immer gefährlicher werdenden Konkurrenten Basels — im Werte gleich standen.

— Im Zusammenhang hiermit sind einige Angaben in der allg. Münzliteratur, die auf Basel exemplifizieren, zu berichtigen. *Inama-Sternegg* sagt in der 2. Abt. des III. Bds. seiner Wirtschaftsgeschichte, dass die Städte sich schon früh ein Aufsichtsrecht über die Ausprägungen der Münzherrn vindizierten. Unter den Städten, die dieses Recht zu ihren ältesten Privilegien zählen, nennt er neben Lübeck, Hamburg, Regensburg, Goslar und Stade auch Basel. Er beruft sich hierfür auf *Eheberg*[1]), der seinerseits wieder auf *Wackernagel*s Bischofs- und Dienstmannenrecht fusst[2]), wenn er behauptet, dass Basel die Münzpolizei schon lange vor der Verpfändung der Münze ausgeübt habe. Auch in andern Schriften kehrt diese Auffassung wieder. Es ist nun ganz richtig: Im Basler Bischofsrecht ist vorgesehen, dass der Bischof vor der Ausgabe neuer Münzen den Rat des Kapitals, der Gotteshausdienstleute und der Bürger einholen soll; wenigstens kann man folgende Stelle so interpretieren: »swenne er abir eine mit rat siner brůder, der gotshus dienstmann und burger uz gegit, in der swere und in der gůte als er si ůs git, also sol si stan unz an daz ende und niht lihtern in dem gebreche.« Anderseits lässt aber der Eingang des

1) *Eheberg* a. a. O. S. 88.
2) *Wackernagel* a. a. O. S. 18.

nächsten Absatzes: »Ouch sol man wizzen, swenne und swie dicke und swelre stunde der bischof wil, so sol er die múnze versůchen, und daz also. Der scholteizze mit zwein oder drin biderben mannen . . . . . . sol gan in die múnzze« auch die Deutung zu, dass der Bischof nur das Recht hatte, durch den Schultheissen und drei Bürger etc. die Revision der Münze vornehmen zu lassen, aber nicht verpflichtet war, ihnen ein Aufsichtsrecht einzuräumen; denn es wird ja völlig in das Belieben des Bischofs gestellt, wann und wie oft die Revision stattfinden soll. Wie dem aber auch sei: Tatsächlich hat die Stadt das Polizeirecht an der Münze vor 1342 nicht ausgeübt, denn sonst hätte ja jene Misswirtschaft im Münzwesen des Bischofs überhaupt nicht einreissen können. Auch ist nicht einzusehen, warum denn nun gerade im Vertrage von 1342 eine Verpflichtung der Stadt für die Güte der Pfennige des Bischofs einzustehen, besonders statuiert worden wäre, wenn Basel vorher schon das Recht besessen hätte, die bischöflichen Ausprägungen bestimmend zu beeinflussen. Es will mir scheinen, als ob auch in anderen Städten die Frage, ob die Räte das Polizeirecht an der Münze — abgesehen von den Fällen, in denen sie es gekauft haben — nun auch tatsächlich ausübten, nicht genügend klar gestellt ist. Jedenfalls ist auf den Widerspruch, der darin liegt, dass die Städte einerseits die Münzpolizei angeblich hatten, und anderseits die Bischöfe zum Schaden der Städte fortwährend Minderausprägungen vornehmen konnten, nicht genügend hingewiesen worden. Für Basel ist — mag man die Paragraphen 7 und 8 des Bischofs- und Dienstmannenrechts so oder so interpretieren — unter allen Umständen daran festzuhalten, dass die Stadt bis zum Vertrage von Brugg die Münzpolizei im Sinne eines Mitbestimmungsrechts — wie es *Wackernagel, Eheberg,* u. a. gedeutet haben —, nicht ausgeübt hat. Ich bin überzeugt, dass eingehende Untersuchungen der bezüglichen Verhältnisse in anderen Städten vielfach zu ähnlichen Resultaten kommen würden. —

Eben diese Einsicht, dass die kommerzielle Stellung Basels ohne die Gewähr stabiler Münzverhältnisse nicht aufrecht zu erhalten war, bestimmte die Stadt ja auch, mit allen Mitteln ihren Einfluss auf die Münze dadurch zu erweitern, bezw. die Beschneidung desselben für alle Zeiten unmöglich zu machen, dass sie versuchte, Pfandrecht an der bischöflichen Münze zu bekommen. Und die chronische Geldnot des Bischofs kam ihren Wünschen entgegen: Im Jahre 1373 verpfändete der neugewählte Bischof Johann von Vienne der Stadt die Münze um den Betrag von 4000 Gulden. Der Weg für eine rationelle städtische Münzpolitik war damit freigegeben. Ehe wir uns jedoch mit diesem wichtigen Ereignis und seinen Folgen befassen, noch ein Wort über den in

der obigen Verordnung von 1362 genannten »núwe phenning, den man sprach angster«.

Diese Münze ist viereckig, sie trägt in hohem Rand das bischöfliche Brustbild, den Baselstab und ein B (Basilea). *Ochs* und nach ihm viele andere nehmen an, dass der Name »Angster« 1362 neu eingeführt sei und zwar von der Schweiz übernommen. *Cahn* behauptet demgegenüber (S. 22), dass der Name Angster von jeher die volkstümliche Bezeichnung für die alten Basler Pfennige mit dem »Angesicht« d. h. dem Bild des Bischofs gewesen sei. Im Jahre 1362 sei nur eine Aufbesserung dieser Münze erfolgt. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen. Es ist falsch, dass die Bezeichnung »Angster« in Basel von alters her üblich war; ebenso falsch aber ist, dass sie erst 1362 eingeführt sein soll. Höchstwahrscheinlich ist die Bezeichnung Angster im Jahre 1354 gewählt worden. Die Quellen freilich widersprechen sich hier. In den Basler Annalen — neben den Zusätzen zur Sächsischen Weltchronik und neben vereinzelten Eintragungen in den Ratsbüchern die einzigen Geschichtsaufzeichnungen für Basel aus dem XIV. Jahrh. — finden wir in den von *August Bernoulli* in den ausgezeichneten »Basler Chroniken«[1]) veröffentlichten Bruchstücken und Auszügen eine bezügliche Notiz: »Anno 1354 fieng die erst angstermuntz an«. In einer anderen Handschrift heisst es: »Anno 1362 giengent die ersten angster usz«. Mit der letzten Nachricht korrespondiert der erwähnte Eintrag in das Rote Buch aus dem Jahre 1362, der übrigens ohne Datum ist. Trotzdem steht fest, dass in diesem Jahre die Bezeichnung Angster n i c h t eingeführt worden ist, denn in einer Urkunde aus dem Jahre 1361 heisst es über den Preis eines Gutes: »ducentarum librarum et novem solidorum denariorum Basiliensium novorum dictorum a n g s t e r, quos nos a dictis emptoribus in prompta et numerata pecunie summa recepimus[2]). Aus früheren Jahren habe ich solche Bezeichnungen nicht gefunden. Aber schon diese eine genügt, um zu beweisen, dass es in Basel auch vor 1362 Angster gegeben hat.

Meine Vermutung, dass der Chronist, der uns von der Einführung der Angstermünze im Jahre 1354 erzählt, im Recht ist, stützt sich auf den Gang der tatsächlichen Ereignisse. Der Bischof hatte bekanntlich im Jahre 1350 die Verpflichtung übernom-

1) *August Bernoulli*. Basler Chroniken. Herausgegeben von der Historischen und Antiquarischen Gesellschaft in Basel. Bis jetzt 6 Bde.

2) Basler Urkundenbuch IV. S. 236.

men, seine Münze 5 Jahre hindurch nicht zu ändern. Es ist wahrscheinlich, dass er den Ablauf dieses Termins zu einer Neuausprägung benützte und hierbei nun — vermutlich auf Drängen Basels — auch äusserlich die Mitwirkung der Stadt zu erkennen gegeben wurde, indem man ein Münzbild wählte, das sowohl das Bischofsbild wie den Baselstab mit B zeigte. Dass diese Münze schon kurz vor dem Ablauf des Termins ausgegeben wurde, braucht nicht aufzufallen, weil dies mit Rücksicht auf den Umtausch der alten Pfenningen auch sonst üblich gewesen ist. Es müssten somit alle Münzen, die den Bischofskopf zwischen Baselstab und **B.** tragen, aus den Jahren 1354—1370 stammen, der Zeit, in welcher die Stadt Basel die Münzpolizei ausübte (vgl. S. 28). Strikt abzulehnen ist die Ansicht *Meyers* (S. 67), dass diese Münzen schon städtisches Gepräge sind, denn die Stadt hat unmittelbar nachdem sie Pfandinhaberin der Münze wurde, nur noch Pfennige mit dem Baselstab ausgegeben. Den Tatsachen näher gekommen ist *Sattler*, der im Bulletin de la Société Suisse de numismatique (Bd. II. S. 76 ff.) die Auffassung vertritt, dass die bezeichneten Münzen aus der Periode stammen, in welcher die Stadt die bischöfliche Münze gepachtet hatte. Da aber eine Verpachtung der Münze vor 1373 überhaupt nicht stattgefunden hat, ist *Sattler* dahin zu korrigieren, dass es sich um die Zeit handelt, in der die Stadt die Münzpolizei (in dem früher angedeuteten Sinne) ausübte.

Doch alles das ist mehr oder weniger Hypothese. Fest steht von alledem fast nichts. Selbst das Dekret, welches 1362 in das Rote Buch eingetragen wurde, könnte älteren Datums sein. *Bernoulli*, der übrigens für den Eintrag das Jahr 1363 annimmt, hält für möglich, dass es aus dem alten 1356 verbrannten Roten Buche herübergenommen sei. Ich halte das für unwahrscheinlich, da nicht einzusehen ist, warum man solche Eintragung erst nach 7 Jahren gemacht haben sollte. Ich vermute vielmehr, dass die ersten Angster Mitte der 50er Jahre geprägt wurden und 1362 eine Aufbesserung derselben vor sich ging. Dass in dem dies anzeigenden Dekret von einem »núwe phenning« die Rede ist, »den man sprach angster«, kann meine Auffassung nicht hinfällig machen, denn dies »núwe« bezieht sich, wie in allen anderen Münzurkunden auch, auf die Neuausprägung. Wir werden dieser Wendung wiederholt begegnen. Auch zeigt ja die Tatsache, dass wir schon 1361 die Bezeichnung Angster nachweisen können, zur Genüge, dass das

Dekret die Ankündigung eines neuen Münznamens gar nicht im Auge gehabt haben kann. Uebrigens ist diese Feststellung für unsere speziellen Zwecke ziemlich belanglos, weil wir den Feingehalt jener älteren Angster nicht kennen. Wir wissen diesen nur von den 1344 und 1362 geprägten Pfennigen. Für die Zwischenzeit ist uns Urkundliches nicht überliefert. Wir begnügen uns deshalb damit, der Prägung von 1344 diejenige von 1362 anzureihen. Auch mag schon hier bemerkt werden, dass von 1373 ab wieder ohne das Bischofsbild geprägt wurde.

Wie es in dem Dekret von 1362 heisst, sollten »vier pfenning« und drie schilling und dritthalb pfunt ein Mark wegen« und aber fúnf schilling und drithalb pfunt usserm fúre ein lŏtig mark silbers tůn súllent.« Demnach wog der Pfennig 0,366 gr und hielt 0,355 gr feines Silber oder $^{964}/_{1000}$, »die zwentzig pfenning werdent dargeben fúr spise«. Der Feingehalt der Pfennige war mithin gegen 1344 um 58,7 Prozent höher. Zu dieser enormen Aufbesserung hatte sich auf Drängen des Rates der Bischof mit Rücksicht auf die Pfennige der benachbarten Territorien entschliessen müssen. Der Freiburger Pfennig wog (*Cahn* a. a. O. S. 21) im Jahre 1349 0,33 gr, der Strassburger nach der Münzordnung von 1340 sogar 0,45 gr [1]). Kein Wunder, dass namentlich der letztere die Basler Pfennige verdrängte und — trotz aller Verbote — bei dem Abschluss von Handelsgeschäften und Kaufverträgen mit Vorliebe auch im Territorium des Bischofs von Basel nach ihm gerechnet wurde. Der Rat der Stadt Basel hatte für die mit solcher Entwicklung verbundene Gefahr ein offenes Auge; das Dekret von 1362 ist hierfür der beste Beweis. Dieselbe Verordnung sagt auch, dass man, um Gewicht und Feingehalt zů garantieren »drie erber manne . . . darúber gesetztet, die zů den heiligen gesworn hant, die múntze ze versůchende, mit dem schultheissen ze Basel.«

Bevor wir auf das grosse Ereignis von 1373 eingehen können, müssen wir uns noch mit einer Urkunde beschäftigen, die wieder eine Münzverschlechterung anzeigt. Am 14. Dez. 1370 beauftragt nämlich der seit 1366 neu installierte Bischof Johann III. von Vienne (1366—1382) den Domherrn Heinrich Völmins, den Edelknecht Johann von Mittelhus und den Basler Bürger Hüglin von Schliengen mit der Anfertigung von Pfennigen, die den in der Ver-

1) Hiermit stimmt überein ein Zusatz zu der schon erwähnten Notiz in den Basler Annalen (*Bernoulli* V. S. 24) betreffend die im Jahre 1362 ausgegebene Angstermünze: »Dry núwer angsterpfennig Baszler múntz hand gthon so vil als 2 Strasburger pfennig.«

ordnung von 1362 angegebenen nicht mehr gleichstanden. Diese Urkunde ist für uns in mehr als einer Beziehung interessant. Zunächst zeigt sie eine Verschlechterung des Feingehalts der Pfennige. Dann aber, und das ist für uns besonders wichtig, ist hier auf einmal von der Mitwirkung der Stadt gar nicht mehr die Rede. Letzteres hatte seine guten Gründe. Bischof Johann von Vienne hatte sofort erkannt, dass sein Vorgänger in bezug auf Zoll und Münze eine laxe Praxis betrieben, und von seinen Rechten mehr preisgegeben hatte, als ihm, dem steitbaren und kriegerischen Nachfolger, gut schien. Die Stadt Basel hatte unter Johann Senn von Münsingen eine ganze Reihe von Abgaben eingeführt, denen sie zum Teil auch geistliche Personen unterwarf. Den schwächlichen Widerspruch Johanns von Münsingen hatte sie unbeachtet gelassen, wie sie ja auch in bezug auf die Münzpolizei ihren Willen durchzusetzen verstand. Anders Johann von Vienne, dessen erste Sorge die Widerherstellung der alten bischöflichen Privilegien war. Nachdem eine Auseinandersetzung mit dem Rate der Stadt zu keinem Ergebnis geführt hatte, wandte er sich an Kaiser Karl IV. Dieser bestätigte ihm am 14. Sept. 1366 die Privilegien Friedrichs vom 12. und 13. Sept. 1218 und sein eigenes, uns bekanntes, vom 20. Dez. 1347: »Sane constitutus in nostre magestatis presencia venerabilis Johannes episcopus Basiliensis princeps devotus noster carissimus nobis quedam privilegia et litteras divorum Friderici secundi et aliorum Romanorum imperatorum et regum predecessorum nostorum exhibuit nobis humiliter supplicando, quatenus sibi et ecclesie sue Basiliensi eadem privilegia et litteras approbare ratificare innovare et confirmare de innata nobis pietate et speciali nostra gracia dignaremur, quorum tenores secuntur in hec verba.« (Es folgen die uns bekannten Urkunden von 1218 und 1347 und deren erneute Bestätigung mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass alle etwaigen anderen Ansprüche als null und nichtig betrachtet werden sollen)[1]. An demselben Tage gebietet Karl der Stadt Basel, ihre Eingriffe in die Rechte des Bischofs binnen Monatsfrist einzustellen. Die Fassung dieser Urkunde bietet insofern besonderes Interesse, als sie die ganze Situation treffend beleuchtet und deutlich zeigt, zu welchen weitgehenden Massnahmen es seitens Basels gekommen war. Ich bringe sie des-

1) Original Staatsarchiv. St.Urk. Nr. 663 (A). Gedr. Urkundenbuch IV. S. 278 ff. Vgl. *Trouillat* 4, S. 233, Nr. 104. *Gengler* a. a. O. S. 141, Nr. 38. *Heusler*, S. 271.

halb vollständig zum Abdruck [1]).

Des Bischofs Stellung war somit aufs neue gefestigt. Wir dürfen uns nicht wundern, dass er jetzt der Stadt auch ein Mitwirkungsrecht an der Münze nicht mehr zugestand. Auch hier-

1) Wir Karl von gots gnaden Romischen keiser zû allen czeiten merer des reichs und kunig zû Beheim embieten dem burgermeister, dem rate und den burgern gemeinlichen der stat zû Basel unsern und des reichs lieben getrewen unser gnade und alles gut. Lieben getrewen, uns hat furgelegt und geclagt der erwirdig Johans bischoff zû Basel unser lieber furste und andechtiger, daz ir in und sinen stiffte an iren rechten gnaden und freiheiten, die sie von uns und unsern vorfarn Romischen keisern und kungen herbracht und behalten haben, und wider ewer selbes briefen, damit ir den bischoven gelobt und gesworn habt, swerlichen uberfaret und schedlichen hindert, sunderlichen daz ir meister und ratleute und auch czunfftmeister und czunft under euch seczet und auch newe gesecze und gebot czu Basel machet und ungelt und czolle och uff sine leute und gut beide geistlich und wertliche zu kleinem Basel und anderswo seczet und die von yn nemet und auch sine leut von Lichstal wider ewer briefe zu burgern empfahet und innemet und ouch die lichte, domit man zu hochcziten in der stiffte zu Basel luchten solde, abbrechet, des sie uns alles mit guter kuntschafft und briefen underwiset haben, und wanne daz von alter nye gewesen ist und wider ire recht freiheit gnade und briefe geschehen ist und geschiht, so meynen wir des nicht zu leiden und manen ewer trewe, domit ir uns und dem reiche verbunden syt, und gebyten euch ouch ernstlichen und vesticlichen bii unsern und des reichs hulden, daz ir inwendig einem manden nach angesicht dicz briefs alle sulche stûke und gebrechen widerrufet und genczlichen abtût und demselben bischoff, sinem capitel und dem stifft tût und haldet, waz ir yn von rechte oder gewonheit schuldig siit ze tun, und auch genczlichen widerkeret, waz ir von dem ungelt und czollen uffgenomen habt, on alle widerrede. Wo ir des nicht tetet, so meinen und wollen wir dem egenanten bischoff und siner kirchen mit rate unser getrewen helfen, daz er bii sinen rechten freiheiten gnaden hantvesten und briefen blibe. Mit urkunt dicz briefs versigelt mit unser keiserlichen majestat insigel, der geben ist zu Frankenfurt, nach Crists geburt dreuczenhundert jar darnach in dem sechs und sechczigisten jar, an des heiligen creuczes tag exaltacio, unser reiche in dem eyn und czwenczigisten und des keisertums in dem czwelfften jare.

per dominum . . . imperatorem
Johannes Eystetensis [a]).

a) p e r bis E y s t e t e n s i s von anderer Hand. Original Staatsarchiv. St.Urk Nr. 364. Gedr. Urkundenbuch IV. S. 280 ff. Vgl. *Ochs*, II. S. 208 ff.; *Trouillat* 4 S. 236, Nr. 105. *Gengler*, S. 141. Nr. 39. *Heusler*, S. 271 ff.

durch wird bewiesen, dass für ein solches rechtliche oder finanzrechtliche Gründe nicht geltend gemacht werden konnten, dass die Stadt nur insoweit ein Recht an der Münze hatte, als es der Bischof freiwillig zugestand. Bischof Johann von Vienne hatte keine Neigung, sich um Abmachungen seiner Vorgänger zu kümmern, denen die rechtliche Basis, die allein ihm Schranken geboten hätte, fehlte, und deshalb nahm er die Regelung des Münzwesens wieder selbst in die Hand.

Zur Sache sagt unsere Münzurkunde von 1370 das folgende: Quod quamdiu ipsi unam marcam argenti puri et legalis ponderis Basiliensis conparare poterunt et reperiunt conparandam pro tribus libris et sex solidis denariorum per eos ut premittitur formandorum de novo facere et fabricare debeant monetam ipsam et taliter, quod hujusmodi denariorum novorum et formatorum decem et octo solidi cum tribus denariis conbusti seu examinati facere et continere debeant unum fertonem marce argenti« [1]). Der Preis des Silbers war demnach trotz aller Gegenanstrengungen weiter in die Höhe gegangen, es sollte deshalb bei der Ausprägung von Pfennigen dem Rechnung getragen werden. Solange der Preis für eine Mark feinen Silbers 3 lb. 6 ß betrug, sollten die neuen Pfennige so geprägt werden, dass 18 ß 3 ₰ 1/4 (fertonem) Mark feinen Silbers enthielten. Aus einer ganzen Mark feinen Silbers sollten 876 Pfennige geschlagen werden, so dass der einzelne 0,267 gr fein hatte; mithin war gegen 1362 eine Verschlechterung um 23 Prozent vorgenommen worden.

Dieses neue Attentat des Bischofs auf die Münze war in Wirklichkeit nur zum Teil durch den erhöhten Silberpreis bedingt. Johann III. von Vienne kam von vornherein in eine Schuldenwirtschaft hinein, die ihn veranlasste, unter allen Umständen die Mittel dort zu nehmen, wo er sie fand. Nichts lag ihm ferner, als auf hohe Einnahmen aus der Münze zu gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung Basels zu verzichten. Der rücksichtslosen Haltung dieses Mannes gegenüber musste deshalb dem Rate die Notwendigkeit der Verstadtlichung der Münze noch dringlicher erscheinen, zumal der neue Bischof der Stadt irgend welchen Einfluss nicht mehr zugestandt.

Ueber den Gang der nun einsetzenden Verhandlungen wissen wir leider nichts. Nur das Resultat verkündet uns der Vertrag

1) Staatsarchiv. St.Urk. Nr. 394. Org.Pgt. Gedr. im Urkundenbuch IV. S. 328 ff. Vgl. Reg. bei *Trouillat* 4, 720. *Hanauer*, a. a. O. S. 399.

vom 12. März 1373: »Wir Johans von gottes gnaden byschof ze Basel tůnt kunt allen lúten, die disen brief sehent oder hőrent lesen, daz wir angesehen habent grossen kůmber, so uns und unser styft ze Basel von mengerleye sache wegen angevallen ist und da von so berlich in vil schulde gevallen sint, daruf tegelichs es sie von zinsen giselmalen uns und der egenanten unser styft ze Basel fúrer schulde und kůmber uferstat und erwachset, und dem ze widerstande so habent wir mit wolbedachtem můte und gůter zitlicher vorbetrachtung und mit einhelligem rate wissende und gunst der erwirdigen unsers . . . capitels ze Basel meren bresten und schaden unsers und der selben unser styft ze Basel ze verkomende und darumb, daz wir und unser styft und unser lande und lúte in dester besseren friden wúrdent gesetzet, und ouch darumb, daz wir unser und unser styft vesti Ystein, die uns von etlichen unsern . . widersachen genomen und entragen was, zů unsern un der selben unser styft handen wider gezúgen, und ouch darumb, daz wir die, die uns und unsers gotzhus . . lúte schadigende und angriffende warent, ze sůne und ze fride wider brechten, und durch anderr redelicher sache willen, die uns hartzů bracht het, versetzet und versetzent mit disem gegenwertigen brief recht und redelich den erbern wisen unsern lieben getruwen dem . . burgermeister, dem . . rate, den . . burgern und der . . gemeinde zů unser stat ze Basel ze rechtem phande und in phandeswise und gebent inen in fúr uns und unsere nachkomen byschőffe und das obgenant . . capitel ze Basel unser múntze, die wir von unser styft ze Basel hant und uns zůgehőrt, mit allen rechten nútzen eygenscheften fryeheiten, es sie slegschatze múntzen ze gebende und ze wandelonde, hoche oder nider, wie die genant sint, als wir und unsere vorvarn . . byschőffe ze Basel die selben múntze von alter har gehebt genossen und harbracht habent untz uf disen húttigen tage, als dirre brief geben ist, umb viere thusent guldin gůter und vollenswerer von Florentz, die wir von den egenanten unsern . . burgern dem . . burgermeister, dem . . rate und den . . burgern von Basel gar und gentzlich gůt an golde und an gewicht genomen und emphangen[1]) . . .« Damit hatte sich der Bischof des Rechtes an der Münze begeben, die zwar nicht verkauft war, aber doch nicht

1) Original-Staatsarchiv. St.Urk. 417. Abschrift im grossen Weissbuch fol. 43. Gedruckt im Urkundenbuch IV. S. 342 ff. Vgl. *Trouillat* IV. Nr. 145, S. 317 ff., und die Regeste S. 730, *Heusler* a. a. O. S. 339; *Cahn*, a. a. O. S. 23; *Haller*, Schweizerisches Münz- und Medaillenkabinett. Bd. II. S. 15. *Schönberg*, a. a. O. S. 67, Anm. 2

eher in des Bischofs Hände zurückgelangen konnte, als bis er jene 4000 fl. erstattet hatte. Die Stadt Basel sah sich am Ziele ihrer Wünsche.

An demselben Tage hatte der Bischof der Stadt auch seine sämtlichen Zölle, die er bisher in der Stadt erhoben hatte, sowie die Fronwage, das Muttamt und andere Rechte und Gefälle für die Summe von 12 500 florentinische Gulden verpfändet [1]). *Cahn* u. a. sind der Meinung, dass der Bischof das Münzrecht für »alle Zeiten verkaufte«. Das ist ein Irrtum. Ausdrücklich ist nur von einem Pachtverhältnis die Rede. Es wurde sogar noch ein Sondervertrag geschlossen (am 14. März 1373), in dem sich Bürgermeister und Rat verpflichten, dem Bischof den Zoll und die Münze, die er ihnen versetzt hat, bei Erlegung der Pfandsumme zu lösen zu geben [2]).

Schon *Heusler* hat (S. 334) darauf hingewiesen, dass in dem Verhalten des Bischofs ein gewisser Widerspruch liegt. Während er auf der einen Seite die Stadt im Kampfe um seine Rechte aufs äusserste befehdet, wendet er sich anderseits gerade an diese,

1) Originale Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 414 (A), 415 (A[1]), 416 (A[2]). Abschrift von A im Grossen Weissbuch, fol. 12. Gedruckt im Urkundenbuch der Stadt Basel IV. S. 339. Vgl. *Schönberg* a. a. O. S. 66 ff.; *Heusler* a. a. O. S. 62; *Ochs* a. a. O. Bd. II. 133; *Trouillat* a. a. O. IV. S. 315, Nr. 144; *Gengler*, Codex juris municipalis Germaiae medii aevi. Erlangen 1863 S. 142. Nr. 45.

2) »daz wir gelobt und verheissen habent und gelobent und verheissent mit disem gegenwertigen brief, wenne der vorgenant unser herre der . . byschof von Basel oder sin nachkomen des selben sins bystůms, ob er nút were, koment und uns oder unsern nachkomen . . . . . . richtent und gebent sechszehen thusent und fúnf hundert guldin güter und vollenswerer von Florentz ane alle abslahung und minrung der nútzen, die wir von dem obgenanten zolle und der múntze ingenossen und ingenomen hettent, daz wir inen denne den selben zolle und die múntze fúrderlich und an stat wider sǒllent geben ze lǒsende ane alle widerrede.« Weiter folgt die Bestimmung, dass auch der Zoll allein oder die Münze allein eingelöst werden können. Bekanntlich ist dieser Vertrag den Baslern später sehr teuer zu stehen gekommen. Zur Zeit der Gegenreformation hat nämlich der Bischof Jakob Christoph Blarer von Wartensee die Zölle in der Tat wieder einlösen wollen. Es hat sehr langer Verhandlungen bedurft, um ihn zu bestimmen, gegen Zahlung einer unverhältnismässig hohen Summe von seinem Vorhaben abzustehen. Dass man angesichts solcher Tatsachen nicht von einem »Verkauf der Münze für ewige Zeiten« reden kann, liegt auf der Hand. Das Original der obigen Urkunde im Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 418 (A). Gedruckt Urkundenbuch IV. S. 346. Vgl. *Trouillat* IV. S. 317.

als ihn Geldverlegenheiten zwingen, seine Rechtsame zu versetzen. *Heusler* nimmt an, dass er dies mit Rücksicht auf die Möglichkeit der Wiedereinlösung der Pfänder getan habe. Die Verpfändung an einen fremden Herrn, etwa an Oesterreich, den Gegner Basels, hätte wenig Hoffnung auf Wiedereinlösung gegeben. Gewiss ist dies für den Bischof, der, wie wir gesehen haben, nur an eine vorübergehende Verpfändung der wichtigen Rechtsame gedacht hatte, ein wichtiges Motiv gewesen. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die Stadt Basel der Veräusserung von Zoll und Münze an einen fremden Herrn zweifellos grosse Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte, was der sofortigen Befriedigung des bischöflichen Finanzbedürfnisses hinderlich sein musste. Da nun der Bischof aller Mittel entblösst war und sonstiger Kredit ihm nicht mehr zur Verfügung stand, anderseits aber seine kriegerischen Unternehmungen — so die Wiedergewinnung der Festung Ystein — grosse Anforderungen an seine Finanzen stellten, so blieb ihm schliesslich gar kein anderer Weg, als die von der Stadt bereitwilligst gebotene Hilfe selbst um den Preis seiner wichtigsten Rechte zu acceptieren. Um dies vollends zu verstehen, empfiehlt es sich, ganz allgemein einen Blick auf die Finanzen des Bistums Basel zu werfen. Jener Glanz und Reichtum, der im allgemeinen die rheinischen Bistümer auszeichnete, ist in Basel niemals vorhanden gewesen. Wiederholte Veräusserungen von Stiftsgut und verschwenderische Wirtschaft der Bischöfe haben die finanzielle Lage des alten Bistums frühzeitig zerrüttet. Dazu kam, dass das Erdbeben von 1356 den an sich schon bescheidenen Wohlstand des Landes stark untergraben hatte, und fortgesetzte kriegerische Unternehmungen die Bischöfe in grösste Schuldenlast stürzten. Mit Recht hat deshalb *Ochs* darauf hingewiesen, dass die Bischofswürde in Basel im 14. Jahrhundert zu einer Last erniedrigt war, welche zu übernehmen, für jeden, der nicht von vornherein auf weitere Ausbeutung des Stiftsguts zu seinen Privatzwecken ausging, als Entsagung galt. Es ist deshalb sehr wohl zu verstehen, dass es den Bischöfen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts überhaupt nicht mehr möglich war, grössere Beträge im Wege des Kredits aufzunehmen. Für die Stadt Basel freilich war diese Lage des Bistums von Vorteil; es gelang ihr, den Bischöfen ein Recht nach dem andern zu entreissen und sich so jene Bewegungsfreiheit zu sichern, die zwar grosse finanzielle Opfer erforderte und in weiterer Folge auch zu schweren politi-

schen Krisen und Katastrophen führte, die aber am letzten Ende doch unerlässlich war, um Basel jener Höhe entgegen zu führen, auf welcher es gegen Ende des 15. Jahrh. anlangte.

Es entsteht die Frage, wie Basel im Jahre 1373 die zur Erfüllung der dem Bischof gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nötigen Mittel aufbrachte. Aus den laufenden Einnahmen konnten sie selbstverständlich nicht bestritten werden, denn Basel war damals absolut keine reiche Stadt. Eigenes Besitztum hatte sie so gut wie garnicht, und die Steuerkraft der Bürger musste schon zur Bestreitung anderer dringender Staatsausgaben stark in Anspruch genommen werden. Den Ausweg bildete die Kontrahierung von Schulden, die in diesem Falle wohl als fundierte bezeichnet werden dürfen. Im Haushalt der Stadt Basel spielen während des ganzen ausgehenden Mittelalters die Anleihen eine grosse Rolle. Im 15. Jahrhundert vergeht nicht ein Jahr, in dem nicht irgend welche Schulden kontrahiert werden. Es ist nun aber bemerkenswert, dass die Jahresrechnung von 1372/73 der Höhe der Pfandsummen entsprechende Einnahmen nicht aufweist. Bezüglich der in diesem Jahre behobenen Anleihen heisst es:

»Item so hant wir emphangen von dene die uns gůte verlúhen hant da von wir zinse gebent, von Johans Biderman CCC guldin, von Burckart Moser CCCCVIII guldin, von Walther von Wissenhorne CCCCXXVII guldin und von Heintzman von Sliengen CCCC guldin minus XIIII guldin. Die summa der guldinen ist MDXXI guldin, tunt in phenningen DCCCCXXXV lb. XI ß, da von wir zinse gebent.«

»Item so hant wir emphangen von Johans Stamler C guldin, die er uns verlúhen het, tůnt in phenningen LXV lb.«

»Item so hant wir emphangen von Moyses Menlin und den andern juden DCCC lb., die sie uns verlúhen hant.«

»Item von Moyses dem juden in namen klein Ysacklis und Symondes von Camberach der juden MMM guldin, tůnt in pfennigen MM lb. minus L lb., die si uns verlúhen hant.«

»Item so het uns Moyses von Colmer der jude verlúhen in vro Frôiden namen der jüdin von Vilfurt DCXLVI lb. IIII ß.«

Die Summe dieser Anleihen beträgt 4711 lb. und 15 ß; zu ihr kamen an ausserordentlichen Einnahmen desselben Jahres noch 1388 lb. für Wein, den man angeschafft, aber — vielleicht um den Bischof zu befriedigen — wieder verkauft hatte[1]). Neben

1) »Item so ist erlôset usser wine die wir kouft hattent und die wider verkouft

diesen beiden Summen ist dem Bischof noch ein Betrag aus den laufenden Einnahmen überwiesen worden, denn in dem Schlusspassus der Ausgaben dieser Jahresrechnung heisst es: »Summa datorum huius anny in universis sechsthusent phunde XLVIIII lb. minus III ß. Und ist die summe so man usgeben het, nimmer denne man hat empfangen sechsthusent CCLXVII lb., tunt in guldinen núne thusent und DCL guldin, und die sint geben an den phandschilling.« Für die Bezahlung des Restes fehlen die Belege. Und doch wissen wir, dass der Bischof um dringender Geldverlegenheit willen Münze und Zoll versetzt hatte. Die Sache klärt sich ziemlich einfach auf. Der Bischof hatte auf Grund seiner Zoll- und Münzeinnahmen bereits anderweitig Darlehen erhalten und sich für die Bezahlung der Zinsen und Rückzahlung des Kapitals mit seinen Einnahmen aus den Regalien verbürgt. Diese waren demnach vorbelastet, und selbstverständlich gingen die so fundierten Schulden mit dem Regal auf die Stadt über. Eine Urkunde vom 14. März 1373 vermittelt uns den bezüglichen Vertrag [1]). Bürgermeister und Rat geloben, die bei der Pfandnahme von Zoll und Münze übernommenen bischöflichen Schulden nun auch wirklich zu bezahlen.

---

sint MCCCLXXXVIII lb.«

1) »Wir Hanneman von Ramstein ritter burgermeister und der .... rate ze Basel tůnt kunt menglichem mit disem brief, als wir von dem erwirdigen unserm gnedigen herren byschof Johansen von gottes gnaden ze Basel verphendet habent den zolle und die múntze, so er und sin styft ze Basel hatte, und uns von des gůtes wegen, so wir ime da von schuldig worden sint, gewiset het etliche us ze richtende und ab ze leggende, als uns das von dem egenanten unserm .... herren von Basel und unsern .... herren des .. capitels zů unser stat mit worten und ouch mit geschrift us bescheiden und gelútert ist, da gelobent und verheissent wir mit diesem gegenwertigen brief die tugentlich und gůtlich us ze richtende und ab ze leggende, die uns also von dem egenanten unserm ... herren von Basel und sinem ... capitel verzeichnet geben sint und die wir usrichten súllent von der verphandung wegen des egenanten zolles und der múntze, so verre uns das an gebúrt us ze richtende und ze werende ungevarlich. Also dazs hinnanthin dem obgenanten unserm ... herren dem byschof von Basel noch den sinen noch den egenanten unsern ... herren von dem kapitel zů Basel kein kumber noch breste ob got wil da von uf erstan sol. Wer aber ....« (Original im Staatsarchiv, Bischöfl. Archiv; Urk. Nr. 33 (A). Gedruckt im Urkundenbuch IV. S. 348.)

Es war nun freilich vorauszusehen, dass sich beim Rate der Stadt viel mehr Gläubiger des Bischofs melden würden, als jener angegeben hatte. Die Stadt lief hier Gefahr, in eine unangenehme Situation zu geraten, denn da sie Zoll und Münze übernommen hatte, musste sie sich auch mit jenen auseinandersetzen, die seitens des Bischofs oder seiner Vorgänger verbürgte Rechte an den Einnahmen dieser Regalien erhalten hatten. Der Bischof war zwar genötigt worden, die bezüglichen Gläubiger anzugeben, damit ihre Forderungen auf die Pfandsumme angerechnet werden konnten; wie wenig aber man ihm traute, zeigt eine Urkunde des gleichen Tages, in der Bischof Johann sich verpflichtet, Bürgermeister und Rat schadlos zu halten, wenn etwa Gläubiger solche Art Rechte geltend machen sollten. Auch musste er von jeder Berufung auf irgend ein Recht, das ihn von dieser Pflicht hätte befreien können, von vornherein verzichten[1]).

Die Stadt ging demnach in jeder Beziehung sicher. Zahlreiche Quittungen zeigen übrigens des Bischofs Gläubiger, deren

---

1) »Wir Johans . . . bekennent uns offenlich und tůnt kunt menglichem mit disem brief, als die erbern bescheiden unsere lieben unsere lieben getruwen burgere der . . burgermeister und der . . rate ze Basel usrichtende und bezallende werdent etliche, di wir an si gewiset hant und di si über sich hant genomen von unsers zolles und müntze wegen ze Basel, die wir denselben unsern . . burgern von Basel versetzet hant, als die briefe das vôlleclich bewisent die darúber gebent sint, da gelobent und verheissent wir mit disem brief, weri daz die obgenanten unsere . . burgere von Basel iemande anders denne die, so wir also an si gewiset hant anreichende und bekúmberende wurde, die villicht briefe uf dem zolle oder uf der múntze hettent von schulde wegen, so wir oder unsere . . vorvarn oder unser styft ze Basel inen schuldig werent, von den wir noch unser . . capitel ze Basel den vorgenanten unsern . . burgern von Basel nút hettent geseit noch di si nút von der vorgeschriben verphandunge wegen úber sich hant genommen, da sôllent wir und unsere . . nachkommen die byschôffe ze Basel die vorgenannten unsere burgere von Basel von allem schaden wisen und behůten de sie gemeinlich oder dehein in sunder also darumb angienge slechtlich und ane alle geverde. Wir gelobent auch dis für uns und alle unsere . . . . nachkommen die byschôffe ze Basel ze haltende und ze vollefůrende getruwelich und verzihent uns ouch harumb in dem namen als da vor und für das vorgenant unser . . capitel wissent-

Namen nicht ohne Interesse sind. Am 11. März 1373 bescheinigt Burchard Münch von Landskron, dass die 900 Gulden, welche der Bischof von Basel ihm schuldig war, ihm nun vom Rate der Stadt geschuldet werden[1]. Am 21. März desselben Jahres bezeugt Burchard Freiherr zu Buchegk, dass er für die 300 Gulden, welche der Bischof von Basel ihm schuldig war, von diesem an den Rat von Basel gewiesen worden sei, und sagt darum den Bischof und das Kapitel quitt und ledig[2]. Schon zwei Wochen später bezahlt der Rat diese Summe, denn in einer Quittung vom 4. April 1373 bestätigt der Verleiher den Empfang[3]. Am 26. März 1373 bekennt Rutzschmann von Blawenstein, Edelknecht, dass Bürgermeister und Rat von Basel von den 600 fl., welche sie ihm von des Bischofs von Basel wegen schuldig seien, wiederum 100 Gulden bezahlt hätten[4] und am 25. April schon quittiert er über die ganze Summe[5]. Graf Rudolf von Habsburg bescheinigt am 19. Juli 1373 den Empfang von 728 Gulden, die ihm der Bischof schuldete[6]. Ein bedeutender Gläubiger des Bischofs war Hannemann von Bechburg, Freiherr zu Valkenstein, der am 25. April 1373 bestätigt, dass Bürgermeister und Rat der Stadt Basel von wegen und im Namen des Bischofs von Basel das Geld, das dieser ihm schuldig war, bezahlt haben, nämlich 5000 Gulden und 157 Gulden und $52^1/_2$ Pfund Angster[7]. Uebrigens hatte derselbe Gläubiger schon am 27. März durch Cunrat von Leymen 100 Gulden im Namen von Bürgermeister und Rat der Stadt Basel er-

lich und bedachtlich aller helff geistlichs und weltlichs gerichtes, aller briefen und freyeheiten und gemeinlich aller der dingen, die uns harwider schirmen mȏchtent ane alle geverde.« Original Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 419 (A), Bischöfliches Archiv Urk. Nr. 32 (A¹). Gedruckt im Urkundenbuch IV. S. 349.

1) Original Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 413 (A). Gedruckt Urkundenbuch IV. S. 339; vgl. die Regesten bei *Trouillat* IV. S. 735.

2) Original St.Urk. Nr. 420 (A). Gedruckt Urkundenbuch IV. S. 350. Vgl. Reg. bei *Trouillat* IV. S. 735.

3) Original St.Urk. Nr. 422 (A). Gedr. Urkundenbuch IV. S. 352. Vgl. *Trouillat* IV. Regesten S. 735.

4) Original Staatsarchiv Bistum Basel (A.). Gedruckt Urkundenbuch IV. S. 351. Vgl. Regesten bei *Trouillat* IV. S. 735.

5) Original St.Urk. Nr. 424 (A.). Gedr. Urkundenbuch IV. S. 354.

6) Original Staatsarchiv, Bistum Basel (A.). Gedr. Urkundenbuch IV. S. 354 Reg. bei *Trouillat* IV. S. 736, der fälschlich 738 angibt.

7) Original St.Urk. Nr. 423 (A). Gedr. Urkundenbuch V. S. 353. Reg. bei *Trouillat* IV. S. 736, wo irrtümlicherweise nur 5000 Gulden angegeben sind.

halten[1]. Weitere Gläubiger des Bischofs waren Gottfrid von Eptingen und Puliant von Eptingen; ersterer quittiert dem Rat über 49 lb. 4 ß 4 Angster[2], und der letztere bestätigt, dass ihm Rat und Bürgermeister im Namen des Bischofs 7 Mark Silbers bezahlt haben[3].

---

1) Original St.Urk. Nr. 421 (A). Gedr. Urkundenbuch IV. S. 351. Vgt. *Trouillat* Regesten IV. S. 735.

2) Original, Staatsarchiv, Bistum Basel (A). Gedr. Urkundenbuch IV. S. 352. Vgl. Reg. *Trouillat* IV. S. 731 unter 28. März.

3) Orig. Staatsarchiv, Bistum Basel (A). Gedruckt Urkundenbuch IV. S. 353 Reg. *Trouillat* IV. S. 736, wo die Summe ungenau angegeben ist.

III.

Die städtische Münzpolitik.

1. Die gesetzliche Festlegung des Wertverhältnisses zwischen Gulden und Pfund durch die Schaffhauser Konvention.

Nachdem die Stadt so in den Besitz des Münzrechts gelangt war, versuchte sie mit Ernst und Klugheit eine Münzpolitik zu betreiben, die, frei von fiskalischer Engherzigkeit, nur das eine Ziel im Auge hatte, dem Wirtschaftsleben der Stadt die nötige solide geldwirtschaftliche Basis zu verschaffen. Freilich: Der Hindernisse gab es viele, und zunächst schien es sogar, als ob die Stadt in den Pfaden des Bischofs weiter zu wandeln beabsichtigte. Denn schon im Jahre 1373 nimmt sie selbst eine Münzwertreduzierung vor, und zwar, wie uns versichert wird, aus genau denselben Gründen, die zuletzt angeblich den Bischof bewogen hatten, das gleiche zu tun: Das Silber war weiter im Preise gestiegen. Für eine Mark feinen Silbers mussten jetzt $5^{5}/_{7}$ Gulden bezahlt werden. Der Rat liess deshalb seine Pfennige mit entsprechendem Feingehalt d. h. auf folgender Grundlage ausprägen: Die Mark feinen Silbers sollte 1045 Pfennige geben, die nunmehr nach dem Baselstab, den sie trugen, Stebler genannt wurden; auf den einzelnen Denar kamen somit 0,225 gr feinen Silbers, was gegen den Pfennig von 1370 eine Verschlechterung von 15,7% bedeutete. Das Gewicht des Steblers war nun freilich schwerer, denn man legierte die Mark von 16 Lot mit 3 Lot Kupfer, sodass sie um 43,95 gr schwerer wurde, und dementsprechend der einzelne Brakteat 0,266 gr wog. Das Verhältnis von Schrot und Korn war somit $^{16}/_{19}$ oder $^{842}/_{1000}$. Wenn man berücksichtigt, dass es 1362 noch $^{964}/_{1000}$ betragen hatte, so tritt die Wertreduzierung grell in die Erscheinung.

Für die obigen Zahlen sind direkte urkundliche Ueberliefe-

rungen nicht vorhanden. Es ist auch nicht wahrscheinlich, dass die Stadt diese Münzverschlechterung noch besonders schriftlich niedergelegt hat; sie wird vielmehr versucht haben, sie unter der Hand durchzuführen. Eine entsprechende Notiz ohne alle näheren Angaben findet sich in den Basler Annalen: »Anno 1373 gieng zu Basel die múntz usz mit den steben« [1]). *Hanauer,* der, soweit ich sehe, zuerst die zahlenmässigen Unterlagen für den Gehalt der Pfennige von 1373 ermittelt hat [2]), stützt sich auf bezügliche Angaben in den Stadtrechnungen, die das Verhältnis der neuen zu den alten Pfennigen angeben. Die Unterlagen lassen sich aber auch auf andere Weise gewinnen. Am 23. Okt. 1373 gestattet nämlich Kaiser Karl IV. dem Grafen Rudolf von Habsburg, in seiner Stadt Laufenburg silberne Münzen zu schlagen, und zwar auf der Städte Basel, Schaffhausen oder Zürich Korn [3]). Tatsächlich wurde nun in Laufenburg nach Basler Korn geprägt und zwar zu dem oben angegebenen Feingehalt [4]).

Die Folgen dieser erneuten Verschlechterung der Basler Pfennige sollten nicht ausbleiben. Die von Basel wirtschaftlich abhängigen Städte des oberen Elsass' bewarben sich um eigene Münzberechtigung und zwar zum Teil mit Erfolg. Im Jahre 1375, den 21. September, erhielt B e r g h e i m das Recht, eigene Münzen zu schlagen [5]). Wenn auch die Urkunde einen Hinweis auf die Basler Münze nicht enthält, so darf doch angenommen werden, dass diese Hauptveranlassung der Bergheimer Gründung war. Auch Colmar erhielt im Jahre 1376 die längst ersehnte Berechtigung zur Prägung eigener Münzen; und hier enthält die betreffende Urkunde einen deutlichen Hinweis auf Basel. Kaiser Karl IV. erlaubt nämlich die eigene Münze den Colmarern ausser wegen ihrer Dienste »ouch von mancherleye gebrechin und scha-

---

1) *Bernoulli*, Basler Chroniken, a. a. O. Bd. VI. S. 259.

2) *Hanauer*, Etudes économiques sur l'Alsace ancienne et moderne. 1876. Bd. 1, S. 399.

3) ». . . das er . . . muge ein gute silberne minze schlahen in siner statt zu Lauffenberg, die gut sey von silber, und schwere von gewichte, uf der stete zu Basel, zu Schaffhusen, oder zu Zůrch korn, unter sinem zeichen und gebrege.« Gedruckt bei *Herrgott* a. a. O. 2, S. 727 Nr. 841. Reg. Basler Urkundenbuch, IV. S. 361.

4) Vgl. *Arnold Münch*, Die Münze zu Laufenburg. (A r g o v i a, Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau. VIII. Bd., 1874. S. 318 ff.).

5) Gedr. bei *Schöpflin*, Alsatia diplomatica B. II. S. 272. Nr. 1181. Vgl. *Meyer*, a. a. O. S. 49.

den wegen, den sie haben von der müntze, die man slehet zu Basel und in den kreyssen dor umb«[1]. Uebrigens sind die Klagen Colmars cum grano salis zu nehmen, denn dieser Stadt kam es nicht lediglich darauf an, eine gute Münze zu bekommen, sondern sie wollte sich unter allen Umständen wirtschaftlich selbständig machen und deshalb auch münzpolitisch von Basel unabhängig sein. Tatsächlich nahm nämlich Basel im Jahre 1375 schon wieder eine Münzaufbesserung vor, so dass die bezüglichen Klagen Colmars jetzt eigentlich der Unterlage entbehrten.

Die im Jahre 1375 geschlagenen Stebler hatten 0,309 gr Feingehalt, gegen 1373 demnach eine Aufbesserung von 36,1%[2]. Da die Legierung $^{886}/_{1000}$ betrug und 756 Pf. geschlagen wurden, wog der einzelne Brakteat 0,351 gr. Die Stadt hatte hiermit bewiesen, dass sie bestrebt war, ihren Pfennigen durch möglichst hohen Feingehalt eine weite und gesicherte Umlaufsbasis zu garantieren.

Es zeigte sich aber, dass ihr dies auf die Dauer nicht möglich war. Es machte sich nämlich in zunehmendem Masse eine Kalamität geltend, der die Stadt für sich allein nicht gewachsen war: Die Gulden — ich wies schon darauf hin — verdrängten in immer grösserem Masse die städtische Silbermünze. Im 14. Jahrhundert waren es namentlich die florentinischen Goldgulden, welche bei allen grösseren Handelsgeschäften Verwendung fanden. Wir haben schon gesehen, dass der geldkundige Bischof Johann III. sich den Betrag für die verpfändete Münze und den Zoll in »guldin güter und vollenswerer von florentz« ausbezahlen liess. Dies war in der Tat bei allen grösseren Geschäften das übliche. Offiziell bestand die Silberwährung, aber sie war gewissermassen nur für den Kleinverkehr vorhanden. Grössere Summen bezahlte man in Gulden, was bei dem Mangel an höheren Silbermünzen leicht zu verstehen ist.

1) Reg. im Basler Urkundenbuch Bd. IV. S. 394. Original Stadtarchiv Colmar. Gedr. *Schöpflin* a. a. O. Alsatia II. S. 273. Nr. 1185. *Hanauer* a. a. O. S. 106, *Cahn* a. a. O. S. 24. *Meyer* a. O. S. 49.

2) Auch für die Münzaufbesserung von 1375 sind Verordnungen nicht erhalten. *Hanauer* a. a. O. I. S. 399 hat die Zahlen, denen ich die obige Berechnung zugrunde gelegt habe, in den Stadtrechnungen gefunden. Sie sind, wie ich kontrolliert habe, durchaus zuverlässig. Einen Anhaltspunkt gibt z. B. der folgende Passus aus der Jahresrechnung 1375/76. Item so hant wir emphangen von Hanneman Zschaggebürren von der müntz wegen . . . . XXXVIII marck rines silbers und X lb. der nüwen phennigen, tůnt in alten phennigen überal CLXXV lb.

Bevor der Gulden in Basel Handelsmünze wurde, bediente man sich bei grösseren Geschäften der ungemünzten Silberbarren — die nach »Mark« oder Teilen derselben gewogen wurden —, eine Gepflogenheit, die zwar auch später noch üblich war, aber — im Gegensatz zu norddeutschen Städten — durch das Aufkommen des Guldens doch auf Ausnahmefälle beschränkt blieb [1]).

Auch die Stadt selbst kontrahierte ihre Anleihen in Gulden, ebenso wie die Bürger sich hinsichtlich ihrer Darlehnsgeschäfte und Kaufverträge nur dieser Münze bedienten. Die offiziellen Rechnungsbücher der Stadt freilich kennen nur die Stadtwährung und jede Guldenzahlung wird fein säuberlich umgerechnet. Was wir heute den Geldkurs nennen, musste damals in Bezug auf das Verhältnis zwischen Pfennigen und Gulden bei jedesmaligem Tauschgeschäft ermittelt werden [2]). Von grösster Bedeutung für das Wirtschaftsleben Basels war nun, dass dieses Verhältnis zwischen Gulden und Pfennigen ein möglichst stabiles blieb. Darauf musste die Münzpolitik Basels nach Uebernahme der Münze gerichtet sein, zumal um diese Zeit auch der rheinische Gulden nach hier kam und ebenfalls mit Vorliebe genommen wurde, ja gegen Ende des 14. Jahrhunderts den Florentiner so gut wie verdrängte.

Wollte die Stadt ihre Pfennige in ein konstantes Verhältnis zum Gulden bringen, so musste sie ihre Münze immer dem zwischen den beiden Metallen bestehenden Preisverhältnis anpassen. Dabei hätte sie unter Umständen freilich zu grossem Feingehalt kommen können, nämlich dann, wenn der Preis des Silbers unverhältnismässig stark heruntergegangen wäre. Dem konnte sich aber die Stadt nicht aussetzen, und zwar aus zwei Gründen. Einmal hätten immer neue, d. h. dem Goldkurse folgende Ausprägungen zu fortwährenden Verrufungen der alten Münzen geführt, was nicht nur Verkehrsstörungen, sondern auch Kapitalverluste herbeiführen und vor allem die Ansammlung von Kapital erschweren musste. Wichtiger aber noch war dieses: Hatte die Stadt hochwertige Pfennige, so durfte sie bestimmt

---

1) Auch von der in anderen Territorien, namentlich in Brandenburg in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts einsetzenden rückläufigen Bewegung zu den Silberbarren ist in Basel nichts zu spüren.

2) Einzelheiten über das Aufkommen der Gulden in Deutschland in der eingangs zitierten Literatur. Kurzer, guter Überblick bei *Cahn*, Münz- und Geldgeschichte Strassburgs. S. 125 ff.

darauf rechnen, dass diese nach Territorien mit geringerer Münze ausgeführt und dort mit grossem Gewinn eingeschmolzen wurden. Mochte sie auch die schwersten Strafen auf solche Ausfuhr ihrer Münzen setzen (Abschlagen der Finger, der Hand, Vermögenskonfiskation etc.), die Gewinnaussichten waren dabei so gross und die Gefahr des Ertapptwerdens war so gering, dass es in der Tat unmöglich schien, sich gegen diese empfindliche Schädigung zu schützen.

In ähnlicher Lage wie Basel aber waren auch die meisten anderen Münzherren, d. h. sie wurden ebenfalls durch das schwankende Wertverhältnis zwischen Silber- und Goldmünzen, durch die ungeregelte Doppelwährung stark geschädigt. Helfen konnte hier im Grunde nur eine Massnahme: die gesetzliche Festlegung des Wertverhältnisses zwischen Gulden und Pfund. Freilich: ein einzelnes Territorium konnte sich auf solche Massregel nicht verstehen. Wollte es seinen Pfennigen Zwangskurs geben, so wurden diese, sobald der Kurs den Verkehrswert überschritt, aus dem Verkehr ausgeschaltet, so gut wie sie im umgekehrten Falle über die Grenze in die Schmelztiegel gewandert wären. Nur wenn eine Anzahl von grösseren Territorien sich zusammentat, um gemeinsam jene Massregeln zu ergreifen, die nötig waren, um den Silbermünzen den Goldgulden gegenüber die Existenz zu sichern, durfte man hoffen, des Uebels Herr zu werden. Kein Wunder deshalb, wenn wir sehen, dass die einzelnen Münzherrn, ihre Schwäche fühlend, zum Zusammenschluss streben.

Von wem der Anstoss zu entsprechenden Verhandlungen ausgegangen ist, wissen wir nicht; nur der die Konvention von Schaffhausen begründende Vertrag ist auf uns gekommen. Bevor wir jedoch letzterem unsere Aufmerksamkeit zuwenden, wollen wir untersuchen, wie sich bis zum Jahre 1377 das Verhältnis zwischen Gulden und Pfund gestaltet. Leider haben wir die Unterlagen hierfür erst seit dem Jahre 1362, da die Jahresrechnungen der Stadt, aus denen allein wir für diese Untersuchungen schöpfen können, für die ältere Zeit infolge des Erdbebens von 1356 nicht erhalten sind. Vorweg sei bemerkt, dass in der ganzen hier in Rede stehenden Zeit eine unterschiedliche Wertung der florentinischen, rheinischen und anderen Gulden nicht vorgenommen wird.

Schon *Schönberg* hat in seinem Buche über die Finanz-

verhältnisse Basels [1]) eine Anzahl der in den Jahresrechnungen zum Ausdruck kommenden Wertverhältnisse ermittelt und in einer Tabelle summarisch veröffentlicht. Ich gehe hier etwas weiter und gebe zunächst sämtliche Umrechnungen wörtlich aus den Jahresrechnungen 1362—1377 wieder. Abgesehen von dem allgemeinen Interesse, das solche Rechnungsauszüge beanspruchen dürfen, wird dadurch zugleich ersichtlich, welche Art von Geldgeschäften in Gulden ihre Erledigung fand. Ausserdem zeigt die Zusammenstellung, wie gerade in jenen 15 Jahren die Goldmünze sich in steigendem Masse einführte; man vergleiche z. B. 1361/62 und 1376/77. Ferner deute ich hiermit die Methode an, nach welcher ich das Wertverhältnis auch für die übrige Zeit ermittle, ohne jedesmal die Umrechnungen einzeln vorzuführen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung gerade dieser Seite unseres Problems befleissige ich mich hier einer gewissen Ausführlichkeit [2]).

1361/62.

Einnahmen: Keine Angaben.

Ausgaben:

Item so ist gelt kouft uffe der stat ze Louffenberg CLXX guldin geltes umbe MMMCCCC guldin, ist in phennigen MDCC lb.

1362/63.

Einnahmen:

Item so ist empfangen von dem von Emerrach und der schultheissen enent rines MMCCL guldin, ist in phennigen MCXXV lb.

Ausgaben: Keine Angaben.

1363/64.

Einnahmen:

Item von Johanse von Hiltalingen dem ciegeler XXX lb. für LX guldin.

Ausgaben: Keine Angaben.

1364/65.

Einnahmen: Keine Angaben.

Ausgaben:

1) *Gustav Schönberg*, Finanzverhältnisse der Stadt Basel im XIV. u. XV. Jahrh. Tübingen 1879. S. 127 ff. Für die Mitte des 15. Jahrh. stehen uns jetzt auch die Rechnungen des damals noch nicht zugängigen Bischöflichen Archivs (früher Pruntrut, jetzt Bern) zur Verfügung.

2) Bemerkenswert ist in dieser Zusammenstellung u. a. die Tatsache, dass zu den Gläubigern der Stadt zahlreiche Juden gehören.

Item so ist geben der von Walpach und den frowen von Clingental, von des kouffes wegen ze Louffenberg, das man inen da von schuldig beleib der von Walpach CCX march und den frowen von Clingental DC guldin und den zins, ist in pfennigen DCCCCLVII lb. V β.

1365/66.

Einnahmen:

Item so hant wir emphangen MMMMCCLXX guldin, dar umbe gelt verkouft ist, wirt in phennigen MMCXXXV lb.

Ausgaben:

Item so ist worden den soldenern von LXX tagen ze solde mit der uf rüstunge als ieglichem X guldin ze uf rüstunge wart und fur die hengst die wir vergelten hant MMMCLVIII guldin, ist in phennigen MDLXXVIIII lb.

1366/67.

Item so hant wir emphangen von unsern eitgenossen von Fryburg von der XL gleuen wegen, die ze Kentzingen lagent MDCXLIIII guldin, ist in phennigen DCCCXXII lb.

1367/68.

Einnahmen:

Item so hant wir emphangen gûte dar umbe gelt verkoufft ist, des ersten von Johansen von Zelle, Sweblins seligen kinden, Hannemans seligen kinden zem Rosen, Cûnrat von Leymen, Heintzman von Zelle, von Byllunginen, Walthern von Wissenhorne, Erhart Richen, von der von Sarburgen und Heintzin von Sliengen und von Schrotbancks seligen kinden sechsthusent DCCCCLXVIIII guldin, ist in phennigen MMMCCCCLXXX IIII $^{1}/_{2}$ lb. [1]).

Ausgaben:

Item so hant wir kosten gehebt von unsern eitgenossen wegen von Friburg mit dem von Bûssnang und andern unsern soldeneren von soldes und verluste wegen daz die von Friburg ze halbem teil werdent gelten MMMMCCCCLXXVII guldin, ist in phennigen MMCCXXXVIII $^{1}/_{2}$ lb.

So denne Burkart Schônenstein CCL guldin, ist in phennigen CXXV lb. geltent die von Friburg alleine.

Item so hant wir geben den von Arouwe D guldin ist in phennigen CCL lb.

1368/69.

Einnahmen:

Item von grave Rûdolf von Habspurg MMMMLXXV floreni, ist in phennigen MMXXXVII IIII $^{1}/_{2}$ lb.

1) $^{1}/_{2}$ im Original gestrichene I; $4^{1}/_{2}$ im Original gestrichene V. Da die Druckerei mit diesen Zeichen nicht versehen ist, mussten leider arabische Ziffern gewählt werden.

Item so hant wir emphangen von dem zem Stampffe, meister Wernher von Rútlingen, Erhart Richen, Johanse Stamler, Cůntzman Stamler und andern da wir gůt ufgenomen hant und davon wir zinse gebent MMMDCCLVIII floreni, tůnt in phennigen MDCCCCLII 1/2 lb. V ß.

Item so hant wir emphangen von den von Louffemberg von zinsen wegen CCCC IIII1/2 floreni, tůnt in phennigen CCXVI 1/2 lb.

Ausgaben:

Item so kosten die nachgande varte, do man gen Altkilch gezogt wolt sin und man ze Blatzhein beleib den fůnfzig glenen, den fůnfhundert schůtzen und sperknechten und den wagenlůten MXLVII floreni, ist in phennigen DXXIII 1/2 lb.

Item so ist abgelôset an Lieberman ze Friburg LX marche und IIII marche zinses silbers, tůnt in phennigen CLXXXVI lb. und VIII ß [1]).

Item so hant wir geben her Rüdolff von Bergheim von des von Viselis wegen des (mecziers) die wir ime dar verlůwen hant und die er uns widergeben sol LXXXVIII guldin, ist in phennigen XLVIII lb. und VIII ß.

Item so hant wir vergolten der Růtimannin CL guldin die si uns verlůhen hatte, tůnt, in phennigen LXXXX lb.

Item so ist geschenckt dem burgermeister und dem obersten zunftmeister umbe ir arbeit die si gehebt hant C guldin, ist in phennigen LX lb.

1369/70.

Einnahmen:

Item so hant wir emphangen von den die uns gůte verlúhen hant und da von wir zinse gebent fúnf thusent DCCCVIIII floreni, tůnt in phennigen MMMCCCCLIIII lb. III ß.

Item so hant wir emphangen das wir usser den värdeln losetent die wir kouftent von Heinrich undern Bömen von Lucern DCCCCLXXIIII floreni, tůnt in phennigen DLXXXIII 1/2 lb.

Item so hant wir emphangen von den von Lauffemberg von versessen zinsen wegen CLX floreni, tůnt in phennigen LXXXXVII lb. IIII ß.

Item von meister Johan von Hiltalingen dem ziegeler seligen XXX flor., tůnt XVIII lb.

Item von juden die gedinget hant LXXXXVIII floreni, tůnt in phennigen LX lb. minus I ß.

Item von zinse im ballehofe XXX flor., tůnt XVIII lb.

Ausgaben:

Item Burchart von Wittenhein XL floreni, tůnt XXIIII lb. umbe die ansprach die er zů uns hatte.

---

1) Eine Mark Silbers demnach 3 lb. 2 ß. Mit Rücksicht auf diese Feststellung hier mit abgedruckt.

Item hern Styslawe von der Wittenmúli M floreni tůnt in phennigen DCXXV lb.

Item Johan Stamler LX lb. für C floreni die er uns verlúhen hatte.

Item so ist worden rat und meister umbe ir recht und erbeit CCLXXXI $^1/_2$ floreni, tůnt in phennigen CLXVIII lb. minus II β.

Item so hant wir geben Heinrich under den Bömen von Lucern von der vardeln wegen die wir umbe in kouftent MXXII floreni, tůnt in phennigen DCXIII lb. IIII β und denne XVIIII lb. umbe kost und gy͛selmale.

Item so hant wir geschenckt dem . . byschof von Brichsen C guldin, tůnt in phennigen LX lb.

Item so hant wir geben dem . . burgermeister C guldin, tůnt LX lb.

Item so hant wir geben hern Růdolf von Bergheim und sinem . . sune XXVI lb. und darzů C guldin, tůnt LX lb., von irs dienstz wegen, den si uns gelobt hant.

1370/71.

Einnahmen:

Item von den die uns gůte verlúhen habent und da von wir zinse gebent von Johans Stamler, von Cůntzman Stamler zem Einhorne, von der von Windegge, Albrechtz kinde von Zelle, Sweblis seligen kinde und andern MMCLXXII guldin, tůnt in phennigen MCCLXXVII lb XI β.

Item so habent wir emphangen von zinsen wegen der von Louffemberg CCV $^1/_2$ floreni, tůnt in phennigen CXXV lb XII β.

Item von juden die gedinget habent CCCCLIIII floreni, tůnt in phennigen CCLXXI lb. XVII β.

Item von dem zinse im ballehove XXX floreni, tůnt in phennigen XVII lb. V β.

Item von Peter von Viselis LXXXVIII floreni die wir ime verlúhen hattent, tůnt in phennigen LIII lb. minus VIII β.

Ausgaben:

Item so ist geben . . rate und . . meistern umb ir recht und arbeit ze wihenachten und ze súngichten CCLXXX floreni, tůnt in phennigen CLX IIII$^1/_2$ lb.

Item so habent wir geben den . . sőldeneren die in unserm dienst gen Phirt warent geritten von unser herschaft wegen von Oesterreich CXXVII floreni, tůnt in phennigen LXXVI lb. IIII β.

Item so habent wir geben umb die zwo hovestette zem Sternen CCCLVI floreni tůnt in phennigen CC IIII$^1/_2$ lb. IIII β.

Item so habent wir geben Moyses, Eberlin und Mennlin den juden an ir schuld die wir inen schuldig sint CCCXXI floreni, tůnt in phennigen CLXXXXII lb. XII β.

Item so habent wir geben Walthern von Múlnheim CC floreni, tůnt in phennigen CXIII lb. VII β minus IIII ₰.

1371/72.

Einnahmen:

Item von den, die uns gûte verlúhen hant und davon wir zinse gebent, von her Burckartz Sporers frôwen, Enderlin zem kupferthurne, Han Slosser Frantz Hagenthorne, Johans Friburger, Hosprunnin, und Jacob Schônkint, Heinrich von Sliengen und Heintzman von Sliengen sinen vettern MMDCCCLXX floreni, tûnt in phennigen MDLXXXXVIII lb. XV β.

Item so hant wir emphangen von zinsen wegen der von Louffemberg CCXIII floreni, tûnt in phennigen CXVIIII lb. XVII β IX ₰.

Item von juden die gedinget hant LVII floreni, tûnt in phennigen XXXII lb. minus III β.

Item von dem zinse im ballehofe XXX flor, tûnt in phennigen XVI 1/2 lb.

Item so hant wir emphangen von dem schultheiß von Ysenach V flor., tûnt in phennigen III lb. minus V β.

Ausgaben:

Item so hant wir geben, den dryssig glefen und dem houptman die wir gen Strazburg geschickt hattent ze solde von zwein manoden MDCCCCXLI floreni, tûnt in phennigen MCXVI lb. minus XVIII ₰ und ist ein guldin gerechnet fúr XII β, ane das die von Strasburg dar geben habent des ist CCC floreni und etliche pheride hant si vergolten.

Item so hant wir geben von der losung wegen Cûntzen im Hag und Bittihenslis und umb ir verluste CCLV floreni, tûnt in phennigen CLXVII 1/2 lb. V β.

Item so hant wir vergolten Fritzschin Rútiman C floreni, tûnt in phennigen LV lb.

Item Johans Stamler XXV floreni, tûnt XIIII lb. minus V β von sins hengstes wegen.

Item so hant wir geben an die richtung Hanneman Murnhartz L floreni, tûnt in phennigen XXVII 1/2 lb.

Item so hant wir geben her Johans Púliant von Eptingen und Burckart Múnche umb koste und zerung ze varende zem keyser CCC floreni und XXX lb. und VII 1/2 β, das ist ûberal in phennigen CC lb. minus XVII β IIII ₰.

1372/73.

Einnahmen:

Item so hant wir emphangen von den, die uns gûte verlúhen hant, da von wir zinse gebent, von Johans Biderman CCC guldin, von Burckart Moser CCCCVIII guldin von Walther von Wissenhorne CCCCXXVII guldin, und von Heintzman von Sliengen CCCC guldin minus XIIII guldin, die summa der guldinen ist MDXXI guldin, tûnt in phennigen DCCCCXXXV lb. XI β, da von wir zinse gebent.

Item so hant wir emphangen von des zinses wegen der von Louffemberg der vernende ze súngichten viel CXVI 1/2 guldin, tůnt in phennigen LX IIII1/2 lb. XIIII ₰.

Item von dem zinse in dem ballehofe XXX guldin, tůnt XVI lb.

Item so hant wir emphangen von Johans Stamler C guldin, die er uns verluhen het, tůnt in phennigen LXV lb.

Item von Moyses dem juden in namen klein Ysacklis und Symondes von Camberach der juden MMM guldin, tůnt in phennigen MM lb. minus L lb., die si uns verlúhen hant.

Item so hant wir emphangen von dem von Efringen MCC guldin VII guldin minr, die er uns schuldig waz von des . . Merswin s von Strazburg wegen . . . tůnt in phennigen DCCLXXV lb.

Ausgaben:

Item so ist worden Cůntzen im Hage (folgen weitere Namen) LXXIII guldin, tůnt in phennigen XLVII lb VIIII β als wir gemant warent von Herlisheims wegen.

Item so hant wir geben hern Hartman von Eptingen C guldin tůnt LVII 1/2 lb. fúr ein hengst, den er in unsern dienst verlor.

Item so hant wir verlúhen Graf Walrafen von Thierstein DL guldin, tůnt in phennigen CCCXXX lb.

Item so hant wir geben Húglin Vitztůmen umb ein hengst LIIII guldin, tůnt in phennigen XXXV lb. II β.

Item so ist worden den Wilnhelm Burggrafen von der selben phaffen wegen CCCC guldin, tůnt in phennigen CCLX lb.

Item so hant wir vergolten und ab geslagen Cůnrat von Efringen von der winen wegen die umb in gekouft wurdent CCXLVI floreni, tůnt in phennigen CLX lb. minus II β.

1373/74.

Einnahmen:

Item so hant wir emphangen von den, die uns gůte verlúhen hant davon wir zins gebent, Nesen Messerin, Mennlin dem maler, Wallesias seligen . . wirtinnen, Hanneman Rosegk, Zovinger MDXX guldin, tůnt in phenningen MLXIII lb. III β IIII ₰.

Item so hant wir emphangen von den von Louffemberg von des zins wegen ze wihennachten CXVI 1/2 guldin, tunt in phennigen LXXVIIII lb. XII β II ₰.

Item so hant wir emphangen von dem zins in dem ballehof ze wihennachten u. ze súngichten XXX guldin, tůnt in phennigen XXI lb.

Item so hant wir emphangen von Symont dem juden VIII flor. tůnt V 1/2 lb. II β.

Ausgaben:

Item so ist geben Johans Esel CCC guldin, tůnt in phennigen, CCX lb., die er von uns haben wolt.

Item so hant wir geben her Peter von Bolwilr und von der achte wegen CL guldin, tůnt in phennigen CV lb.

Item so hant wir vergolten Johans Stamler C guldin die er uns verlúhen hatte, tůnt in phennigen LXX lb.

1374/75.

Einnahmen:

Item so hant wir emphangen von den von Louffemberg etwaz von versessener zinsen wegen CCIII guldin, tůnt in phennigen CXLII 1/2.

Item so habent wir emphangen von Rútiman, der Byllungin, Isenmannin und Biderman, CCCX guldin, tůnt in phennigen CCXII lb. minus III β, die si uns verlúhen hant.

Item so hant wir emphangen von Graf Walrafen von Thierstein XXV guldin die er uns schuldig was von zins wegen, tůnt in phennigen XVII lb. XX ₰.

Item so habent wir emphangen von den andern juden allen CCLXXXII 1/2 floreni, tunt in phennigen CLXXXVII lb. VI β.

Item so habent wir emphangen von Húgli Schribers seligen wibe LXXX guldin, da von wir zins gebent, tůnt in phennigen LVI lb.

Item so hant wir emphangen von Hanneman Keller C guldin, da von wir zins gebent, tůnt in phennigen LXXV lb.

Item so hant wir emphangen von des saffrans wegen von Valkenstein CLXX guldin, tůnt in phennigen CXXVII 1/2 lb.

Item so habent wir emphangen von Graf Walrafen wegen von Thierstein D guldin, die er uns schuldig waz, tůnt in phennigen CCCLXXV lb.

Item so habent wir emphangen von dem ballehofe, von zinsen wegen ze wihennacht und ze súngichten XXX floreni, tůnt in phennigen XXII 1/2 lb.

Ausgaben:

Item so haben wir geben . . dem ersten botten gen Auion LXIIII guldin, tůnt in phennigen XLIII lb. XV β IIII ₰ minr.

Item so haben wir geben hern Dietrichen ze Ryn CCCC guldin, tůnt in phennigen CCLXXVI lb. III 1/2 β III ₰.

Item so haben wir geben von des saffrans wegen so zů Valkenstein gewunnen wart CLXX guldin, tůnt in phennigen CXVI lb. III β IIII ₰.

Item so haben wir geben Gyren umb ein hengst XL guldin, tůnt in phennigen XXVII lb. VII β.

Item so haben wir geben Hanneman von Frick fúr ein hengst den er in unserm dienst verlor LXXX guldin, tůnt in phennigen L IIII 1/2 lb. III β IIII ₰.

Item so ist geschenckt meister Cůnrat dem werchmeister L guldin, tůnt in phennigen XXXV lb.

Item so habent wir geben Cůntzen im Hag umb ein hengst LX guldin, tunt in phennigen XLII lb.

Item so ist worden . . den grebern von Valkensteins wegen LXXX guldin, tůnt in phennigen LX lb.

Item so haben wir geben Heinrichen von Sliengen Kolsack DC guldin, die wir im schuldig warent, tůnt in phennigen CCCCL lb.

Item so habent wir geben hern Dietrich ze Ryn und Peter von Louffen an die varte als si zů dem keyser soltent sin XL guldin, tůnt XXVIII lb.

Item so habent wir geben Cůnrat dem smid umb ein pheride was Heinrich Vitztůmen XXVIII guldin, tůnt in phennigen XX lb. minus VIII β.

Item so haben wir vergolten den frowen von sant Claren von Burckart Mosers seligen wegen CCCCXXX guldin von zins und houptgůtes wegen, tůnt in phennigen CCCXXII 1/2 lb.

Item so kostet die varte meister Mathys und des schribers gen Avion, procuratoribus und in briefen LXX francken[1]), tůnt in phennigen LVI lb.

Item so het der provincial zů den Augustinern XL francken, tůnt in phennigen XXXII lb.

Item so ist worden ein botten gen Avion XXIIII francken und XXIIII guldin und ein nobel, tůnt in phennigen XXXVIIII lb. II β.

Item so ist worden rat und meistern umb ir recht und arbeit ze wihennachten und ze súngichten CCXXXVIII floreni, tůnt in phennigen CLXXVIII 1/2 lb.

Item so habent wir geben Ludewigen von Amoltern des ersten als er unser soldener wart L floreni, tůnt in phennigen XXXVII 1/2 lb., die sol er wider geben.

Item so habent wir vergolten dem Harer DCC floreni, tůnt in phennigen CCCC lb. LXXXI lb. V β.

Item so habent wir geben Lotters seligen wibe fúr ein pheride XVIIII floreni, tůnt in phennigen XIIII lb. V β.

Item so habent wir geben Wolfswilr fúr ein pheride XII guldin, tůnt VIIII lb.

1375/76.

E i n n a h m e n:

Item so hant wir emphangen von den von Louffemberg von zinsen wegen ze wiennacht und ze súngichten CLXXVI 1/2 floreni, tůnt in phennigen CXXX lb. minus V β.

Item so hant wir emphangen von den die uns gůt verlúhent hant

1) In dieser Rechnung zum ersten Mal, aber gleich wiederholt, F r a n k e n. Der Zweck, für den sie benutzt wurden, erklärt ihr Vorkommen.

und da von wir zinße gebent des ersten von Johanse Stamler CCCVIII guldin, tůnt in phennigen CCXXXI lb.

Item so hant wir emphangen von Hanman Keller LXXXX guldin tůnt in pfennigen LXXI lb. X β, da von wir zinße gebent.

Item von Ulrich von Louffen LX guldin, tůnt in pfennigen XLV lb. da von wir zinß gebent.

Item so hant wir emphangen von Oswalt Trothofen LV guldin, tůnt in pfennigen XLI lb. V β. . . .

Item so hant wir emphangen von der zieglerin enent Rynes von unsers kalchofens wegen C guldin, tůnt in phennigen LXXV lb.

Item so hant wir emphangen von dem ertzpriester von der Vesti wegen Istein CCL guldin, tůnt in phennigen CLXXXVII 1/2 lb.

Item so hant wir emphangen von Hanneman Zschaggebúrren von der smidwesch wegen LXXX guldin, tůnt in phennigen LX lb.

Item so ist emphangen von der Byllungin, der Stamlerin C guldin, tůnt in phennigen LXXV lb. von eines brunnen wegen.

Ausgaben:

Item so ist geben dem von Thengen und dem lantschriber in Elsaß von der achte wegen darinnen wir vormals waren LXXXII guldin, tůnt in phennigen LXI lb. X β.

Item so ist geben dem von Lupfen von des lantgerichts und der achte wegen zer Strubeneych LX guldin XII β, tůnt in phennigen XLV 1/2 lb. II β.

Item so ist geben Hartman Frǫweler von Erenfels L guldin die er uns verlúhen hat, tůnt in phennigen XXXVII 1/2 lb.

Item so ist geben hern Ludwig von Raterstorf von der ratmiet wegen C guldin, tůnt in phennigen LXXV lb.

Item so ist geben Zschan Leller, Rychart von Metze und den andern iren gesellen XXX guldin von Befort wegen, tůnt in phennigen XXII 1/2 lb.

Item so ist geben den grebern von Befort wegen XXXI 1/2 guldin, tůnt in phennigen XXIII 1/2 lb. II 1/2 β.

Item so han wir geben fúr ein pherit XXV guldin daz der vogt von Sliengen verlor, tůnt in phennigen XVIIII lb. minus V β.

Item so hant wir geben dem wirte von Stůllingen umb zerung und kost des von Frick, des ze Ryn, und Gyren LXIIII guldin, tůnt in phennigen XLVIII lb.

Item so hant wir geben Herman Waldener an die richtung so wir mit ime ufhůbent CCCCLVIII guldin, tůnt in phennigen CCCXXXVII 1/2 lb.

Item so hant wir geben Egglin von Wintersingen XX guldin, tůnt XV lb., die er uns verlúhen hatte.

Item so hant wir geben Hanneman Zscheggebúrren LXXXX guldin, tůnt in phennigen LXVII 1/2 lb., von des officials wegen.

Item so ist worden rat und meistern umb recht und erbeit ze wien-

nachten und ze süngichten CCLXXIIII guldin, tunt in phennigen CCXXVI lb.

Item so hant wir geben und geschenckt dem vogt von Stůlingen X guldin, tůnt VII $^1/_2$ lb.

Item so hant wir geben Gôtzman von Hirtzbach CL guldin und III lb. von gesůchs wegen, tůnt über al in phennigen CXV $^1/_2$ lb.

Item so ist worden Heinrich im Thurn von Costentz CCCC guldin, tůnt in phennigen CCC lb., von den erren richtung wegen, die zwischent unserm herren von Oesterreich und uns beschach.

Item ist vergolten dem Rútiman L guldin, tůnt in phennigen XXXVII $^1/_2$ lb. VIII ß IIII ₰, die er uns verlúhen hat.

Item so kostet die varte zem hertzogen von Oesterreich, von der richtung wegen als her Walther von der Dicki, her Ulman von Phirt und jungher Burchart Můnch dar rittent CCXXI guldin, tůnt in phennigen CLXV $^1/_2$ lb. V ß.

Item wir hant geben Moyses dem juden CCXXVIII guldin die wir im schuldig warent, tůnt in phennigen CLXXI lb.

Item so hant wir geben dem provincial und unserm schriber umb koste und zerung zů dem keyser LXI guldin, tůnt in phennigen XL lb. XV ß.

Item so wart geschenckt dem von Colditz derselben varte L guldin, tůnt in phennigen XXXVII $^1/_2$ lb.

1376 77.

Einnahmen:

Item so haben wir emphangen von den von Louffemberg von zinsen wegen ze wihennacht CXVII $^1/_2$ floreni, tůnt in phennigen CXI lb. III ß.

Item so haben wir emphangen von den die uns gůte verlúhen habent und davon wir zinse gebent von Heinrich von Sliengen, von Fritzschi Růteman, von dem von Leymen MCCCCLXVIII floreni, tůnt MCCCC lb. minus III lb.

Item so hant wir emphangen von unserm schriber LXXXVIIII guldin, tůnt in phennigen LXVII lb. minus V ß, die er wider gab, da der provincial und er zů unserm herren dem keyser warent gevarn.

Item so haben wir emphangen von Wetzels wegen des goldsmits die uns Kamber gab XL floreni, tůnt in phennigen XXXVI lb.

Item so haben wir emphangen von zinsen wegen des ballehofes XI floreni, tůnt in phennigen XXXVIII lb.

Item so haben wir emphangen von Jacob Blansinger von des hus wegen zer Vyvians hus CC floreni, tůnt in phennigen CLXXXX lb.

Item so haben wir emphangen von Sansy dem juden LVII floreni, tůnt in phennigen LIV lb. minus III ß.

Item so habent wir emphangen von Cůnrat Ostertag CCLV floreni

von des múntzhus wegen, das wir im ze kouffend haben geben, tůnt in phennigen CCXLVII lb.

Item so hat der Harer emphangen von dem saltzhus, das har in nút verrechnet ist, DCCCLXXIIII lb., tůnt in guldin DCCCCI guldin V β.

Ausgaben:

Item so ist worden Byegker von der hůte wegen Ystein XL guldin, tůnt XXX lb.

Item so hant wir geben unsers herren von Oesterrich schriber LX guldin IIII½ lb. II β die ime geschenckt wurdent, tůnt in phennigen XL IIII½ lb. II β.

Item so hant geben von pheriden wegen Brugkers, Gyren, Húglin Witztůme, Fritag, Berchtold und Henselin Roten knecht CL floreni minus I floreni, tůnt in phennigen CXXI lb. V β.

Item so ist worden dem burgermeister, dem obersten zunftmeister und aber dem von Eptingen und dem alten zunftmeister CXLV floreni, tůnt in phennigen CXXX lb. umb ir recht und arbeit.

Item so ist geben her Walther von der Dicki, her Ůlrich von Phirt und Burckart Múnch umb koste und zerung als si von unsern wegen zů unserm herren von Oesterrich gevaren warent CLX floreni, tůnt in phennigen CXX lb.

Item so ist geben Růtzschman von Blawenstein CL guldin, tůnt in phennigen CXII ½ lb.

Item her Peter von Clye CCCC guldin, tůnt CCCIII lb. VII β minus IIII ₰.

Item so hant wir geben hern Lútold von Berenvels von coste wegen zů unserm herren von Oesterrich LX guldin, tůnt in phennigen LVII lb.

Item dem von Hasemburg von der richtung wegen so wir mit ime getan hant CCCCI guldin, tůnt in phennigen CCCC lb.

Item so hant wir geben dem vom Huse und dem von Ratolsdorff von dero von Waltpach wegen, das den von Efringen ze rechnende ist und ime ŏch verrechnet ist an sin schulde CCXXXVII lb. und XVIII guldin, die tůnt XVII lb. II || β.

Item so hant wir geben Schůrin von Einsishein von der anleiti wegen der von Waltpach gůter und das si uns wider geben súllent XXII floreni, die tůnt XXII lb.

Item so hant wir geben Rephůn ze lone LX guldin, tůnt LIIII lb.

Item so haben wir geben Herman Cronen von Schaffhusen von derselben richtung wegen M guldin, tůnt in phennigen DCCCCL lb.

Item so haben wir geben dem Thumben von der egenanten richtung wegen M guldin, tůnt in phennigen DCCCCL lb.

Schon eine flüchtige Uebersicht über diese Posten zeigt die grösste Schwankung im Wertverhältnis zwischen Gulden und Pfund.

Innerhalb der einzelnen Rechnungsjahre weichen die Kurse stark von einander ab, von Jahr zu Jahr verglichen, geht der Guldenpreis stetig in die Höhe. Die nachstehende Tabelle deutet den Gang des Kurses an.

Rechnungsjahr	Wert des Guldens in Schillingen	Der Durchschnittswert des Guldens in Schillingen	Durchschnittswert des Guldens in Pfund
1361/62	— 9,10 —	9,10	0,45
1362/63	— 10,00 —	10,00	0,50
1363/64	— 10, —	10,00	0,50
1364/65	— 10,50 —	10,50	0,54
1365/66	— 9,70 — 10,00	9,85	0,49
1366/67	10,00	10,00	0,50
1367/68	10,00 — 9,99 — 10,00 — 10,00	10,00	0,50
1368/69	10,00 — 10,36 — 10,82 — 10,08 — 10,90 — 12,00 — 12,00 —	10,86	0,54
1369/70	11,85 — 11,97 — 12,12 — 12,00 — 13,62 — 12,00 — 12,00 — 13,50 — 12,00 — 11,88 — 12,17 — 12,00 — 12,00 — 12,00 —	12,90	0,64
1370/71	11,76 — 12,22 — 11,93 — 11,50 — 12,13 — 11,75 — 12,00 — 11,48 — 12,00 — 11,33 —	11,83	0,59
1371/72	11,14 — 11,05 — 11,00 — 11,31 — 10,00 — 11,49 — 13,15 — 11,00 — 10,20 — 11,00 — 13,27 —	11,76	0,58
1372/73	12,29 — 11,07 — 10,66 — 13,00 — 13,33 — 12,91 — 13,83 — 13,77 — 14,00 — 11,5 — 13,00 — 11,50 — 12,00 — 12,96 — 13,00 — 13,00	12,67	0,63
1373/74	13,83 — 13,77 — 14,00 — 14,00 — 14,00 — 14,00 — 14,00 —	13,98	0,69
1374/75	14,48 — 13,66 — 13,60 — 12,98 — 16,50 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 13,75 — 13,83 — 15,28 — 13,67 — 13,62 — 14,00 — 14,00 — 15 — 13,33 — 14,00 — 14,00 — 15,00 — 16,00 — 16,00 — 15,00 — 15,00 — 13,75 — 15,00 — 15,00 —	14,46	0,72
1375/76	14,70 — 15,00 — 15,88 — 15,00 — 14,90 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 12,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 14,00 — 15,00 — 15,00 — 16,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 15,00 — 13,00 — 15,00	14,97	0,75
1376/77	19,10 — 19,04 — 15,05 — 18,00 — 19,00 — 19,00 — 18,24 — 19,37 — 20,30 — 15 — 14,00 — 16,00 — 17,00 — 15,00 — 14,00 — 15,00 — 19,00 — 21,00 — 24,00 — 20,00 — 18,00 — 29,00 — 29,00	17,86	0,89

Im Jahre 1362 wurden für den Gulden bloss 0,45 lb. gegeben, 1377 schon 0,89. Das Wertverhältnis hatte sich in 15 Jahren um 89,8% zu gunsten des Guldens verschoben. Es entsteht

die Frage, welchen Ursachen das Sinken der Basler Silbermünze zuzuschreiben ist. In erster Linie selbstverständlich dem veränderten Wertverhältnis von Silber und Gold überhaupt. Ersteres war zwar absolut ebenfalls im Preise gestiegen, aber relativ dem Golde in nur geringem Masse, so dass letzteres gegenüber dem Silber höherwertiger wurde. Es braucht uns dies nicht zu wundern, denn die enorme Verbreitung der Goldmünze, ihre Verwendung bei fast allen grösseren Handelsgeschäften in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts musste selbstverständlich die Nachfrage nach Gold gewaltig steigern. Da eine entsprechende Mehrproduktion nicht möglich war, trat mit Notwendigkeit eine stetige Preiserhöhung des Goldes ein.

In Basel aber kommt noch ein besonderer Umstand hinzu. Die Minderwertigkeit der Basler Münze beschleunigt die Abnahme ihrer relativen Wertschätzung. Wir haben gesehen, dass der Angster von 1362 eine verhältnismässig gute Ausprägung war, betrug sein Feingehalt doch 0,355 gr = 964/1000. Dieser gute Pfennig war pro Pfund zunächst mehr als doppelt so viel wert als der Gulden; bis 1367/68 mussten immer noch 2 Gulden für das Pfund Basler Pfennige bezahlt werden. Von da ab ändert sich das Bild. Die Denare von 1370 bedeuteten in bezug auf ihren Feingehalt eine Verschlechterung von 23% gegen diejenigen von 1862; kein Wunder, dass sie relativ dem gleichgebliebenen Florentiner Gulden an Wert beträchtlich verloren. Von neuem erweitern musste sich die Wertspannung, als die Stadt im Jahre 1373 eine weitere Reduzierung des Feingehalts vornahm. Die Verschlechterung von 15,7% kommt im Kurs zum Ausdruck: der Durchschnittswert des Guldens steigt von 0,69 lb. auf 0,72 lb., bis er — aus Gründen, die wir noch kennen lernen werden — 1376/77 sogar die Höhe von 0,89 lb. erreicht, so dass der Gulden dem Pfund jetzt fast gleich steht. Besonders bemerkenswert ist hierbei aber noch die Tatsache, dass der Kurs auch innerhalb der einzelnen Rechnungsjahre beträchtlich schwankt. Wir sehen daraus, dass Angebot und Nachfrage sehr unterschiedlich zum Ausdruck gekommen sein müssen und irgendwelche Regelmässigkeit dem Geldverkehr ermangelte.

Es ist ganz selbstverständlich: Ein solch rapides Sinken der Silbermünzen in so kurzer Zeit musste dem Wirtschaftsleben der Stadt die schwersten Wunden schlagen. So lange diese Kalamität anhielt, konnte irgend welche Stabilität in die Geldverhältnisse

überhaupt nicht gebracht werden. Die Besitzer der Silbermünzen standen ja immer der Gefahr grösserer Vermögensverluste gegenüber. Helfen konnte hier, wie gesagt, allein die gesetzliche Festlegung eines bestimmten Wertverhältnisses; und diese wieder war nur möglich innerhalb eines grösseren Territoriums: in Verbindung mit den benachbarten Münzstätten. Augenscheinliche Not, aus der es einen andern Ausweg nicht gab, führte schliesslich zu einer Konvention, deren Umfang und Bedeutung wir nun zu untersuchen haben.

Die Konvention wurde abgeschlossen am 7. März 1377 in Schaffhausen [1]; Kontrahenten waren: Herzog Leopold von Oesterreich (für seine Münzstätten in Schaffhausen, Breisach, Freiburg, Zofingen und Baden), Graf Rudolf von Habsburg (für Laufenburg), Graf Hartmann von Kiburg (für Burgdorf), Gräfin Elisabeth von Neuenburg (für Neuenburg), Hanneman von Krenkingen (für Thiengen) und die Städte Basel, Zürich, Bern und Solothurn. Es wurde nun aber nicht für dieses ganze, umfangreiche Gebiet eine einzige Regelung des Münzfusses bestimmt, sondern man musste sich mit Rücksicht auf die grosse Spannung im bisherigen Wertverhältnis der einzelnen Münzen damit begnügen, gewisse Münzkreise zu schaffen: im ganzen drei. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier für jedes neue Münzgebiet die Verhältnisse zu untersuchen. Die allgemeine Orientierung ist überdies durch eine Reihe von Aufsätzen, so durch die Arbeit *Cahn*s (S. 25 ff.) in hinreichender Weise ermöglicht. Wir beschränken uns auf Basel und versuchen, unsere Wertkurve dem in den Vertrag von Schaffhausen festgelegten neuen Münzfusse anzupassen.

Der Münzkreis Basel umfasste: Breisach, Zofingen, Laufenburg, Thiengen und Bergheim. Ueber die in diesen Münzstätten nunmehr zu prägenden Pfennige sagt die Urkunde: „Item Basel, Brisach, Zofingen, Louffemberg, Thüngen und Bergheim súllent slahen fûnfzehen schillinge für ein guldin und súllent umb ein marck silbers nût mer geben denne viere phunt und viere schillinge der selben mûntz und súllent tûn viere lot spise zû der marck und súllent schroten nûnezehendhalb schillinge uff viere lot, der selben phenningen súllent wegen ein phunde und drye schillinge und zwene

1) Gleichzeitige Abschrift: Staatsarchiv Basel, Münzakten B. 1. Gedr. Urkundenbuch IV. S. 399 ff.; Eidg. Abschiede 1245—1420, S. 56, Nr. 140. *Matile*, Monuments de l'histoire de Neuchâtel 1844, 2, 1101 Nr. 816. Vgl. [illegible], Reg. I. S. 62, Nr. 537. *Cahn*, Rappenmünzbund S. 25 ff.

phenninge fûnfe lot, und die selben fûnfe lot sûllent geben viere lot vines silbers so man si versûcht usser dem fûre, und den knechten sol man geben von der marck ze lone sechzehen phenninge und uff zwentzig marck drû lot ze fûrgewicht.«

Was uns hier zunächst interessiert, ist dieses: Der Vertrag legt ein bestimmtes Verhältnis zum Gulden gesetzlich fest. Damit ist etwas prinzipiell Neues geschaffen, denn früher war ja immer nur bestimmt worden, wieviel Pfund in Pfennigen für die Mark feinen Silbers bezahlt und aus dieser geprägt werden sollten. Jetzt aber heisst es: Fünfzehn Schillinge sollen dem Werte eines Guldens entsprechen [1]). Diese Stellungnahme der Schaffhauser Konvention bedeutete die grundsätzliche Anerkennung des Goldes als preisbestimmenden Metalls. Dabei ist nun freilich auffällig, dass man das Verhältnis von Gold und Silber nicht dem Verkehrswert entsprechend normierte. Unsere Tabelle zeigt, dass im Jahre 1376/77 durchschnittlich 17,86 ß. für den Gulden bezahlt werden mussten. Obwohl nun bestimmt wurde, dass die Silbermünzen dem Kurs des Goldguldens folgen sollten, legte man das gesetzliche Verhältnis auf der Basis 1 : 15 ß fest. Zwei Gründe nur können für dieses Verhältnis massgebend gewesen sein. Entweder waren die neuen Pfennige höher ausgeprägt, oder aber man glaubte, die Macht zu haben, mit vereinten Kräften dieses Verhältnis stützen zu können, auch ohne dass der Verkehrswert des Silbers ihm entsprach. Das letztere ist der Fall, denn die Konvention von Schaffhausen brachte für Basel nicht nur keine Verbesserung, sondern sogar eine Verschlechterung des Feingehaltes. Nach dem Vertrage sollten für eine Mark feinen Silbers 4 Pfund und 4 Schillinge bezahlt werden; die Legierung betrug 4 Lot auf die Mark, so dass deren Feingehalt 800/1000 ausmachte. Da nun aus je vier Lot rauh $18^1/_2$ ß, mithin aus der Mark rauh 888 ₰ geschlagen werden sollten, ergibt sich für den einzelnen Denar ein Gewicht von 0,263 gr mit einem Feingehalt von 0,211 gr. Gegen den Pfennig von 1375 bedeutete dies eine Verschlechterung von 31,7%. Da von jenem, wie unsere Tabelle zeigt, im Verkehr 17,86 ß für den Gulden bezahlt werden mussten, kann demnach gar keine Rede davon sein, dass das jetzt bestimmte Verhält-

1) In den Basler Annalen (*Bernoulli* VI. S. 266) heisst es: »Anno 1377 machtent die von Basel ein müntz, 15 ß für ein guldin«.

nis von 15 ß : 1 fl. auch nur annähernd dem Verkehrswert des Silbers entsprach.

Man verfolgte in Schaffhausen die ausgesprochene Absicht, den Silberpreis zu beeinflussen; man glaubte die Macht zu haben, innerhalb der jetzt gebildeten grossen Münzterritorien einen gesetzlichen Silberwert zu normieren, ohne auf den Preis, der sich im freien Verkehr gebildet hatte, Rücksicht nehmen zu müssen. Erreicht werden sollte dies in erster Linie dadurch, dass der Handel des ungemünzten Silbers unter die strengste Kontrolle gebracht wurde. Das Beispiel von Brugg erlebte hier eine Neuauflage. Kein Silber durfte ausser Landes geführt werden; und da die Bestimmungen, dass die Wechsler alles Silber zuerst dem Münzmeister anzubieten hatten, zu Recht bestand, konnten, sofern die Kontrolle durchzuführen war, die Münzherren niemals gezwungen werden, einen höheren Silberpreis zu bezahlen, als sie dies von sich aus wollten. Früher hatte man in solchem Falle sein Silber in das Nachbarterritorium gebracht und auf diese Weise immer wieder einen freien Verkehrswert erzwungen. Jetzt, wo alle Münzherrn sich solidarisch erklärt hatten, hoffte man, mit grösserem Erfolge den gesetzlichen Preis aufrecht erhalten zu können.

Im einzelnen auf die vielen Bestimmungen der Konvention einzugehen, ist nicht nötig; das wichtigste über Kontrolle, Fälschung, Münz- und Silberbann führe ich unten an [1]. Bemerkt

1) »Item man sol ouch die phenninge versůchen e daz man si malet, und sol ouch der die phenninge ze malende het, sweren zů den heiligen keinen ze malende denne die, die im die antwůrtent, die zů derselben můntz gesetzet sint ze versůchenn, und wenne man si versůcht, welhes werck denne ringer funden wirt denne hie nach geschriben stat, das ist die zehen schillinge am vierdung zwene phenninge, item der fůnfzehen schillingen am vierdung drye phenninge, item das phunt am vierdung viere phenninge. Welhe aber ringer funden wurde, die sol man wider insetzen und brennen, und sol der můntzmeister den schaden haben. Wurde es aber als swache funden und als dick [a]), daz die, die es versůchent, uff ir eyde dunkte, daz es ze gevarlich were [b]), so sol man zů dem můntzmeister richten nach recht. Item wer die pfenninge beschrotet, dem sol man die vinger abslahen und hencken. Wer ouch dis nůwen phenninge

a) Von anderer Hand und als dick durchstrichen und daruber geschrieben über drú male.

b) Hier von anderer Hand eingeschoben: die ouch sweren sollent zen heiligen das fúr ir herren ùnd rete ze bringen.

werden mag noch, dass Basel und die ihm angeschlossenen Münzstätten mit diesem Pfennig noch nicht an letzter Stelle standen, denn in der Münzgemeinschaft Zürich, Bern, Schaffhausen etc. enthielt der Denar nur 0,15 gr fein Silber; hier musste für einen Gulden ein Pfund bezahlt werden. Nur Freiburg, das nach diesem Vertrage seine alte Münze beibehielt, hatte einen wesentlich höheren Pfennig: 0,32 gr; man gab dort für einen Gulden nur $^1/_2$ lb.

Besondere Bestimmungen enthält der Vertrag über die Ver-

---

usliset und sie brennet, der sol lib und gûte vervalllen sin dem richter in dem gericht da er es tût. Und wer silber oder dis gemûntzet phenninge von dem lande fûrt, wer im di nimet, der sol es halbes haben und dem richter, in des gericht er es nimet, halb geben. Wurdent aber sie im nût genommen und wurde iemande darumb angesprochen und mit zwein erbern mannen erzûget oder möcht er sin mit dem eyd nut usgan, so sol das gûte dem gericht vervallen sin, als ob es im uff dem lande genommen were, und soll das der richter bi sinem eyd nemen, und hat er sin nût, so sol man im sin hande abslahen[c]). Es ist ouch beredt, wer der sie, er sie herr oder stette die mûntz habend, und uff dirre dreyer[d]) mûntz eine nût slahen wölte und wölte nûwan bi der bösen mûntz bliben, dero mûntz sol man verrûffen in allen mûntzen, daz die niemande neme. Und wer die slûg, es sie mûntzmeister oder knecht, wa die begriffen wurden, ab den sol man richten nach recht ane gnade. Wer ouch dieselben bösen mûntz under die andern mûntz brecht[e]), sie werent geistlich oder weltlich oder frôwen oder man, ab dem sol man richten als vor geschriben stat.« »Were ouch ob iemande der in disen mûntzen seszhaft were, ein mûntz erworben hett oder erwurbe, der soll diser dryer ordenunge eine nemen und sol ouch die versorgen mit briefen und eyden ze halten in aller der wise als vorgeschriben stat. Tete er des nût, so sol man sin mûntz verbieten und nût nemen als wite die mûntzen gande, die gehorsam sint. Wer im ouch silber zûfûrt, der sol die pene liden als ob er es von dem lande fûrte.« »Ouch sol man dis nûwen mûntze in allen stetten und kreyssen als wite si gande nemen ieglich nach dem wechsel, als es sich gezûhet und als vorgeschriben stat.«

c) Der Satz Und wer bis abslahen von anderer Hand mit Va-cat eingefasst.

d) Von anderer Hand dryer durchstrichen und darüber geschrieben zweier.

e) Hinter brecht von anderer Hand eingeschaltet gevarlichen.

rufung und Bewertung der alten Pfennige. Die Sache bot insofern Schwierigkeiten, als ja nur für die neuen Pfennige ein gesetzliches Verhältnis zum Gulden festgelegt war. Nach ihrem Silbergehalt hatten die alten Pfennige einen höheren Wert als der neue »Driling« [1]), nach dem gesetzlichen Verhältnis zum Gulden aber standen sie hinter ihm. Schwierigkeiten ergaben sich nun vor allem im Hinblick auf die in altem Geld ausgeliehenen Kapitalien. Wie sollten sie in Drilingen verzinst und zurückbezahlt werden. Der Schaffhauser Vertrag bestimmt in bezug hierauf das folgende: »Ouch sol man fúr den nechsten kúnftigen phingsttag der alten angsteren von keinen mûntzen me nemen...... Item ie der herr oder ie die stat, die die mûntzen habent, die mugent da selbs den wechsel besetzen, wie man nemen sôlle die alten angstere und d i e n û w e n b ô s e n a n g s t e r e gegen den nûwen gûten mûntzen, die man nu da slahende wirt, und wie si den wechsel besetzent, also sol auch denne der wechsler oder der mûntzmeister, der da den wechsel hat, die alten angstere und die nûwen bôsen angstere in dem selben kouffe hin in nemen und im der nûwen gûten phenningen hinusgeben als der wechsel da selbs besetzet ist, untz uft den obgenanten phingstag.« Es war somit den alten Angstern ein bestimmter Termin gesetzt, bis zu welchem sie verrufen werden mussten. Die Modalitäten hierbei sollten von den Kontrahenten selbst geregelt werden. Der Rat der Stadt Basel erliess bald darauf ein Dekret, in dem es heisst: ». . Rat, und . . meistere, nûwe und alte, habent einhelleclich besamnet und erkennt uff den eyd, als die nûwe mûntz ietz usgegangen ist, daz man dise jare friste us, das ist, von disem nechsten vergangenen phingstag [2]), ein nûwen phenning fûr zwene zinsephenninge geben sol, wenne aber sich die jarzal verlouft und vergat, so sol man dannanthin mit den nûwen phenningen zinsen, ein nûwen fûr ein zinsphenning« [3]). Der Umtausch der alten Pfennige sollte innerhalb des in Schaffhausen gesetzten Termins am Wechsel mit der Massgabe vor sich gehen, dass für 2 alte Pfennige ein neuer gegeben wurde. Eine rigorose Massnahme.

---

1) Die auf Grund der Schaffhauser Konvention in Basel geprägten Pfennige erhielten im Volksmund den Namen D r i l i n g. Die Bezeichnung ist nach *Cahn* darauf zurückzuführen, dass drei Basler Pfennige auf einen Strassburger gingen.

2) 17. Mai.

3) Staatsarchiv, Rotes Buch S. 44. Vgl. *Ochs* II. S. 400; *Cahn*, Rappenmünzbund S. 27 ff.; Basel im XIV. Jahrh. S. 210 ff.

Der neue Pfennig wurde den alten gegenüber doppelt bewertet, obwohl sein Silbergehalt um 31,7 Proz. hinter dem von 1375 zurückblieb. Noch härter aber waren die die Schuldner angehenden Bestimmungen, denn für sie sollten von dem festgesetzten Termine ab alte und neue Pfennige gleich stehen. Da nun der neue Pfennig wesentlich teurer war als der alte, bedeutete dies für den Schuldner eine Erhöhung des Zinsbetrages.

In etwas milderem Lichte erscheint diese Massnahme, wenn wir uns die Situation auf dem Geldmarkt genauer vor Augen führen. Die Frage des Wertes von alten und neuen Pfennigen war ja nicht erst jetzt aktuell geworden, sie hatte vielmehr bestanden, so lange man in rascher Folge jene verschiedenartigen Münzen geprägt hatte. Immer wieder entstand der Streit, wie es mit den Zinsen in neuen Pfennigen gehalten werden sollte. Namentlich seit dem Angster von 1362, der die früheren Pfennige rasch abgelöst hatte, machte sich eine zunehmende Verwirrung geltend. Obgleich nämlich später andere Pfennige ausgeprägt wurden, bestand der Angster als Rechnungseinheit — als sog. Zinspfennig — weiter. Die in Angstern von 1362 kontrahierten Zinsen wurden zwar in neuen Pfennigen, aber nach einem dem Silberwert entsprechenden Verhältnis bezahlt (Pagament-Denar). Im Verkehr musste demnach nicht nur das Verhältnis von Gulden und Pfund ermittelt werden, sondern auch noch dasjenige von alten und neuen Pfennigen. Es ist leicht einzusehen, dass hiebei des Streitens kein Ende ward. Hatte man die Schuld in guten Pfennigen zu verzinsen begonnen, so war der Schuldner geneigt, damit in neuen leichteren Pfennigen fortzufahren; hatte er die Schuld aufgenommen, als es schlechte Pfennige gab, so bestand er auf deren Weiterbezahlung auch dann, wenn eine neue bessere Münze die alte verdrängt hatte. Komplizierter wurde die Sache noch dadurch, dass die Schuld zumeist in Gulden kontrahiert, aber — bis zu mittleren Beträgen wenigstens — in Pfennigen verzinst wurde. Man sieht ein buntes Durcheinander von Münzen und Rechnungseinheiten.

Es musste dem Rat der Stadt daran liegen, hier Wandel zu schaffen. Die Bestimmung des Vertrages von Schaffhausen, dass nach Jahresfrist die alten Angster ohne Ausnahme in allen Münzterritorien verrufen werden sollten, bot ihm die willkommene Handhabe. Jetzt endlich konnte dem Wirrwar ein Ende gemacht werden; nun, wo das Münzsystem des neuen Bundes vermutlich für lange Zeit Ordnung in den Geldverkehr bringen würde, wollte

man mit allen Rechnungsmünzen der Vergangenheit aufräumen und den Verkehr dadurch vereinfachen, dass neben dem Gulden allein der »Driling« Geltung haben sollte. Dieses Ziel war aber auf einem andern als dem von der Stadt eingeschlagenen Wege nicht zu erreichen. Ohne gewisse Opfer konnte es hierbei nicht abgehen. Dass sie auf seiten des Schuldners gebracht wurden, war am Ende nur konsequent, denn sonst wäre man ja wieder zu einer im Gegensatz zur wirklichen Münze stehenden Rechnungseinheit gekommen. Die Tragweite dieser Massnahme darf übrigens für die Schuldner nicht überschätzt werden. Die meisten der grösseren Summen waren in Gulden kontrahiert und wurden in Gulden zurückbezahlt. Dadurch nun, dass durch das jetzt normierte gesetzliche Verhältnis von Pfund und Gulden letzterer im Werte relativ gesunken war, kam der Schuldner in die günstige Situation, die Summe der geschuldeten Gulden gegen Pfunde billiger aufkaufen zu können, als es ihm früher möglich war. Die Wertreduzierung des Guldens brachte freilich indirekt auch eine Erhöhung des Zinsfusses bei früher geliehenen Kapitalien mit sich. Dies konnte indessen bald ausgeglichen werden, weil der den jetzigen Verhältnissen entsprechende Zinsfuss sich zweifellos auch auf die früher entliehenen Kapitalien übertragen musste. Innerhalb der gesetzlichen Frist konnten die meisten Schuldner die Herabsetzung des Zinsfusses durchsetzen oder aber das Kapital an anderer Stelle zu dem nun üblichen Zinse auftreiben.

Schon hier sei übrigens bemerkt, dass des Rates Bemühungen keinen Erfolg hatten. Das Dekret wurde im Verkehr einfach ignoriert — bis in das 17. Jahrhundert hinein gehen wirkliche und rechnungsmässige Münzen neben einander her. Wir werden uns damit noch wiederholt zu beschäftigen haben[1]).

2. Die Basler Konvention vom 14. September 1387.

Der unter so glücklichen Auspizien abgeschlossene Vertrag von Schaffhausen hatte im Grunde so gut wie gar keinen Erfolg. Jene Voraussetzung, dass man die Macht haben werde, ein Verhältnis zwischen Gold- und Silbermünze durchzudrücken, das dem wirklichen Preisunterschiede dieser Metalle nicht entsprach, erwies sich in der

1) Ueber die Konsequenzen, die sich bei der Bezahlung von Steuern und Strafen aus diesem Nebeneinanderhergehen von gesetzlichen und rechnungsmässigen Münzen ergaben, vergl. den letzten Abschnitt dieses Buches.

Folge als nicht gegeben. Vom Basler Driling mussten schon im Jahre 1378 wieder 16 ß für den Gulden bezahlt werden. Das gesetzlich festgelegte Verhältnis hat in Basel nur ganz kurze Zeit bestanden; im Verkehr musste man sehr bald 16—19 ß für den Gulden geben. Im Durchschnitt stand in den Jahren 1377 bis 1383 der Gulden zum Pfund wie 1 : 0,80. Immerhin bedeutet dies gegen 1376/77, in welchem Jahre für den Gulden 0,89 lb. bezahlt werden mussten, eine Verbesserung. Die verhältnismässig grosse Stabilität dieses Satzes in den nächsten der Konvention folgenden Jahren zeigt auch, dass die Stadtverwaltung bemüht war, wenigstens diesem Verhältnis die Dauer zu geben.

Verschiedene Umstände bewirkten indessen, dass die Stadt gezwungen wurde, schon zu Anfang der achtziger Jahre den in der Schaffhauser Konvention festgesetzten Münzfuss fallen zu lassen. Trotz aller Gegenmassregeln war es nämlich nicht gelungen, den Silberpreis auf der in der Konvention festgesetzten Höhe zu halten: die Stadt musste sich bequemen, für das in die Münze wandernde Silber einen höheren Preis zu bezahlen, als er in Schaffhausen vereinbart war. Damit fielen selbstverständlich die Grundlagen der Rentabilitätsberechnung zusammen. Der Silberwert der Basler Pfennige war — bei dem gleichen Feingehalt — gestiegen. Diesem Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, dass das Verhältnis zwischen Gulden und Pfund sich in den Jahren 1377—1383 auf 1 : 0,80 hielt. Hätte die Stadt ihre alte Ausprägung fortgesetzt, so wäre vermutlich — freilich zum Schaden der Stadtkasse — der Wert des Pfundes gegenüber dem Gulden gestiegen. Dieses Opfer zu bringen, fehlten aber der Stadt die Mittel. Sie setzte sich mit den Vertragsgenossen von 1377 — die ja derselben Kalamität gegenüberstanden — in Verbindung, um eine gemeinsame Reduktion des Feingehaltes der Pfennige vorzunehmen. Das Basler Staatsarchiv enthält den Entwurf eines neuen Vertrages, der freilich niemals abgeschlossen wurde [1]. Sein Inhalt zeigt aber mit aller Deutlichkeit, dass trotz der Schaffhauser Konvention die Missstände im Münzwesen die gleichen geblieben waren.

Was zunächst die Reduktion des Silberwertes angeht, so wird

1) Staatsarchiv, Münzakten. Gedr. Urkundenbuch V. S. 14; vgl. *Cahn*, Rappenmünzbund, S. 28. Vgl. *Arnold Münch*, Die Münze zu Laufenburg: Argovia, Jahresschrift der historischen Gesellschaft des Kantons Aargau. 1874. S. 365 u. S. 400, woselbst der Entwurf abgedruckt ist.

folgendes vorgeschlagen: Freiburg sollte bei seiner Münze bleiben und nach wie vor aus der Mark 2 lb. 16 ß prägen; 10 Schillinge sollten einem Gulden an Wert gleich stehen. Für alle andern Kontrahenten der Schaffhauser Konvention aber wurde ein gleicher Münzfuss vorgesehen. Es hatte sich wohl gezeigt, dass die Vielheit der Münzsysteme auf die Dauer zu den unliebsamsten Verwirrungen führen müsse. Im Hinblick auf den zu wählenden Münzfuss sagt uns die Urkunde: »Item wir die vorgenanten herren und gråfin von Núwenburg und wir die vorgeschribnen stett sôllent slahen ain phunt fúr ainen guldin und súllent geben umb ain march silbers fúnf phunt und zwelf schilling der selben múntz und nit mer und sôllent tůn zů der selben march acht lôt spis und súllent sroten uff vier lôt ain phunt und sehzehen phenning und sôllent drissig und zwen schilling der selben phenning wegen sechz lôt, die selben sechz lôt sôllen vier lôt fins silbers uss dem fúre tůn. Si sôllent den knechten geben ze lon von ieder march zwen schilling der selben phenningen und uff zwanzig march ze fúrgewicht sechzthalb lôt dar umb daz si ez wol wis machent.«

Hatte man 1377 beschlossen, nach dem Verhältnis 1 Gulden gleich 15 Schillingen auszuprägen, so sollte nach diesem Entwurf dem Gulden eine enorme Konzession gemacht werden, indem von den geplanten neuen Denaren ein Pfund gleich einem Gulden gelten sollte. Dementsprechend war aber auch der Feingehalt in Aussicht genommen: 1024 Pfennige auf die rauhe, 1336 Pf. auf die feine Mark. Der einzelne Denar hätte demnach 0,228 gr gewogen und sein Feingehalt 0,175 gr betragen, was gegen die Konventionsmünze (0,211 gr. Feingehalt) auf eine sehr belangreiche Verschlechterung hinausgelaufen wäre, aber etwa dem erhöhten Silberpreis entsprochen hätte. Die weiteren Bestimmungen des Vertrages, deren bedeutendste ich unten angebe, gelten dem Silberkauf, der Kontrolle und vor allem dem Verbote der alten Pfennige [1]). Die Fassung dieses Entwurfs ist vor-

1) »Man sol ouch die phenning versůchen, e daz man si malt, und sol, der da die phenning ze malende hât, sweren zů den hailigen kainen phenning ze målen denne die ime geantwurt werdent von den, die zů der selben múntz geordnet und gesetzet sint ze versůchen.« (Folgen Vorschriften über Kontrolle, die den früheren gleichen). »Item wer dehainerlay múntz beschrotet, dem sol man die vinger abslahen und henken. Wer ouch disú múntz usslese und seygety, die swåren uss den lichten oder der si brennet, der sol lip und gůt verloren hain und sol daz ver-

bildlich geworden für fast alle späteren Verträge, deshalb gebe ich seinen charakteristischen Text ausführlicher wieder. Mit allem

vallen sin ainem ieglichen richter oder der statt, do er ez tůt. Und wer dehain silber oder dis gemúntzet phenning von dem lande fůret, daz sol menlichem erlobet sin ze nemen, und wer ez also nemet und uffhebet, der sol ez ledlich halbes haben vor aller menlichen ane gesträft und äne bekúmbert sin und in dem gericht und in der statt, da ez uffgehaben wirt, da sol der ander halb tail belyben. Wäre aber, daz der selbe, der ez also von dem lande fůrty, nicht begriffen wurde und ime daz silber nút genommen wurde, in welhem gerichte oder in welher statt der selbe darnach ergriffen oder angesprochen und mit zwain erbern mannen bewiset wirt, zů dem sol man richten nach recht. Wúrdet aber er nit mit zwain bewiset, mag er denne mit sinem ayde dez unschůldig sin, so ist er ledig. Ob aber er den ayde nit tůn wolt, so sol er aber so vil gůtes verlorn hain dem gerichte oder der statt, alz er von dem lande gefůret hat, ze glicher wise, alz ob ez im uff dem velde oder in dem gerichte oder in der stat genommen were, und sollent daz alle herren vogt schúlthaissen und rät by iren ayden innemen. Und hät er nicht so vil an dem gůt, so sol man im sin hande abslahen. Welher here oder stat ain múntze hält und phenning slahen wil, der sol diser zwain ordnungen aine uffnemen, als vorgeschriben stät. Swelher daz nit tät, dez phenning sol man verbieten in allen unsern kraissen. Ez sol ouch nieman nach dem vorgeschriben unser frowen tag hin dehain alten angster nemen noch damit köffen noch verköffen. By wem si aber begriffen wurden, da sol man si schroten, won si in dem alten brief ouch verbotten sint. Ez sollent ouch alli köff beschehen by disen núwen múntzen. Item ie der herre und ie dú stat und die so múntzen habent, die súllent daselbes besetzen, wie man alle fremd múntze ze glichem wechsel gegen den nuwen phenning nemen soly. Man sol ouch sunderlich wissen, waz ain iechlicher wechzler gemúntzender phenningen, von welherlay múntz daz ist, dem silber nach imköffet, der sol die selben gemíntzenden phenning nieman herwider ussgeben by dem ayde, so er gesworen hät, wen daz er si in die múntze ze koffen geben sol.« »Ez sollent ouch alle múntzmaister sweren zů den hailigen, alles daz, so hie vorgeschriben stät, ungevarlich ze halten, und iren knecht ouch alle haissen sweren, die phenning ungevarlich glich zů dem seijer ze schrotende. (Es sol ouch ain ieclicher herr und stat einen gesworen byderman haben, der die mälysen behalt und ouch besorge, daz die versůchten phenninge in sinem hus oder in aines andern erbern mannes hus gemalet werden und nit in der múntze by den gesellen, dar umb daz dehainer lichter phenning darzů gelait werde und die sweren darvon genomen werden. Und súllent die múntzergesellen den mällön geben.)« Die in Klammer gesetzte erschwerende Bestim-

Nachdruck wird auch hier wieder versucht, den Silberpreis stabil zu halten; die alte Bestimmung, dass Wechsler und Goldschmiede alles Silber zunächst der Münze anzubieten haben, wird erneuert, und ihre schärfste Durchführung in Aussicht genommen. Man sah sehr wohl ein, dass auf den Preis des Silbers das Hauptaugenmerk gerichtet werden müsse, dass von seiner Beherrschung die Stabilität des Münzwesens abhänge; und da die Bestimmungen von Schaffhausen versagt hatten, wollte man nunmehr zu schärferen Massregeln greifen. Auch die Verrufung der alten Angster hatte offenbar Schwierigkeiten gemacht, denn der Entwurf sieht ebenfalls schärfere Bestimmungen nach dieser Richtung vor. Alle Käufe sollten von einem gewissen Zeitpunkt ab in neuer Münze geschehen, und die fremden Münzen von den Münzgenossen gleichmässig tarifiert werden.

Dieser Entwurf hat indessen niemals Rechtskraft erlangt. Die bis zum Vertragsabschluss gediehenen Unterhandlungen zerschlugen sich infolge des Ablebens der Grafen von Kyburg und Habsburg [1]; auch die um diese Zeit zum Ausbruch gekommene Fehde zwischen Herzog Leopold von Oesterreich und den schweizerischen Städten und deren Verbündeten mag zu dem Abbruch der Verhandlungen beigetragen haben.

Basel war somit auf sich selbst angewiesen, es blieb ihm angesichts der seinem Münzwesen drohenden Gefahren nichts übrig, als seine eigenen Wege zu gehen. Der Konvention von Schaffhausen konnte es sich nicht länger unterwerfen, und da Aussicht auf eine neue nicht bestand, so schritt es von sich aus zu Münzreduktionen —, was übrigens ein Teil der Kontrahenten des Schaffhauser Vertrags schon vor dem Fehlschlagen der Neuverhand-

mung ist nicht in den Vertrag von 1387 übergegangen (vergl. S. 69 ff.) »Ez söllent ouch herren und stett aigentlich besorgen und behûten, daz dehain silber, so in den bergen vallet ze Múnster, ze Totnow oder anderswa, und an dienen, so ez brennent und zaichnent, und sunderlich an dem zaichen ze Totnow, und ouch alle ander silber, daz von phenning oder von silbergeschirr oder von dehainen ander sachen vallet, daz ez niendert hin kome denne in die múntze. Man sol ouch besorgen in den stetten goldsmit wechsler kőfflút krámer and allermenlich so silber het, daz erz nien dert hin gebe denne in die múntze, wo im daz wirt.«

1) Vgl. Argovia S. 365. *Johannes Dierauer*, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 1887. Erster Band. S. 280 ff. *Tillier*, Geschichte des Freistaates Bern.

lungen getan hatte. Leider sind Urkunden über die nun einsetzenden Prägungen nicht vorhanden. *Hanauer*, der für das Jahr 1383 genaue Berechnungen einer angeblich in diesem Jahre geprägten Münze macht, nimmt irrtümlich an, dass jener Vertragsentwurf Gesetzeskraft erlangt habe, und dementsprechend legt er die dort gegebenen Zahlen seiner neuen Münze zugrunde. In Wirklichkeit wissen wir über die in dieser Zeit geprägten Münzen nichts Bestimmtes. Wir haben aber einen Anhaltspunkt dafür, dass Basel mit dem Gewicht der Pfennige nicht herunterging, sondern nur mit dem Feingehalt. Es darf auch angenommen werden, dass dies stillschweigend geschehen ist und die minderwertiger ausgeprägten Denare als solche nicht in Gegensatz zu den früher Geprägten gebracht wurden. Jedenfalls dürften Verrufungen nicht stattgefunden haben. Jener Anhaltspunkt ergibt sich aus einer Urkunde im Strassburger Archiv, von der *Cahn* berichtet. Am 30. Okt. 1386 hielten die Strassburger eine Probe der Basler Drilinge ab. Es zeigte sich, dass sie zwar ein Gewicht von 0,23 gr hatten, indessen: »Wer derselben Drigelinge hat 9 lb. und 10 ß, der hat genoug zuo schaffende, obe er ein marg guotes silbers dar uz búrnen gemöge«[1]). Demnach wurden aus der Mark 2280 Pfennige geschlagen, die einen Feingehalt von 0,102 gr. hatten.

Erwähnt mag übrigens werden, dass Basel damit keineswegs besonders schlecht stand; gleichzeitig wurden, nach derselben Quelle, auch die Pfennige von Breisach, Bergheim und Freiburg untersucht. Es stellte sich heraus, dass der Breisacher Heller einen Feingehalt von 0,065, der Bergheimer von 0,053 und der Freiburger, der bisher immer besonders schwer gewesen war, von 0,064 gr hatte.

Damit war der Tiefstand des Münzwesens im 14. Jahrhundert erreicht. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, dass Handel und Verkehr unter solchen Zuständen empfindlich zu leiden hatten; als selbstverständlich muss auch angesehen werden, dass um diese Zeit der Wert des Guldens in die Höhe schnellt. Nach den Jahresrechnungen wurden in Basel 1384/85 schon wieder 19 ß für den Gulden bezahlt; im Jahre 86/87 aber durchschnittlich 26 ß, so dass der Gulden jetzt zum Pfund wie 1,30 : 1 stand.

1) *Cahn*, Rappenmünzbund, S. 30.

Kein Wunder, dass sich angesichts dieser traurigen Münzverhältnisse Bestrebungen bemerkbar machten, die ihre Aenderung durch einen neuen Vertrag herbeizuführen versuchten. Der Anstoss ging diesmal von dem Nachfolger des in der Schlacht bei Sempach gefallenen Herzogs Leopold, dem Herzog Albrecht III. von Oesterreich aus[1]. Durch seine Vermittlung kam in Basel am 14. Sept. 1387 eine Konvention zu stande, die einen grossen oberrheinischen Münzbund schuf, zu dem folgende Münzstätten ihren Beitritt erklärt hatten[2]: 1. Herzog Albrecht für sich und Leopolds Söhne und die münzberechtigten Städte Freiburg i. Br., Schaffhausen, Breisach, Zofingen, Villingen, Bergheim und Todtnau, sodann für die nicht münzberechtigten Städte Rheinfelden, Säckingen, Waldshut, Diessenhofen, Stein, Winterthur, Zell, Rapperswil, Frauenfeld, Sursee, Wietlispach, Olten, Aarau, Brugg, Mellingen, Baden, Bremgarten, Lenzburg, Aarburg; für die breisgauischen Städte: Neuenburg a. R., Kentzingen, Endingen, und für die sundgauischen Städte: Altkirch, Pfirt, Belfort, Blumenberg, Tattenried, Maasmünster, Thann, Sennheim und Ensisheim; 2. Bischof Friedrich von Strassburg für die Städte Rufach, Sultz, Egisheim, Heiligenkreuz und Margolsheim; 3. Graf Rudolf von Hochberg für Rothenberg; 4. Graf Hans von Habsburg für Laufenberg; 5. Graf Berchthold von Kyburg für Wangen; 6. Gräfin Elisabeth von Neuenburg; 7. Freiherr Hemman von Krenkingen für Thiengen; 8. die Städte Basel, Zürich, Luzern, Bern, Burgdorf, Thun, Unterseen, Aarberg, Laufen, Solothurn, Colmar, Münster, Kaisersberg, Mülhausen, Reichenweiler, Zellenberg und Türkheim; 9. Bischof Imer von Basel für die Städte Delsberg, Laufen, Liestal, Biel und Neuenstadt; 10. Abt Wilhelm von Murbach für St. Amarin, Wattweiler und Gebweiler; 11. Herr Brun zu Rappoltstein und Graf Heinrich von Sarwerd für Rappoldsweiler.

Im ganzen hatten sich sonach 11 Herren und 17 Städte mit einem 74 Städte und Herrschaften umfassenden Gebiete vereinigt[3].

---

1) Vgl. Argovia, S. 365.

2) Ebendaselbst.

3) Original der Urkunde im Staatsarchiv Bern. Konzept Staatsarchiv Basel. Gleichzeitige Abschrift: Grosses Weissbuch fol. 38. Gedr. Urkundenbuch V. S. 99 ff. Vgl. Argovia, S. 365; *Cahn*, Rappenmünzbund, S. 31 ff. Abschiede. Bd. I. S. 67. Nr. 183. *Hanauer*, Bd. I. S. 401.

Alle Kontrahenten sollten — zunächst für 10 Jahre — nach demselben Münzfusse ausprägen, und zwar auf folgender Grundlage: Es soll geschlagen werden »ein phund für einen guldin und söllent geben umb ein mark silbers sechs phund derselben múncze und nútt me, und söllent tůn zů ie einer mark sechs lot spis und söllent schroten uf vier lot ein phund vier schilling und vier phenning und sölent der selben phenningen drissig und vierdhalb schilling sechstehalb lot wegen, und söllent die selben sechstehalb lot vier lot vines silbers usser dem fúre geben, so man si versůcht. Den knechten sol man geben von ie der mark ze lone zwein schilling und acht phennig und uf zweinczig mark drú lot ze fúrgewicht.« Demnach sollte ein Pfund der neuen Pfennige einem Gulden im Werte gleichstehen. Der Entwurf von 1383 wurde somit in dieser Beziehung acceptiert. Es wird ausdrücklich bestimmt, dass kein Wechsler oder jemand anders »me umb einen gemeinen gůten guldin geben« darf, »denne ein phund der genannten phenningen«. Damit auch auf Umwegen, etwa durch Erhöhung der Wechselgebühren, nicht mehr bezahlt werde, wird ausserdem bestimmt, dass diese Gebühr 2 Pfennig für den Gulden nicht überschreiten darf. Jeder Uebertretungsfall wird mit 5 lb. Strafe belegt. Die Massnahmen, mit denen man ein der gesetzlichen Vorschrift entsprechendes Verhältnis zwischen Gulden und Pfennigen auch im Verkehr erzwingen will, werden, wie diese Bestimmungen zeigen, immer strenger. Dies war freilich auch nötig, denn das in dem Vertrage normierte Wertverhältnis war gegenüber den wirklich für den Gulden bezahlten Preisen wieder viel zu niedrig angesetzt worden.

Vom Basler Pfennig, der immer noch 0,101 gr Feingehalt hatte, gingen ja, wie wir gesehen haben, 1386/87 26 lb. auf den Gulden. Man hoffte wohl, innerhalb des jetzt beschlossenen Bundes, der an Grösse alle bisherigen überragte, das Verhältnis von 1 : 1 trotz allem durchdrücken zu können. Dies um so mehr, als die neue Prägung tatsächlich eine Erhöhung des Feingehalts brachte. Eine Mark Silbers sollte 6 lb. der neuen Pfennige gelten; jede feine Mark Silbers sollte mit 6 Lot Kupfer (nicht wie 1383 geplant war, mit 8 Lot) legiert und aus 4 Lot legiertem Metall 1 lb. 4 ß 4 ₰ geprägt werden, mithin aus der rauhen Mark 1168, aus der feinen 1606 Denare. Der einzelne Denar hatte demnach 0,145 ($^{725}/_{1000}$) gr Feingehalt und ein Gewicht von

0,200 gr[1]).

Man war somit zu einem recht niedrigen Feingehalt gekommen, denn in Schaffhausen enthielt der Pfennig ja noch 0,211 gr feinen Silbers; es ist aber zu berücksichtigen, dass manche der Kontrahenten ihre Münze um das doppelte und dreifache aufbessern mussten, sofern sie den jetzt bestehenden Vorschriften nachkommen wollten. Auch Basel war, wie wir gesehen, bereits unter das jetzt normierte Verhältnis heruntergegangen und hatte dementsprechend ebenfalls eine Aufbesserung vorzunehmen.

Im übrigen zeigt auch dieser Vertrag wieder die Einzelbestimmungen der älteren, nur in noch schärferer Form. Die wichtigsten Bestimmungen gebe ich unten wieder[2]); hier sei nur auf einiges verwiesen. Die Kontrolle beim Schlagen wird verschärft, ebenso werden die Bestimmungen über das Beschneiden und

1) Vgl. *Ochs*, Bd. II. S. 400; *Hanauer*, S. 401.

2) (Vorschriften über Kontrolle des Münzens etc. wie im Entwurf von 1383). »Item waz ŏuch geltschulden gemachet sint bi einem jare vor dirre ordenunge und datum diz briefs, die mag und sol man bezalen und gelten mit denen phenningen, die ouch sidmals gemúnczet sint hinnanthin bis uf sant Martins abent nechst komende und darnach nút. Waz aber vor einem jare geltschulden gemachet sint, die sol man gelten und bezalen mit semlichen phenningen, so man jecz slahende wirt. Wa aber widerkŏffe ouch bi einem jare gemachet sint, die mag man ouch ablŏsen und widerkouffen biz zu unser frowen tag zer liechtmesse ze nechst, also daz man ie ein phund dirre núwen múncze geben sol fúr drissig schilling haller oder nútlin. Item es sol ouch dehein wechsseler noch niemant ander, wer der sie, me umb einen gemeinen gůten guldin geben denne ein phund der egenanten phenningen noch ze gewinne nemen denne zwein phenning an einem guldin, so er in herus verkouffent wil, dez si ouch alle sweren sŏllent. Und was si guldiner in kouffent, die sŏllent si ouch fůrderlich her wider usz verkouffen, wenne es an si gevordert wirt, by den selben eyden. Weler daz úberfůre und die guldin thúrer kŏufte oder verkŏuffte, der sol fúnff phund ze besserung vervallen sie dem herren oder stat, da er denne hin gehŏrt, als dicke daz beschicht, und sol ouch eins daz ander růgen, wer daz úberfůre. Item es sŏllent alle múnczmeistere zů den heiligen sweren diz also ungevarlich ze haltende und ir knechte ouch dar zů halten ze swerende die phenning glich zů dem seyer ze schrotende ungevarlich.«. (Folgen u. a. Bestimmungen über Verrufung von Münzen, die nicht nach diesen Vorschriften geprägt sind, und über einen jährlichen allgemeinen Münztag in Rheinfelden.)

Aussuchen der Pfennige erneuert. Besonderes Gewicht legt man wieder auf die Regelung des Silberverkaufs: einmal, um genügend Vorrat davon zu haben, und zum andern, um die Preisbildung zu überwachen. »Item es sollent ouch die herren und stette menglich, es sien phaffen leyen geistlich oder weltlich, cristan und juden, gebieten und sweren heissen, wer silber hat oder im wirt, es si gebrant silber, geslagen silber, bruchsilber oder phenning silber, daz si verkouffen wellent, daz si daz niemant ze kouffende gebent, der ez von dem lande füre, noch si ez selber von dem lande verfüren, und sol ouch ein ieglicher herre und stat daz selb bei inen versorgen, so si beste múgent.«

Bemerkenswert ist noch die ausdrückliche Bestimmung, dass die Löhne der Knechte, die ja auch früher schon festgelegt waren, nicht verändert, also auch nicht in die Höhe gesetzt werden dürfen; offenbar, um die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer Erhöhung der Löhne hätte führen können, von vornherein zu unterbinden. »Es sollent ouch ie der herre und stat die múnczmeistere und knechte, der si gewalt habent, halten und dar zů wisen, das si bi den selben lonen blibent und dar umb werkent, ob si sich da wider sperren wolten.«

Erwähnt sei schliesslich, dass nach diesem Vertrage die Pfennige »ortrecht« (eckig) oder »sinwel« (rund) ausgeprägt werden durften [1]).

Man braucht sich im Grunde kaum darüber zu wundern, dass auch dieser Vertrag die gewünschten Folgen nicht hatte. Eine so bunte Schar politisch von einander unabhängiger Herren und Städte mit stark verschiedenen wirtschaftlichen Interessen konnte lediglich durch das Mittel eines Vertrages nicht zusammen gehalten werden. Auch machten sich von vornherein Schwierigkeiten geltend, deren man nicht Herr werden konnte: Die Frage des Wertverhältnisses der alten Pfennige zu den neuen erhitzte die Gemüter. Man berief zur Regelung dieser Angelegenheit einen Tag nach Rheinfelden, wo am 5. Jan. 1388 folgendes bestimmt wurde: »Item dez ersten sol man wissen, waz gúlt ufgelouffen ist, sider unsers herren fronlichams tag in dem LXXXVI jar uncz uf disen tag, dieselben schulden sol man geben mit den hallern und den múnssen, so da zwúschent geslagen sint hinnant

1) Alles Münzbeschreibende bei *Meier*, a. a. O.; *Alfred Geigy*, Katalog der Basler Münzen und Medaillen der im historischen Museum zu Basel deponierten Ewigschen Sammlung. Basel 1899. *Cahn*, Rappenmünzbund a. a. O. S. 34 ff.

dem heiligen abent ze ostran dem nechsten, wurd daz nút dazwúschent bezalt, der sol denne bezalen mit der núwen múncz, die man denne slecht und slahen wirdet. Waz ouch schulden und gúlten vor unsers herren fronlichams tag im LXXXVI jar gemachet sint, dieselben schulden sol man gelten und bezalen bi den núwen phenningen, so man ieczo slahen wirt. Item waz ouch widerkőffe bi demselben zil und jaren gemachet sint, dieselben widerkőff mag man ouch ablősen, ouch uncz uf den osterabent ze nechst mit den hallern und phenningen, so in den ziln geslagen sint. Wer daz denn nit tete, der mag dar nach lősen uncz uf sant Johanns tag abent ze súniechten, also daz man ie 1 lb. der núwen phenningen fúr XXX ß haller von im nemen und geben sol. Item wer aber daz ouch nit tete, der sol dannanthin lősen mit núwen phenningen. Item ez ist ouch beret, daz man die núwen múncz usgeben sol uf den nechsten ostertag und sőllen danne alle ander lant múntzen ab sin, die vormals geslagen sint« [1]).

Infolge dieses Beschlusses erliess der Rat der Stadt am 25. Jan. 1388 eine Verordnung, die folgendes bestimmte: Alle Schulden, die vor mehr als 10 Jahren in neuen — damals neuen — Pfennigen kontrahiert waren, sollten so zurückbezahlt und amortisiert werden, das zwei der jetzt ausgegebenen Pfennige gleich standen e i n e m 77er und 75er Pfennig [2]). Die später in Steblern aufgenommenen Gelder sollten hingegen mit der Massnahme wiedererstattet werden, dass für einen Stebler e i n Pfennig der Vertragsmünze gegeben wurde. Bei Rückzahlung der in den letzten 3—4 Jahren geliehenen Summen sollten d r e i der alten Pfennige für zwei neue in Anrechnung gebracht werden. Die letzte Bestimmung deutet auf die erneute Münzverschlechterung in den Jahren 1383—87, welche diese Massregel des Rates verständlich macht. Ich bringe das wichtige Dekret in der Anmerkung vollständig zum Abdruck; es ist niedergeschrieben im Leistungsbuch I. Fol. 122, v. [3]).

So glatt ging indessen die Sache nicht ab, denn gegen diese immerhin willkürlichen Bestimmungen scheint es zu lebhaften Pro-

1) Gleichzeitige Abschrift im Grossen Weissbuch fol. 57 v.

2) Hiermit stimmt überein folgende Eintragung in die Jahresrechnung 1387/88 »Item von der Múntze CLXIII lb XVIII ß novorum, tatent in alten CCCLXXV lb XV ß.«

3) »Anno LXXXIII sabbato post Agnetis ist erkennet von alten und núwen reten waz kőffen dahar vor zehen jaren beschehen sint mit nuwen

testen gekommen zu sein. Im freien Verkehr freilich kümmerte man sich um die neue Ordnung überhaupt nicht, denn bei kleineren Verkaufsgeschäften finden wir nach wie vor die Art der gemeinten Pfennige genau bezeichnet. Die im Basler Urkundenbuch aus jenen Jahren veröffentlichten Kaufverträge operieren genau so gut mit »angstern«, »steblern«, »gewonlich Basler phenningen«, »núwen Basler phenningen«, »Basler zinsphenningen« etc., wie in früheren Jahren auch. Alle Verordnungen des Rates haben diese Praxis nicht auszurotten vermocht. Wohl aber scheint der Rat in seinen eigenen Verträgen sich streng auf den Boden der von ihm erlassenen Verordnungen gestellt zu haben. Auch zeigte sich jetzt wieder, dass Gläubiger und Schuldner den neuen Verhältnissen nur in soweit sympathisch gegenüber standen, als ihnen dadurch Vorteile zufielen. Sobald dies der Fall war, machten sie sich zum strengsten Hüter der neuen Bestimmungen, im Gegensatz zu ihren Kontrahenten, die sich auf den Boden des alten Rechts stellten. Es muss in dieser Beziehung zu sehr unliebsamen Auseinandersetzungen gekommen sein, namentlich auch zwischen den einzelnen Städten sowie zwischen diesen und dem Adel, denn am 12. April 1390 fand in Baden eine Beratung statt, der zufolge Reinhart von Wehningen, des Herzogs Albrecht von Oesterreich Landvogt, infolge Urteils der Räte seines Herrn und auf Befragen der Boten der Städte Basel, Zürich, Bern, der Herrschaft Oesterreich Städte und des Bischofs von Strassburg fest stellt, dass ein Schuldner seine Schuld zahlen solle nach Sage seines Hauptbriefes, nicht nach Sage des Münzbriefes [1]), »das iederman bi sinen schuld briefen súlle beliben beide umb hŏbt gůt und ŏch umb zins, das im vergulten

---

phenningen, die man wider umb kouffen und ablŏsen wolte, daz man da zwein diser núwen phenningen fůr ie einen núwen phenning egenant geben sol und da mit ablŏsen und widerkouffen. Wa aber kŏffe mit stebler phenningen ouch also beschehen sint vor zehen jaren, da sol man geben einen dieser núwen phennigen fůr einen stebler phenning, so man also widerkŏffet und ablŏset. Und waz kŏffen aber beschehen sint under zehen jaren har uncz an vier oder drie jare, da sol man geben drie diser phenning fůr zwein phenning nach dem, als sich denne die rete oder die zehen an dem gerichte erkennent ungevarlich.« Vgl. *Ochs* Bd. II. S. 401; Reg. I. S. 48, Nr. 45.

1) Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 665 (A). Gedr. Urkundenbuch V. S. 152. Vgl. *Cahn*, S. 39.

súlle werden nach siner höbt brief sag, es si umb guldin oder umb welherley múncz die höbtbrief sagen . Dieses Abkommen zeigt deutlich, dass man darauf verzichtete, jene Bestimmung des Basler Vertrags, nach welcher alle Zahlungen in neuer Münze zu geschehen hatten, nun auch wirklich durchzuführen. Gleichzeitig ist aber auch aus diesem Uebereinkommen zu ersehen, dass die gewünschte einheitliche Regelung des Münzwesens nicht gelungen war. Denn wenn nach wie vor alle früheren Münzen, welcher Art auch, Rechnungswert behielten, so bedeutete die Prägung des neuesten Pfennigs im Grunde nur eine Vergrösserung der schon bestehenden Schwierigkeiten, nicht aber deren Beseitigung. Man hatte jetzt nicht an Stelle der alten Pfennige einen neuen, einheitlichen, sondern neben jenen war dieser dem Verkehr übergeben. Die Unsicherheit des Geldwesens war demnach nur grösser geworden.

Wir haben aber auch einen Beweis dafür, dass die Beteiligten der Konvention von Basel selber bei ihren eigenen Geldgeschäften den freiwillig geschlossenen Vertrag nicht immer respektierten. Zwischen Bern und Basel brach ein Streit darüber aus, in welcher Münze und zu welchem Guldenfuss jene Zinsen und Leibgedinge, die Bern der Stadt Basel und ihren Bürgern schulde, ausbezahlt werden sollten. Wohl infolge des Uebereinkommens von Baden hatte Basel verlangt, dass die von Bern »iren burgern usrichtetent und bezaltent ir zinse und lipdinge nach wisunge ir houbtbriefe«, wogegen Bern lebhaft protestierte. Sogar zu Gewalttätigkeiten war es diesetwegen gekommen. Um eine Einigung herbeizuführen, vereinigten sich Vertreter von Luzern, Zürich, Unterwalden und verschiedener Landschaften am 2. Nov. 1391 in Luzern; sie fällten einen Schiedsspruch, aus dem ich folgendes anführe: »Und súllent die von Basel nemlich von den von Berne nemen fúr ieglichen guldin versessens zinses und lipdinges dise vier jar us ein phunt pheninge und zwene pheninge der múntze, als si und die von Berne nu slahent und der múnczbrief umb dieselbe múncze wiset«[1]). Damit war bis auf jene 2 Pfennige — die Wechselgebühr — der Basler Konvention ihr Recht geworden.

Kam so etwas zwischen Städten wie Basel und Bern vor, wie mussten erst die Verhältnisse in den kleineren, weniger vom

---

1) Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 698. Gedr Urkundenbuch V. S. 177.

Verkehr belebten Orten liegen. Dass überall die grössten Klagen vorgebracht wurden, beweist der im Jahre 1393 in Rheinfelden abgehaltene Münztag. Hier ergab sich u. a., dass noch nicht einmal alle Kontrahenten die neue Münze geschlagen hatten, denn in dem Abschied heisst es: »Es súllent ouch alle herren und stett, und sie so múnzen hant, unverzogenlich anhaben und die múnz slahen in all der wise und mass als die zwen múntzbrieff [1]) wisent, die ouch mit allen stuken und dis vorgeschriben artykeln in iren kreften beliben súllent«. Aber nicht nur das. Basel hatte den Vertrag, der in seiner eigenen Stadt abgeschlossen war, noch nicht einmal formell acceptiert, denn der Schlusspassus des Abschiedes lautet: »Dar zu súllent die von Basel unverzogenlich den múntzbrief swern und besigeln in aller der masse, als in ander herren und stett geswurn und besigelt hant«. Des weiteren wird in Rheinfelden konstatiert, dass die Vorschriften über den Silberbann nicht eingehalten werden; aufs neue schärft der Abschied diese Bestimmungen ein: vor allem der »herrschaft von Oesterrich mit allen iren herren, rittern und knechten reden und mit iren stetten« [2]). Uebrigens mag hier noch erwähnt werden, dass schon im Jahre 1388 der Rat der Stadt Basel ein scharfes Dekret gegen den privaten heimlichen Silberverkauf erlassen hatte [3]).

Auch eine neue Münze war inzwischen geschlagen worden, und zwar in Thuengen. Am 16. Jan. 1392 versammelten sich Vertreter des Bischofs von Strassburg, sowie der Städte Basel, Colmar, Freiburg, Breisach und Bergheim, um diese Pfennige in aller Form zu verrufen [4]).

1) Konvention von Basel 1387 und Zusatzvertrag von Rheinfelden 1388.

2) Der Abschied im Stadtbuch Zürich II. 65b. Gedr. in den Eidgenössischen Abschieden a. a. O. Bd. I. S. 84. Nr. 201.

3) »Es ist erkennet, daz menglich der silber hat, ez si bruchsilber gebrant silber geslagen silber, daz er verkouffen welle, daz sol er niergant verkouffen noch geben, denne in unser múntz, in den nechsten acht tagen ane geverde, so ez im wirt und er ez meynet ze verkouffen, und diz sol menglich sweren ze halten, ez sient phaffen oder leyen geistlich und weltlich lûte frowen und man, swǒstern nunnen und beginen juden und jûdenen.« S. D. Leistungsbuch I. fol. 122 v. Vgl. *Ochs* II. p. 314.

4) Kop. im Basler Grossen Weissbuch fol. 101 v.

3. Der Vertrag zwischen Herzog Leopold von Oesterreich und der Stadt Basel.

Für die Jahre 1393—1399 ist Urkundliches über die Basler Münze nicht vorhanden. Erst ein wichtiger Vertrag aus dem Jahre 1399 gibt uns wieder Nachricht von ihr. Herzog Leopold von Oesterreich und die Stadt Basel schliessen ein Münzbündnis! Diese Tatsache wirft ein grelles Licht auf die Erfolge der Basler Konvention. Man hatte nicht einmal Versuche gemacht, sie nach Ablauf der vertraglich festgesetzten 10 Jahre zu erneuern. Die Aussichtslosigkeit solches Beginnens lag so sehr auf der Hand, ja der Vertrag war schon vor seinem formellen Ablauf so wenig respektiert worden, dass seine Erneuerung im Grunde nur eine Farce gewesen wäre.

So fanden sich denn die genannten beiden Münzherren zusammen, um wenigstens für ihre Gebiete, die im regsten wirtschaftlichen Verkehr miteinander standen, einen einheitlichen Münzfuss herzustellen. Der am 1. Sept. 1399 in Ensisheim abgeschlossene Vertrag bestimmt u. a. das folgende: »Des ersten, das wir zu ainer vynen mark silbers ain halb mark kupfhers tůn sullen und nicht mer. Usser den selben anderthalb mark silbers und zusatzes sullen gemachet werden acht phund und acht schilling stebler oder vier phund und vier schilling zwayling, das sind die anderhalb mark silbers und zusatzes in den ofen gesetzet sullent ain vyne mark silbers usser dem ofen und fúre bringen und tůn. Der schrott sol sin uff vier lott der anderhalb marken silbers und zusatzes ain phund und acht schilling stebler oder viertzehen schilling zwayling. Der vorgeschriben phenning sol man geben umb ain vyne mark silbers achthalb pfund stềbler oder vierdhalb pfund und funfs chilling zwayling oder aber sechs guldin und dry schilling stềbler, der gold haben wil und nicht mer« [1].

Damit war die Legierung der Mark nun glücklich auf 8 Lot angelangt; die beiden hier vorgesehenen Münzen bedeuteten gegen ihre Vorgänger eine weitere Verschlechterung, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass 6 Gulden und 3 β Stebler für die feine Mark Silbers gegeben werden sollen. Die feine Mark Silbers gab 2016 Pfennige oder 1008 Zweilinge. Das Korn beider Münzen war $^{660}/_{1000}$, d. h. der »Stebler« wog 0,174 gr und hatte 0,116 gr Feingehalt. Der Zweiling wog 0,349 gr. mit 0,232 gr fein.

1) Original Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 775 (A). Gedr. Urkundenbuch V. S. 281 Gleichzeitige Abschrift: Grosses Weissbuch fol. 95 (B).

Gegen die Basler Vertragsmünze, die ja noch 0,145 gr. Feingehalt gehabt hatte, ist dieser neue Pfennig um 32 % verschlechtert. Einen Fortschritt bedeutet diese Prägung aber insofern, als sie Doppelpfennige vorsieht, was übrigens bei dem geringen Werte des einzelnen Denars dringend notwendig geworden war.

Bemerkenswert ist, dass in diesem Vertrage ein direktes Verhältnis zwischen Gulden und Pfund nicht vorgeschrieben wird; nur indirekt kommt es bei der Preisnormierung des Silbers in Gold zum Ausdruck. Offenbar ist die Aufnahme einer solchen Bestimmung an dem Widerspruch des Herzogs Leopold gescheitert, denn in dem Basler Entwurf heisst es: »Item dise múntze wirt also sin geschickt das I lb. IIII ß stebler oder XII ß zwaylingen sich einem guldin gebúrent ze gebende«.

Im übrigen bringt der Vertrag keine neuen Bestimmungen, sondern er schliesst sich im wesentlichen der Basler Urkunde an; nur eine interessante Kostenrechnung enthält er, die ich in Anmerkung wiedergebe [1]). Auch behält sich Herzog Leopold vor, dass er eine Münze schlagen dürfe, die einen Schilling Stebler oder 6 Zweilinge wert sei. Schon *Cahn* weist darauf hin (S. 44), dass hier zum ersten Mal die Prägung eines Groschens, der um diese Zeit in Deutschland schon allgemein in Aufnahme gekommen war, in Aussicht genommen ist.

Bemerkenswert sind ferner die Bestimmungen über die Löhne der Münzknechte; die Höhe der Entschädigung wird auch hier wieder festgesetzt, aber man fügt hinzu: »Und wenn die muntzer

1) »So ist dis der koste, der uf die vorgeschriben anderhalb mark gan sol, nutz daz sy ze phenningen gebracht werden, des ersten fur den abgang im ofen und das abschrott anderwerb ze giessen dry schilling steblern, von den anderhalb marken steblern wisz ze machen sechs schilling stebler, und von den anderhalb marken zwayling wiz ze machen funf schilling stebler, wan minder kost darúber gat, dann úber stêbler, den gesellen von den anderhalb marken des klainen geltes stebler ze werken und ze furgewicht vier schilling stebler, und von den anderhalb marken zwaylingen ze werken vierdhalben schilling stebler, von den anderhalb marken klains gelts ze malen sechs stebler und von den anderhalb marken zwayling ze malen vier stebler, dem muntzmaister fur tygel kol unschlit saltz weinstein muntzysen stempel leder und ander geschierr, so dartzu gehôrt, ainen schilling stebler, umb die halben mark kupphers ainen schilling stebler, dem muntzmaister fur sin sorg und arbait sechs stebler und von den anderhalb marken zwayling ze legschatz zwen schilling steblêr.«

gesellen by dem vorgeschriben lon vier schillingen, so sy stebler pfening werken und machen, nicht wol besteen noch darumbe gewerken möchten, harumbe sol von den steblern pfeningen kein slegschatz genommen werden, umb das man den muntzer gesellen dest furbazzer gelonen und sy dasselb klain gelt stebler gewerken mugent«. Die Stadt hatte offenbar in der Zeit, da sie noch schlechtere Pfennige ausprägte, die Erfahrung gemacht, dass die dabei erforderliche diffizile Arbeit mehr Zeit erfordere und deshalb höher bezahlt werden müsse. Um nun für den Fall, dass wirklich die Gesellen mit Mehrforderungen kommen sollten, nicht Gefahr zu laufen, dass etwa die Pfennige entsprechend geringer ausgeprägt würden, sollten die Kontrahenten sich verpflichten, in diesem Falle auf den Schlagschatz, der mit 2 ß die Mark angesetzt war, zu verzichten. Endlich sei noch erwähnt, dass jene Bestimmung über das B e m a l e n, die im Entwurf von 1383 enthalten ist, in dem Vertrag von 1387 aber nicht aufgenommen wurde (vgl. S. 66 Anmerkg.), hier, wenn auch in anderer Fassung, aufs neue erscheint. Die Kontrolleure und Probierer der Münze sollen das »muntzysen« in eigene Verwahrung nehmen und zu jedesmaligem Gebrauch den Münzknechten übergeben. Letztere sollen bei dieser Arbeit in eine besondere Kammer eingeschlossen werden, damit ihnen niemand Pfennige zum Stempeln bringen kann, die nicht das vorgeschriebene Gewicht haben[1]).

Die Dauer des Vertrages wurde auf 5 Jahre festgesetzt. Am 11. November desselben Jahres sollten die neuen Münzen ausgegeben werden und »sol man kainerley alt gelt, wie es genant und an welhen stetten und enden es vormals geslagen ist, nicht nemen«. Alle alten Pfennige sollen in die Münze gegeben und gegen neue umgetauscht werden; sie ausser Landes zu führen, wird ausdrücklich verboten. Auch die Frage des Wertverhält-

1) »Die vorgeschriben dry, so über die muntze ze beschovend und ze versůchend gesetzt sind oder werdent, als vor stat, sullen ouch by iren geswornen ayden die muntzysen behalten und besorgen, und wenne ye das gelt berait wirt nutz an das malen und sy es versuchet und funden haben, daz es gerecht stett, so sullen si die knecht, die es denn malen werdent aigenlich ersůchen, umb das sy dhain unrecht gelt zugetragen mugent oder yeman anders inen zugetragen kunne und sy denn in ain kameren insliessen mit dem ysen und mit dem ungemaloten gelt, untz das es gmalet wirdet. Denn sullent die versůcher die muntzysen furbas besorgen und behalten, nutz das man ir aber bedarff.«

nisses zwischen alten und neuen Pfennigen erledigt der Vertrag. »Es sol ouch yedeman hie zwischen und dem egenanten sant Martins tag den andern bezalen mit dem alten gelt, so da her geslagen und nu geng und gebe ist«. Es sollte somit jeder nach Möglichkeit innerhalb des gegebenen Zeitraums, in dem die alten Münzen noch galten, seine Schulden bezahlen oder umschreiben lassen; kam es aber nicht dazu, d. h. »wer denn mit dem alten gelt nicht bezalt hat, der sol darnach den andern bezalen untz uf den achtenden tag nach dem hailigen weychennachttag nechst komend mit so vil nuwes gelt, als sich des nach marktzal gegen dem alten gelt, so er schuldig ist, geburet ze geben und ze nemen an geverde. Und darnach der dann nicht bezalt hat, sol er gentzlich mit nuwem gelt unser vorgeschriben muntze bezalen ouch an alle geverd«. Damit hatte man in bezug auf die Bewertung des neuen und alten Geldes einen prinzipiell neuen Weg beschritten, den offenbar die bisherige Erfahrung gezeigt hatte. Es sollten eine Zeit lang — auch dann noch, wenn das Geld schon Zwangskurs hatte — die jetzigen Pfennige nach dem Kurswert berechnet und dementsprechend in Ansatz gebracht werden.

In dem Vertrage von Ensisheim war vorgesehen, dass das neue Geld vom 11. November ab alleiniges Zahlungsmittel sein sollte. Voraussetzung hierfür war, dass von den neuen Münzen bis zu diesem Termine ein entsprechendes Quantum geschlagen sei. Herzog Leopold aber verrief die alten Münzen ohne Rücksicht auf den vorhandenen Bestand an neuen Münzen. Aus den Basler Akten geht hervor, dass die Stadt sich hierüber beschwerte; Herzog Leopold antwortete in einem Schreiben vom 18. November 1399, dass seiner Gemahlin Küchenmeister [1]) altes gegen neues Geld umgetauscht habe, um ersteres in die Münze zu bringen; er sei aber bereit, das alte Geld noch bis Weihnachten nach seinem Werte zu nehmen [2]). Ganz zweifellos hatte Leopold den Ver-

1) Die älteren Autoren machen sich von dem Küchenmeister zum Teil eine falsche Vorstellung, indem sie ihn mehr oder weniger humoristisch nehmen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass das Amt des Küchenmeisters eine einflussreiche Stellung war, deren Inhaber gar nicht selten zu diplomatischen Zwecken verwendet wurden. Namentlich der Küchenmeister der Gemahlin Herzogs Leopold — der energischen Catharina von Burgund — hatte bei den ausgedehnten Besitzungen dieser Frau ein einflussreiches und schwieriges Amt.

2) »Erbern wisen und besunder lieben. Als ir uns von der müntz

folgendes vorgeschlagen: Freiburg sollte bei seiner Münze bleiben und nach wie vor aus der Mark 2 lb. 16 β prägen; 10 Schillinge sollten einem Gulden an Wert gleich stehen. Für alle andern Kontrahenten der Schaffhauser Konvention aber wurde ein gleicher Münzfuss vorgesehen. Es hatte sich wohl gezeigt, dass die Vielheit der Münzsysteme auf die Dauer zu den unliebsamsten Verwirrungen führen müsse. Im Hinblick auf den zu wählenden Münzfuss sagt uns die Urkunde: »Item wir die vorgenanten herren und gråfin von Núwenburg und wir die vorgeschribnen stett sôllent slahen ain phunt fúr ainen guldin und súllent geben umb ain march silbers fúnf phunt und zwelf schilling der selben múntz und nit mer und sôllent tûn zů der selben march acht lôt spis und súllent sroten uff vier lôt ain phunt und sehzehen phenning und sôllent drissig und zwen schilling der selben phenning wegen sechz lôt, die selben sechz lôt sôllen vier lôt fins silbers uss dem fúre tûn. Si sôllent den knechten geben ze lon von ieder march zwen schilling der selben phenningen und uff zwanzig march ze fúrgewicht sechzthalb lôt dar umb daz si ez wol wis machent.«

Hatte man 1377 beschlossen, nach dem Verhältnis 1 Gulden gleich 15 Schillingen auszuprägen, so sollte nach diesem Entwurf dem Gulden eine enorme Konzession gemacht werden, indem von den geplanten neuen Denaren ein Pfund gleich einem Gulden gelten sollte. Dementsprechend war aber auch der Feingehalt in Aussicht genommen: 1024 Pfennige auf die rauhe, 1336 Pf. auf die feine Mark. Der einzelne Denar hätte demnach 0,228 gr gewogen und sein Feingehalt 0,175 gr betragen, was gegen die Konventionsmünze (0,211 gr. Feingehalt) auf eine sehr belangreiche Verschlechterung hinausgelaufen wäre, aber etwa dem erhöhten Silberpreis entsprochen hätte. Die weiteren Bestimmungen des Vertrages, deren bedeutendste ich unten angebe, gelten dem Silberkauf, der Kontrolle und vor allem dem Verbote der alten Pfennige [1]). Die Fassung dieses Entwurfs ist vor-

1) »Man sol ouch die phenning versůchen, e daz man si malt, und sol, der da die phenning ze malende hât, sweren zů den hailigen kainen phenning ze mâlen denne die ime geantwurt werdent von den, die zů der selben múntz geordnet und gesetzet sint ze versůchen.« (Folgen Vorschriften über Kontrolle, die den früheren gleichen). »Item wer dehainerlay múntz beschrotet, dem sol man die vinger abslahen und henken. Wer ouch disú múntz usslese und seygety, die swåren uss den lichten oder der si brennet, der sol lip und gůt verloren hain und sol daz ver-

bildlich geworden für fast alle späteren Verträge, deshalb gebe ich seinen charakteristischen Text ausführlicher wieder. Mit allem

vallen sin ainem ieglichen richter oder der statt, do er ez tůt. Und wer dehain silber oder dis gemúntzet phenning von dem lande fůret, daz sol menlichem erlobet sin ze nemen, und wer ez also nemet und uffhebet, der sol ez ledlich halbes haben vor aller menlichen ane gesträft und äne bekúmbert sin und in dem gericht und in der statt, da ez uffgehaben wirt, da sol der ander halb tail belyben. Wäre aber, daz der selbe, der ez also von dem lande fůrty, nicht begriffen wurde und ime daz silber nút genommen wurde, in welhem gerichte oder in welher statt der selbe darnach ergriffen oder angesprochen und mit zwain erbern mannen bewiset wirt, zů dem sol man richten nach recht. Wúrdet aber er nit mit zwain bewiset, mag er denne mit sinem ayde dez unschůldig sin, so ist er ledig. Ob aber er den ayde nit tůn wôlt, so sol er aber so vil gůtes verlorn hain dem gerichte oder der statt, alz er von dem lande gefůret hat, ze glicher wise, alz ob ez im uff dem velde oder in dem gerichte oder in der stat genommen were, und sôllent daz alle herren vôgt schúlthaissen und rät by iren ayden innemen. Und hät er nicht so vil an dem gůt, so sol man im sin hande abslahen. Welher here oder stat ain múntze hält und phenning slahen wil, der sol diser zwain ordnungen aine uffnemen, als vorgeschriben stät. Swelher daz nit tåt, dez phenning sol man verbieten in allen unsern kraissen. Ez sol ouch nieman nach dem vorgeschriben unser frôwen tag hin dehain alten angster nemen noch damit kôffen noch verkôffen. By wem si aber begriffen wurden, da sol man si schroten, won si in dem alten brief ouch verbotten sint. Ez sôllent ouch alli kôff beschehen by disen núwen múntzen. Item ie der herre und ie dú stat und die so múntzen habent, die súllent daselbes besetzen, wie man alle fremd múntze ze glichem wechsel gegen den nuwen phenning nemen sôly. Man sol ouch sunderlich wissen, waz ain iecllicher wechzler gemúntzender phenningen, von welherlay múntz daz ist, dem silber nach imkôffet, der sol die selben gemíntzenden phenning nieman herwider ussgeben by dem ayde, so er gesworen hät, wen daz er si in die múntze ze koffen geben sol.« »Ez sôllent ouch alle múntzmaister sweren zů den hailigen, alles daz, so hie vorgeschriben stät, ungevarlich ze halten, und iren knecht ouch alle haissen sweren, die phenning ungevarlich glich zů dem seijer ze schrotende. (Es sol ouch ain iecllicher herr und stat einen gesworen byderman haben, der die mälysen behalt und ouch besorge, daz die versůchten phenninge in sinem hus oder in aines andern erbern mannes hus gemalet werden und nit in der múntze by den gesellen, dar umb daz dehainer lichter phenning darzů gelait werde und die sweren darvon genomen werden. Und súllent die múntzergesellen den mällôn geben.)« Die in Klammer gesetzte erschwerende Bestim-

Nachdruck wird auch hier wieder versucht, den Silberpreis stabil zu halten; die alte Bestimmung, dass Wechsler und Goldschmiede alles Silber zunächst der Münze anzubieten haben, wird erneuert, und ihre schärfste Durchführung in Aussicht genommen. Man sah sehr wohl ein, dass auf den Preis des Silbers das Hauptaugenmerk gerichtet werden müsse, dass von seiner Beherrschung die Stabilität des Münzwesens abhänge; und da die Bestimmungen von Schaffhausen versagt hatten, wollte man nunmehr zu schärferen Massregeln greifen. Auch die Verrufung der alten Angster hatte offenbar Schwierigkeiten gemacht, denn der Entwurf sieht ebenfalls schärfere Bestimmungen nach dieser Richtung vor. Alle Käufe sollten von einem gewissen Zeitpunkt ab in neuer Münze geschehen, und die fremden Münzen von den Münzgenossen gleichmässig tarifiert werden.

Dieser Entwurf hat indessen niemals Rechtskraft erlangt. Die bis zum Vertragsabschluss gediehenen Unterhandlungen zerschlugen sich infolge des Ablebens der Grafen von Kyburg und Habsburg [1]; auch die um diese Zeit zum Ausbruch gekommene Fehde zwischen Herzog Leopold von Oesterreich und den schweizerischen Städten und deren Verbündeten mag zu dem Abbruch der Verhandlungen beigetragen haben.

Basel war somit auf sich selbst angewiesen, es blieb ihm angesichts der seinem Münzwesen drohenden Gefahren nichts übrig, als seine eigenen Wege zu gehen. Der Konvention von Schaffhausen konnte es sich nicht länger unterwerfen, und da Aussicht auf eine neue nicht bestand, so schritt es von sich aus zu Münzreduktionen —, was übrigens ein Teil der Kontrahenten des Schaffhauser Vertrags schon vor dem Fehlschlagen der Neuverhand-

mung ist nicht in den Vertrag von 1387 übergegangen (vergl. S. 60 ff.) »Ez söllent ouch herren und stett aigentlich besorgen und behûten, daz dehain silber, so in den bergen vallet ze Múnster, ze Totnow oder anderswa, und an dienen, so ez brennent und zaichnent, und sunderlich an dem zaichen ze Totnow, und ouch alle ander silber, daz von phenning oder von silbergeschirr oder von dehainen ander sachen vallet, daz ez niendert hin kome denne in die múntze. Man sol ouch besorgen in den stetten goldsmit wechsler köfflút krămer and allermenlich so silber het, daz erz niendert hin gebe denne in die múntze, wo im daz wirt.«

1) Vgl. Argovia S. 365. *Johannes Dierauer*, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 1887. Erster Band. S. 286 ff. *Tillier*, Geschichte des Freistaates Bern.

lungen getan hatte. Leider sind Urkunden über die nun einsetzenden Prägungen nicht vorhanden. *Hanauer*, der für das Jahr 1383 genaue Berechnungen einer angeblich in diesem Jahre geprägten Münze macht, nimmt irrtümlich an, dass jener Vertragsentwurf Gesetzeskraft erlangt habe, und dementsprechend legt er die dort gegebenen Zahlen seiner neuen Münze zugrunde. In Wirklichkeit wissen wir über die in dieser Zeit geprägten Münzen nichts Bestimmtes. Wir haben aber einen Anhaltspunkt dafür, dass Basel mit dem Gewicht der Pfennige nicht herunterging, sondern nur mit dem Feingehalt. Es darf auch angenommen werden, dass dies stillschweigend geschehen ist und die minderwertiger ausgeprägten Denare als solche nicht in Gegensatz zu den früher Geprägten gebracht wurden. Jedenfalls dürften Verrufungen nicht stattgefunden haben. Jener Anhaltspunkt ergibt sich aus einer Urkunde im Strassburger Archiv, von der *Cahn* berichtet. Am 30. Okt. 1386 hielten die Strassburger eine Probe der Basler Drilinge ab. Es zeigte sich, dass sie zwar ein Gewicht von 0,23 gr hatten, indessen: »Wer derselben Drigelinge hat 9 lb. und 10 *ß*, der hat genoug zuo schaffende, obe er ein marg guotes silbers dar uz búrnen gemöge«[1]). Demnach wurden aus der Mark 2280 Pfennige geschlagen, die einen Feingehalt von 0,102 gr. hatten.

Erwähnt mag übrigens werden, dass Basel damit keineswegs besonders schlecht stand; gleichzeitig wurden, nach derselben Quelle, auch die Pfennige von Breisach, Bergheim und Freiburg untersucht. Es stellte sich heraus, dass der Breisacher Heller einen Feingehalt von 0,065, der Bergheimer von 0,053 und der Freiburger, der bisher immer besonders schwer gewesen war, von 0,064 gr hatte.

Damit war der Tiefstand des Münzwesens im 14. Jahrhundert erreicht. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, dass Handel und Verkehr unter solchen Zuständen empfindlich zu leiden hatten; als selbstverständlich muss auch angesehen werden, dass um diese Zeit der Wert des Guldens in die Höhe schnellt. Nach den Jahresrechnungen wurden in Basel 1384/85 schon wieder 19 *ß* für den Gulden bezahlt; im Jahre 86/87 aber durchschnittlich 26 *ß*, so dass der Gulden jetzt zum Pfund wie 1,30 : 1 stand.

1) *Cahn*, Rappenmünzbund, S. 30.

Kein Wunder, dass sich angesichts dieser traurigen Münzverhältnisse Bestrebungen bemerkbar machten, die ihre Aenderung durch einen neuen Vertrag herbeizuführen versuchten. Der Anstoss ging diesmal von dem Nachfolger des in der Schlacht bei Sempach gefallenen Herzogs Leopold, dem Herzog Albrecht III. von Oesterreich aus[1]). Durch seine Vermittlung kam in Basel am 14. Sept. 1387 eine Konvention zu stande, die einen grossen oberrheinischen Münzbund schuf, zu dem folgende Münzstätten ihren Beitritt erklärt hatten[2]): 1. Herzog Albrecht für sich und Leopolds Söhne und die münzberechtigten Städte Freiburg i. Br., Schaffhausen, Breisach, Zofingen, Villingen, Bergheim und Todtnau, sodann für die nicht münzberechtigten Städte Rheinfelden, Säckingen, Waldshut, Diessenhofen, Stein, Winterthur, Zell, Rapperswil, Frauenfeld, Sursee, Wietlispach, Olten, Aarau, Brugg, Mellingen, Baden, Bremgarten, Lenzburg, Aarburg; für die breisgauischen Städte: Neuenburg a. R., Kentzingen, Endingen, und für die sundgauischen Städte: Altkirch, Pfirt, Belfort, Blumenberg. Tattenried, Maasmünster, Thann, Sennheim und Ensisheim; 2. Bischof Friedrich von Strassburg für die Städte Rufach, Sultz, Egisheim, Heiligenkreuz und Margolsheim; 3. Graf Rudolf von Hochberg für Rothenberg; 4. Graf Hans von Habsburg für Laufenberg; 5. Graf Berchthold von Kyburg für Wangen; 6. Gräfin Elisabeth von Neuenburg; 7. Freiherr Hemman von Krenkingen für Thiengen; 8. die Städte Basel, Zürich, Luzern, Bern, Burgdorf, Thun, Unterseen, Aarberg, Laufen, Solothurn, Colmar, Münster, Kaisersberg, Mülhausen, Reichenweiler, Zellenberg und Türkheim; 9. Bischof Imer von Basel für die Städte Delsberg, Laufen, Liestal, Biel und Neuenstadt; 10. Abt Wilhelm von Murbach für St. Amarin, Wattweiler und Gebweiler; 11. Herr Brun zu Rappoltstein und Graf Heinrich von Sarwerd für Rappoldsweiler.

Im ganzen hatten sich sonach 11 Herren und 17 Städte mit einem 74 Städte und Herrschaften umfassenden Gebiete vereinigt[3]).

---

1) Vgl. Argovia, S. 365.

2) Ebendaselbst.

3) Original der Urkunde im Staatsarchiv Bern. Konzept Staatsarchiv Basel. Gleichzeitige Abschrift: Grosses Weissbuch fol. 38. Gedr. Urkundenbuch V. S. 99 ff. Vgl. Argovia, S. 365; *Cahn*, Rappenmünzbund, S. 31 ff. Abschiede, Bd. I. S. 67. Nr. 183. *Hanauer*, Bd. I. S. 401.

Alle Kontrahenten sollten — zunächst für 10 Jahre — nach demselben Münzfusse ausprägen, und zwar auf folgender Grundlage: Es soll geschlagen werden »ein phund für einen guldin und söllent geben umb ein mark silbers sechs phund derselben múncze und nútt me, und söllent tůn zů ie einer mark sechs lot spis und söllent schroten uf vier lot ein phund vier schilling und vier phenning und sölent der selben phenningen drissig und vierdhalb schilling sechstehalb lot wegen, und söllent die selben sechstehalb lot vier lot vines silbers usser dem fúre geben, so man si versůcht. Den knechten sol man geben von ie der mark ze lone zwein schilling und acht phennig und uf zweinczig mark drú lot ze fúrgewicht.« Demnach sollte ein Pfund der neuen Pfennige einem Gulden im Werte gleichstehen. Der Entwurf von 1383 wurde somit in dieser Beziehung acceptiert. Es wird ausdrücklich bestimmt, dass kein Wechsler oder jemand anders »me umb einen gemeinen gůten guldin geben« darf; »denne ein phund der genannten phenningen«. Damit auch auf Umwegen, etwa durch Erhöhung der Wechselgebühren, nicht mehr bezahlt werde, wird ausserdem bestimmt, dass diese Gebühr 2 Pfennig für den Gulden nicht überschreiten darf. Jeder Uebertretungsfall wird mit 5 lb. Strafe belegt. Die Massnahmen, mit denen man ein der gesetzlichen Vorschrift entsprechendes Verhältnis zwischen Gulden und Pfennigen auch im Verkehr erzwingen will, werden, wie diese Bestimmungen zeigen, immer strenger. Dies war freilich auch nötig, *denn das in dem Vertrage normierte Wertverhältnis war gegenüber den wirklich für den Gulden bezahlten Preisen wieder viel zu niedrig angesetzt worden.*

Vom Basler Pfennig, der immer noch 0,101 gr Feingehalt hatte, gingen ja, wie wir gesehen haben, 1386/87 26 lb. auf den Gulden. Man hoffte wohl, innerhalb des jetzt beschlossenen Bundes, der an Grösse alle bisherigen überragte, das Verhältnis von 1 : 1 trotz allem durchdrücken zu können. Dies um so mehr, als die neue Prägung tatsächlich eine Erhöhung des Feingehalts brachte. Eine Mark Silbers sollte 6 lb. der neuen Pfennige gelten; jede feine Mark Silbers sollte mit 6 Lot Kupfer (nicht wie 1383 geplant war, mit 8 Lot) legiert und aus 4 Lot legiertem Metall 1 lb. 4 ß 4 ₰ geprägt werden, mithin aus der rauhen Mark 1168, aus der feinen 1606 Denare. Der einzelne Denar hatte demnach 0,145 $(^{725}/_{1000})$ gr Feingehalt und ein Gewicht von

0,200 gr[1]).

Man war somit zu einem recht niedrigen Feingehalt gekommen, denn in Schaffhausen enthielt der Pfennig ja noch 0,211 gr feinen Silbers; es ist aber zu berücksichtigen, dass manche der Kontrahenten ihre Münze um das doppelte und dreifache aufbessern mussten, sofern sie den jetzt bestehenden Vorschriften nachkommen wollten. Auch Basel war, wie wir gesehen, bereits unter das jetzt normierte Verhältnis heruntergegangen und hatte dementsprechend ebenfalls eine Aufbesserung vorzunehmen.

Im übrigen zeigt auch dieser Vertrag wieder die Einzelbestimmungen der älteren, nur in noch schärferer Form. Die wichtigsten Bestimmungen gebe ich unten wieder[2]); hier sei nur auf einiges verwiesen. Die Kontrolle beim Schlagen wird verschärft, ebenso werden die Bestimmungen über das Beschneiden und

1) Vgl. *Ochs*, Bd. II. S. 400; *Hanauer*, S. 401.

2) (Vorschriften über Kontrolle des Münzens etc. wie im Entwurf von 1383). »Item waz ouch geltschulden gemachet sint bi einem jare vor dirre ordenunge und datum diz briefs, die mag und sol man bezalen und gelten mit denen phenningen, die ouch sidmals gemúnczet sint hinnanthin bis uf sant Martins abent nechst komende und darnach nút. Waz aber vor einem jare geltschulden gemachet sint, die sol man gelten und bezalen mit semlichen phenningen, so man jecz slahende wirt. Wa aber widerkôffe ouch bi einem jare gemachet sint, die mag man ouch ablôsen und widerkouffen biz zu unser frowen tag zer liechtmesse ze nechst, also daz man ie ein phund dirre núwen múncze geben sol fúr drissig schilling haller oder nútlin.. Item es sol ouch dehein wechsseler noch niemant ander, wer der sie, me umb einen gemeinen gûten guldin geben denne ein phund der egenanten phenningen noch ze gewinne nemen denne zwein phenning an einem guldin, so er in herus verkouffent wil, dez si ouch alle sweren sôllent. Und was si guldiner in kouffent, die sôllent si ouch fûrderlich her wider usz verkouffen, wenne es an si gevordert wirt, by den selben eyden. Weler daz úberfûre und die guldin thúrer kôufte oder verkôuffte, der sol fúnff phund ze besserung vervallen sie dem herren oder stat, da er denne hin gehôrt, als dicke daz beschicht, und sol ouch eins daz ander rûgen, wer daz úberfûre. Item es sôllent alle múnczmeistere zû den heiligen sweren diz also ungevarlich ze haltende und ir knechte ouch dar zû halten ze swerende die phenning glich zû dem seyer ze schrotende ungevarlich.«. (Folgen u. a. Bestimmungen über Verrufung von Münzen, die nicht nach diesen Vorschriften geprägt sind, und über einen jährlichen allgemeinen Münztag in Rheinfelden.)

Aussuchen der Pfennige erneuert. Besonderes Gewicht legt man wieder auf die Regelung des Silberverkaufs: einmal, um genügend Vorrat davon zu haben, und zum andern, um die Preisbildung zu überwachen. »Item es sollent ouch die herren und stette menglich, es sien phaffen leyen geistlich oder weltlich, cristan und juden, gebieten und sweren heissen, wer silber hat oder im wirt, es si gebrant silber, geslagen silber, bruchsilber oder phenning silber, daz si verkouffen wellent, daz si daz niemant ze kouffende gebent, der ez von dem lande fůre, noch si ez selber von dem lande verfůren, und sol ouch ein ieglicher herre und stat daz selb bei inen versorgen, so si beste múgent.«

Bemerkenswert ist noch die ausdrückliche Bestimmung, dass die Löhne der Knechte, die ja auch früher schon festgelegt waren, nicht verändert, also auch nicht in die Höhe gesetzt werden dürfen; offenbar, um die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer Erhöhung der Löhne hätte führen können, von vornherein zu unterbinden. »Es sollent ouch ie der herre und stat die múnczmeistere und knechte, der si gewalt habent, halten und dar zů wisen, das si bi den selben lōnen blibent und dar umb werkent, ob si sich da wider sperren wolten.«

Erwähnt sei schliesslich, dass nach diesem Vertrage die Pfennige »ortrecht« (eckig) oder »sinwel« (rund) ausgeprägt werden durften [1]).

Man braucht sich im Grunde kaum darüber zu wundern, dass auch dieser Vertrag die gewünschten Folgen nicht hatte. Eine so bunte Schar politisch von einander unabhängiger Herren und Städte mit stark verschiedenen wirtschaftlichen Interessen konnte lediglich durch das Mittel eines Vertrages nicht zusammen gehalten werden. Auch machten sich von vornherein Schwierigkeiten geltend, deren man nicht Herr werden konnte: Die Frage des Wertverhältnisses der alten Pfennige zu den neuen erhitzte die Gemüter. Man berief zur Regelung dieser Angelegenheit einen Tag nach Rheinfelden, wo am 5. Jan. 1388 folgendes bestimmt wurde: »Item dez ersten sol man wissen, waz gúlt ufgelouffen ist, sider unsers herren fronlichams tag in dem LXXXVI jar uncz uf disen tag, dieselben schulden sol man geben mit den hallern und den múnssen, so da zwúschent geslagen sint hinnant

1) Alles Münzbeschreibende bei *Meier*, a. a. O.; *Alfred Geigy*, Katalog der Basler Münzen und Medaillen der im historischen Museum zu Basel deponierten Ewigschen Sammlung. Basel 1899. *Cahn*, Rappenmünzbund a. a. O. S. 34 ff.

dem heiligen abent ze ostran dem nechsten, wurd daz nút dazwúschent bezalt, der sol denne bezalen mit der núwen múncz, die man denne slecht und slahen wirdet. Waz ouch schulden und gúlten vor unsers herren fronlichams tag im LXXXVI jar gemachet sint, dieselben schulden sol man gelten und bezalen bi den núwen phenningen, so man ieczo slahen wirt. Item waz ouch widerkôffe bi demselben zil und jaren gemachet sint, dieselben widerkôff mag man ouch ablôsen, ouch uncz uf den osterabent ze nechst mit den hallern und phenningen, so in den ziln geslagen sint. Wer daz denn nit tete, der mag dar nach lôsen uncz uf sant Johanns tag abent ze súniechten, also daz man ie 1 lb. der núwen phenningen fúr XXX ꞵ haller von im nemen und geben sol. Item wer aber daz ouch nit tete, der sol dannanthin lôsen mit núwen phenningen. Item ez ist ouch beret, daz man die núwen múncz usgeben sol uf den nechsten ostertag und sôllen danne alle ander lant múntzen ab sin, die vormals geslagen sint« [1]).

Infolge dieses Beschlusses erliess der Rat der Stadt am 25. Jan. 1388 eine Verordnung, die folgendes bestimmte: Alle Schulden, die vor mehr als 10 Jahren in neuen — damals neuen — Pfennigen kontrahiert waren, sollten so zurückbezahlt und amortisiert werden, das zwei der jetzt ausgegebenen Pfennige gleich standen e i n e m 77 er und 75 er Pfennig [2]). Die später in Steblern aufgenommenen Gelder sollten hingegen mit der Massnahme wiedererstattet werden, dass für einen Stebler e i n Pfennig der Vertragsmünze gegeben wurde. Bei Rückzahlung der in den letzten 3—4 Jahren geliehenen Summen sollten d r e i der alten Pfennige für zwei neue in Anrechnung gebracht werden. Die letzte Bestimmung deutet auf die erneute Münzverschlechterung in den Jahren 1383—87, welche diese Massregel des Rates verständlich macht. Ich bringe das wichtige Dekret in der Anmerkung vollständig zum Abdruck; es ist niedergeschrieben im Leistungsbuch I. Fol. 122, v. [3]).

So glatt ging indessen die Sache nicht ab, denn gegen diese immerhin willkürlichen Bestimmungen scheint es zu lebhaften Pro-

1) Gleichzeitige Abschrift im Grossen Weissbuch fol. 57 v.

2) Hiermit stimmt überein folgende Eintragung in die Jahresrechnung 1387/88 »Item von der Múntze CLXIII lb XVIII ꞵ novorum, tatent in alten CCCLXXV lb XV ꞵ.«

3) »Anno LXXXIII sabbato post Agnetis ist erkennet von alten und núwen reten waz kôffen dahar vor zehen jaren beschehen sint mit núwen

testen gekommen zu sein. Im freien Verkehr freilich kümmerte man sich um die neue Ordnung überhaupt nicht, denn bei kleineren Verkaufsgeschäften finden wir nach wie vor die Art der gemeinten Pfennige genau bezeichnet. Die im Basler Urkundenbuch aus jenen Jahren veröffentlichten Kaufverträge operieren genau so gut mit »angstern«, »steblern«, »gewonlich Basler phenningen«, »núwen Basler phenningen«, »Basler zinsphenningen« etc., wie in früheren Jahren auch. Alle Verordnungen des Rates haben diese Praxis nicht auszurotten vermocht. Wohl aber scheint der Rat in seinen eigenen Verträgen sich streng auf den Boden der von ihm erlassenen Verordnungen gestellt zu haben. Auch zeigte sich jetzt wieder, dass Gläubiger und Schuldner den neuen Verhältnissen nur in soweit sympathisch gegenüber standen, als ihnen dadurch Vorteile zufielen. Sobald dies der Fall war, machten sie sich zum strengsten Hüter der neuen Bestimmungen, im Gegensatz zu ihren Kontrahenten, die sich auf den Boden des alten Rechts stellten. Es muss in dieser Beziehung zu sehr unliebsamen Auseinandersetzungen gekommen sein, namentlich auch zwischen den einzelnen Städten sowie zwischen diesen und dem Adel, denn am 12. April 1390 fand in Baden eine Beratung statt, der zufolge Reinhart von Wehningen, des Herzogs Albrecht von Oesterreich Landvogt, infolge Urteils der Räte seines Herrn und auf Befragen der Boten der Städte Basel, Zürich, Bern, der Herrschaft Oesterreich Städte und des Bischofs von Strassburg fest stellt, dass ein Schuldner seine Schuld zahlen solle nach Sage seines Hauptbriefes, nicht nach Sage des Münzbriefes [1]), »das iederman bi sinen schuld briefen súlle beliben beide umb hŏbt gůt und ŏch umb zins, das im vergulten

phenningen, die man wider umb kouffen und ablŏsen wolte, daz man da zwein diser núwen phenningen fůr ie einen núwen phenning egenant geben sol und da mit ablŏsen und widerkouffen. Wa aber kŏffe mit stebler phenningen ouch also beschehen sint vor zehen jaren, da sol man geben einen dieser núwen phennigen fůr einen stebler phenning, so man also widerkŏffet und ablŏset. Und waz kŏffen aber beschehen sint under zehen jaren har uncz an vier oder drie jare, da sol man geben drie diser phenning fůr zwein phenning nach dem, als sich denne die rete oder die zehen an dem gerichte erkennent ungevarlich.« Vgl. *Ochs* Bd. II. S. 401; Reg. I. S. 48, Nr. 45.

1) Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 665 (A). Gedr. Urkundenbuch V. S. 152. Vgl. *Cahn*, S. 39.

súlle werden nach siner höbt brief sag, es si umb guldin oder umb welherley múncz die höbtbrief sagen. Dieses Abkommen zeigt deutlich, dass man darauf verzichtete, jene Bestimmung des Basler Vertrags, nach welcher alle Zahlungen in neuer Münze zu geschehen hatten, nun auch wirklich durchzuführen. Gleichzeitig ist aber auch aus diesem Uebereinkommen zu ersehen, dass die gewünschte einheitliche Regelung des Münzwesens nicht gelungen war. Denn wenn nach wie vor alle früheren Münzen, welcher Art auch, Rechnungswert behielten, so bedeutete die Prägung des neuesten Pfennigs im Grunde nur eine Vergrösserung der schon bestehenden Schwierigkeiten, nicht aber deren Beseitigung. Man hatte jetzt nicht an Stelle der alten Pfennige einen neuen, einheitlichen, sondern neben jenen war dieser dem Verkehr übergeben. Die Unsicherheit des Geldwesens war demnach nur grösser geworden.

Wir haben aber auch einen Beweis dafür, dass die Beteiligten der Konvention von Basel selber bei ihren eigenen Geldgeschäften den freiwillig geschlossenen Vertrag nicht immer respektierten. Zwischen Bern und Basel brach ein Streit darüber aus, in welcher Münze und zu welchem Guldenfuss jene Zinsen und Leibgedinge, die Bern der Stadt Basel und ihren Bürgern schulde, ausbezahlt werden sollten. Wohl infolge des Uebereinkommens von Baden hatte Basel verlangt, dass die von Bern »iren burgern usrichtetent und bezaltent ir zinse und lipdinge nach wisunge ir houbtbriefe«, wogegen Bern lebhaft protestierte. Sogar zu Gewalttätigkeiten war es diesetwegen gekommen. Um eine Einigung herbeizuführen, vereinigten sich Vertreter von Luzern, Zürich, Unterwalden und verschiedener Landschaften am 2. Nov. 1391 in Luzern; sie fällten einen Schiedsspruch, aus dem ich folgendes anführe: »Und súllent die von Basel nemlich von den von Berne nemen fúr ieglichen guldin versessens zinses und lipdinges dise vier jar us ein phunt pheninge und zwene pheninge der múntze, als si und die von Berne nu slahent und der múnczbrief umb dieselbe múncze wiset«[1]). Damit war bis auf jene 2 Pfennige — die Wechselgebühr — der Basler Konvention ihr Recht geworden.

Kam so etwas zwischen Städten wie Basel und Bern vor, wie mussten erst die Verhältnisse in den kleineren, weniger vom

---

1) Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 698. Gedr. Urkundenbuch V. S. 177.

Verkehr belebten Orten liegen. Dass überall die grössten Klagen vorgebracht wurden, beweist der im Jahre 1393 in Rheinfelden abgehaltene Münztag. Hier ergab sich u. a., dass noch nicht einmal alle Kontrahenten die neue Münze geschlagen hatten, denn in dem Abschied heisst es: »Es súllent ouch alle herren und stett, und sie so múnzen hant, unverzogenlich anhaben und die múnz slahen in all der wise und mass als die zwen múntzbrieff [1]) wisent, die ouch mit allen stuken und dis vorgeschriben artykeln in iren kreften beliben súllent«. Aber nicht nur das. Basel hatte den Vertrag, der in seiner eigenen Stadt abgeschlossen war, noch nicht einmal formell acceptiert, denn der Schlusspassus des Abschiedes lautet: »Dar zu súllent die von Basel unverzogenlich den múntzbrief swern und besigeln in aller der masse, als in ander herren und stett geswurn und besigelt hant«. Des weiteren wird in Rheinfelden konstatiert, dass die Vorschriften über den Silberbann nicht eingehalten werden; aufs neue schärft der Abschied diese Bestimmungen ein: vor allem der »herrschaft von Oesterrich mit allen iren herren, rittern und knechten reden und mit iren stetten« [2]). Uebrigens mag hier noch erwähnt werden, dass schon im Jahre 1388 der Rat der Stadt Basel ein scharfes Dekret gegen den privaten heimlichen Silberverkauf erlassen hatte [3]).

Auch eine neue Münze war inzwischen geschlagen worden, und zwar in Thuengen. Am 16. Jan. 1392 versammelten sich Vertreter des Bischofs von Strassburg, sowie der Städte Basel, Colmar, Freiburg, Breisach und Bergheim, um diese Pfennige in aller Form zu verrufen [4]).

1) Konvention von Basel 1387 und Zusatzvertrag von Rheinfelden 1388.

2) Der Abschied im Stadtbuch Zürich II. 65b. Gedr. in den Eidgenössischen Abschieden a. a. O. Bd. I. S. 84. Nr. 201.

3) »Es ist erkennet, daz menglich der silber hat, ez si bruchsilber gebrant silber geslagen silber, daz er verkouffen welle, daz sol er niergant verkouffen noch geben, denne in unser múntz, in den nechsten acht tagen ane geverde, so ez im wirt und er ez meynet ze verkouffen, und diz sol menglich sweren ze halten, ez sient phaffen oder leyen geistlich und weltlich lûte frowen und man, swöstern nunnen und beginen juden und jûdenen.« S. D. Leistungsbuch I. fol. 122 v. Vgl. *Ochs* II. p. 314.

4) Kop. im Basler Grossen Weissbuch fol. 101 v.

3. Der Vertrag zwischen Herzog Leopold von Oesterreich und der Stadt Basel.

Für die Jahre 1393—1399 ist Urkundliches über die Basler Münze nicht vorhanden. Erst ein wichtiger Vertrag aus dem Jahre 1399 gibt uns wieder Nachricht von ihr. Herzog Leopold von Oesterreich und die Stadt Basel schliessen ein Münzbündnis! Diese Tatsache wirft ein grelles Licht auf die Erfolge der Basler Konvention. Man hatte nicht einmal Versuche gemacht, sie nach Ablauf der vertraglich festgesetzten 10 Jahre zu erneuern. Die Aussichtslosigkeit solches Beginnens lag so sehr auf der Hand, ja der Vertrag war schon vor seinem formellen Ablauf so wenig respektiert worden, dass seine Erneuerung im Grunde nur eine Farce gewesen wäre.

So fanden sich denn die genannten beiden Münzherren zusammen, um wenigstens für ihre Gebiete, die im regsten wirtschaftlichen Verkehr miteinander standen, einen einheitlichen Münzfuss herzustellen. Der am 1. Sept. 1399 in Ensisheim abgeschlossene Vertrag bestimmt u. a. das folgende: »Des ersten, das wir zu ainer vynen mark silbers ain halb mark kupfhers tůn sullen und nicht mer. Usser den selben anderthalb mark silbers und zusatzes sullen gemachet werden acht phund und acht schilling stebler oder vier phund und vier schilling zwayling, das sind die anderhalb mark silbers und zusatzes in den ofen gesetzet sullent ain vyne mark silbers usser dem ofen und fúre bringen und tůn. Der schrott sol sin uff vier lott der anderhalb marken silbers und zusatzes ain phund und acht schilling stebler oder viertzehen schilling zwayling. Der vorgeschriben phenning sol man geben umb ain vyne mark silbers achthalb pfund stěbler oder vierdhalb pfund und funfs chilling zwayling oder aber sechs guldin und dry schilling stěbler, der gold haben wil und nicht mer« [1].

Damit war die Legierung der Mark nun glücklich auf 8 Lot angelangt; die beiden hier vorgesehenen Münzen bedeuteten gegen ihre Vorgänger eine weitere Verschlechterung, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass 6 Gulden und 3 β Stebler für die feine Mark Silbers gegeben werden sollen. Die feine Mark Silbers gab 2016 Pfennige oder 1008 Zweilinge. Das Korn beider Münzen war $^{660}/_{1000}$, d. h. der »Stebler« wog 0,174 gr und hatte 0,116 gr Feingehalt. Der Zweiling wog 0,349 gr. mit 0,232 gr fein.

1) Original Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 775 (A). Gedr. Urkundenbuch V. S. 281 Gleichzeitige Abschrift: Grosses Weissbuch fol. 95 (B).

Gegen die Basler Vertragsmünze, die ja noch 0,145 gr. Feingehalt gehabt hatte, ist dieser neue Pfennig um 32% verschlechtert. Einen Fortschritt bedeutet diese Prägung aber insofern, als sie Doppelpfennige vorsieht, was übrigens bei dem geringen Werte des einzelnen Denars dringend notwendig geworden war.

Bemerkenswert ist, dass in diesem Vertrage ein direktes Verhältnis zwischen Gulden und Pfund nicht vorgeschrieben wird; nur indirekt kommt es bei der Preisnormierung des Silbers in Gold zum Ausdruck. Offenbar ist die Aufnahme einer solchen Bestimmung an dem Widerspruch des Herzogs Leopold gescheitert, denn in dem Basler Entwurf heisst es: »Item dise múntze wirt also sin geschickt das 1 lb. IIII ß stebler oder XII ß zwaylingen sich einem guldin gebúrent ze gebende«.

Im übrigen bringt der Vertrag keine neuen Bestimmungen, sondern er schliesst sich im wesentlichen der Basler Urkunde an; nur eine interessante Kostenrechnung enthält er, die ich in Anmerkung wiedergebe [1]). Auch behält sich Herzog Leopold vor, dass er eine Münze schlagen dürfe, die einen Schilling Stebler oder 6 Zweilinge wert sei. Schon *Cahn* weist darauf hin (S. 44), dass hier zum ersten Mal die Prägung eines G r o s c h e n s, der um diese Zeit in Deutschland schon allgemein in Aufnahme gekommen war, in Aussicht genommen ist.

Bemerkenswert sind ferner die Bestimmungen über die Löhne der Münzknechte; die Höhe der Entschädigung wird auch hier wieder festgesetzt, aber man fügt hinzu: »Und wenn die muntzer

1) »So ist dis der koste, der uf die vorgeschriben anderhalb mark gan sol, nutz daz sy ze phenningen gebracht werden, des ersten fur den abgang im ofen und das abschrott anderwerb ze giessen dry schilling steblern, von den anderhalb marken steblern wisz ze machen sechs schilling stebler, und von den anderhalb marken zwayling wiz ze machen funf schilling stebler, wan minder kost darúber gat, dann úber stēbler, den gesellen von den anderhalb marken des klainen geltes stebler ze werken und ze furgewicht vier schilling stebler, und von den anderhalb marken zwaylingen ze werken vierdhalben schilling stebler, von den anderhalb marken klains gelts ze malen sechs stebler und von den anderhalb marken zwayling ze malen vier stebler, dem muntzmaister fur tygel kol unschlit saltz weinstein muntzysen stempel leder und ander geschierr, so dartzu gehört, ainen schilling stebler, umb die halben mark kupphers ainen schilling stebler, dem muntzmaister fur sin sorg und arbait sechs stebler und von den anderhalb marken zwayling ze legschatz zwen schilling steblēr.«

gesellen by dem vorgeschriben lon vier schillingen, so sy stebler pfening werken und machen, nicht wol besteen noch darumbe gewerken möchten, harumbe sol von den steblern pfeningen kein slegschatz genommen werden, umb das man den muntzer gesellen dest furbazzer gelonen und sy dasselb klain gelt stebler gewerken mugent«. Die Stadt hatte offenbar in der Zeit, da sie noch schlechtere Pfennige ausprägte, die Erfahrung gemacht, dass die dabei erforderliche diffizile Arbeit mehr Zeit erfordere und deshalb höher bezahlt werden müsse. Um nun für den Fall, dass wirklich die Gesellen mit Mehrforderungen kommen sollten, nicht Gefahr zu laufen, dass etwa die Pfennige entsprechend geringer ausgeprägt würden, sollten die Kontrahenten sich verpflichten, in diesem Falle auf den Schlagschatz, der mit 2 ß die Mark angesetzt war, zu verzichten. Endlich sei noch erwähnt, dass jene Bestimmung über das Bemalen, die im Entwurf von 1383 enthalten ist, in dem Vertrag von 1387 aber nicht aufgenommen wurde (vgl. S. 66 Anmerkg.), hier, wenn auch in anderer Fassung, aufs neue erscheint. Die Kontrolleure und Probierer der Münze sollen das »muntzysen« in eigene Verwahrung nehmen und zu jedesmaligem Gebrauch den Münzknechten übergeben. Letztere sollen bei dieser Arbeit in eine besondere Kammer eingeschlossen werden, damit ihnen niemand Pfennige zum Stempeln bringen kann, die nicht das vorgeschriebene Gewicht haben[1]).

Die Dauer des Vertrages wurde auf 5 Jahre festgesetzt. Am 11. November desselben Jahres sollten die neuen Münzen ausgegeben werden und »sol man kainerley alt gelt, wie es genant und an welhen stetten und enden es vormals geslagen ist, nicht nemen«. Alle alten Pfennige sollen in die Münze gegeben und gegen neue umgetauscht werden; sie ausser Landes zu führen, wird ausdrücklich verboten. Auch die Frage des Wertverhält-

1) »Die vorgeschriben dry, so über die muntze ze beschovend und ze versůchend gesetzt sind oder werdent, als vor stat, sullen ouch by iren geswornen ayden die muntzysen behalten und besorgen, und wenne ye das gelt berait wirt nutz an das malen und sy es versuchet und funden haben, daz es gerecht stett, so sullen si die knecht, die es denn malen werdent aigenlich ersůchen, umb das sy dhain unrecht gelt zugetragen mugent oder yeman anders inen zugetragen kunne und sy denn in ain kameren insliessen mit dem ysen und mit dem ungemaloten gelt, untz das es gmalet wirdet. Denn sullent die versůcher die muntzysen furbas besorgen und behalten, nutz das man ir aber bedarff.«

nisses zwischen alten und neuen Pfennigen erledigt der Vertrag. »Es sol ouch yedeman hie zwischen und dem egenanten sant Martins tag den andern bezalen mit dem alten gelt, so da her geslagen und nu geng und gebe ist«. Es sollte somit jeder nach Möglichkeit innerhalb des gegebenen Zeitraums, in dem die alten Münzen noch galten, seine Schulden bezahlen oder umschreiben lassen; kam es aber nicht dazu, d. h. »wer denn mit dem alten gelt nicht bezalt hat, der sol darnach den andern bezalen untz uf den achtenden tag nach dem hailigen weychennachttag nechst komend mit so vil nuwes gelt, als sich des nach marktzal gegen dem alten gelt, so er schuldig ist, geburet ze geben und ze nemen an geverde. Und darnach der dann nicht bezalt hat, sol er gentzlich mit nuwem gelt unser vorgeschriben muntze bezalen ouch an alle geverd«. Damit hatte man in bezug auf die Bewertung des neuen und alten Geldes einen prinzipiell neuen Weg beschritten, den offenbar die bisherige Erfahrung gezeigt hatte. Es sollten eine Zeit lang — auch dann noch, wenn das Geld schon Zwangskurs hatte — die jetzigen Pfennige nach dem Kurswert berechnet und dementsprechend in Ansatz gebracht werden.

In dem Vertrage von Ensisheim war vorgesehen, dass das neue Geld vom 11. November ab alleiniges Zahlungsmittel sein sollte. Voraussetzung hierfür war, dass von den neuen Münzen bis zu diesem Termine ein entsprechendes Quantum geschlagen sei. Herzog Leopold aber verrief die alten Münzen ohne Rücksicht auf den vorhandenen Bestand an neuen Münzen. Aus den Basler Akten geht hervor, dass die Stadt sich hierüber beschwerte; Herzog Leopold antwortete in einem Schreiben vom 18. November 1399, dass seiner Gemahlin Küchenmeister [1]) altes gegen neues Geld umgetauscht habe, um ersteres in die Münze zu bringen; er sei aber bereit, das alte Geld noch bis Weihnachten nach seinem Werte zu nehmen [2]). Ganz zweifellos hatte Leopold den Ver-

1) Die älteren Autoren machen sich von dem Küchenmeister zum Teil eine falsche Vorstellung, indem sie ihn mehr oder weniger humoristisch nehmen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass das Amt des Küchenmeisters eine einflussreiche Stellung war, deren Inhaber gar nicht selten zu diplomatischen Zwecken verwendet wurden. Namentlich der Küchenmeister der Gemahlin Herzogs Leopold — der energischen Catharina von Burgund — hatte bei den ausgedehnten Besitzungen dieser Frau ein einflussreiches und schwieriges Amt.

2) »Erbern wisen und besunder lieben. Als ir uns von der müntz

trag insofern verletzt, als er schon vor Ablauf der festgesetzten Frist dem neuen Gelde Zwangskurs gab, während im Vertrag ausdrücklich bestimmt war, dass dieses bis 8 Tage nach Weihnachten nach seinem Marktwert genommen werden sollte.

Die Stadt Basel, welche sich mit diesem blossen Versprechen Leopolds nicht zufrieden geben wollte, drang indessen auf eine öffentliche Anerkennung der Konventionsbestimmungen. Nach einer gemeinsamen Beratung erliessen am 26. November 1399 der Herzog und die Stadt je ein Dekret, in dem bestimmt wird, dass der Gebrauch der alten Münzen bis zum 2. Februar 1400 zulässig sein solle, und zwar deshalb, weil die Zeit zu kurz gewesen sei, um einen genügend grossen Vorrat der neuen Pfennige zu schlagen [1]. Die neue Verordnung gestattet aber den Umtausch nicht mehr nach dem Markwert, sondern sie stellt einen bestimmten Tarif auf: »ainen blapphart fur dreyczehen stebler, ainen alten newner fur acht stebler, einen nuwen newner fur siben stebler und das alt klain gelt daher geschlagen drey stebler fur zwen núw phenning geburt sich achczehen stebler umb ain schilling nuwer phenning«.

Die hier verordnete Regelung des Wertverhältnisses der alten (nicht fremden) Münzen ist naturgemäss ziemlich willkürlich, da ja die einzelnen Münzstätten ihre Pfennige in den letzten Jahren ganz verschieden ausgeprägt hatten. Es darf aber angenommen werden, dass die Höhereinschätzung der neuen Pfennige um ein Drittel für Basel dem wirklichen Mehrwert entsprochen hat.

Es drängt sich die wichtige Frage auf, ob die Kontrahenten

wegen yetzund verschriben habt, das haben wir wol vernomen und lassen eir wissen daz unser wolgevallen wer, die alten und die newen múnzz yeglich nach irem werd ze nemen úntz uf wichnachten, do sagt úns únser lieben gemahel kuchemaister, wie ir das nůw halten woltet nach des múntzbriefs eut und sag, und also haben wir in allen únsern steten und dórffern in disen únsern landen dieselben alten múnzz empholhen ze verrúffen und auch auf hutigen tag den egenanten kuchemaister in dieselben unser stett und dórffer mit núwem gelt gesandt menklich da ze verwechseln und das alte gelt damit in unser múnzz ze bringen, dabei ir wol versteen múget, daz man eir die sach villeicht anders fúrbracht hab, denn sy an irselben sey. Geben ze Ensisheim an zinstag vor sant Elsbeten tag. LXXXX monono.« (Staatsarchiv, Münzakten B. 1.)

[1]) Der Originalbrief des Herzogs im Basler Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 779. Das Basler Dekret im Landesarchiv Karlsruhe. Urkunde Nr. 21, Conv. 5. Ersterer gedr. Basler Urkundenbuch V. S. 288. Vgl. *Cahn*, a. a. O. S. 46. Ueber das Basler Dekret vgl. *Lichnowsky* 5. XXXVI. Nr. 366.

nun auch wirklich nach diesem Vertrage gemünzt haben. Für Basel kann dies mit ziemlicher Sicherheit bejaht werden, nicht aber für die Münzstätten Herzog Leopolds. Ich habe in den Münzakten des Basler Staatsarchivs ein Dokument gefunden, das meiner Behauptung die Unterlage gibt [1]). Es handelt sich um die Ergebnisse einer Münzuntersuchung, die Basel — wohl nicht ohne Grund — in den Städten Zürich, Rheinfelden, Laufenburg und Thiengen vornehmen liess. Letztere drei Orte waren bekanntlich österreichisch, so dass ihre Münzen unter den Vertrag von 1399 fielen. Das Schriftstück ist zwar nicht datiert, da aber die Probe sich auf »zweyelinge« erstreckte, welche erst infolge des Vertrages von 1399 geprägt und von 1403 ab »Rappen« genannt wurden, so können für die Abfassung des Schriftstücks nur die dazwischen liegenden Jahre in Betracht kommen, wofür übrigens auch die Schriftzeichen sprechen. Aus diesem Revisionsbericht nun ergibt sich, dass die untersuchten Münzen schwächer waren,

1) »Uff dem cystage nach dem palmtage wurdent dise nachgeschriben múnczen versůcht. Des ersten wurdent in das fúre gesetzt der swanhålser ze Rynow geschlagen VI$^1/_2$ ß zweyelingen daz ist eins halben guldin wert geltes 1 lb. VI ß fúr einen guldin die selben VI$^1/_2$ ß wagent in daz fúre I$^1/_2$ lot und ein halb quinsit und die wagent widerumb usser dem fúre ein lot silbers minus zweyer zweyelingen gewicht der selben phenningen. Item der lŏwenkŏpfen ze Louffenberg geschlagen ist ouch in daz fúre geseczt VI$^1/_2$ ß zweyelingen und die hant gewegen in daz fúre und wider darusz ze glicher wise als die swanhalser.

Item und also sint ouch die thůnger zweyelinge an der gewicht in daz fúre und wider darusz ze glicher wise funden als die vorgenanten zwo múnczen swanhålser und lŏwenkŏpfe, doch so seit man, daz ander zweyelinge die noch núwer und villichte swecher sint denne die versůchten thůnger zweyelingen daselbs ouch geschlagen werden. Item der zweyelingen Zúrich geschlagen sint ouch in daz fúr geseczt VI$^1/_2$ ß und hant gewegen in daz fúre I$^1/_2$ lot und ein halb quinsit ze glicher wise als die vordern drie múntzen, aber usser dem fúre hant si gewegen 1 lot vins silbers. Also ist ze wissende, daz die Zúricher zweyelingen an ye der mark vier und fúnf schilling kleiner phenningen besser usser dem fúre kommen sint, denne die vorgenanten drie múnczen.

So ist ouch ze wissende, daz die vorgeschriben drie múnczen swanhålser, lŏwenkŏpphe und thůnger an ie der mark XVIII ß kleiner phenningen swecher sint, denne unser und der von Friburg phenninge vŏllenklichen und gebůrt sich der selben swachern phenninge XXXII ß fúr 1 guldin.« (Staatsarchiv. Münzakten B. 3 Nr. 1.)

als im Vertrage vorgesehen. Bezeichnenderweise heisst es am Schluss des Schriftstücks: »So ist ouch ze wissende, daz die vorgeschriben drie múnczen swanhaelser (Rheinfelden) löwenköpfen (Laufenburg) und thůnger (Thiengen) an ie der mark XVIII β kleiner phenningen swecher sint, denne unser und der von Friburg phenninge vǒllenklichen und gebůrt sich der selben swachen phenninge XXXII β fur 1 guldin«. Dabei heisst es noch, dass man sage, in Thiengen würden Zweilinge geschlagen, »die noch núwer und villichte swecher sint denne die versuchten«. Es kann also gar keine Rede davon sein, dass die Kontrahenten den Ensisheimer Vertrag gleichmässig durchführten. Wohl aber darf dies von Basel gesagt werden.

Gerade dieser Umstand führte dazu, dass schon im Jahre 1402 sich Bestrebungen auf einen neuen Bund — der alte lief bis 1404 — auf neuer Grundlage geltend machten. Vertreter der Städte Basel, Freiburg und Colmar waren in diesem Jahre gen Neuenburg geritten, um hier ihre Meinungen über einen solchen Vertrag auszutauschen. Offenbar hatte es sich vorläufig um ganz unverbindliche Vorbesprechungen gehandelt. Es ist aber bezeichnend, dass Herzog Leopold, oder in seiner Vertretung der Landvogt, zu dieser Konferenz nicht herangezogen wurde. Das Basler Archiv besitzt die Kopie eines Schreibens der Stadt Basel an Freiburg, in welchem Basel noch besondere Wünsche für die Tagesordnung einer demnächst nach Neuenburg einzuberufenden zweiten Versammlung vorbringt [1]). So soll beraten werden, ob die Kosten der bisherigen Ausprägungen nicht verringert werden könnten, ob man das Schroten rationell gestalten könne, wie

1) »Und sint ouch wir sidmales ob der sach gesessen und úns von der ordenung wegen der muntzen etwas underrette, und unser meynung kurtz verzeichnot, der wir úch ein abgeschriffte in disem brieff sendent versloßen, uff die sachen wir úch ouch bittent ze gedenkent. Und ob der coste mǒge gemynret werden, wond úns der etwas ze swere dunket. Und ouch wie die phenning zů dem seyer gerecht gesrotten werdent, und uff waz zile die múntze anevange habe und wie man schulden betzalen sǒlle. Und wie denne ander múntzen gegen der núwen sǒllent genomen werden und wie daz silber besorget werde nút von dem lande ze komende. Und wie unser herschaft von Österrich ouch in die sache getzogen werde, wond úns allen daz nútz were, als úns bedunket. Und wie aber besorget werde, daz die múntze gehalten werde und ander stuk, die úch zu der sache bedunket notdurftig sin und nútze«. (Basler Staatsarchiv, Münzakten B. 1.)

hoch die neuen gegen die alten Pfennige gelten sollten, wie man den Silberbann regeln wolle, und wann man mit den neuen Pfennigen zu prägen beginnen solle. Auch spricht die Stadt den Wunsch aus, dass ihr Kontrahent, die Herrschaft von Oesterreich, in den Vertrag einbezogen werde, »wond úns allen daz nútz were, als úns bedunket«. Offenbar war Basel der Ansicht, dass die österreichischen Lande unter allen Umständen zu einem geregelten Münzwesen gebracht werden müssten, denn gerade diese Stadt war wirtschaftlich so eng mit der österreichischen Herrschaft verknüpft, dass sie alle Ursache hatte, deren Münzwesen vor gänzlichem Verfall zu schützen.

Diese Verhandlungen verdichteten sich schliesslich zu jenem Vertrage, der das oberrheinische Münzwesen während des ganzen 15. Jahrhunderts regeln sollte. Am 22. Februar 1403 kam die sog. Genossenschaft der Rappenmünze zustande. Ehe wir uns jedoch mit ihr befassen, werden wir uns noch kurz mit der Entwicklung des Wertverhältnisses zwischen Gulden und Pfund zu beschäftigen haben.

Für die Jahre 1377/78—1402/03 ergibt sich nach Massgabe unserer früheren Tabelle (S. 55) folgendes Bild:

Rechnungsjahr	Niedrigster	Höchster	Durchschnittspreis des Guldens in Schillingen	Durchschnittspreis des Guldens in Pfund
	Preis des Guldens in Schillingen			
1377/78	15,66	17,00	16,35	0,82
1378/79	15,69	17,25	16,00	0,80
1379/80	15,35	16,00	16,00	0,80
1380/81	15,55	16,00	16,00	0,80
1381/82	16,00	16,00	16,00	0,80
1382/83	16,00	16,00	16,00	0,80
1383/84	16,00	16,00	16,00	0,80
1384/85	17,54	19,00	19,07	0,95
1385/86	18,61	19,63	19,20	0,96
1386/87	19,00	27,00	22,16	1,11
1387/88	23,00	30	25,39	1,27
1388/89	— [1]	—	—	—
1389/90	21,33 [2]	23,00	22,06	1,13
1390/91	23,00	23,00	23,00	1,15
1391/92	25,00 [2]	25,00	25,00	1,25
1392/93	— [1]	—	—	—
1393/94	22,03	26,26	24,22	1,21
1394/95	— [1]	—	—	—
1395/96	24,50 [2]	24,50	24,50	1,22
1396/97	— [1]	—	—	—
1397/98	— [1]	—	—	—
1398/99	27,36	27,36	27,36	1,36
1399/1400	— [1]	—	—	—
1400/01	— [1]	—	—	—
1401/02	25,99 [2]	25,99	25,99	1,29
1402/03	— [1]	—	—	—

1) Keine Angaben vorhanden. 2) Nur eine Angabe.

In diesen Zahlen spiegeln sich die besprochenen Münzverhältnisse deutlich wider. Die Konvention von 1377 brachte zunächst die gewünschte Stabilität bis zum Jahre 1383/84. Von da ab setzt eine starke Münzverschlechterung ein, die in unserer Tabelle deutlich zum Ausdruck kommt. Der Vertrag von 1387 bringt zunächst wieder ein Herabsinken des Guldenwertes, dem aber bald ein rapides Steigen folgt, weil der Vertrag nicht eingehalten wird. Von 1399 ab geht wieder eine Wertherabminderung des Guldens vor sich.

Besonders bemerkenswert ist aber dieses: Niemals gelingt es, den Verkehrswert der Pfennige gegenüber dem Gulden der gesetzlichen Fixierung anzupassen. In der Schaffhauser Konvention wird bestimmt, dass 1 Gulden gleich 15 ß gelten soll; in Wirklichkeit müssen 16 bezahlt werden. Im Jahre 1387 legte man das Verhältnis von 1 : 20 fest; der Verkehr kümmert sich darum nicht, denn von vornherein werden 22—25 ß bezahlt. Der Vertrag von 1399 endlich bleibt diesen Dingen gegenüber völlig wirkungslos. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass inzwischen die rheinischen Gulden die »floreni« so gut wie verdrängt hatten, ihrerseits aber ebenfalls im Feingehalt gesunken waren, sodass in Wirklichkeit die Wertreduzierung der Basler Pfennige eine noch grössere ist, als sie in der Tabelle zum Ausdruck kommt. Wir werden uns damit noch zu befassen haben.

4. Die Gründung des Rappenmünzbundes.

Ueber die Gründung der Münzgenossenschaft im Jahre 1403 sind die verschiedensten Versionen verbreitet, die alle mehr oder weniger der historischen Unterlage entbehren. Damit in diese Frage endlich Klarheit gebracht werde, mag sie hier etwas näher erörtert werden. *Ochs* sagt im 3. Band seiner »Geschichte der Stadt und Landschaft Basel« Seite 21 folgendes: »Am 14. November darauf (1402) brach ein Auflauf wegen der Münze aus. Nähere Umstände darüber finde ich nicht, ausser dass der im vorigen Zeitraum angeführte Auszug über den Wucher der Juden ungefähr in diese Zeit gehöre« [1]). Diese kurze

1) Die betreffende von *Ochs* im Auszug wiedergegebene Stelle über den Wucher der Juden befindet sich im kleinen Weissbuch fol. 172 b. Sie stammt schwerlich aus dem Anfang des XV. Jahrh., eher aus den 30 er Jahren. Wie *J. J. Amiet* berichtet (Die franz. und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters, namentlich in der Schweiz — Jahrbuch für Schweizerische Geschichte Bd. 25 —), steht dieselbe Stelle auf

Mitteilung von *Ochs* erscheint später in immer erweiterter Form. *Cahn* (S. 48) z. B. führt aus: »Indessen traten Ereignisse ein, welche die unbedingte Notwendigkeit einer Neuregelung des Geldwesens dartaten. Am 14. November 1402 kam es in Basel zu einem Auflauf und ernsten Unruhen »wegen der Münze«; da die ärmeren Schichten der Bevölkerung die Ausbeutung, welcher

einem Blatte in der Sammlung der älteren Gesetze im Staatsarchiv zu Freiburg. Aus dem Papier und der Handschrift ergibt sich, dass das Blatt um die Mitte des 15. Jahrhunderts aus der Basler Kanzlei nach Freiburg gelangt ist. (Vgl. *J. J. Amiet*, »Aelteste Buchdrucker und Papierfabrikanten in Basel«, in der Beilage zu Nr. 152 der »Basler Nachrichten« von 1873). Ich vermute indessen, dass der geistige Urheber dieser Niederschrift nicht in Basel zu suchen ist; die Bezeichnung »Haller« (Heller) ist nämlich in Basel um jene Zeit absolut nicht üblich, wir finden sie in Verkaufs- und Kaufsurkunden gar nicht. Es wäre deshalb merkwürdig, wenn der Schreiber, sofern er in Basel gesucht wird, seinen Berechnungen fremdes Geld zugrunde gelegt hätte. M. E. ist der Eintrag ins kleine Weissbuch eine Abschrift; das Original ist vielleicht in Zürich oder Bern, wo die Bezeichnung Heller üblich war, entstanden. Ich bringe den Eintrag hier wörtlich zum Abdruck. »Alle die wernt christenlicheit und alle christenheit merkent hie, wie die bösen hellehunde die juden mit irme wucher uns cristen mentschen unser gůt so gar böselich abenement. Wer ein guldin under den bösen juden nympt und git davon alle wuchen II haller zů wůcher und dz zem jare eins gerechent dz machet solichen wůcher und heybt gelt, als dz hernach geschriben ståt. — Zů dem ersten, ein guldin houbt geltz bringet zu dem jare XI β V haller. Im andern jare II guldin, IV β VIII hllr. Im III jare III guldin 1 β. Im IIII jare IIII guldin XI β VI hllr. Im V jare VI guldin XV β VI hllr. Im VI jare X guldin V hllr. Im VII jare XIIII gl XX β V hllr. Im VIII jare XXII guldin II β VIII hllr. Im IX. jare XXXII guldin XVI β I hllr. Im X jare XL VIII guldin VII β III hllr. Im XI jare on ein LX guldin XXII β V hllr. Im XII jare CV gld. V β III hllr. Im XIII jare I½^{C} guldin XVIII β VI hllr. Im XIIII jare II^{C}XXX guldin XXI β III hllr. Im XV jahre III^{C}XLII guldin II β VI hllr. Im XVI jare V^{C}VI guldin XVIII β VI hllr. Im XVII jar VIII^{C}gld XXI β III hllr. Im XVIII jare XI^{C}XXXVII gld. XIIII β IIII hllr. Im XIX jare XVI^{C}LXXXV guld. VI β II hllr. Im XX jahre II^{M}IIII^{C}XVI gld. XIII β III hllr. Und ist ze wissen, dz die úberigen tormiss und haller nit gerechent sint, wz under vier tornissen sint. Iten X guldin under den bösen juden genommen, die uns cristen mentschen nacht und tage under steen czu verderben und die under zehen jarn gestanden und von yedem zů der wůchen II hllr ze wůchen geben und dz alle jar zů samen gerechent, bringet zů hauptgelt die X jar, XIX^{M}IX^{C}LXI guld. XVIII β III hllr. Item X guld. under den bösen juden genommen und die under XX jaren gestanden und von yedem guldin zů der wůchen II hllr. zů wůcher und dz alle jare eins zů sammen gerechent, bringet zů houptgelt die XX jare XLIX^{M}IX^{C}XXIII guld. II β VI hllr, darumbe darff nieman fragen, wo der cristen mentschen gelt oder ir barschaft hin komme, wann die bösen unseligen helle hunde versenden dz usser der lande mit iren uf setzigen listen etc.«

sie infolge des schwankenden Geldwertes ausgesetzt waren, nicht langer ertragen mochten. Der Rat versprach schleunige Abhilfe und setzte nun seinen ganzen Einfluss daran, eine neue Münzkonvention zustande zu bringen, die den Bedürfnissen der Bürger entsprach, und in der alle Fälle, welche zu Unklarheit und Streit führen konnten, vorgesehen waren. Diesen von der Not der Zeit gebieterisch geforderten Bemühungen verdankt die grosse Bundesakte vom 24. Februar 1403 ihre Entstehung«.

Für diese anschauliche Darstellung reichen m. E. die Quellen nicht aus, wenngleich ich zugebe, dass gewisse Anhaltspunkte für sie zu finden sind.

Unsere ganze Kenntnis von jenen Tumulten aus dem Jahre 1402 beruht auf 42 Leistungsurteilen, die am 2. Dezember 1402 in das Leistungsbuch (II Fol 40^b—42^b) eingetragen sind. Eine Durchsicht dieser Urteile zeigt, dass, wie schon *Heusler* andeutet, die Unruhen nicht eine Folge der Münzverschlechterungen waren, sondern dass die ganze Art der Regierungsweise Erbitterung hervorgerufen hatte [1]). Dazu kam, dass das im Jahre 1401 neu eingeführte, mit Strenge beigetriebene grosse Ungeld die Gemüter erregt hatte. Aber selbst hiervon ist in nur wenigen Urteilen die Rede; die meisten betreffen allgemeine oder allgemein politische Schimpfreden, Ungehorsam etc. Von den 42 Urteilen beziehen sich 15 u. a. auf spezielle Aeusserungen gegen das Ungeld [2]); nur 9 erwähnen Schimpfereien auf die Münze [3]). Alle Teilnehmer wurden streng bestraft, die meisten verbannt; am Schluss der Urteile findet sich sogar folgender Passus: »Räte und meister núwe und alte hand erkennet einhelliklichen by der vorgeschriben erkantnússe, so úber ygklichen vorgenanten geschechen ist von des uffsaczes und ungehorsamkeit wegen ze belibent. Und keinen keyser, kúnig, herczogen, fúrsten, noch herren, frowen noch man, geistlich noch weltlich, die fúr si bittende wurdent, si in unser statt ze lassende nit ze erende und ouch keinen burgermeister noch zunftmeister daz ze túnde gewalte ze gebende. Und söllent ouch

1) Vgl. auch *August Burckhardt*, Der Aufstandsversuch der Brüder Peter und Hans Bischoff aus dem Jahre 1482 nebst Mitteilungen über den Tumult von 1402. (Beiträge zur vaterländischen Geschichte Bd. 15, S. 403 ff.)

2) fol. 40b: Urteil 1, 3, 4 und [durchstrichen] 7; fol. 41: Urteil 6, 7, 9; fol. 41b Urteil 6, 9, 11, 12; fol. 42: Urteil 1, 3, 4; fol. 42b: Urteil 1.

3) fol. 40b: Urteil 4, 7; fol. 41a: Urteil 6, 7, 9; fol. 41b: Urteil 9, 11, 12; fol. 42a: Urteil 1.

si sich des gewaltes niemer angenemen, und wêre das dehein heimscher, er wer in den reten oder usserthalb gesessen, fúr si oder oder ir deheinen iemer gebette, sie harin ze lassent, der sol ein halb járe áne gnâde vor den crúczen leysten. Und disz vorgeschriben erkantnússe sol ie ein alter rât einem núwen râte in den eyde geben ze haltende und dawider nit ze tůnde in dehein wise«. Das ist doch etwas anderes als ein Versprechen, »schleunige Abhilfe« zu schaffen.

Es ergibt sich demnach, dass die ältere Literatur mit ihren Darlegungen über die Beziehungen zwischen Münze, Tumult und Aufstand entschieden zu weit geht. Der Vertrag von 1403 bedeutet, wie *Cahn* an anderer Stelle auch richtig hervorhebt, einfach eine Fortsetzung der seit 1377 eingeleiteten Bestrebungen, durch gemeinsame Regelung des Münzwesens dessen Gesundung herbeizuführen. Der 1399 abgeschlossene Vertrag lief 1404 ab; der Wunsch, ihn zu erneuern, lag vor allem für Basel nahe. Dass nun versucht wurde, das Vertragsgebiet zu erweitern, ist etwas zu natürliches, als dass man darin aussergewöhnliches sehen sollte; zumal an einer Ordnung des Münzwesens die andern Territorien ebenso interessiert waren wie Basel.

Am 24. Februar 1403 wurde der neue grosse Vertrag abgeschlossen. Kontrahenten waren Ritter Friedrich von Hattstatt, österreichischer Landvogt im Elsass, Sundgau und Breisgau; die Städte Basel, Freiburg i. Br., Colmar und Breisach. Der festgelegte Münzkreis umfasste ausser den Gebieten der vier Städte das Gebiet vom Eggenbach an zu beiden Ufern des Rheins herauf bis Rheinfelden, soweit eben des Ritters von Hattstatt Landvogtei reichte[1]). Der Vertrag sollte 6 Jahre laufen. Ueber den Münzfuss heisst es in der Urkunde[2]): »nemlichen ein phund phenningen der selben múntze fúr einen guldin zu schlachende. Des ersten so sôllen wir zů einer vinen margk silbers ein halbe margk kuppfers, das man nempt spise, und nit me setzen und tůn, das werdent anderhalb margk an des swere. Usser den selben anderhalb margken silbers und zůsatzes sôllent geschlagen und gemacht werden zweyer schillingen minder denn siben phund phenningen. Die selben siben phund phenning zweyer schillingen minder sôl-

1) Vgl. *Arnold Münch* a. a. O. Argovia IX. S. 367.

2) Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 218 (A). Gedr. Urkundenbuch V. S. 318. Vgl. Abschiede I. 461. Nr. 375.

lent ein vine margk silbers usser dem füre bringen. Der schrot sol sin uff vier lot der anderthalb margken silbers und zůsatzes ein phund drye schilling, des selben geltes söllent fünffthalb schilling und drissig sechs lot in das füre wegen. Die selben sechs lot söllent widerumbe usz dem füre wegen vier lot vins silbers«.

Was für uns zunächst das Wichtigste ist: Auf einen Gulden sollten wieder, wie 1387, 20 Schillinge geschlagen werden; Pfund und Gulden standen gleich. In der älteren Literatur wird wiederholt behauptet, dass hier zum erstenmal der rheinische Goldgulden bestimmend auf die Silberwährung eingewirkt habe. Das entspricht, wie wir gesehen haben, nicht den Tatsachen. Seit 1377 schon ist der Gulden für die Ausprägungen genau so massgebend gewesen, wie er es jetzt angeblich werden sollte. Ich glaube dies eingehend nachgewiesen zu haben, führe aber im Zusammenhang die entsprechenden Stellen aus den Urkunden hier nochmal an:

1377: »Item Basel, Brisach . . . . . . süllent slahen fünfzehen schillinge für ein guldin.«

1383: (Entwurf) »Item wir die vorgenanten herren . . . . . . söllent slahen ain phunt für ainen guldin.«

1387: »Daz wir die vorgenanten herren . . . . . slahen ein phund für einen guldin.«

1403: »nemlichen ein phund phennigen der selben müntze für einen guldin ze schlachende.«

Diesen gravierenden urkundlichen Ueberlieferungen gegenüber kann doch nicht gut von einer grundsätzlichen Aenderung im Jahre 1403 die Rede sein. Die älteren Autoren haben sich vermutlich durch eine andere Stelle der Urkunde irre führen lassen. Es heisst nämlich u. a.: »Sid nu das vorgeschriben gelte gestellet und geordenet ist, ein phund für einen guldin ze schlachende, darumbe sint wir überkomen, das ein ygklicher in dirre ordenunge und in den vorgeschriben kreissen begriffen gebunden sol sin umb guldinzinse silberzinse und ouch umb ander schulde ein phund zwen phenning des vorgeschriben nüwen geltes für einen gůten Rinschen guldin ze nemende von allen den und einem ygklichen, der oder die in der vorgeschriben ordenung dirre nüwen müntzen begriffen sint, dazů gehörent und die mit den iren gelopt hand ze haltende.« Diese Bestimmung ist in der Tat in den früheren Verträgen nicht enthalten; man hatte sich darauf beschränkt, ein bestimmtes Wertverhältnis zwischen Gulden und Pfund festzusetzen, ohne zu bestimmen,

dass in Gulden kontrahierte Zinsen auch in Silber bezahlt werden könnten. Grundsätzlich hat das aber mit der Tatsache, dass man auch früher schon den Gulden für die Silberwährung hatte bestimmend sein lassen, nichts zu tun; nur ging man jetzt, aus Gründen, die wir noch kennen lernen werden, in den Konsequenzen weiter. Uebrigens musste die Schuldsumme selbst, das »hŏptgůt«, auch jetzt noch nach der »prieffs sage, welerleye werschafft der wiset« eingelöst werden.

Im übrigen bedeutet die Ausprägung eine Verbesserung der Basler Münze gegen diejenige von 1399. Die Legierung war dieselbe, man schlug aber aus den anderthalb Mark (1 Mark Silber, $^1/_2$ Mark Kupfer) 1656 Pfennige; das Gewicht des einzelnen betrug demnach 0,212 gr, bei einem Feingehalt von 0,141 gr gleich $^{666,6}/_{1000}$. Gegen 1399 somit eine Aufbesserung um 21,5 %.

Die Mindestausprägung wurde kontingentiert, und zwar hatte Basel die Pflicht, in jedem Jahre aus 1400 Mark Silbers die vorgeschriebenen Pfennige zu schlagen. Die früheren Zweilinge werden von ihm jetzt nicht mehr geprägt. Eine Ausnahmestellung nimmt Freiburg ein. Es wird ihm zur Pflicht gemacht, jährlich aus 800 Mark feinen Silbers die vorgeschriebenen Pfennige zu schlagen. Bis zu 200 Pfund im ersten Jahre aber darf diese Stadt ferner sog. »r a p p e n p h e n n i n g e« ausprägen (vgl. S. 93 Anm. 2) »der einer fúr zwen der vorgeschriben phenningen gan sol und genomen werden«. Nach Ablauf des ersten Jahres dürfen aus dem Pflichtquantum von 800 Mark nicht mehr als 100 Pfund Rappenpfennige ausgeprägt werden. Wiederholt wird darauf hingewiesen, dass diese Rappen genau doppelt so viel gelten sollen wie die Pfennige; es mussten demnach aus $1^1/_2$ Mark 828 geprägt werden.

Im ganzen bringt die Urkunde grundsätzlich nicht viel Neues; zum grossen Teil ist sie dem Wortlaut der früheren Verträge nachgebildet. Die wörtliche Wiedergabe grösserer Partien erübrigt sich deshalb. Nur auf einiges sei hier verwiesen. Die neuen Pfennige sollten wieder eckig sein, während die nach Massgabe des 1399er Vertrages geschlagenen bekanntlich rund waren (sinnwell). Die sich hierdurch ergebenden Ersparnisse an Produktionskosten sollten den Pfennigen zugute kommen: »umb das der pfenning an im selber umb sovil besser gemacht werde als minder koste darúber gåt dene úber daz sinnwelle gelte tůt«. Eine interessante Kostenrechnung bringe ich unten zum Ausdruck [1]).

1) »So ist disz der koste, der über die anderthalb margken silbers

Die Wechsler werden auch hier wieder angewiesen, nicht mehr »denne ein phund der vorgeschriben núwen phenningen umb einen gûten Rinschen guldin« zu geben; mit 2 Pfennigen Gewinn, wie früher, dürfen sie die Gulden wieder verkaufen. Die Kontrollmassregeln sind wörtlich den früheren Verträgen entnommen; das Bemalen hat, wie nach dem Vertrag von 1399, hinter verschlossenen Türen zu geschehen.

Auch der Silberbann ist in alter Weise geregelt; hinzugekommen ist nur die Bestimmung, dass, »wer dehein silber oder gemúntzet gelt von diesem lande fúrt, das er by zweintzig milen obsich nidentsich nebentsich kouft håt«, nicht nur von jeder Mark einen Gulden Strafe bezahlen, sondern auch meineidig, rechtlos und ehrlos sein soll und weder zu einem Staatsamt, zu Gericht noch zu andern Ehrenstellen herangezogen werden darf.

Als Termin für die Ausgabe des neuen Geldes wurde der 24. April (St. Georgstag) bestimmt. Von jenen Pfennigen, die früher nach dem Satze 1 lb. 4 ß für 1 Gulden geschlagen waren, sollten dann bis zum »sant Gallen tage darnach« 1 lb. 6 ß für 1 Gulden oder für 1 lb. des vorgeschriebenen neuen Geldes gerechnet werden. Nach diesem Termin aber musste von den neuen Pfennigen je einer für einen alten bezahlt werden. Man griff hier wieder zu dem früheren Rezept: während einer Uebergangszeit sollte den Schuldnern Gelegenheit gegeben werden, unter günstigen Bedingungen ihren Verpflichtungen nachzukommen, oder die Zahlungsbedingungen zu modifizieren. Von dem neuen Geld brauchte in dieser Zeit für das alte nur so viel bezahlt zu werden, als dem Feingehalt des Silbers entsprach. Erst wenn

---

und zûsatzes gânde wirt, nutz das si ze phenningen bracht werdent. Des ersten fúr den abgang der anderhalb margken silbers und zûsatzes im ofen und das oschrot anderwerbe ze giessende und ze wergkende drye schillinge phenningen, von den anderhalb margken wisz ze machende und ze fúrgewichte dritthalben schilling, den múntzer gesellen von den anderhalb margken ze wergkende untz an daz målen vier schilling zweyer phenningen minder, von den anderhalb margken blattmann ze målende sechs phenninge, den múntzmeister fúr tigel saltz wienstein múntzisen stemphel leder kol unschlit und ander geschirre so darzû gehôrt zechen pfenning, umb ein halb marg kuppfers acht phenning, dem múntzmeister fúr sin sorge und erbeit sechs phenning und von den anderhalb margken silbers und zûsatzes ze schlegschatz vierzehen phenning«.

diese Gelegenheit versäumt wurde, musste für die in minderwertiger Münze kontrahierten Schulden der nominelle Betrag auch in neuen Pfennigen bezahlt werden [1]. Dass dieses Verfahren unter Umständen zu schwerer Schädigung der Schuldner führen konnte, blieb unberücksichtigt. Ich habe aber schon an anderer Stelle (S. 62 ff.) darauf hingewiesen, dass nach Lage der Sache kaum etwas anderes übrig blieb.

Sogar eine noch weitergehende Bestimmung enthält diese Urkunde. Selbst wenn in Kauf- oder Schuldverträgen die Rückzahlung oder Amortisation ausdrücklich in bestimmten Pfennigen vorgesehen ist, soll dies nur bis zu dem gesetzten Termin Gültigkeit haben. Von da ab aber ist jede Art von alten Pfennigen den neuen gleich zu rechnen [2]. Auch diese Massnahme ist verständlich. Sollte die neue Prägung als einheitliche Münze durchgeführt werden, so musste eben auch mit jenen so beliebten, das Geldwesen überaus kompliziert gestaltenden Rechnungseinheiten aufgeräumt werden. Diese Bestimmung zeigt wieder deutlich, dass trotz aller früheren, aus Anlass jeder neuen Münze erlassenen Ablösungsverordnungen die Geschäfte vielfach nach Massgabe des Wertes der früheren Pfennige fortgeführt wurden.

Der Vollständigkeit halber mag noch erwähnt werden, dass

1) »Dise vorgeschriben núwe múntze sol anvachen und uzgeben und ouch alles ander gelte gegen der selben núwen múntze gewirdiget werden uff sant Gerien tag nechste kúnftig nach datum diesz brieffs, und zwúschent dem selben sant Gerien tag und sant Gallen tage darnach schierost kúnftig sol iederman den andern bezalen mit dem alten gelte nemlichem den phenningen der (folgen die Münzstätten) ein phund vier schilling gegen einem guldin geschlagen hant, ein phund sechs schilling für einen guldin oder fúr ein phund des vorgeschriben núwen geltes geben, und wenne sant Gallen tag vorgenant verlouffen ist, wêre denne nit bezalt hât, der sol darnach mit der núwen múntze in einen núwen phenning fúr einen alten, den er schuldig ist, bezalen«.

2) »Ist ouch dehein kouff beschechen umb phenning, darinne ein widerkouffe oder ablosung stât oder berett ist, wil da yemand von dem andern ablôsen in dem vorgeschriben zile, das sol er ouch tůn mit den vorgenanten phenningen als vorbescheiden ist, doch nemlichen vier wuchen vorhin und e sich das vorgeschriben zile sant Gallen tag verlouffet. Wer die ablosung nit also tůt und lenger beitet, wie doch das vorgeschriben zil der ablosunge noch denne nit verlouffen ist, der sol gebunden sin, für ie einen alten einen núwen phenning ze gebende âne alle widerrede«.

in dieser Urkunde ein Gewaltbrief Herzog Leopolds vom 11. September 1401 an seinen Vogt Friedrich von Hattstatt, worin diesem die Regelung des Münzwesens nach eigenem Ermessen übertragen wird, wörtlich Aufnahme findet[1]). Dieser Brief war eben die Vollmacht, auf Grund welcher der Landvogt die Verhandlungen führte [2]).

5. Der Rappenmünzbund bis zum Vertrage vom 24. April 1425 [3]).

Es gibt keinen Zeitabschnitt seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, über den wir im Hinblick auf das Basler Münzwesen so

1) Ueber die Hinterlegung des Gewaltbriefes vergl. Basler Urkundenbuch V, S. 328. Gleichzeitige Abschrift: Staatsarchiv, Münzakten B 1. Nach dem Tode des Landvogts hat dessen Nachfolger, Heinrich von Ratersdorf, am 4. November 1404 gelobt, den Vertrag zu halten. Vgl. St.Urk. Nr. 830 (A). Gedr. Urkundenbuch V. S. 341.

2) Die in mehrfacher Hinsicht interessante Frage, woher der Rappenmünzbund seinen Namen hat, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden, wie ja überhaupt in der vorliegenden Arbeit darauf verzichtet wird, grössere münzbeschreibende Untersuchungen anzustellen. Der Vollständigkeit halber möge aber doch die wichtigste Literatur über die eifrig debattierte Herkunft des Wortes »Rappen« hier aufgeführt werden. Ich verweise besonders auf die instruktive Kontroverse zwischen *Cahn* und *Schröder* in der numismatischen Monatsschrift: Blätter für Münzfreunde. Im übrigen begnüge ich mich mit der Aufzählung der Titel: *J. Seitzmann*, Wegweiser auf dem Gebiete der deutschen Münzkunde. 1868, S. 551. — *Grimms* Wörterbuch, Bd. VIII, Sp. 16. — *Moritz Heyne*, Deutsches Wörterbuch Bd. III. Sp. 15. — *Friedrich Kluge*, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 6. Aufl. 1899, S. 309. — *Hermann Paul*, Deutsches Wörterbuch, S. 350. — *Julius Cahn*, Rappenmünzbund, S. 9 ff. — *Edward Schröder*, Studien zu deutschen Münznamen (Blätter für Münzfreunde 1903, Nr. 1). — *Julius Cahn*, Die Herkunft des Münznamens »Rappen«, mit einer Antwort *Schröders* (ebendaselbst 1903, Nr. 2).

3) Die weitere Geschichte der Basler Münzpolitik ist aufs innigste verknüpft mit der Geschichte des Rappenmünzbundes, der fast zwei Jahrhunderte hindurch für die Gestaltung der oberelsässischen Münzverhältnisse bestimmend gewesen ist. Die wechselreiche Geschichte dieses Bundes ist wiederholt literarisch behandelt worden. Eine systematische Untersuchung hat ihm, soweit ich sehe, zuerst *Heinrich Schreiber* in einer Beilage zu seiner »Geschichte der Stadt und Universität Freiburg« (1857—59) gewidmet. Eine kurze Uebersicht über seine Wirksamkeit gibt *Hanauer* in seinen wiederholt zitierten »Etudes économiques sur l'Alsace ancienne et moderne« (1876). Diese und andere Versuche hat neuerdings *Julius Cahn* in seinem Buche »Der Rappenmünzbund« (1901) auf Grund umfassender Studien überholt. Die *Cahn*sche Arbeit muss, obwohl sie in Einzelheiten korrigiert und erweitert werden kann, als abschliessende Darstellung des Rappenmünzbundes bezeichnet werden. Wenn ich mich in dieser Arbeit trotzdem entschliesse, den bisherigen Untersuchungen einen kurzen Ueberblick über die münzpolitische Tätigkeit des Rappenmünzbundes anzugliedern, so geschieht dies in der Hauptsache deshalb, weil ich nur so die Unterlagen für die mehr

wenig unterrichtet sind, wie über die Jahre 1403—1425. Das Basler Archiv versagt in dieser Beziehung vollständig. Nur einige unbedeutende Verhandlungsberichte und Briefe sind auf uns gekommen. Glücklicherweise bergen aber die Münzarchive in Freiburg und Colmar mehrere auf Basel bezügliche Schriftstücke, so dass wir wenigstens über die wichtigsten Massnahmen in dieser Zeit unterrichtet sind.

Eines tritt vor allem klar in die Erscheinung: Die Gründung des Rappenmünzbundes war ein kläglicher Misserfolg. Jene alte Kalamität des schwankenden Verhältnisses zwischen Gulden und Pfund machte sich auch jetzt wieder bemerkbar. Um dies zu verstehen, müssen wir einen kurzen Blick auf die Geschichte des rheinischen Guldens werfen.

Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen war am 8. Juni 1386 der Münzbund der vier rheinischen Kurfürsten zustande gekommen. In bezug auf die Goldausprägung bestimmte der massgebende Vertrag folgendes: Bei 23 Karat Feingehalt sollten 67 Gulden auf die Mark feinen Goldes gehen. Dieser Münzfuss wurde indessen nicht lange aufrecht erhalten, denn gegen Ende des 14. Jahrhunderts wurde der rheinische Gulden schon $22^1/_2$ karätig ausgebracht. Um nun wenigstens diesen Münzfuss festzuhalten, wurde auf Betreiben König Ruprechts, der schon als Pfalzgraf sich an dem Münzvertrag der rheinischen Kurfürsten beteiligt hatte und nach seiner Erhebung zum König auf der Reichsmünzstätte zu Frankfurt Gulden nach rheinischem Fusse schlagen liess, auf dem im Jahre 1402 in Mainz abgehaltenen Kurfürstentage beschlossen, die Goldgulden fernerhin einheitlich $22^1/_2$ karätig auszubringen. Im Basler Archiv befindet sich ein königliches Schreiben, das der Stadt diesen Beschluss mitteilt[1]).

Es darf bestimmt angenommen werden, dass dieses Ereignis die Kontrahenten des Rappenmünzbundes mit veranlasste, ihre Silbermünzen aufs neue in ein gesetzliches Verhältnis zum rheinischen Gulden zu bringen, denn allem Anschein nach war ja jetzt die

wirtschaftshistorischen und finanzpolitischen Folgerungen, denen die weiteren Abschnitte dieses Buches gewidmet sind, gewinnen kann. Ich beschränke mich dabei selbstverständlich auf das Notwendigste, und nur da, wo dies von meinen speziellen Gesichtspunkten aus nötig ist, und ich bisher nicht benutztes Material heranziehe, werde ich ausführlicher. Für alle ausserhalb des Rahmens meiner engeren Zwecke liegenden Untersuchungen verweise ich auf die *Cahn*sche Arbeit, die, soweit die deskriptive Numismatik in Frage kommt, als vorbildlich bezeichnet werden kann.

1) Staatsarchiv Münzakten Bd. I. Reg. Basler Urkundenbuch V. S. 317.

Stabilität seines Münzfusses für lange Zeit gesichert. Man beschloss deshalb, wie wir gesehen haben, das Pfund der neuen Pfennige so auszuprägen, dass es einem 22½karätigen rheinischen Gulden im Werte gleich stand. Anfangs schien auch alles nach Wunsch zu gehen, denn in den Jahren 1404 und 1405 wurden in Basel tatsächlich auch im Verkehr nur 20 β für den Gulden gegeben[1]. Im Jahre 1406 hingegen mussten schon wieder 21 β 8 ₰, und im Jahre 1407 sogar 22 β für den Gulden bezahlt werden. Dazu kam, dass die rheinischen Kurfürsten trotz aller Abmachungen mit ihrem Feingehalt weiter heruntergingen und zum Teil in kurzer Zeit auf 20 Karat anlangten. Wäre letzteres nicht der Fall gewesen, so hätten natürlich noch entsprechend mehr Basler Pfennige für den Gulden bezahlt werden müssen.

Aus diesem Wirrwarr wusste schliesslich der Rat von Basel keinen andern Ausweg, als den Münzgenossen zu empfehlen, die eigene Münzprägung völlig einzustellen. In einem Schreiben vom 3. Okt. 1406 an Freiburg macht Basel tatsächlich den Vorschlag, dass man an allen Enden in der eigenen Münze gänzlich aufhöre zu schlagen, und alles Geld, so man anderswo schlage, nach seinem Werte nehmen, und auch einen Jeden Gulden kaufen und verkaufen lasse, als er wolle; jedoch mit der Einschränkung, dass die vier Städte (Basel, Freiburg, Colmar und Breisach) für Zins und Schulden nicht mehr zu geben gebunden sein sollen, als 1 lb. 2 ₰ für einen Gulden, nach Weisung des Münzbriefes[2]. Dieser Antrag Basels wurde am 14. Okt. 1406 auf dem Münztage in Neuenberg angenommen, und der Bund stellte in allen seinen Münzstätten das Prägen ein.

Verschiedene Versuche in der nächsten Zeit, die Münzprägung auf anderer Basis wieder aufzunehmen, scheiterten. Erst nachdem im Jahre 1409 der neue kurrheinische Münzvertrag abge-

1) Die Jahresrechnungen weisen für diese Jahre keine direkten Angaben auf, wohl aber lässt sich das Verhältnis auf indirektem Wege ermitteln. Die Schlusssumme der Rechnungen ist nämlich in Pfund angegeben. Subtrahiert man von ihr die einzelnen auf Pfund und Schilling lautenden Posten, so stellt der Rest das Aequivalent für sämtliche Guldenzahlungen dar. Die Summe der letzteren ist deshalb in Beziehung zu setzen zu der Differenz zwischen Gesamtsumme und Summe der auf Pfund und Schilling lautenden Einzelposten.

2) Original des Schreibens im Freiburger Staatsarchiv. Vgl. *Schreiber*, Die Genossenschaft der Rappenmünze. Beilage zur Geschichte der Stadt Freiburg: Teil II. S. 274, Teil III. S. 361 ff.; *Hanauer* a. a. O. S. 405 ff.; *Schönberg* a. a. O. S. 118 ff.; *Cahn* a. a. O. S. 61 ff.

schlossen war, demzufolge die Gulden wieder 22karätig ausgeprägt werden sollten, nahmen die Münzstätten ihre Tätigkeit wieder auf, und zwar zunächst nach dem im Jahre 1403 beschlossenen Münzfusse. Es darf aber angenommen werden — obwohl bestimmtes darüber nicht nachzuweisen ist — dass die Prägung neuer Münzen sich in bescheidenen Grenzen hielt und schliesslich — wenigstens in Basel — um 1420 herum zeitweilig wieder völlig eingestellt wurde. Fest steht auch, dass vom Bund um diese Zeit die Pfennige wieder geringer ausgeprägt wurden. Wir kommen darauf an anderer Stelle zurück.

Eine regere Tätigkeit entfaltete die Genossenschaft hingegen in bezug auf die Kontrolle und Tarifierung der fremden Münzen. Ueber eine im Jahre 1408 vorgenommene Untersuchung der Goldgulden sagt ein Bericht:

»Wir hant ûfgesatte die Trierschen guldin und haltent zwenczig grate, noch dem zyment. Also wie es gerechet hant, und ist vierdehalb grate abegangen.

Item die Cölschen güldin haltent ein halben und zwenczig grate, do ist drú grat abegangen.

Item die Menczer güldin haltent zwenczig grate one ein halben, do ist vier grat abegangen.

Item die guldin mit den vier schilten, die man slůg vor den fúnf joren, do haltent die Menczer ein und zwenczig grate, do got dritehalb grat abe.

Item die Cölschen gúldin haltent anderhalb und zwenczig grate, do ist zwo grat abegangen.

Item die Trierschen gúldin haltent ein halb und zwenczig grate, do ist drie grat abegangen.

Item so sint dis die nuwen Trierschen gúldin die man bi zweien manoten geslagen hat, die haltent zwenczig grate one ein halben grat, do ist vier grat abegangen« [1]).

Auch Prüfungen von fremdem Silbergeld sind in dieser Zeit wiederholt vorgekommen, desgleichen stellte der Bund des öfteren Tarife für den Wechsel der fremden Münzen auf.

Zu einem neuen Vertrage, der den veränderten Ansprüchen an das Münzwesen gerecht wurde, kam es endlich im Jahre 1425. Am 24. April beschliessen Hans Erhardt Bock von Staufenberg, Landvogt der Catharina von Burgund, und die Städte Basel, Freiburg, Colmar und Breisach auf die Dauer von vorläufig 6 Jahren einen

---

1) Basler Staatsarchiv. Münzakten B. 1.

Münzvertrag[1]). Bemerkenswert an der hier erfolgten Regelung des Geldwesens ist vor allem die Tatsache, dass man nunmehr zur Prägung grösserer Münzen überging. Es sollten künftig geschlagen werden Groschen, Blapharte, Rappen und Stebler. Die beiden letzten Sorten hatte man ja auch früher schon geprägt. Ueber ihr jetziges Schrot und Korn bestimmt die Vertragsurkunde folgendes: »So denne in dem cleinen gelte sôllen wir zû einer vinen marck silbers ein marck kuppfers ze spise und nit me zûsetzen und tûn, das werdent zwey marcke an der swêre umbe das, daz clein gelte dester stercker werde. Uszer denselben zwein marcken silbers und zûsaczes sòllent geslagen und gemacht werden acht pfund cleiner pfennigen oder viere pfunt zweilinger.« Das Schrot der Stebler betrug demnach 0,250 gr, dasjenige der Zweilinge (Rappen) 0,489 gr; an Korn hatten die ersteren 0,125 gr, die letzteren 0,250 gr. Die Legierung betrug mithin $^{500}/_{1000}$. Gegen den Pfennig von 1403 bedeutete diese Prägung einen Rückgang des Feingehalts um 11,4%, hingegen eine Zunahme des Gewichts um 16,5%. Die Pfennige wurden demnach mit erheblich grösserem Schrot herausgebracht.

In Bezug auf die Blapharte sagt die Urkunde: »Nemlichen so sollent wir nêmen ze fúnfftzehen lot vines sylbers ein lot kuppfers, das man nêmpt spise, das wirt zesamen ein margk an der swêre. Usz derselben margk vins silbers und zûsatzes sollent geslagen und gemacht werden hundert viertzig und fúnff plaphart. Der Blaphart wog demnach 1,620 gr und hatte 1,520 gr feines Silber; das Korn betrug somit $^{937}/_{1000}$.

Für den Groschen endlich sieht die Urkunde ein Schrot von 3,238 gr und ein Korn von 3,036 gr vor = $^{937}/_{1000}$. Auf diese Münze näher einzugehen ist indessen nicht nötig, weil sie in Wirklichkeit nicht ausgeprägt wurde (*Cahn*, S. 69).

Zahlenmässig ergibt sich somit:

Ein Groschen = 2 Blapharte = 12 Rappen = 24 Stebler.
Ein Blaphart = 6 Rappen = 12 Stebler
Ein Rappen = 2 Stebler.

Im übrigen wird auch hier ein gesetzliches Verhältnis zum Gulden festgelegt. Für 1 Gulden sollen nicht mehr als 10 Groschen

1) Original Staatsarchiv St.Urk. Nr. 1024. Gleichzeitige Abschrift im Gr.W.B. fol. 197v. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 201. Vgl Argovia a. a. O. S. 300, *Schreiber* a. a. O. S. 362, *Kosmann* a. a. O. S. 471, 477. *Cahn* a. a. O. S. 50 ff.

oder 20 Blapharte oder 10 β Rappen oder 1 lb. Stebler gegeben werden. Auch der Preis des Silbers wird vertraglich festgelegt. »Des vorbenempten cleinen geltz sol siben pfunt vier schilling zwen pfennig oder siben Rinsche guldin vier blaphart und zwen pfennig, der golt haben will, und desglichen der zweilinger vierdhalb pfûnt drithalb schilling oder siben guldin und ein ort, der golt haben wil, umbe ein vine marcke silbers geben werden.«

Von besonderem Interesse sind die Bestimmungen über das Verhältnis von alten und neuen Pfennigen[1]). Es heisst nämlich, dass während einer Uebergangszeit für ein Pfund neuer Pfennige 1 lb. 3 β der alten Pfennige gegeben werden soll. Diese Bestimmung ist auffällig, weil der neue Pfennig gegen denjenigen von 1403 ja eine Verringerung des Feingehalts aufwies. Es bleibt deshalb nur die Vermutung, dass die dem Bunde angeschlossenen Städte inzwischen wieder schlechtere Pfennige ausgegeben hatten.

1) »Dise vorgeschriben núwe múntze soll man anevahen ze slahende ze stunt nach dem sonnentage jubilate drye wuchen nach ostern nechst kommende nach datum dis brieffs und usgeben werden uff sant Johanns tag ze súngichten darnach nechste und ouch alles ander gelte und frômde múncze alsdenne ze sant Johanns tag gegen derselben núwen múncze, als das gewirdiget ist, und nit hôher genomen werden, und zwúschent demselben sante Johanns tage und sant Michels tag ze herbst darnach schierest kúnfftig sol yedermann den andern bezalen mit dem alten gelte, nemlichen der pfennigen, die únser herschafft von Österrich, wir die von Basel, Friburg, Colmer und Brisach nehste vor dirre múncze ein pfunt fúr einen guldin geslagen hand, ein pfund und zwen schillinge fúr einen guldin oder fúr ein pfund des vorgeschriben núwen geltes geben, desglichen in meczgrossen blapharten oder liehtstôcken ouch ein pfunt zwen schillinge in sôlicher massen fúr ein pfund nuwes geltes oder einen guldin geben. Und wenn sant Michels tag vorgenant verlouffen ist, wer denne nit bezalt hatt, der soll denne mit der núwen múncze ye einen núwen pfennigen fúr einen alten pfennige, den er schuldig ist, bezalen. Ist ouch dehein kouffe beschehen umbe pfennige, darinne ein widerkouff oder ablosunge statt oder beret ist, wil da yemand von dem andern ablôsen in dem vorgeschribnen zyle, das sol er ouch tûn mit den vorgenanten pfennigen, als vor bescheiden ist, doch nemlichen vier wûchen vorhin und ee sich das vorgeschriben zyle sant Michels tag verlöffet. Wer die ablosunge also nit tût und lenger beitett, wie doch das vorgeschriben zyle der ablosunge noch denne nút verlouffen ist, der sol gebnden sin, für ye einen alten einen núwen pfennige ze gebende onne alle widerrede«.

Dies ist um so wahrscheinlicher, als die politischen Wirren jener Zeit (Konzil zu Konstanz) eine allgemeine Erschütterung des Wirtschaftslebens, auch im Gebiete unseres Bundes, gezeitigt hatten. Jedenfalls darf angenommen werden, dass Basel etwa von 1417 ab zu leichteren Ausprägungen überging. Bestimmte Zahlen über den jetzt gewählten Münzfuss sind nicht vorhanden, wohl aber kann aus dem beim Eintausch der alten Münzen im Jahre 1425 gewählten Massstab (1 M. = 1 lb. 2 β) gefolgert werden, dass man damals mit ca. 10% weniger Feingehalt prägte als im Jahre 1425. Jene seit 1417 geschlagenen Pfennige mögen demnach 0,112 gr Fein gehabt haben.

Im übrigen schliessen sich die Umtauschbestimmungen eng an die früheren Verträge an. Vor allem wird auch hier wieder verordnet, dass in Bezug auf Gültablösungen nach Ablauf der Uebergangszeit die neuen Pfennige den alten gleich stehen sollen. Auch die Bestimmungen über Falschmünzerei, Kontrolle etc. sind den früher gegebenen nachgebildet. Die in der Urkunde enthaltene Kostenrechnung gebe ich unten wieder[1]).

1) »Und also ist dis der koste, der úber die margk silbers und zůsaczes, darus die vorgeschriben b l a p h a r t geslagen werden sőllent, gande wirt, uncz dieselbe margk ze blapharten wirt bracht, des ersten fur den abgang ime ofen zween blaphart, item von der margk wisz ze machende ze fúr gewichte ze werckende und ze malende drithalben blaphart, dem múnczmeister fúr tigel salcz winstein múnczisen stempfel leder kol unslit und ander geschirre, so darczů gehőret, anderhalben blaphart, so denne aber dem múnczmeister fúr sin sorge und arbeit nún pfennige und drú őrter eins pfennigs. Der koste, so úber die blaphart also gande wirt, tůt zesammen sechs blaphart nún pfennige und drú őrter eins pfenniges. Desglichen ist der koste úber di margk, darusz groszen gemacht werdent, eins schillings mynder den úber die blaphart, das wirt fúnff schilling nún pfennige und drú őrter eins pfennigs. So ist der slegschacz von der marck blapharten zwen blaphart und drye pfennige und der slegschatze von der marck grossen drye plaphart und drie pfennige.« . . . »So ist dis der koste, der uff das clein gelt die zwo marck silbers und zůsatzes gande wirt, untz das darus clein pfennige gemacht werdent, des ersten fúr den abgancke der zweier marcken silbers und zůsaczes ime ofen das abschrőte anderwerbe zů giessende und zů werckende drie schilling vier pfennig, von den zwein marcken wisz zů machende und ze fúr gewichte funffthalbe schillinge, den múnczer gesellen von den zwein marcken zů werckende uncz an das malen fúnff schilling, von den zwein marcken blatman ze malende vier pfennig, dem múnczmeister fúr tigel salcz winstein múncz-

Die Basler Münze muss nach Abschluss dieses Vertrages sofort erhebliche Ausprägungen vorgenommen haben. Hierauf deuten die grossen Silbereinkäufe in diesem Jahre (vgl. Abschnitt IV).

Von besonderem Interesse für die Beurteilung des Geldmarktes in jener Zeit ist die Jahresrechnung von 1424/25. Sie ist von Bedeutung sowohl für Untersuchungen über die Vergleichbarkeit mittelalterlicher Zahlensummen, wie für jene Schwierigkeiten, die sich **exakten Feingehaltsberechnungen** entgegenstellen. Ich gebe diese Rechnung (Einnahmen) zunächst ohne Kommentar. Im Laufe der Untersuchung werden wir aber wiederholt auf sie zůrückgreifen müssen[1]).

Jarrechnunge anno vicesimo quinto.

Under her Burckart ze Rine, ritter Hannsen, Schőnkint, Mathis Slosser, Lienhart zem Blůmen, Heinrichen Kuphernagel und Herman Offemburg ist dis jares empfangen und wider uszgeben das so harnach geschriben statt etc.

Empfangen vom winungelt III^{M}VIII^{C} LXXXXVI lb. XIII β. — vom múliungelt V^{M}VIII^{C}LXVII lb. — vom stettvichzol CLXXXXVII lb. — von des bischofsvichzoll XLI lb. XIII β I δ. — vom pfe̊ritzoll XL lb. XVII β V δ. — vom vischzoll XXXII lb. II β II δ. — von den thoren IIII^{C}XXXVII lb. VI β II δ. — vom Núwenweg LXXXXVII lb. IX VII δ. — vom vare CXXXIII lb. VI β.

Summa major X^{M}VII^{C}XLIII lb. VII β V δ antiquorum.

Vom stettzoll ime kouffhusz IIII^{C}LXXII lb. VIII δ antiquorum et II^{C} lb. novorum. — vom phundzoll daselbs VI^{C}LXVII lb. XIII β VIII δ antiquorum et LXXXXIX lb. novorum. — vom stock genant huszgelt $1^{1}/_{2}$^{C}VIII lb. XII$^{1}/_{2}$ β antiquorum et XV$^{1}/_{2}$ lb. novorum. — von des schultheiszen stock hie disent LIX lb. IX β antiquorum et VIII lb. novorum. — von des gerichtes búhssen ennent Rins LXXVI lb. antiquo-

---

isen stempfel leder koln unslit und ander geschire, so dartzů gehőret, einen schilling und umbe ein marck kuppfers acht pfennig, dem múntzmeister fúr sin sorge und arbeit einen schilling. Der kost, so úber das clein gelt gande wirt, als vor stat, tut zůsamen sehszehen schilling mynder zweier pfennigen, aber der kost, der úber ein marck zweiylinger gande wirt, sol sin zwentzig und zweier pfennige mynder, dann úber das clein gelt, das tůt viertzehen schilling pfennig und nút me, und ist von dem cleinen gelte dhein slegschatze ze ne̊mende geordenet, aber von der marcke zweilinger sol ein schilling zů slegschatze genomen werden.«

1) Der Raumersparnis halber reihe ich die einzelnen Posten aneinander. Das äussere Bild der Rechnung gleicht den auf Seite 44 bis 54 gegebenen Auszügen.

rum et VI lb. novorum. — vom saltzhus hie zer statt VII^{C}LXIX lb. VIII β antiquorum et IIII^{C}XLII lb. novorum. — vom salczhus ze Liestal XLV lb. IIII β antiquorum. — von der laden VI$^{1}/_{2}$^{C}I lb. XVII β minus II δ antiquorum et XII lb. XI β novorum. — von den brottkarren XXII lb. XII β antiquorum et IX lb. XII β novorum. — vom korn so von der statt gangen ist, C lb. VII β antiquorum. — von der wage im kouffhus XX lb. XVII β V δ antiquorum. — vom zolle den meister Lúdi samnet XII lb. XII β VIII δ antiquorum.

Summa III^{M}LVI lb. XIII β IX δ antiquorum et VII^{C}LXXXXII lb. XIII β novorum.

Summa prescriptorum XIII^{M}VIII^{C} lb. antiquorum et VII^{C}LXXXXII lb. XIII β novorum.

Empfangen vom stock im saltzhus, darin der fúrgonde zolle geleit wirt, VI lb. XIII β novorum et IIII lb. antiquorum. — Empfangen von der wisen flôssen VII lb. novorum et IX lb. antiquorum. — Emphangen von des brottmeister amptes nútzen XXIIII lb. antiquorum. — Emphangen von den zinsen der fleischalen und hoffstetten, die Pfrůnder der zinsmeister samnet, CXXII lb IX$^{1}/_{2}$ β antiquorum. — Empfangen von den zinsen ze mynren Basel und ze Húningen, die der schriber daselbs samnet, XL lb. III β novorum mit den V viernzaln, die Růdolff zem Luft der vergangenen jares schuldig gewesen ist, die ouch harin gerechenet sint, und IIII lb. antiquorum, so in dem vergangenen jare gebrastent. — Empfangen vom zolle ze Kemps XXVIII lb. novorum et XLV$^{1}/_{2}$ lb. antiquorum. — Emphangen vom vare an der Rine brugk V lb XVI β antiquorum. — Emphangen III lb. VIII β umb IIII^{C} pfil von Thúringen von Halwiler antiquorum. — Emphangen von Balthezar Roten X guldin an sin schuld, so er den rêten schuldig ist von der Hussen geltz wegen, fecerunt XI lb. antiquorum.

Summa II^{C}XXVII lb. III$^{1}/_{2}$ β antiquorum et LXXXI lb. XVI β novorum.

Emphangen von Dietrich Súrlin an der Hussen gelt, so er den reten schuldig ist, X guldin, fecerunt XI lb. II$^{1}/_{2}$ β antiquorum. — Emphangen von den von Telsperg XXXVI guldin fúr VI margk silbers von irs burgrechten wegen de anno XXIII° et XXIIII°, fecerunt XXXVIII lb. XII β. — Emphangen von Friderich Fröweler VIII$^{1}/_{2}$ guldin, fecerunt IX lb. VII β antiquorum. — Empfangen II lb., die usser brott gelôset wurden als das gebachen wart. — Empfangen vom saltzmeister C guldin an die II^{C}, guldin die ime in der jarrechnunge verlúffen wurden, saltz ze kouffende, fecerunt CX lb. antiquorum. — Empfangen von Burckart Ziegler ennet Rins XXVIII$^{1}/_{2}$ guldin von dryer pherden wegen, so ime ze kouffende geben sint, úber die V$^{1}/_{2}$ guldin, so davon gangen sint Eberhart Ziegler, fecerunt XXXI lb. VII δ antiquorum. — Empfangen von her Lienhart Broglin X guldin, die er von sins houptgůt wegen schuldig bleip, fecerunt X lb. X δ antiquorum. — Empfangen von Altembach

III^M C lb., die uns an den XII^M guldin úberbliben sint, die wir ze Mentze ufgenommen hatten, antiquorum. — Empfangen XVIII guldin von Clewin Swertfegers pfertz wegen, fecerunt XIX lb. XVII ß antiquorum. — Empfangen von den von Telsperg XVII lb. umbe II^M, pfil so si umb die rête kouft hand, antiquorum.

Summa III^M III^C XLIX lb. XV½ ß antiquorum.

Empfangen XXX ß von her Hanns Richen umbe XVI thúnn tylen, so im der bumeister ze kouffende gab, antiquorum. — Emphangen von her Arnolt von Rapperg XV½ lb. XX ₰ umb einen zentener minus VII lb. salpeters, antiquorum. — Emphangen von demselben her Arnolten IV½ lb. umb V^C pfile antiquorum. — Empfangen von meister und rate ze Straszburg VII^C XXXIII guldin von der XV gleven wegen, da her Cůnrat von Eptingen houptman was, schuldig wurdent, fecerunt VIII^C XXI lb. V ß antiquorum. — Emphangen von Hannsen von Flahslanden VI ß VIII ₰ antiquorum umb zween ledersegk. — Empfangen von den von Vilingen V lb. um M pfil antiquorum. — Empfangen von den nasen, so usser der Ergenczen komen sint, XV lb. VI ₰ antiquorum. — Emphangen von Peter Scherer Hanns Juden gesellen II lb. XIV½ ß fúr den acz, antiquorum. — Emphangen vom bichtgelt V lb. XII½ ß antiquorum. — Emphangen von dem von Selplisperg, der ze Waldemburg verbrant wart, XXX lb. minus VI ß antiquorum. — Empfangen von brott, das Swertfeger verkouft hatt, IIII lb. IIII ß antiquorum. — Empfangen vom saltzmeister V^C lb., úber das er insunders uszgeben hatt, enpfiengen die siben uf dem richthusz tertia post corporis Christi, antiquorum.

Summa XIIII^C V lb. VIII ß X ₰.

Empfangen von brott und saltz, das gen sant Vrsicien kam, VI lb. VIII ß, antiquorum. — Emphangen XXXIII lb. umb koste die den zúnften geschicket was in die reyse, als Vlrich von Buhs das wider in samnet. — Empfangen von Hennman Zschan dem mecziger von Truttemans burgrechten wegen VI lb. novorum. — Empfangen von Zeller und Wildenwin CLXXI margk in rappen und cleinem gelt, hand getan in cleinem gelt VI^C LXX, lb. yegkliche marg fúr IIII lb. gerechenet, novorum. — Emphangen von Ospernellen XLIX guldin, die ime úberbliben sint an den VII^C XXXIII guldin, die im geben wurden uf silber ze kouffende, novorum. — Empfangen von Heinrich von Biel LXX guldin an die II^C guldin, so er den reten schuldig ist, novorum. — Emphangen von Altembachs erben an die schulde, so er den reten schuldig ist, CXVIII margk by der wage in cleinem núwem gelt, hand getan IIII^C LXVII lb. novorum.

Summa XII^C LXXXXV lb. novorum et VI lb. VIII ß antiquorum.

Summa empfangen von gemeiner stette nútzen dis jares XX^M IX^C LVIII

lb. IIII ß X δ in altem und núwem gelt, als daz undereinander gerechenet ist.

Ufgenommen umbe zins:

Empfangen von Heintzeman Gôpfrid von Bern CLXXX guldin, darumbe ime und sinem wip ze kouffende geben sint XV guldin lipgedinges, fecerunt CLXXXXVIII lb. — Empfangen von her Lienhart Broglin II C X guldin, darumbe ime und siner mûter ze kouffende geben sint XX guldin lipgedinges, fecerunt II C XXXI lb. — Empfangen von Vͦlman Im Hoffe und sinem wip XL guldin, darumbe inen ze kouffende geben sint IIII guldin geltes lipgedinges, fecerunt XLIIII lb. — Empfangen von Heintzeman Glanczen dem spengler II C LXXX guldin, darumb ime und sinem wip ze kouffende geben sint XXVIII guldin geltes lipgedinges, fecerunt III C VIII lb. — Empfangen von der Sybentalin II C XX guldin, darumbe ir und Hansen Streiffen irem ôhem ze kouffende geben sint XX guldin lipgedinges, fecerunt II C XLII lb. — Empfangen von Heinrich von Zúrich und sinem wip IIII C guldin, darumbe inen ze kouffende geben sint XL guldin lipgedinges, fecerunt IIII C XL lb. — Empfangen vom spittal V C guldin, darumb im ze kouffende geben sint XXV guldin geltes widerkôiffig, fecerunt V ½ C lb. — Empfangen von Kathrinen zem Luft V C guldin, darumbe ir ze kouffende geben sint XXV guldin widerkôffig, fecerunt V ½ C lb. — Empfangen von Conrat von Vͦtingen VI C [1]), darumbe ime ze kouffende geben sint XXX guldin geltes widerkôffig, fecerunt VI C LX lb. — Empfangen von Lienhart Grieben III C guldin, darumbe im ze kouffende geben sint XV guldin widerkôiffig, fecerunt III C XXX lb.

Summa III M V C LIII lb. antiquorum.

Empfangen von Thoman Honwart von Núwenburg XIIII C guldin, darumb ime ze kouffende geben sint LXX guldin geltes widerkôiffig, fecerunt XV C XL [1]). — Empfangen von Kathrinen Krôsin VI C XL guldin, darumbe ir ze kouffende geben sint XXXII guldin geltes widerkôiffig, fecerunt VII C IIII lb. — Empfangen von Zschoppen dem meczziger CXX guldin, darumb ime und sinem wip ze kouffende geben sint XII guldin geltes lipgedinges, fecerunt CXXXII lb. — Empfangen von Hansen Langnesen C guldin, darumbe ime ze kouffende geben sint X guldin lipgedinges, fecerunt CX lb. — Ennpfangen von Vͦlman Vicztùms seligen wip IIII C X guldin, darumbe ir ze kouffende geben sint XLII guldin lipgedinges, fecerunt IIII C L lb. II ß. — Ennpfangen von dem jungen Krangwerch III ½ C guldin, darumb ime ze kouffende geben sint XVII ½ guldin geltes widerkôiffig, fecerunt III ½ C XXXV lb. — Empfangen von Huglin Wilperg von Luczern XVII C guldin, darumb ime ze kouffende geben sint LXXXV guldin geltes widerkôiffig, fecerunt

1) Die Bezeichnung lb. fehlt.

XVIIᶜLXX lb. — Empfangen von Gred Annen zer Sunen IXᶜ guldin, darumbe ir ze kouffende geben sint XLV guldin widerkŏiffig, fecerunt IXᶜLXXXX lb. — Empfangen von her Peter Mŏrlin I½ᶜ guldin, darumben ime ze kouffende geben sint VII½ guldin geltes widerkŏiffig fecerunt CLXII½ lb. — Empfangen von Jacob Swartzen von Straszburg M guldin, darumbe im ze kouffende geben sint L guldin geltes widerkŏiffig, fecerunt XIᶜXXV lb. — Empfangen von Otteman zem Houpt I½ᶜ guldin, darumbe ime ze kouffende geben sint XVI guldin geltes lipgedinges, fecerunt CLXXII½ lb.

Summa VIIᴹVᶜXLI lb. II β.

Empfangen von meister Heinrich Annenstetter Vᶜ guldin, darumbe ime ze kouffende geben sint XXV guldin geltes widerkŏiffig, fecerunt VᶜLXII½ lb. — Empfangen von Rŭdolff Summer IIIIᶜ guldin, darumbe ime ze kouffende geben sint XX guldin geltes widerkŏiffig, fecerunt IV½ᶜ lb. — Empfangen von Burckart Zybollen M guldin, darumbe ime ze kouffende geben sint L guldin geltes widerkŏiffig, fecerunt XIᶜXXV lb. — Empfangen von den von Underlinden IXᶜXXX guldin, darumbe inen ze kouffende geben sint XLVI½ guldin geltes, fecerunt MXLVI lb. XV β. — Empfangen von Rŭdolffen von Biningen IIIᶜXL guldin, darumb ime ze kouffende geben sint XVII guldin geltes widerkŏiffig, novorum. — Empfangen von Hanns Schillings wip IIIᶜXX guldin, darumb ir ze kouffende geben sint XVI guldin geltes widerkŏiffig, novorum. — Empfangen von Hansen von Ougst IIᶜ guldin, darumb ime und sinem wip ze kouffende geben sint XX guldin geltes lipgedinges, novorum.

Summa IIIᴹCLXXXIIII lb. V β antiquorum et VIIIᶜLX lb. novorum.

Liestal.

Empfangen von der stúre ze Liestal LIIII lb. XVII β und statt us an den, so hynnan gesessen sint, V lb. III β antiquorum. — Empfangen vom alten zolle, der dem spittal halber zŭgehŏret, LII lb. II½ β antiquorum. — Empfangen vom geleit und halbem vichzol LXXIII lb. IIII β antiquorum et XXXII lb. VI β novorum. — Empfangen von Winwegen und Hodelern LXXXXIX lb. III β antiquorum et XII lb. novorum. — Empfangen vom múliungelt XXXIII lb. VIII β antiquorum. — Empfangen vom winungelt XXX lb. XII β IIII δ antiquorum.

Summa IIIᶜXLIII lb. VI β IIII δ antiquorum et XLIIII lb. VI β novorum.

Olten.

Empfangen IIII lb. IIII β umbe VII viernzal brugg habern pro duobus annis scilicet XXIIIº et XXIIIIº pro festo Martini, antiquorum. — Empfangen II lb. XVI½ β von drin schoppossen, von yegklicher XXX β oberlentzscher werschaft, antiquorum. — Empfangen II½ lb. IIII β fúr zwey swin pro festo Martini anno XXIIIIº. — Empfangen I lb. V β IIII von der vischentzen pro festo Martini anno XXIIIIº. — Em-

pfangen VI lb. XII β für XII mütt mülikernnen pro festo Martini anno etc. CCCC° XXIIII°, antiquorum. — Empfangen XI lb. umb I phert, Waz Hanns Otten unsers soldeners, — Empfangen von den schalzinsen II lb antiquorum. — Empfangen VIII lb. VI β von den nasen, antiquorum. — Empfangen vom zolle XXXVIII½ lb. novorum et CXLII lb. antiquorum.

Summa CLXXX lb. XIIII β II δ antiquorum et XXXVIII½ lb. novorum.

Waldemburg.

Empfangen von korn und habern, so von Waldemburg kam und hynnan verkouft wart, CXXIII lb. XII β IX δ antiquorum. — Empfangen von der stúre ze Waldemburg CXXVI lb. IIII β antiquorum, — Empfangen vom zolle XXII lb. V β novorum et LXXXXVIII lb. XI β III δ antiquorum. — Empfangen vom winungelt XXXVIII lb. antiquorum. — Empfangen von bůssen und besserungen XI lb. antiquorum.

Summa III^C LXXXXVII lb. VIII β antiquorum et XXII lb. V β novorum.

Summarum empfangen von den ussern slossen IX^C XXI lb. VIII½ antiquorum et CV lb. I β novorum.

Summa totalis emphangen in altem und núwem gelt als das undereinander gerechenet ist XXXVII^M CXXIII lb. XVI δ.

6. Das städtische Münzwesen während des Konzils, nebst Mitteilungen zur Geschichte der Reichsmünzstätte in Basel.

Die dem Münzvertrage von 1425 folgenden Jahrzehnte sind durch die Abhaltung des Konzils und die Gründung der Reichsmünzstätte in Basel von besonderer Bedeutung geworden. Während aber das Konzil in der einschlägigen Literatur weitestgehende Berücksichtigung gefunden hat[1]), ist über die Basler Reichsmünzstätte bis auf den heutigen Tag eine auch nur annähernd befriedigende Darstellung nicht geschrieben worden. Zwar hat es an gelegentlichen Publikationen auf diesem Gebiete nicht gefehlt. Beachtung verdient unter ihnen aber nur die im Jahre 1835 erschienene dankenswerte Arbeit von *Joseph Albrecht*, die freilich in der Hauptsache auf eine Quellenedition hinausläuft und nur die beiden ersten Jahrzehnte umfasst[2]). Völlig an der

1) Eine umfassende Darstellung des Konzils hat *Rudolf Wackernagel* im ersten Bande seiner kürzlich erschienenen Geschichte der Stadt Basel gegeben. Der Herr Autor war so liebenswürdig, mir das Manuskript dieser Arbeit, die einen vorzüglichen Einblick auch in die wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen des Konzils gewährt, zur Verfügung zu stellen.

2) *Joseph Albrecht*, Mitteilungen zur Geschichte der Reichs-Munzstätten zu Frank.

Oberfläche haften die in Ermangelung besserer Unterlagen viel zitierten Arbeiten *Sattlers*[1]), die zwar in münzbeschreibender Beziehung manches Interessante bringen, im übrigen aber der wichtigsten Voraussetzungen historischer Forschung ermangeln. Auch die gelegentlichen Hinweise in grösseren münzgeschichtlichen Arbeiten anderer Autoren können nicht befriedigen, weil Basel hierbei in der Regel über die Maassen stiefmütterlich behandelt wird.

In den Rahmen der vorliegenden Untersuchung gehört die Geschichte der Reichsmünzstätte zu Basel nur insoweit hinein, als letztere in Beziehung zur städtischen Münze gestanden hat. Dass dennoch die so von vornherein gegebene Abgrenzung — obwohl sie im ganzen eingehalten werden soll — zuweilen überschritten wird, hat seinen Grund in eben dem angedeuteten Mangel an Vorarbeiten auf diesem Gebiete. Es erscheint mir wünschenswert, wenigstens das Wichtigste aus der Geschichte der Reichsmünzstätte in Basel, die während der 80 Jahre ihres Bestehens von unverkennbarem, wenn auch nicht immer unmittelbarem Einfluss auf die Basler Münz- und Geldpolitik gewesen ist, hier anzuführen.

Im Jahre 1425 machte König Sigismund von dem ihm zustehenden Hoheitsrecht der Goldmünzenprägung auch in Basel Gebrauch. In einem Schreiben vom Samstag vor St. Martinstag eröffnete der Reichserbkämmerer Conrad von Weinsberg dem Rate zu Basel, dass der königliche Münzmeister Peter Gatz[2]) und

furt, Nördlingen und Basel in dem zweiten Viertel des fünfzehnten Jahrhunderts, insbesondere während ihrer Verwaltung unter Konrad von Weinsberg, dem Reichs-Erbkämmerer; mit Urkunden. Heilbronn 1835. Die meisten der von Albrecht gebrachten Urkunden sind jetzt auch im Basler Urkundenbuch veröffentlicht.

1) *Sattler*, Zur Geschichte der Reichsmünzstätte zu Basel. (Basler Jahrbuch 1879 S. 202 ff. und Bulletin Suisse de numismatique Bd. 1 S. 24); ferner: Der Goldgulden der Reichsmünzstätte in Basel. (Bulletin a. a. O. Bd. I. u. II. S. 129 u. 71.)

2) Peter Gatz von Basel war offenbar ein tüchtiger Finanzmann. Auf dem Konstanzer Konzil finden wir ihn als Gehilfen Henman Offenburgs, des ehemaligen Apothekers und nachmaligen genialsten Staatsmanns Basels in der ersten Hälfte des 15. Jahrh. Offenburg betrieb, nachdem er den Apothekerberuf aufgegeben hatte, in grösstem Umfange Geldgeschäfte, zu deren Besorgung er sich ursprünglich Peter Gatz, den späteren Münzmeister, herangezogen hatte. Diese beiden Männer haben dann in der Folge grossen Einfluss auf das Geldwesen Basels geübt. Namentlich Henman Offenburg hat die Interessen Basels nachhaltig vertreten und seine umfangreichen Finanzkenntnisse in den Dienst seiner Vaterstadt gestellt, während Peter Gatz mehr seine eigenen Interessen — die übrigens auch bei Offenburg niemals zu kurz kamen — in den Vordergrund zu stellen wusste. Bis zum Jahre 1428 war Gatz Münzmeister bei der Reichsmünze zu Frankfurt und Nördlingen. Vgl. *Albrecht* a. a. O. Urk. 2;

sein Geselle Fritz Rinmann im Auftrage des Königs zu Basel Goldgulden schlagen sollten[1]). Offenbar war dieser Brief der Abschluss von Verhandlungen, die Peter Gatz in Basel persönlich geführt hatte; der Brief nimmt auf die Anwesenheit von Gatz ausdrücklich Bezug.

Warum die Wahl auf Basel gefallen war, ist leicht ersichtlich. Das von Papst Martin V. 1423 nach Pavia einberufene und wegen der Pest nach Siena verlegte Konzil hatte Basel als nächsten Konzilsort bestimmt. Durch die Bulle vom 10. April 1424 verständigte der Papst den Rat der Stadt von diesem Beschluss. Mit Rücksicht auf den durch das Konzil herbeigeführten lebhaften Verkehr musste die Gründung einer Goldmünze grossen Gewinn versprechen. Hinzu kam wohl noch die Erwägung, dass Basel als hervorragender Handelsplatz an sich ein geeigneter Ort für die geplante Münzstätte war, zumal das Münzwesen der Stadt sich bisher in den primitivsten Formen bewegt hatte und der Goldgulden der rheinischen Kurfürsten den Verkehr beherrschte. Stellte man in Basel eine diesem gleichwertige Prägung her, so durfte ein guter Erfolg mit einiger Gewissheit erwartet werden.

Aus Gründen indessen, die wir nicht kennen, zerschlug sich der Plan zunächst. Erst 4 Jahre später wurde er wieder aufgenommen und zur Ausführung gebracht. Am 19. Sept. 1429 ordnete König Sigismund aufs neue an, dass der von ihm ernannte Münzmeister Peter Gatz bestellt sei, in Basel, vorerst auf 5 Jahre, goldene Münzen zu schlagen[2]). Die Urkunde weist zunächst ausdrücklich auf das königliche Hoheitsrecht hin, demzufolge schon in Nürnberg, Frankfurt, Nördlingen und Dortmund Gulden geschlagen würden[3]). Die neuen Gulden sollen, wie diejenigen von

Altmann Reg. 3175, 3190. *August Bernoulli*, Die Chronik Henman Offenburgs 1413 bis 1445. (Basler Chroniken, Bd. 5. S. 201 ff.)

1) »Es wirt zů euwer frůntschaft kůmen Peter Gatz unßs genediegsten heren dez kunges můntzmeister und Fritz Riemann sin geselle und solle by euwer freůntschafft gůldin Muncz slahen von unßers genediegsten heren des kunges wegen alz dan Peter obgenant vor auch darumb by euch gewessen ist also biten wir uch reht flisklichn von unßers genedigstn haren dez kůnges und von unßern wegen daz ir sie also by uch güldin slahen und müntzen lasse wolt. Vgl. [illegible] a. a. O. S. 5 u. 32 ff., woselbst der Brief abgedruckt ist.

2) Original Basel, St.Urk. Nr. 1071. Gedr. Basler Urkundenbuch VI. S. 205 ff. Gleichzeitige Abschrift im Grossen Weissbuch, Fol. 235.

3) ». . . . so sind wir genuklich underweiset, das unser vorfaren an

Frankfurt, 19karätig ausgeprägt werden; das Bild wird wie folgt vorgeschrieben: »Item das uff den obgenanten gulden steen sol uf der einen sytten ein zebter mit dem appfel und creutz und umgeschriben sten sol Sigismundus Romanorum rex und uff der ander seitten unser lieben frawen bild mit irem kindlein an dem arme und dorumb also geschriben moneta Basiliensis.

Der Stadt Basel wurde die Aufsicht über die Münze erteilt: sie soll den Wardiner ernennen, und dieser hat bei den Heiligen zu schwören, dass kein gemünzter Gulden die Münze verlassen soll, »er hab danne den strich, korn und uftzal, wie dann die von Franckfort das halten on geferd und, als recht ist, bey gesworem eyd«.

Von jeglicher Mark feinen Goldes soll der Münzmeister einen halben Gulden als Schlagschatz in die Königliche Kammer geben. Die Urkunde stattet Peter Gatz zudem mit verschiedenen Privilegien aus. »Und uff das, das der vorgenante muntzmeister der egenanten muntz dester bas uszwarten moge, dorumb haben wir im besunder gnad und freyheit getan, tun und geben in die von Romischer kuniglicher macht mit disem briefe, daz er sein hawsfrawe kinder gesellen knecht und gesinde fur nyemands anders dann fur uns oder wem wir das bevelhen, zu recht zu sten

dem reich Romische keyser und kunige guldin und silberin muntzen in dem riche offt und dicke slahen lassen haben, als sy dann des macht haben und der prûne aller muntze von kuniglicher gewalt fleusset, denn daz das nu etwo fil jaren versumet und nydergelegt ist, darumb dem riche zu eren und gemeinen nutz zu fromen haben wir vor tzeiten mit wolbedachtem mute gutem rat unser und des richs fursten grafen edeln und getruen und rechter wissen von Romischer kuniglicher machtvollkomenheit geordnet bestellet und gesetzet, dasz man ein guldin mûntz zu Nuremberg, Frankenfurt, Nordlingen und Dorpmund erheben machen und von unsern und des richs wegen slahen solte, und haben ouch daruff vormals Peter Gatzen und andern befolhen, doselbs zu muntzen etlich tzeit, die doch nu vergangen sind, und der worten, das solich vorgenante unser und des richs muntz in dem rich furbasser geslagen gemeret und gehalten werde, so haben wir mit wolbedachtem mute gutem rate und rechter wissen in unser und des reichs statt Basel ouch ein solich muntz zu slahen benennet und geordent und den erberen Peter Gatzen von Basel . . . . von Romischer kuniglicher macht gesetzt und gemachet, ... also daz er nu furbasz zu Basel ein guldin muntz muntzen und slahen sol funff jar nach einander unwiderrufflich . . .«

pflichtig sein sollen, und das er uber solich sein hawsfrawen kinder gesellen knecht und gesind selber zu gebieten und zu richten haben solle und moge, doch uszgenommen umb falsch diepstal todsleg und morderey, doruber unser stat Basel richten sol.«

In einem Schreiben vom 20. Sept. 1429 wird der Stadt Basel die Errichtung der Münze noch besonders angekündigt und sie aufgefordert, einen Wardiner zu bestellen[1]). Am 22. Sept. desselben Jahres bevollmächtigt König Sigismund seinen Münzmeister Peter Gatz, jährlich aus dem Schlagschatze 80 Gulden zu seinem und der Seinen Unterhalt zu entnehmen[2]).

Von grosser Bedeutung wurde für die Basler Reichsmünze die am 3. Mai 1431 erfolgte Verpfändung der goldenen und silbernen Münze zu Frankfurt, Nördlingen und Basel an den Reichserbkämmerer Konrad von Weinsberg[3]). Dieser hatte, wie aus der Urkunde hervorgeht, dem König wiederholt beträchtliche Summen geliehen oder dessen anderweitig kontrahierte Schulden bezahlt. Wir hören im ganzen von 5450 rheinischen Gulden, die der »egenante von Winsperg czu gutem dancke zu unser und des heiligen richs geschefften beczalet und uszgerichtet hat«[4]). Conrad von Weinsberg und seine Nachkommen sollen die übertragenen Rechte an den genannten Münzen so lange behalten, bis die obige Summe zurückbezahlt ist. Im übrigen bestimmt die Urkunde diese Rechte wie folgt: Conrad von Weinsberg und seine Erben sollen »die obgenanten muntze czu Frankfurt, Basel ůnd Nördlingen von unsern und des richs wegen innehaben verwesen, munczmeister wardiener und ysengreber seczen und entseczen und solich muncze on alle wider rechnunge und on allen abslag der nucze nuczen und niessen sollen und mȯgen on intrag und irrunge unser und unserr nachkomen und meniclichs on alle geverde, und ouch soliche gebrecke uff gulden und s i l b r i n m u n c z e machen lassen sollen und mogen, als dann das das riche eret und sie gute duncken wirdt

1) Original nicht mehr vorhanden. Gleichzeitige Abschrift im Gr. Weissbuch Fol. 236.

2) Original nicht vorhanden; gleichzeitige Abschrift im Gr. Weissbuch Fol. 235 v.

3) Original St.Urk. Nr. 1090. Gedr. Urkundenbuch VI, S. 272. Vgl. *Albrecht* a. a. O.

4) Für ein Anlehen von 2000 fl. waren schon vorher laut einer in Nürnberg ausgestellten Urkunde die Münzen von Frankfurt und Nördlingen an Weinsberg verpfändet worden. Jene Summe von 5450 Gulden bedeutet demnach wohl eine Erhöhung dieser Pfandsummen und gleichzeitig den Preis für die Einbeziehung der Basler Münze.

nach irer besten verstentnusze«. Diesen Rechten stellt die Urkunde die Pflicht gegenüber, dass Weinsberg die Goldgulden 19karätig ausprägen soll, wie es damals seitens der rheinischen Kurfürsten geschah. Ausdrücklich wird aber hinzugefügt, dass der Fuss sich zu ändern habe, wenn letztere zu einer andern Prägung übergehen sollten.

Schliesslich bestimmt die Urkunde noch, dass die dem Münzmeister Peter Gatz an der Basler Münze übertragenen Rechte von Weinsberg respektiert werden sollen.

In Basel stiess die Ausführung der Beleihung insofern auf Schwierigkeiten, als der Rat der Stadt das Recht der Prägung von Silbermünzen selbstverständlich für sich in Anspruch nahm. Die hierüber im Auftrage Weinsbergs durch den Kaplan Johannes Gerber[1]) geführten Verhandlungen erzielten die Anerkennung der Rechte Basels. In den von *Albrecht* (S. 11) veröffentlichten Aufzeichnungen Gerbers über den Verlauf seiner Mission heisst es: »Zum ersten haben geantwort dy von Basel. Item sy gonnen myne gnedigen herrn von Winsperg der moncze wol und vor andern und was sy mynes herrn gnaden darzu gedynen und gehelfen mogen, da wollen sy willig inne sein. Item aber dy stat Basel hat dy sylbrin moncze inne und gehort ine zu wan sy dieselben silbrin moncze verpfendt haben von dem bistům dem sy von alterhere zugehort hat. Item also sprach ich lieben herrn waz ůwer wyssheit von rechtz wegen zugehort dar inne tregt ůch myns herrn gnade nit, sondern womit er ůch willen gesin kan, ist er willig zu.«

Auch eine Peter Gatz betreffende Stelle findet sich in den Aufzeichnungen: »Item Peter Gacze hat sich auch frentlichen hier inne bewysen und zu mol demůtiklichen und ist ime zumal lieb daz myne herrn die moncz worden ist.

Kurze Zeit nach der Uebernahme der Münzen durch Weinsberg wird dem Münzmeister Stephan Scherff, der auch Münzmeister in Frankfurt und Nördlingen war, die Anwartschaft auf die Münzmeisterstelle in Basel erteilt; er soll sie antreten, sobald die im Jahre 1429 dem Peter Gatz für 5 Jahre verbrieften Rechte abge-

1) *Albrecht* sagt über diesen Kaplan Johannes Gerber: »Er schrieb sich in öffentlichen Urkunden: »»Johanes Gerber von Feuchtwang, eyn pfaffe Augspurger bistums eyn offener schriber von kayserlichem gewalt««; als Kaplan stand er im Dienste Konrads von Weinsberg, wurde von demselben hohen Vertrauens gewürdigt und war in den wichtigsten Angelegenheiten tätig«. (S. 18.)

laufen sind [1]). Die Urkunde fügt aber hinzu, dass Peter Gatz das Recht haben soll, mit Scherff gemeinsam die Münze zu betreiben.

Den rheinischen Kurfürsten mochte die Konkurrenz der Reichsmünzstätten höchst unbequem sein; im Jahre 1432 verriefen sie die in sämtlichen Weinsbergschen Münzstätten geprägten Gulden, angeblich, weil sie minderwertig waren; in ihren Ländern und an den Zollämtern sollten sie künftig nicht mehr genommen werden. Conrad von Weinsberg erliess hierauf an den Pfalzgrafen Ludwig bei Rhein ein Schreiben, in dem er sich zunächst darüber beschwert, dass man ihn zu dem Tage in Mainz, auf dem man die Gulden geprüft, nicht eingeladen habe. Er beteuert seine Unschuld an den konstatierten Gebrechen; zu Beamten der Münze habe er jene Frankfurter Bürger gewählt, die vordem vom Rate dieser Stadt verwendet worden seien. Er werde die Angelegenheit untersuchen; seinem Münzmeister Scherff habe er den Auftrag gegeben, das Münzen vorläufig einzustellen.

An dem weiteren Verlauf dieses Zwischenfalls interessiert hier nur, dass Scherff versuchte, den Verdacht auf Peter Gatz zu lenken: »doch so han ich verstanden und vaste redde gehort von Peter Gaczen gulden, das die nit in syen als billich were solichs ich dan virstanden han von Gobelfischen [2]) der korfürsten yroberer, und ire moncżmeistere, also das myn gulden besser bestant haben dann des vorgen Peters moncze.« Uebrigens durchschaut Scherff die wahren Gründe der Kurfürsten sehr wohl, denn er meint, dass deren Feindschaft gegen die Frankfurter Münze deshalb bestehe, weil diese ihnen Eintrag tue.

Der gegen Peter Gatz ausgesprochene Verdacht erwies sich in der Folge als unbegründet, denn Kaiser Sigismund befahl während seines Aufenthalts zu Basel, »dass die Münzen vor ihm und in Gegenwart verschiedener Väter des heiligen Conciliums, seiner Räthe und einiger Abgeordneten des Stadtraths geprüft werden sollten«. Am 28. Nov. 1433 bestätigte dann Kaiser Sigismund, dass er die von Peter Gatz, dem Münzmeister zu Basel, geschlagene

1) Konzept im fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv in Oehringen. Zuerst gedr. bei *Albrecht* a. a. O. Nr. 13. Vgl. Basler Urkundenbuch VI. S. 274.

2) In dem erwähnten Schreiben Konrads von Weinsberg an den Pfalzgrafen bei Rhein war der Vorschlag gemacht worden, den kurfürstlichen Probierer Gabelfisch nach Frankfurt zu senden und ihn die Weinsbergschen Gulden versuchen zu lassen.

goldene Münze beim Probieren gut und gerecht erfunden habe[1]). In derselben Urkunde erhält Gatz die Erlaubnis, einen Gehilfen in der Person des Heinrich von Rommersheim anzustellen, da er »die vorgeschribene muntz furbasser nit alleine regiren noch gehanthaben moge, als des not wer«.

Im Jahre 1434 waren jene 5 Jahre, für welche König Sigismund dem Münzmeister Peter Gatz die Basler Reichsmünze übergeben hatte, abgelaufen. Der von Conrad von Weinsberg angestellte Stephan Scherff konnte nunmehr an seine Stelle treten. Indessen hat Gatz von dem ihm zugestandenen, schon erwähnten Recht Gebrauch gemacht, indem er neben Scherff Münzmeister blieb. Die betreffende Urkunde ist am 4. März 1434 von Conrad von Weinsberg ausgefertigt worden[2]). Peter Gatz von Basel und Stephan Scherff von Reyss erhalten die Münzen von Frankfurt, Basel und Nördlingen auf die Dauer von 4 Jahren verliehen. Die 19karätige Ausprägung wird auch ihnen vorgeschrieben; von jeder Mark feinen Goldes sollen sie $^1/_2$ Gulden Schlagschatz entrichten. Die früher von Sigismund erteilten Privilegien werden als noch in Geltung stehend besonders erwähnt. Die Bestallung wurde dann am 16. Dez. 1434 von Kaiser Sigismund bestätigt[3]). Stephan Scherff wird in dieser Urkunde als »Mitgeselle« bezeichnet, ein Ausdruck, der nicht etwa auf ein Unterordnungsverhältnis hinweist, sondern nach Massgabe zahlreicher Analogien festlegt, dass es sich um ein Koordinationsverhältnis handelt.

Die Gerüchte über minderwertige Ausprägungen in der Basler Goldmünze müssen trotz des kaiserlichen Urteils vom 28. Nov. 1433 wohl nicht ganz verstummt sein. Am 27. Dez. 1434 bestätigt Kaiser Sigismund nämlich aufs neue, dass die zu Basel von Peter Gatz und dessen Gesellen Heinrich von Rommersheim während des vergangenen Jahres geschlagene goldene Münze als gut und gerecht erfunden worden sei[4]).

Dass um jene Zeit, den ersten Jahren des Konzils, die goldene Münze in Basel stark frequentiert wurde, beweist eine erhaltene Abrechnung aus dem Jahre 1433[5]). Johannes Gerber kon-

1) Original im Basler Staatsarchiv; St.Urk. 1128. Im Urkundenbuch nicht enthalten. Vgl. *Ochs* (III. S. 546), der den Vorgang andeutet.

2) Original Basler Staatsarchiv. St.Urk. Nr. 1135. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 358.

3) Original Basler Staatsarchiv; St.Urk. Nr. 1157. Gedr. Urk.Buch VI. S. 372. *Altmann* a. a. O. Nr. 10 992.

4) Original Basler Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 1158. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 373.

5) Gedr. *Albrecht* a. a. O. Urk. Nr. 16.

statiert, dass er im Auftrage seines Herrn, Conrads von Weinsberg, mit Peter Gatz »der gulden Moncze zu Basel als von des Slegschaczs wegen« für die Zeit »sanct Marcus des heiligen evangelisten tage« bis »Fritag vor sanct Michels« abgerechnet habe. Es ergab sich, dass im ganzen 61501 Gulden geprägt waren, die einen Schlagschatz von 369 Gulden abwarfen; davon erhielt Gatz 80 Gulden Jahreslohn; 40 Gulden hatte er schon früher bezahlt, als Gerber von Weinsberg zum Kaiser geschickt war. Nach Abrechnung dieser beiden Summen blieb Gatz 249 Gulden schuldig, über welche Gerber quittiert. Im Jahre 1433/34 wurden 72374 Gulden gemünzt, die 434 Gulden Schlagschatz brachten. Bei der Abrechnung ergab sich, dass Peter Gatz schon so viele von Weinsberg angewiesene Beträge an Dritte bezahlt hatte, dass die Höhe des Schlagschatzes nicht ausreichte, um das Kontokorrent auszugleichen. Weinsberg behält ein Minussaldo von 38 Gulden. Im folgenden Jahre geht die Ausmünzung zurück; im ganzen sind 53646 Gulden geprägt worden. In dieser Abrechnung erscheint zum ersten Male Stephan Scherff, der also inzwischen sein Amt auch in Basel angetreten hatte, womit die Personalunion der drei Reichsmünzstätten Basel, Nördlingen und Frankfurt perfekt geworden war. An Schlagschatz ergaben sich in diesem Jahre 402,5 Gulden, wovon diesmal $339^1/_2$ Gulden bar ausbezahlt werden konnten. Der Rest war zur Glattstellung des vorjährigen Saldos und mehrerer Vorschusszahlungen erforderlich.

Ich führe dies mit einer solchen Breite an, um zu zeigen, dass Weinsberg schon damals nicht der kapitalstarke Mann war, als welcher er mit Rücksicht auf seine dem Kaiser vorgeschossenen Summen erscheinen könnte[1]. Diese Darlehen waren im Grunde nichts anderes als Kapitalanlagen, auf deren hohe Verzinsung durch Lehen Weinsberg rechnete. Er hat von vornherein auch seinerseits mit fremdem Kapital gearbeitet. Die Vermögenslage Weinsbergs war keineswegs günstig; die weitere Geschichte der Reichsmünzstätte ist im Grunde nichts anderes, als ein ewiges

1) *Bossert* a. a. O. S. 152 teilt auch den alten Irrtum, dass Konrad von Weinsberg sein Haus auf »stolzer Höhe« gehalten habe. In finanzieller Hinsicht ist das nicht der Fall. Die vorliegende Untersuchung zeigt vielmehr, dass Konrad von Weinsberg mit schweren Geldsorgen zu kämpfen hatte. Der völlige finanzielle Ruin, dem später seine Kinder gegenüber standen, hatte sich schon zu Konrads Lebzeiten vorbereitet. Das Verhältnis der Familie Weinsberg zur Stadt Basel, das ich hier in Umrissen erstmals zeichne, redet in dieser Beziehung eine deutliche Sprache.

Hin- und Her zwischen Gläubigern und Schuldnern. Wenigstens sind Urkunden, die etwas anderes berichten, nicht auf uns gegekommen. Bevor wir jedoch versuchen, durch dieses Labyrinth von Schuldurkunden einen Weg zu bahnen und dabei das unseren Zwecken Dienliche zusammenzustellen, wenden wir unsere Aufmerksamkeit wieder der Stadtmünze zu.

Urkundliches über sie hören wir erst wieder im Jahre 1433: Peter Gatz und Heinrich von Rommersheim werden für die Dauer des Konzils zu Münzmeistern der Stadt Basel ernannt. Diese Anstellungen hatten ein Vorspiel, das mit dem Konzil aufs engste zusammenhängt. Der starke Fremdenzufluss nach Basel, der um jene Zeit einsetzte, war für das Wirtschaftsleben der Stadt von grösster Bedeutung. »Miete und Kauf, Steuer und Geldwechsel, der Anteil an der Allmend, selbst der Verkehr in den Strassen wurden eben so viele Differenzpunkte zwischen den Fremden, die die weitgehendsten Vorrechte besitzen, der Bürgerschaft, die die Fremden gewinnsüchtig ausbeuten, dem Rate, der heimisches Gesetz und heimische Sitte wahren, und dem Konzil, das sein eigenes Recht zur Geltung bringen wollte« [1]). Um diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, kam es zwischen Rat und Konzil zu Verhandlungen, die schliesslich zu einem Vertrage führten, der im Jahre 1433 abgeschlossen wurde. Lebensmittelpreise, Fleisch- und Weinungeld, Wohnungsmietpreise, Taxen der Apotheker, Schuhmacher, Kürschner und anderer Handwerker, Heu- und Holzlieferung etc. werden in umfassenden Paragraphen eingehend geregelt. In einem besonderen Protokoll vom 19. Aug. und einem Vertrage vom 18. Nov. 1433 wurde auch die Frage des Geldwechsels, die bei dem Einströmen des verschiedenartigsten fremden Geldes besonders brennend geworden war, erledigt. Es wird grundsätzlich festgelegt, dass jede fremde Münze nach ihrem wahren Werte am Wechsel genommen werden soll und zwar auf Grund eines Tarifes, der nach eingehenden Untersuchungen von der Stadt aufgestellt werden soll. Der ersten Abmachung vom 19. Aug. war eine Zusammenkunft des Rappenmünzbundes am 28. Aug. 1433 zu Breisach gefolgt, an der auch eine Abordnung des Konzils teilnahm. Basel erwirkte hier das Recht einer besonderen Ausprägung von Silbermünzen. Ausserdem wurde bestimmt, dass am Wechsel für den Rh. Gulden 23 β gegeben werden sollten. Ferner wurden besondere Massnahmen ge-

1) *R. Thommen*, Basel und das Basler Konzil. Basler Jahrbuch 1895. S. 188 ff.

troffen, um für die notwendigen grossen Silberprägungen das erforderliche Silber zu erhalten. Die üblichen Ausfuhrverbote werden erneuert und ausserdem wird bestimmt, dass alles Silber dem Münzmeister Peter Gatz gebracht werden soll, der für die Mark feinen Silbers 7 Gulden rheinisch oder 8 lb. 1 β Basler Denare zu bezahlen gehalten ist. Alle diese Bestimmungen wurden durch den Vertrag vom 28. Nov. 1433 definitiv festgelegt und in Basel öffentlich ausgerufen[1]).

1) Als die einzigen offiziellen Schriftstücke aus der Zeit des Konzils, die sich mit der Regelung des Geldwesens beschäftigen, bringe ich das Protokoll der den Vertrag vorbereitenden Sitzung wie den Vertrag selbst nach einer Edition von *R. Thommen* (Revue suisse de numismatique, 1895 S. 4 ff.) zum Abdruck.

I.

MCCCCXXXIII die XVIIII Augusti.

Reverendissimus in Christo pater et dominus dominus cardinalis sancti Angeli apostolice sedis legatus et presidens sacri concilii cum aliis deputatis sacri concilii, vocatis etiam deputatis illustrissimi domini ducis protectoris concilii et civitatis Basiliensis deliberaverunt ut infra:

Primo ad requisitionem ipsorum civium condescendunt domini deputati sacri concilii mittere ad dietam, que teneri debet in oppido Brisach ad conveniendum cum . . ambasiatoribus dominorum et communitatum ibidem convenire debentium die lune, que erit XXIIII Augusti, ad praticandum cum ipsis tam super asecuratione patrie quam super reductione monete et quod in civitate ista Basiliensi de novo moneta cudi possit.

Item oferunt dicti domini deputati communitatis in causa, quod per dominos et alias comunitates ut supra non concordaretur, quod florenus Renensis expenderetur in omnibus contractibus pro viginti tribus solidis cum dimidio, quod ipsi nomine civitatis promittunt reducere et tenere florenum Renensem ad viginti tres solidos cum dimidio et non minus, salvo quod campsoribus pro cambio debeatur una rapa sive denarii duo et non plus.

Item oferunt dicti domini deputati pro parte dicte comunitatis, quod sunt contenti, quod omnis moneta forensis tam illustrissimi domini ducis Sabaudie, quam aliorum dominorum et comunitatum portetur huc et expendatur pro eo vero valore, quo valere solent seu valent, facta prius probatione in liga seu in igne de vero pretio ipsius peccunie. Et quod singulariter hoc publice in civitate proclamari facient, quod quilibet possit de dictis monetis huc referre et expendere pro sue libito voluntatis.

Item quod campsores forenses et omnes mercatores, qui habent monetam praticare et cambire, teneantur curare, quod servabunt sta-

Auf Grund dieser Abmachungen kam dann am 26. Nov. der erwähnte Vertrag mit Peter Gatz und Heinrich von

tuta et ordinationes circha ipsam monetam facta iuxta formam iurmenti in cedula allias oblata et publice lecta in congregacione generali sacri concilii. Et si dicti forenses contrafecerint, puniantur per illustrissimum dominum protectorem sacri concilii nomine ipsius sacri consilii.

Item convenerunt super gavaminibus quoad domos, quod sex deputati, videlicet tres pro parte sacri concilii et tres pro parte civitatis cum septimo deputando per reverendissimum dominum legatum et per illustrissimum principem dominum protectorem, super gravaminibus domorum et pertinentium ad conductionem ipsarum iurent in prima congregacione iuxta formam allias conceptam et in generali congre gatione publicatam, quo vero ad alia gravamina stetur discretioni dictorum septem; et proben tur per unum mensem, qui, si bene fecerint, continuent, si minus, aliter provideatur [a]).

II.

Ex parte sacri concilii, imperialis maiestatis et civitatis Basiliensis subscripta capitula publice debeant proclamari:

In primis quod tam campsores quam alii quicumque pro floreno Renensi dabunt XXIII solidos et non minus et quod omnes indifferenter in emendo et vendendo florenum in eadem summa capiant et expendant. Si quis autem florenum Renensem a campsore aliquo emere voluerit, dabit campsori pro quolibet floreno XXIII solidos et duos denarios Basilienses et non plus, in quo campsor stare debebit contentus nec illud umquam recusare, quamdiu saltim habuerit aurum; quod si recusaverit, solvet penam V librarum denariorum Basiliensium sine remissione.

Item quod consulatus civitatis Basiliensis ordinabit, quod Petrus Gatz, magister monete, cudet de moneta, quantumcumque poterit in eventum, ut omnes reperiant copiam monete et cambium pro suo auro. Et quod idem Petrus id sic facere promittat, quamdiu argentum in isto precio, puta marcham fini argenti pro VII florenis Renensibus, habere poterit, prout et moneta cudenda iam prefixa est et ordinata.

Item quod omnes tam cives quam advene, habentes aut ementes argentum causa revendendi omne argentum ea de causa in hac civitate vel extra eam emptum ad zecham prescripte monete presentare debebunt, a quibus magister monete prescriptus argentum sibi taliter oblatum recipere et pro qualibet marca fini dare debebit VIII libras

a) Im Konzilienbuch fol. 114v folgt noch der Satz: »Die Veneris XXI August, littera fuit prestita concordiae in plena congregacione, ubi civitas affirmabat, quod taliter necessum foret, de quo concilium protestabatur«.

Rommersheim zustande[1]). Aus seinem Inhalt interessiert vor allem der Münzfuss für die auf dem Tag zu Breisach beschlossenen neuen Basler Silbermünzen. Nachdem zunächst gesagt wird, dass kein Kleingeld, sondern nur Groschen und Blapharte geschlagen werden sollen, heisst es, dass aus der feinen mit 8 Lot Kupfer legierten Mark 84 Groschen und 168 Blapharte zu prägen sind.

et I ß denariorum Basiliensium aut VII florenos Renenses et non recusare. Quod si quis premissis contemptis a civitate Basiliensi vel patria circumvicina asportaverit seu asportari procuraverit — iocalibus et clenodiis sequacium sacri concilii et curie imperialis exceptis totum argentum sit asportandum — si saltem argentum deprehensum fuerit, ammittatur; quod si argentum deprehensum non fuerit sed asportatum, solvet pro qualibet marcha sic asportata V libras denariorum Basiliensium nomine inremissibilis pene.

Item quod si quis monetam abduceret aut conflaret vel abduci aut conflari procuraret, tali pena sanguinis plectatur, quod transeat ceteris in exemplum.

Et super premissis deputate sunt certe persone per sacrum concilium, imperialem maiestatem ac civitatem Basiliensem ad inquirendum et condempnandum per fidem prestitam nomine iuramenti transgressores et exigendi penas ab omnibus indifferenter. Et pecuniarum pro tales penas sublevatarum medietas, quo se diligentiores exhibeant ad inquirendum, debeatur ipsis deputatis reliqua vero medietas communi et civitati Basiliensi debeat applicari.

In causa quo argentum in pretio ascenderet, deputabuntur aliqui pro parte sacri concilii, maiestatis imperialis et civitatis Basiliensis, qui avisare et ordinare habebunt, in quanto pretio florenus Renensis tunc expendi debeat in conparatione ad pretium argenti.

Item avisabitur et ordinabitur, quod reductio fiat de ducatis et de alia moneta in auro pro rata; ita videlicet, sicut florenus Renensis reductus est, reducantur ducati et alie monete in auro pro rata, ut sciatur, pro quanto tam ducatus quam quelibet alia moneta aurea in cambio debeat expendi, ut nemo de cetero defraudetur.

De mandato consulum civitatis Basiliensis Johannis Zwinger eorundem notarius hic me in robur premissorum subscri[psi] .... [a]).

a) Die rechte Ecke des Blattes ist abgerissen.

1) Original Basler Staatsarchiv St.Urk. Nr. 1126, St.Urk. Nr. 1127, Gedr. Urkundenbuch VI. S. 346. Auszug bei *Ochs* III. S. 548; vgl. *Cahn*, S. 78. Dass schon im Jahre 1433 von Peter Gatz Blapharte geschlagen sind, beweist ein Eintrag in das kleine Weissbuch. Fol. 158 ist ein die Regelung des Münzfusses und die Bestallung des Wardiners enthaltener Auszug aus dem Gatz'schen Anstellungsvertrag überschrieben: »Anno MCCCCXXXIII hat Peter Gatz plappart gemuntzt«.

Da erstere allem Anschein nach wieder nicht geschlagen wurden, interessieren uns hier nur die letzteren, für welche bei einem Gewicht von 2,093 gr 1,394 gr feines Silber vorgesehen waren = $^{666,6}/_{1000}$[1]). Da die Blapharte von 1425 im Schrot 1,620 gr und im Korn 1,520 = $^{937}/_{1000}$ hatten, so war die neue Prägung im Gewicht erheblich schwerer als die alte; im Feingehalt hingegen blieb sie um 9% hinter jener zurück. Darüber, wie die alten Blapharte gegen die neuen genommen werden sollten, wird nichts gesagt; vermutlich sind sie zum Nennwert eingetauscht worden, was mit Rücksicht auf ihr erhöhtes Gewicht keinen Schwierigkeiten begegnet sein dürfte.

In dem Anstellungsvertrag wird ferner bestimmt, dass für die Mark feinen Silbers 7 rheinische Gulden bezahlt werden sollen, gleich 8 lb. 1 β in Basler Münze. Den Münzmeistern wird ein Lohn von $4^1/_2$ Groschen bez. Blapharten für die Mark vermünzten Silbers in Aussicht gestellt, ohne besondere Vergütung ihrer Unkosten. Ausdrücklich wird bestimmt, dass weder von den Blapharten noch von den Groschen ein Schlagschatz erhoben werden darf. Ausserdem ist in dieser Urkunde zum ersten Male die Rede von einem besonderen Wardiner, der die Ausprägungen der Münze kontrollieren soll. Seine Funktion soll er in Verbindung mit den drei von der Stadt über die Münze gesetzten Ratsmitgliedern ausüben, deren Namen genannt werden: Ludman Meltinger, Andreas Ospernel, Wernlin Tessenheim. Bemerkenswert ist nun aber, dass der Wardiner nicht nur die vorschriftsmässige Ausprägung überwachen soll, sondern dass ihm gleichzeitig aufgegeben wird, alles Silber, das man der Münze zum Kauf anbietet,

1) ». . . nemlich sol man nemmen ein margk vines silbers und vier lot zůsaczes, das wirt zesammen zwenczig lot. Usz denselben zwenczig loten silbers und zůsaczes sollent geslagen werden ahczig und vier grossen, dieselben ahczig und vier grossen sollent ein margk vines silbers wider usz dem für bringen, und sollent der grossen einer zwen schilling gelten und zwölfthalber grosse einen guldin«. »Desglichen sol man aber nemmen ein margk vines silbers und aht lot zůsaczes, tůt zesammen anderhalbe margk, usz denselben anderhalben margken silbers und zůsaczes sollent geslagen werden hundert sehszig und aht plaphart. Dieselben sollent ein vin margk silbers wider usz dem füre bringen, und sol der plaphart einer ein schilling gelten und drie und zwenczig plaphart einen guldin gelten.« »Und ist die margk vines silbers anegeslagen für siben Rinsch guldin, tůt aht pfundt ein schilling«.

auf seinen Feingehalt zu prüfen. »Und wie ouch das silber nach des wardiners versůchen funden ist worden, damitte sol ouch bede teil die múnczemeistere und ouch den verkouffer begnůgen.« Im übrigen ist aus den früheren Münzverträgen in diese Anstellungsurkunde die Bestimmung übernommen, dass das »múnczysen« von den Dreien aufbewahrt werden soll und den Münzknechten zu jedesmaligem kontrollierten Gebrauch auszuliefern ist.

An diesen Abmachungen scheint für die Dauer des Konzils nichts geändert worden zu sein, wenigstens ist uns Urkundliches nicht überliefert. Auch das »Rufbüchlein« zeigt für die ganze weitere Dauer des Konzils keine entsprechenden Eintragungen.

Die Reichsguldenmünze in Basel hatte unterdessen ihre Ausprägungen fortgesetzt. Allein im Rechnungsjahr 1434/35 hatten Peter Gatz und Stephan Scherff 126020 Gulden geschlagen[1]. Es ist nun interessant, zu sehen, wie die Stadt Basel auch jetzt wieder bestrebt war, Einfluss auf die Guldenmünze zu erhalten und sie womöglich ganz in ihre Hände zu bekommen. Zunächst freilich schien es, als ob sie hier weniger erfolgreich sein sollte als damals dem Bischof gegenüber, denn Kaiser Sigismund wandte sich, als er die Goldmünze verpfänden wollte, nicht an die Stadt, sondern, wie wir gesehen haben, an Conrad von Weinsberg. Dieser freilich suchte seinerseits wieder Geldgeber, und in verhältnismässig kurzer Zeit war er der Stadt ins Garn gegangen. Zu einer Ueberführung der Goldmünze in den Besitz der Stadt haben aber diese Geldgeschäfte nicht geführt; nur ganz vorübergehend hat sie die Münzpolizei ausgeübt. Conrad von Weinsberg hat in dieser Beziehung mit der Stadt einen schweren Kampf gekämpft, der auch nach seinem Tode noch Jahrzehnte lang seine Erben in Mitleidenschaft zog. Schliesslich ist es diesen aber doch gelungen, sich von Basel finanziell unabhängig zu machen, so dass der klüglich eingefädelte und mit zäher Kaufmannsenergie verfolgte Plan der Ratsherrn von Basel schliesslich doch noch scheiterte und die Goldmünze bis zu ihrer im Jahre 1509 durch den Grafen Eberhard von Königsstein — dem sie als Erbe zugefallen war — erfolgten Verlegung nach Augsburg von Basel unabhängig blieb.

Am 1. Februar des Jahres 1436 tat Conrad von Weinsberg den ersten Schritt in das feingesponnene Netz des Rates von

1) *Albrecht* a. a. O. S. 22. Reg. Basler Urkundenbuch VI. S. 375.

Basel. Er verkauft nämlich »den erbarn frauwen Claus Slierbachs seeligen witwe« einen jährlichen Zins von 80 Gulden »ûff ab abe dem slegschacze der dryer guldin moncze ze Basel, ze Franckfurt und ze Nordlingen« für 1600 Gulden. An demselben Tage nimmt er auch von andern Basler Bürgern und Bürgerinnen Anleihen auf, im ganzen 4000 Gulden. Die Summe soll von 1437 ab in vier jährlichen Raten von 1000 Gulden zurückbezahlt werden [1]). Uns interessieren nun besonders die näheren Umstände, unter denen sich die Anleihe vollzog. Weinsberg, dessen Kredit offenbar stark erschüttert war, hinterlegte für diese Summe als Sicherheit die Urkunden über sein Pfandrecht an der Münze sowie Gold und Silbergeschirr, »kleynottern guldin und silbrin geschirre«, dessen Wert auf 2000 Gulden geschätzt wurde. Und zwar sind diese Gegenstände vom Rate von Basel in Verwahrung genommen [2]).

1) Original nicht bekannt. Gleichzeitige Abschrift im Fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv zu Oehringen. Auszug bei *Albrecht* a. a. O. S. 23. Reg. Basler Urkundenbuch VI. S. 392. Vgl. *G. Bossert*, Aus dem Weinsberger Archiv in Oehringen für die Zeit von 1415—1448. (Archivalische Zeitschrift, herausgegeben von Franz von Löher, 7. Bd. 1882, S. 159.) *Bossert* nimmt irrtümlich an, dass Kaiser Sigismund die Summe aufgenommen hat. Ungenau auch *Ochs* III. S. 546.

2) Bürgermeister und Rat von Basel stellen über diese vor dem Abschluss des Geldgeschäfts bei ihnen hinterlegten Kostbarkeiten unter dem 30. Aug. 1435 eine Bescheinigung aus. Der frühe Termin zeigt, dass die Verhandlungen lange geschwebt haben. In der Bescheinigung des Rates werden die übergebenen Stücke einzeln aufgeführt; bei dem hohen Interesse, das solche Aufstellungen beanspruchen dürfen, bringe ich das Verzeichnis hier zum Abdruck. Ich wiederhole, dass der Gesamtwert der Stücke, deren Gewicht an Silber jedesmal beigefügt ist, auf 2000 Gulden geschätzt wurde. »Des ersten eiff silberin platten one wappen wegent vierczig funf marg, item zwôlf schalen vier teller und sehs senffschússelin wegent sibenzehen marg anderhalp lot, item zwey wasserbegken an dem einen schilt Winsperg an dem andern helm Winsperg wegent zwôlff marg vier lot, item ein becher innan und ussen vergúldet ein krenczlin darumbe und oben uf einen thurn wigt funfthalbe margk minder ein lot, item ein traseny vasz mit einem deckel und naterzungen schilt Winsperg und Hohenloch wigt driezehen marg minder anderhalb lot, item zwů kannen mit reyffen und thúrlin uff den liden wegent fúnftzehen marg und anderhalp lot, item eyn schuppechter kopff und ein ber uf dem lide wigt funf margk minder ein lot, item ein grosser vergúldeter kopff innan und ussen vergúldet ein sunne uf dem lide wigt sibendhalbe margk und ein lot, item zwey becken innan vergúldet mit Winsperg dem schilte wegent sehs margk minder zwey lot, item ein gieszvasz mit vergúldeten reiffen wigt vier marg und sehs lot, item ein verguldeter kopff uf dem lide ein hircz wigt drie margk und

Aber nicht nur das. Die Stadt Basel erscheint sogar als Mitschuldner, und unter einer Reihe von Bürgen lesen wir den Namen Henman Offenburgs. Dieser geriebene Staatsmann ist offenbar die Seele des ganzen Geschäfts gewesen, das am letzten Ende nur den einen Zweck hatte, Conrad von Weinsberg in finanzielle Abhängigkeit von Basel zu bringen. Ganz deutlich beweist dies ein weiterer Vertrag zwischen dem Rate und Weinsberg, der ebenfalls am 1. Februar 1436 abgeschlossen wurde. Weinsberg verpflichtet sich hier, die Schuldbriefe über die Goldmünzen zu Basel, Frankfurt und Nördlingen, sowie die Kleinodien, welche er bei der Stadt Basel als Pfand für die 200 Gulden jährlicher Zinsen, die er für die geliehenen 4000 Gulden bezahlen musste, hinterlegt hatte, solange in den Händen des Rates zu lassen, bis die gesamte Summe zurückbezahlt sei. Sollten aber die Bedingungen des Zinsverkaufs nicht gehalten werden, »so erlaübend wir den vorgenanten von Basel den kauffern den mitschuldnern und den burgen vorbenempt und gônnent ine on allen unsern zorn, soliche vorgemeldet unser cleinot und die rechtunge der montzen, so hinder die von Basel geleit sint, als vorstat, rechtlich an sich selbs ze ziehende ze koffende oder anderen ze kouffen geben und ze vertribende, wie inen das fugt, als sich daz mit recht ze tunde gehöischet und geburt, und sich also damit selbs zu beczalende

---

vierczehen lot, item ein kôpffelin uf dem lide ein frowenbilde wigt dritthalbe margk und ein lot, item ein becher mit einer hanthaben wigt ein margk VI lôt, item ein kopf mit wappen Halstein wigt drie margk und sehs lot, idem ein koppffelin wappen Winsberg wigt drithalbe margk, item ein verguldete kanne mit einem zerbrochen fûs, ist nit daran, wigt eilf margk und funf lot, item einen grossen vergúlten becher mit einem lide darauf grûne gesmelcz wigt nún margk und zwey lot, item zwenczig und drie schalen wegent achtzehen margk und vier lot, item einvergúlter stonuff mit einem lide, hat ein cron, wigt achthalb margk und vier lot, item ein vergúlte schalen mit einem lide und gesmelcz wigt sehs margk minder fúnf lot, item ein silberin krûg und zwen deckel und ein verguldeter becher on lide wigt sehs margk und ein lot, item ein altfrentscher koppf zwifach, ist rutecht, wigt sechstehalbe margk und anderhalp lot, item ein guldin monstranczlin mit edelm gestein wigt anderhalbe margk und drithalb lot im kloben, item ein guldin kron mit edelm gesteine ist von siben grossen und von siben kleinen stúcken, wigt sibendehalbe marg uud ein lot. Konzept im liber diver. rerum fol. 52v. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 300. Vgl. O. [illegible] III. S. 546, *Albrecht* S. 23.

erledigende und ze losende umb houptgut gult costen und schaden wie daruff gangen ist, on intrage und geverde[1]). Die Absichten des Rates gehen aus der Fassung dieser Urkunde deutlich hervor: sobald Weinsberg seinen Verpflichtungen nicht nachkam, wollte man sich seines Rechts an der Münze vergewissern.

Wider Erwarten war Weinsberg aber in der Lage, in den beiden nächsten Jahren je 1000 Gulden abzuzahlen, so dass ihm im Jahr 1438 ein Teil des verpfändeten Silbergeschirrs wieder herausgegeben werden musste[2]). Um dies zu erreichen, hatte er den Münzmeistern Peter Gatz und Stephan Scherff im Febr. 1406 die drei Goldmünzen auf weitere 4 Jahre verliehen[3]) und bestimmt, dass der Schlagschatz — $^1/_2$ Gulden von der vermünzten Mark — ausschliesslich zur Rückzahlung der aufgenommenen Schuld verwendet werden sollte[4]). Die im Jahre 1438 geleistete Zahlung konnte Weinsberg aber nur dadurch möglich machen, dass er von seinem Frankfurter Münzmeister Conrad vom Stege (dem Nachfolger Scherffs) 300 Gulden lieh[5]).

Am 1. April 1437 hatte übrigens Weinsberg die Goldmünze zu Basel auf weitere 10 Jahre an Peter Gatz gegeben, nachdem Stephan Scherff infolge unlauterer Manipulationen aus seinen Aemtern ausgeschieden war[6]). Die Verleihungsurkunde[7]) sagt

1) Gleichzeitige Abschrift im Fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv in Oehringen. Auszug Basler Urkundenbuch VI. S. 392.

2) Am 12. Febr. 1437 quittiert der Rat die Bezahlung der Zinsen (Konzept Urk. Buch fol. 68; Reg. Urkundenbuch VI. S. 402). Am 26. März 1437 bezahlt Weinsberg 1000 Gulden ab. (Konzept U.B. I. fol. 68v. Reg. Urkundenbuch VI. S. 404.) Am 10. Febr. 1438 bezahlt Weinsberg 150 Gulden schuldigen Zinses. (Konzept U.B. I. fol. 79v. Reg. Urkundenbuch VI. S. 418.) Im Jahre 1438, 8. April, erfolgt wieder eine Abzahlung von 1000 Gulden (Konzept U.B. I. fol. 79v. Reg. Urkundenbuch VI. S. 420). Jetzt erfolgte die Herausgabe eines Teils des verpfändeten Silbergeschirrs. W. stellt darüber eine, die freigegebenen Stücke bezeichnende Urkunde aus. (Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 1208. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 423.)

3) Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 1178. Gleichzeitige Abschrift im Fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv in Oehringen. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 394.

4) Gleichzeitige Abschrift im Fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv in Oehringen Reg. Basler Urkundenbuch VI. S. 393. Nr. 385. I. u. II.

5) Der Schuldschein nimmt ausdrücklich auf die Basler Zahlung Bezug. Die Rückzahlung an Konrad vom Stege soll aus dem Frankfurter Schlagschatz erfolgen. Gleichzeitige Abschrift im Fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv in Oehringen. Reg. Basler Urkundenbuch VI. S. 420,)

6) Die auf Scherff bezüglichen Schriftstücke bei *Albrecht* a. a. O. S. 27 ff.

7) Original Staatsarchiv in Basel, St.Urk. Nr. 1188. Ged. Urkundenbuch VI. 404. Vgl. Münzakten B. I u. F. 2.

u. a., dass Gatz die Gulden 19karätig ausprägen soll[1]) und ihm obliegt, von jeder Mark geprägten Goldes einen halben Gulden als Schlagschatz zu bezahlen, wofür freilich Weinsberg die Honorierung des Wardiners übernimmt. Um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, hat Weinsberg dann am nächsten Tage, 2. April 1437, ausdrücklich bescheinigt, dass Peter Gatz die goldene Münze zu Basel, Frankfurt und Nördlingen den darüber erteilten kaiserlichen Briefen gemäss gehalten und geschlagen habe[2]).

Aus einer Schuldurkunde vom 20. Dez. 1438 geht hervor, dass der Betrag der restierenden Summe inzwischen auf 1600 Gulden herabgegangen, also nur noch der vom Rate ursprünglich gegebene Betrag übrig geblieben war. Weinsberg verpflichtet sich, diese Summe zu bezahlen. Als Mitschuldner erschienen Peter Gatz und der Frankfurter Münzmeister Kunz vom Stege. Für den Fall der nicht pünktlichen Zins- und Rückzahlung soll der Rat das Recht haben, die von neuem hinterlegten Münzbriefe zu verwerten, sie also entweder weiter zu verpfänden oder sich selbst in deren Rechte einzusetzen[3]).

Weinsberg, der inzwischen auch noch andere Anleihen aufgenommen hatte, mochte einsehen, dass er auf die Dauer seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte, denn er wandte sich im Jahre 1439 an Peter Gatz mit dem Anerbieten, ihm oder der Stadt die Münze abzutreten; an des Königs Einwilligung sei nicht zu zweifeln[4]). Schon im Jahre 1437 hatte Weinsberg einen ähn-

1) » . . . und die gulden, die er also slahen und monczen wirdet, soll er schiken und machen uff nünczehen grade fyns goldes sunder remedium oder uff soliche grade, als man danne zu einer yglichen zyt von unsers gnedigosten herren des keysers und unsernt wegen an siner gnaden stat monczen wirdet, aber noch uszwyszung siner keyserlichen gnaden berieffe, die wir darüber haben.«

2) Original, Staatsarchiv, St. Nr. 1189. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 405. Wiederholt am 16. Okt. 1438. St.Urk. Nr. 1215. Gedr. Urkundenbuch VI. 426.

3) Original Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 1453. Gleichzeitige Abschrift im U.B. III. fol. 156. Reg. Basler Urkundenbuch VI. 434. 400 Gulden waren im Jahre 1438 bezahlt worden, denn in der Jahresrechnung 1438/39 heisst es: »Item empfangen von dem von Winsperg IIII^c guldin als das vertädinget ist. Noch stat uss an im umbezahlt XVI^c guldin, die vom slegschatz ingenommen sollent werden, als die briefe wisent daraber begriffen, fecerunt III^c LX lb.«

4) Die Unterlagen hierfür im Fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv in Oehringen. Angedeutet bei *Albrecht* a. a. O. S. 28 n. 36.

lichen Brief an Gatz geschrieben. Damals aber wie auch jetzt wieder führten die Verhandlungen zu keinem Resultate. Der Rat von Basel freilich hatte sich ursprünglich wohl ein anderes Ergebnis versprochen, denn sobald er von den Plänen Weinsbergs, die nun, 1439, feste Gestalt zu bekommen schienen, erfahren hatte, gab er diesem das verpfändete Silbergeschirr zurück, obwohl inzwischen an der alten Schuld keine weiteren Abzahlungen erfolgt waren. Die Quittung Weinsbergs hebt ausdrücklich hervor, dass er der Stadt nach wie vor 1600 Gulden schulde[1]). Es muss nun aber wundernehmen, dass die Stadt trotz allen Bemühungen ihr Ziel nicht erreichte. Leider ist uns über die Gründe des Scheiterns der Uebernahmeverhandlungen nichts bekannt, möglicherweise hat aber Weinsberg einen so hohen Preis gefordert, dass die Stadt darauf nicht eingehen konnte. Ich vermute dies deshalb, weil Weinsberg im Jahre 1344 versuchte, seine drei Goldmünzen an den Erzbischof von Köln zu verpfänden und dafür im ganzen 24000 Gulden forderte[2]). Selbst wenn wir annehmen, dass alle Münzen gleichwertig waren, auf Basel also der dritte Teil dieser Summe gefallen wäre, so konnte die Stadt sich auf ein solches Geschäft unmöglich einlassen. Es macht überhaupt den Eindruck, als ob der Rat von Basel oder seine ausführenden Organe den Geschäftssinn Weinsbergs unterschätzten. Tatsächlich stand der Stadt in Weinsberg ein Mann gegenüber, der dem Krämervolke von Basel an Energie in der Verfolgung finanzieller Interessen womöglich noch überlegen war — nur dass die Beschränktheit seiner Mittel ihm nicht die nötige Bewegungsfreiheit gab.

Der Rat war über das Misslingen seiner Pläne sehr enttäuscht; äusserlich bringt er dies dadurch zum Ausdruck, dass er Weinsberg veranlasst, als Pfand für die Schuld »die núwe und alte brieve«, die er »über die múntzen ze Basel, ze Frangkfurt und zů Nördelingen« hat, bei ihm zu hinterlegen, worauf Weinsberg notgedrungen eingeht[3]). Die dringendsten Geldverlegenheiten Weinsbergs beseitigte Peter Gatz, der nach dem Scheitern aller Verhandlungen am 3. November 1439 noch einmal 1034 Gulden hergab. Gatz mochte froh

1) Original Staatsarchiv. St.Urk. Nr. 1220. Gedr. Urkundenbuch VI. S. 435.

2) Urkunden bei *Albrecht.*

3) Original der Bestätigung Weinsbergs: Staatsarchiv. Münzakten F 1. Reg. Urkundenbuch VI. S. 437.

sein, dass die Stadt ihr Ziel nicht erreicht hatte, denn in seinen Interessen lag einzig die Beharrung im bisherigen Zustande. Er verpflichtete sich sogar, sich selbst für die Zinsen aus den Erträgnissen des Schlagschatzes erst dann schadlos zu halten, nachdem der Stadt Zinsforderungen befriedigt seien; im übrigen lässt er sich den Schlagschatz der drei Münzen aber ausdrücklich verschreiben [1]).

Es mag hier noch erwähnt werden, dass Weinsbergs Versuch, die Münzen an den Erzbischof von Köln weiter zu verpfänden, scheiterte. Erzbischof Dietrich liess sich zwar anfangs auf Verhandlungen ein, zog sich aber später zurück, weil er »ytzůnt nyt wole by gelde« war. Weinsberg gab aber weitere Versuche nicht auf; am 15. Okt. 1444 erlaubte ihm König Friedrich ausdrücklich, die von Sigismund verliehenen Münzen weiter zu verpfänden [2]). Indessen hat er auch in der Folge ein Resultat nicht erzielt. Sein Streben ging nun dahin, unter Aufbietung aller Kräfte seine zahlreichen Gläubiger zu befriedigen. Im ganzen ist ihm das auch gelungen, wenigstens fand er immer neuen Kredit, wenn alle Schuldner ihm das Messer an die Kehle setzten. Auch dem Rat von Basel haben er oder seine Münzmeister, in deren Händen Weinsberg nachgeradezu völlig geraten war, die Zinsen regelmässig bezahlt; die Schuld selbst aber blieb stehen. Wir hören auch nichts davon, dass die Stadt neue Versuche machte, um die Münze ausgeliefert zu bekommen. Die stürmischen Kriegszeiten, die nun hereinbrechen, mögen die Stadt veranlasst haben, den alten Plan vorläufig fallen zu lassen. Aufgegeben aber hat sie ihn nicht, denn als am 18. Jan. 1448 Conrad von Weinsberg sein bewegtes Leben beschloss und seinen Kindern zwar das Recht an den 3 Reichsmünzen, daneben aber auch eine gewaltige Schuldenlast hinterliess, da meldet sich auch der Rat von Basel wieder. Jene alte Schuld von 1600 Gulden wird nun der Ausgangspunkt für neue Versuche, den Weinsbergschen Kindern das väterliche Erbe zu entreissen.

Im einzelnen die jetzt einsetzenden Verhandlungen zwischen dem Rat von Basel einerseits und den Weinsbergschen Erben —

1) Original Staatsarchiv, St. Urk., Nr. 1226 Gleichzeitige Abschrift im Fürstlich Hohenloheschen Hausarchiv in Oehringen. Gedr. Urkundenbuch VI.S. 441.

2) In gleichzeitiger Kopie eines Vidimus von Bürgermeister und Rat von Heilbronn für Konrad von Weinsberg vom 26. Okt. 1444. Staatsarchiv, Münzakten F 1. Gedr. Urkundenbuch VII. S. 44. Erwähnt bei *Bossert*, Löhers-Archiv, a. a. O. VII. p. 160. *Albrecht* a. a. O. S. 93.

Philipp d. Ä., Domherrn von Strassburg, Philipp d. J., des römischen Reiches Erbkämmerer, Herren zu Weinsberg, und deren Schwester Elisabeth, Herzogin von Sachsen — anderseits hier zu schildern, würde aus dem Rahmen der vorliegenden Untersuchung herausfallen. Ich begnüge mich deshalb mit einer das Wesentliche hervorhebenden Skizze.

Nicht lange nach Weinsbergs Tod forderte der Rat von Basel energisch die Rückzahlung der alten Schuld von 1600 Gulden. Die Weinsbergschen Erben sahen sich hierzu ausserstande, weil sie andere Verbindlichkeiten ihrer Vaters zu begleichen hatten, wodurch ihre Mittel vollauf in Anspruch genommen wurden. Zudem behaupteten sie, dass in erster Linie Peter Gatz und Conrad vom Stege für die Schuld aufkommen müssten. Der Rat von Basel drohte nun, die bei ihm hinterlegten Weinsbergschen Münzbriefe für seine Zwecke zu verwenden. Um dies zu verhindern, strengte auf Veranlassung des Domherrn Philipps von Weinsberg Georg Zorn, Propst von St. Peter und Michael in Strassburg, Konservator des Strassburger Domkapitals, gegen die Stadt Basel und den Münzmeister Conrad vom Stege in Frankfurt einen Prozess an. Am 19. September 1452 widerruft und kassiert er jedoch seine bezüglichen Massnahmen, weil er zu ihnen nicht kompetent gewesen sei[1]). Die Stadt hatte mit ihrer Vertretung zunächst den Ratsschreiber Gerhard Mecking von Buchholz betraut; am 26. Okt. 1452 legt sie jedoch die Fortführung des Prozesses in die Hände des Basler Bürgers Burkart Fry[2]). Unmittelbar nach dem Zurücktreten Georg Zorns hat dann der Propst von St. Germanus zu Speyer als der kompetente Konservator der Privilegien des Domstifts von Strassburg die Weinsbergschen Interessen wahrgenommen und zunächst die Zuständigkeit des weltlichen Gerichtes zu Frankfurt bestritten. Am 6. Dezember 1452 erklären Bürgermeister und Rat, dass sie diesem Verhalten des Propstes von Speyer gegenüber an den Papst appellieren wollen. Am 31. Mai 1453 wird denn auch in Speyer bescheinigt, dass diese Appellation dem Propst von St. Germanus durch »Johannes Murer civis Spirensis«, Vertreter der Stadt Basel »per organum vocis honorabilis viri domini Johannis Berwensteyn vicarii ecclesie Spirensis« übergeben sei[3]).

1) Original Staatsarchiv, St. Urk. Nr. 1507. Gedr. Urkundenbuch VII. S. 483.
2) Konzept Staatsarchiv, U.B. III. 105. Reg. Urkundenbuch VII. S. 485.
3) Original Staatsarchiv. St.Urk. Nr. 1528. Reg. Urkundenbuch VII. S. 489.

Wie dieser Streit in der nächsten Zeit verlaufen ist, wissen wir nicht. Urkundlich hören wir von ihm erst wieder am 3. Nov. 1455, an welchem Tage die Weinsbergschen Erben — Philipp d. Ä. und Philipp d. J. sowie Elisabeth, Herzogin von Sachsen — als Hauptschuldner, und Conrad vom Stege als Mitschuldner, mit Bürgermeister und Rat von Basel über die Bezahlung der alten Schuld ein Abkommen treffen [1]). Die Weinsbergschen Erben erklären sich ausdrücklich als die Schuldner der von ihrem verstorbenen Vater kontrahierten Anleihe. Hiermit hatte der Rat sein nächstes Ziel, die Weinsbergschen Erben zur strikten Anerkennung der Schuldforderung zu veranlassen, erreicht. Im einzelnen wird in dem Vertrag vereinbart: die Schuldner werden den von Basel wissenthafftigen machtbotten« an der nächsten Fastenmesse zu Frankfurt den auf nächstkünftigen Lichtmess fälligen Zins von 80 Gulden sowie 200 Gulden vom Kapital bezahlen, womit sie 10 fl. von den 80 fl. jährlichen Zinses abgelöset haben wollen, und verpflichten sich, diese Zahlung der 200 fl. an jeder Fastenmesse unter gleichzeitiger entsprechender Verminderung des jährlichen Zinses bis zur völligen Tilgung der Schuld fortzusetzen, »doch also, das itzlichs iars die zinse, so sich von der ganzen summ des hauptgůtz, die als uff die zitt unbezalt usstan bliben ist, erlauffen werdent« mit jenen 200 Gulden »auch gericht und bezalt werden söllent«. Die in Basel hinterlegten »hauptbrieffe, so uber die gulden múnzen wiset« s o l l e n d o r t a l s U n t e r p f a n d b i s z u r v ö l l i g e n T i l g u n g d e r S c h u l d b l e i b e n. Wenn die vorstehend abgemachten Zahlungen nicht geleistet würden, wird dem Rat von Basel das Recht zuerkannt, die Schuldner und ihre Erben »umb die ganzen summ des houptgůts und zinsen, so denn ze mole dennoch unbezalt usstan bliben sint, zu jagen und dazů auch nach einem monat nach itzlichem zile« sich an der Schuldner Gut und Leuten für alle Forderungen und etwaigen Schaden bezahlt machen. Damit war das alte Schuldverhältnis zwischen dem Weinsbergschen Hause und der Stadt Basel in aller Form wiederhergestellt.

Die in dem Vertrage stipulierten Verpflichtungen haben die Gebrüder Weinsberg nicht pünktlich erfüllt, denn die zweite Abzahlung von 200 fl. leisteten sie erst am 30. Mai 1458,

1) Staatsarchiv, Abschrift in V.B.O. von Basel von 1458 Aug. 18. St.Urk. Nr. 1617. Gleichzeitige Abschrift U.B. III. S. 160. Auszug Urkundenbuch VIII. S. 14.

wie aus der hierüber ausgestellten Quittung, die ausdrücklich sagt, dass die Schuldsumme nunmehr auf 1200 Gulden reduziert sei, hervorgeht[1]). Im ganzen hätte sich der Rat, wenn es ihm nur um die Beitreibung der Summe zu tun gewesen wäre, aber wohl mit den Weinsbergschen Zahlungen zufrieden geben können. Er mochte aber fürchten, dass die Gebrüder Weinsberg am Ende doch imstande wären, ihren Verpflichtungen völlig nachzukommen, was nicht in seinem Interesse lag. Er gibt deshalb am 24. Juli 1458 dem Bürgermeister von Frankfurt, Heinrich Rohrbach, und dem Rechtsgelehrten Johann Ortenbeurg und seinem Diener Nikolaus Rüsch Vollmacht, Kapital und Zinsen einzuziehen und bei nicht pünktlicher Bezahlung die Konsequenzen des Vertrages von 1456 zu ziehen[2]). Dass es dem Rat in der Tat nicht um die Rückzahlung der Schuld, sondern um die Erwerbung der Goldmünze zu tun war, beweist auch die Tatsache, dass er am 5. Juli 1458 Peter Gatz 500 Gulden bezahlt und dieser ausdrücklich einwilligt, dass der Rat sich für diese Forderung aus dem an Peter Gatz verschriebenen Schlagschatz der Münzen zu Basel, Frankfurt und Nördlingen schadlos halte[3]). Im Grunde war dies nichts anderes als ein Aufkaufen Weinsbergscher Schulden.

Die Lichtmess 1458 fällige dritte Rate ihrer Schuld haben die Gebrüder Weinsberg nicht bezahlt, was den Rat von Basel veranlasste, die in dem Vertrage von 1455 angedrohten Massnahmen zur Anwendung zu bringen. Es ergibt sich dies aus einem Schreiben des Bischöflichen Offizial zu Basel an die Geschwister von Weinsberg und Conrad vom Stege vom 5. August 1458, in dem mitgeteilt wird, dass Bürgermeister und Rat von Basel wegen der immer noch ausstehenden Schuld ihn gebeten hätten, »inen nach innhalt der verschribung ze gonnen .... solich brieff über dye guldin münz wisende und ouch das münzrecht und dye usstanden schuld wer uns und mit unserm gericht und gewaltsamir ze kouffen und an sich ze ziehen«, dass er, der Offizial, aber »nach dem spruch des heilgen appostolen angesehen und betrachtet, das nymant zimlichen ist zů snell hant anzelegen,

1) Original Staatsarchiv, Münzakten F 1. Reg. Urkundenbuch VIII. S. 53.

2) Konzept Staatsarchiv, Missiven 9. S. 95. Reg. Urkundenbuch VIII. S. 55.

3) Notarialischer Eintrag auf den Pfandbrief Konrads von Weinsberg vom 3. Nov. 1439. Staatsarchiv. St. Urk. Nr. 1226. Auszug, Urkundenbuch VIII. S. 80, wo irrtümlich das Jahr 1459 angegeben ist.

sunder das dye, so dye sachen berurende, darzû billichen ze beruffende sind«, ihnen, den Geschwistern von Weinsberg, auf Dienstag nach Parifikatio einen Tag nach Basel gesetzt habe, an dem sie persönlich oder durch ihren Vertreter vor seinem Gericht erscheinen sollen, um von Bürgermeister und Rat jene Briefe um 1200 fl. Hauptguts, 60 fl. Zins »ouch kosten, so denselben burgermeister und reten, als sy meynent, noch unbezalt usstandent«, einzulösen »oder aber redliche ursachen ze sagen, warumb solichs nút beschehen soll«. Sollten sie aber nicht kommen oder hinreichende Gründe für die Säumnis der Schuld- und Zinszahlung nicht beibringen können, so werde er dem Verlangen des Rates von Basel stattgeben[1]. Es war demnach nur dem Entgegenkommen des bischöflichen Offizials zu danken, dass die Basler nicht sofort das gewünschte Ziel erreichten.

Die oben angekündigte Zusammenkunft hat dann zu einem Uebereinkommen geführt, das am 14. Dez. 1458 von Hans Truchsess von Baedersheim beurkundet wird[2]. Die Herren von Weinsberg und ihre Schwester verpflichten sich, die jährlichen Teilzahlungen von 200 fl. und 60 fl. Zins wieder aufzunehmen. Sollten sie aber nicht in der Lage sein, dies auch wirklich durchzuführen, so soll der Münzmeister Nachtrabe in Frankfurt a. M. und dessen Amtsnachfolger aus dem dortigen Schlagschatz jährlich 100 Gulden — zu jeder Frankfurter Messe 50 fl. — bis zur vollständigen Tilgung der Schuld bezahlen. Die hinterlegten Münzbriefe sollen auch ferner in Basel bleiben, so dass im Falle der Nichtbezahlung die Stadt sich an dem Unterpfand oder an allen andern Gütern und Leuten der Schuldner schadlos halten könne. Diesem Vertrag ist angefügt das Versprechen Nachtrabes, die festgesetzte Zahlung auch wirklich leisten zu wollen[3].

Eine Zeitlang scheint dann alles in Ordnung gewesen zu sein. Wiederholt quittierte Basel über Teilzahlungen von 50 Gulden[4]. Sehr bald aber sind diese ausgeblieben, denn nicht nur, dass keine Quittungen darüber vorhanden sind, sondern im Jahre 1468 hören wir plötzlich — nachdem für die Zwischenzeit Urkundliches nicht überliefert ist — dass Basel das durch die Jahrzehnte

1) Original Staatsarchiv St Urk. Nr. 1623. Reg.Urkundenbuch VIII. S. 64.

2) Original Staatsarchiv, Münzakten F 1. Reg. Urkundenbuch VIII. S. 66.

3) Original Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 1627 und 1626 Auszug und Reg. Urkundenbuch VIII. S. 66.

4) So quittiert der Rat am 31. März 1459 über 50 fl. und ausserdem über 25 fl.

hindurch mit zäher Ausdauer verfolgte Ziele erreicht hat: Philipp von Weinsberg überlässt für die Dauer von 6 Jahren der Stadt Basel die Münzpolizei über die Goldmünze zu Basel[1]). Ausdrücklich wird von Weinsberg betont, dass dies deshalb geschehe, weil er »den obgenanten von Basel ein erber summe zu thun und schuldig seind, davrurend von weylendt dem edeln herren Connradt herren zu Weinsperg etc., unnserem lieben herren und vater seliger gedechtniss, darumb wir alle franckfurtter mess schuldig und verbunden sein funfzig reinischer gulden zu bezalen. . . . .« Die Ausübung der Münzpolizei wird in die Form gekleidet, dass die Stadt Basel den »Wardyner« bestellt und dieser lediglich ihren Anweisungen zu folgen hat[2]). Der Münzmeister untersteht allein der Botmässigkeit des von der Stadt bestellten Wardiners. Bezahlt wird letzterer hingegen von Weinsberg.

Ferner erhält die Stadt innerhalb bestimmter Grenzen Verfügungsgewalt über den Schlagschatz. Aus seinen Erträgnissen soll zunächst der Wardiner bezahlt werden, sodann soll der Rat der Stadt die vertraglich festgelegten Abzahlungen ihm entnehmen; den etwa noch verbleibenden Rest soll der Rat an Weinsberg abführen. Für den Fall, dass der Schlagschatz nicht ausreiche, um der Stadt Forderungen zu begleichen, verpflichtet sich Weinsberg, das Fehlende hinzuzufügen.

Damit hatte die Stadt zunächst erreicht, was sie seit Jahr-

Kosten, die der Stadt aus den Streitigkeiten erwachsen waren. Weitere 50 Gulden werden am 8. Sept. 1459 bezahlt. (Konzepte der Quittungen Staatsarchiv, Missiven 9, S. 144a.)

1) Original Staatsarchiv St.Urk. Nr. 1842. Gedr. Urkundenbuch VIII. S. 249.

2) »das wir da den dickgemelten von Basel unnsern ganzen vollen gewalt und macht geben und empfolen haben, geben und emphelen ine auch die wissentlich in craft diets briefs, also das sie hinefüre die obgemelten sechs jare ane unnser stat und von unnser wegen einen fromen biderman zu einem wardyner kiesen und setzen mogend, ... und sollen ime die eysen und gewicht dazu gehorig zu seinen handen gegeben und also gehalden werden, wie oft ein werck gemonzt ist, das er darbey sein und das aufziehen sole und, so er das ane dem krayt und gewicht ime aufziehen recht gefunden hat und der wardyner daz fur gute gegeben hat, das dann Ludwig Geselle der monzmeister furer unverbunden sein, sunder solich gemonzt gelt alssdann aussgehen lassen als monzenrecht ist«.

zehnten erstrebt hatte. Zwar war sie auch jetzt noch nicht unmittelbare Pfandinhaberin der Goldmünze, aber doch übte sie nunmehr auf deren Betrieb den massgebenden Einfluss.

Leider ist uns für die nun einsetzende Entwicklung urkundliches Material nur in sehr geringem Umfange überliefert. Die weitere Geschichte der Basler Goldmünze und ihrer Beziehungen zur Stadt lassen sich deshalb im einzelnen nicht verfolgen. Wohl aber kann mit Bestimmtheit gesagt werden, dass der 1468 vertraglich festgelegte Einfluss Basels nicht allzu gross gewesen ist. Denn schon im Jahre 1469 hören wir, dass Philipp d. Ä. den Rat von Basel beauftragt, seinen Münzmeister künftig nach dem reduzierten Fusse der rheinischen Gulden — ich komme hierauf an anderer Stelle zurück — auch in Basel die Goldgulden schlagen zu lassen[1]. Und 23. Okt. 1472 heisst es in einem Schreiben Philipps an den Wardiner in Basel: Darumbe mit wolbedachtem mûte und rate so beveheln wir dir und heyssenn dich hiemit diesem unnserm offm brief ernstlichen gebietende ine craft desselbenn, das du den monzmeister hinefurt haldest also ime versuchen: ame kornn newnzehen halb krayt und nicht darunder und ame gewicht hundert und vier guldenn und ungeverlich ein ort oder ein halben guldenn mere und nicht daruber uf anderhalb kolnische margk geen lassest.« »Hirinne thus tu also unnser ernste meynung«[2]. Diese beiden Schreiben beleuchten die Situation treffend. Der zweite Brief verlangt denselben Münzfuss, den der erste drei Jahre früher auch schon vorgeschrieben hatte. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass der Rat von Basel, an den das erste Schreiben gerichtet war, dem Ersuchen um Reduzierung des Münzfusses nicht stattgegeben hat. Auf Grund des Vertrages von 1468 wird er sich geweigert haben, in eine Verringerung des Feingehaltes der Basler Goldgulden einzuwilligen. Philipp von Weinsberg musste sich damit wohl oder übel zufrieden geben. Als indessen der Schaden für ihn so gross wurde, dass er nicht einmal mehr die Abzahlungen aus dem Schlagschatz leisten konnte, negierte er den Vertrag und befahl unter Umgehung des Rates dem Wardiner, unverzüglich mit dem Feingehalt herunter zu gehen. Der Ton des Schreibens lässt erkennen, dass Weinsberg irgend welchen Einfluss von dritter Seite durchaus ablehnt.

1) Original Staatsarchiv. St.Urk. Nr. 1872. Gedr. Urkundenbuch VIII. S. 290.

2) Original Staatsarchiv. St.Urk. 1934. Gedr. Urkundenbuch VIII. S. [illegible]

Man könnte vermuten, dass Weinsberg in der Zwischenzeit die Schuld an Basel abgetragen habe und er deshalb seine frühere Selbständigkeit wieder erlangt hatte. Dem ist jedoch nicht so. Im Nov. 1469 bezahlte er 150 fl.; die hierüber ausgestellte Quittung lässt erkennen, dass er nunmehr noch 700 Gulden schuldig blieb [1]). Die nächste Abzahlung von 100 fl. erfolgte aber erst am 7. Nov. 1472 [2]), nachdem jene Aufforderung an den Basler Wardiner bereits ergangen war. Der Rat von Basel hat sich somit seines Einflusses auf die Münze begeben, obwohl er rechtlich imstande gewesen wäre, ihn auch weiterhin auszuüben. Von Einfluss sind hierbei wohl wieder die politischen Ereignisse der nächsten Jahre gewesen. Die Burgunderkriege, welche Basels Tatkraft in vollem Masse in Anspruch nahmen, mögen des Rates Aufmerksamkeit von der Guldenmünze abgelenkt haben. Auch liegt die Vermutung nahe, dass die geringe Höhe der noch ausstehenden Forderung — 600 fl. — ihn zu diesem Verhalten mit veranlasst hat. Da Philipp von Weinsberg seinen unabänderlichen Willen, die Münze der Familie zu erhalten, wiederholt kundgegeben hatte und er auch im übrigen seine einflussreiche Stellung dazu benutzte, des Rates Schritte zu durchkreuzen, wo er konnte, so musste diesem Manne gegenüber das Mittel einer Schuldforderung von 600 Gulden versagen. Im Notfalle, darüber wird sich der Rat im klaren gewesen sein, hätte der Domherr von Strassburg schliesslich auch diese Summe noch aufgebracht. Und da die Familie Weinsberg sich trotz ihrer zu Zeiten höchst verzweifelten finanziellen Lage ängstlich gehütet hatte, die bereitwilligst vom Rate gebotenen Mittel anzunehmen, so musste dieser schliesslich einsehen, dass sein Bemühen vergeblich war. Er hat fernerhin in der Verfolgung des alten Planes keine neuen Schritte mehr unternommen, wenigstens sagen uns die Quellen nichts darüber. Nur gelegentliche Quittungen über weitere Teilzahlungen erinnern an die Bestrebungen früherer Jahre [3]). Gar zu grosse Eile haben die von Weinsberg in der Glattstellung ihrer Schuld allerdings nicht bekundet. Ihr Münzmeister Ludwig Gesell bezahlt

1) Konzept Staatsarchiv, Missiven 12. 255. Reg. Urkundenbuch VIII. 290.

2) Konzept der Quittung Staatsarchiv, Missiven V 13. S. 167. Reg. Urkundenbuch VIII. S. 335.

3) Am 30. Jan. 1482 z. B. quittiert der Rat über 50 fl. (Staatsarchiv, Missiven 16. S. 107. Reg. Urkundenbuch S. 481.

am 12. Juli 1491 den letzten Rest; Rat und Bürgermeister bestätigen, dass besagter Münzmeister und seine Frau Verona ihnen beglichen haben »all und yegklich schulden, so von wegen« des Freiherrn Philipp von Weinsberg d. Ä. »uff sy gerechnet ist«[1]).

Aus dem folgenden Jahre ist uns dann eine Urkunde überliefert, die zeigt, dass von anderer Seite das Augenmerk auf die drei Reichsmünzen gerichtet wurde. Am 27. Sept. 1492 erlaubt nämlich Kaiser Friedrich III. dem König Maximilian, dass er »die freyheit, so die herren von Weinsberg von unsern vorfarn, uns und dem heiligen reiche in unsern und des heiligen reichs stetten Basel, Franckfort und Nördlingen guldin münz zů machen, haben, von den selben von Weinsperg an sich lősen und hinfůr in denselben stetten gebrauchen und darzu alle recht und gerechtigkeit haben sull und mug, so die vorbestympten von Weinsperg darzů gehapt und gebraucht haben«[2]).

Zu dieser Einlösung ist es aber nicht gekommen. Vermutlich hat König Maximilian die hierzu erforderliche Summe nicht aufbringen können. Die Münze blieb in Philipp von Weinsbergs Händen bis zu dessen im Jahre 1503 erfolgten Tode. Ich habe schon eingangs bemerkt, dass sie dann an den Grafen Eberhard von Königstein fiel, der im Jahre 1509 ihre Verlegung nach Augsburg bewirkte.

Aber auch des Rates von Basel Bestreben war schliesslich von Erfolg gekrönt. Am 10. Jan. 1516 verleiht Kaiser Maximilian der Stadt das Recht, goldene Münzen zu schlagen[3]). Damit hatte Basel endlich jenes Ziel erreicht, auf welches achtzig Jahre hindurch die Ratsherren dieser Stadt hingearbeitet hatten, oft unter Anwendung von Mitteln, die nicht immer als einwandfrei bezeichnet werden können.

Um zur Basler Stadtmünze zurückzukehren, erinnern wir uns, dass die fortdauernde Verschlechterung der rheinischen Gold-

1) Konzept Staatsarchiv, Missiven. Reg. Urkundenbuch VIII. S. 113.

2) Gleichzeitige Abschrift in der Reichsregistratur W. fol. 25 in Wien, *Lichnowsky* a. a. O. 8. Nr. 1848. Reg. Basler Urkundenbuch IX S. 124. Es könnte die Frage entstehen, ob nicht etwa auch hier Basel die Hand im Spiel gehabt hat. Ich glaube nicht, denn andernfalls wäre die Ausführung des Planes wohl kaum unterblieben.

3) Original Staatsarchiv Basel; St.Ur. Nr. 2732. Abschrift aus dem 18. Jahrhundert. Gr. W.B. fol. IIIv. Gedr. Urkundenbuch IX. S. 391.

gulden den Rappenmünzbund im Jahre 1406 veranlasst hatte, seine Prägungen bis auf weiteres einzustellen. Die rheinischen Gulden waren dann im Jahre 1417 auf 20 Karat, 1420 sogar auf 19 Karat gesunken. Dieser Fuss hat sich, von geringen, vorübergehenden Schwankungen abgesehen, bis über die Mitte des 15. Jahrhunderts hinaus gehalten. Es ist bekannt, dass der Einfluss Kaiser Sigismunds in dieser Beziehung von grosser Bedeutung gewesen ist. Durch die Gründung der Reichsmünzstätten und Verleihung des Rechts der Guldenprägung an eine Reihe von Städten wurde die Monopolstellung der rheinischen Kurfürsten erschüttert. Mochten sie sich anfangs auch gegen die ihnen unliebsame Konkurrenz wehren, schliesslich mussten sie doch zu der Einsicht kommen, dass ihr alter Einfluss nur dann zu halten sei, wenn sie dem Fusse ihrer Prägungen die im Interesse des zunehmenden Geldverkehrs unerlässliche Stabilität sicherten. Es braucht deshalb nicht Wunder zu nehmen, dass die unter Sigismund einsetzende gleichmässig gute Ausprägung der Gulden auch nach seinem Tode unter dem Druck der im wesentlichen von ihm, dem hervorragendsten Verfechter einer einheitlichen Reichsgoldwährung, geschaffenen Verhältnisse noch andauerte.

Das vom Rappenmünzbund im Jahre 1425 festgelegte Verhältnis von Gulden und Pfund: 1 Gulden = 1 Pfund hatte sich im Verkehr nicht lange gehalten. Sehr bald schon müssen 21, 22 und auch 23 Schillinge für den Gulden gegeben werden. Unseren früheren Tabellen (S. 1, 55 und 84) entsprechende, gleich ausführliche Fortsetzungen anzugliedern, lohnt nicht die Mühe, da die Schwankungen jetzt viel weniger gross sind wie damals, als der Gulden anfing, sich einzubürgern. Es wird genügen, gegen Schluss dieser Darstellung einen allgemeinen Ueberblick über das ganze 15. Jahrhundert zu geben. An dieser Stelle sei bemerkt, dass das Verhältnis zwischen Gulden und Pfund, das in den Jahren 1403—1425 gesetzlich, wie wir gesehen haben, 1 fl. = 1 lb. stand, im Verkehr zwischen 1 = 20 β und 1 fl. = 22 β schwankte. In den nächsten Jahren stieg der Gulden auf 23 β. Das Konzil brachte dann naturgemäss eine grosse Nachfrage nach Basler Silbermünze, so dass ihr Preis in die Höhe ging. Dies veranlasste das Konzil bekanntlich (S. 115), bei der Stadt Basel darauf zu bestehen, dass am Wechsel für den Gulden 23 β gegeben würden. Der Rat von Basel acceptierte dies, liess aber, wie aus dem Vertrage mit seinem Münzmeister Peter Gatz

hervorgeht, seine Blapharte entsprechend ausprägen. Dieses gesetzliche Verhältnis von 1 fl. = 23 β hat dann bis zum 8. Jahrzehnt des 15. Jahrh. unverändert fortbestanden, und zwar sowohl gesetzlich, wie auch im freien Verkehr. Im letzten Viertel des Jahrh. kam dann zeitweilig ein Kurs von 25 β auf, mit dem wir uns noch besonders zu beschäftigen haben werden.

Der Rappenmünzbund war inzwischen, nachdem das dem Vertrage von Ensisheim folgende Jahrzehnt im allgemeinen ruhig verlaufen war, einer schweren Krisis entgegengetrieben. Die Jahre 1440—1450 mit ihren politischen und kriegerischen Unruhen haben neben vielen andern Abmachungen zwischen Oesterreich und Basel auch die münzpolitischen Verträge ausser Wirksamkeit gesetzt.

Nach der blutigen Schlacht von St. Jakob, die durch das todesmutige Streiten der Eidgenossen, welche den aus kriegstaktischen Gründen hinter schützenden Mauern sich haltenden Baslern die Errettung aus schwerer Gefahr brachten, hatte sich der Führer des Armagnakenheeres, der Dauphin von Frankreich und spätere König Ludwig XI., zu dem sog. Ensisheimer Frieden vom 28. Okt. 1444 bequemt, der am 25. Nov. desselben Jahres in Basel öffentlich ausgerufen wurde. War Basel damit von einem gefährlichen Gegner befreit, so hatten anderseits gerade die letzten Ereignisse das an sich schon gespannte Verhältnis der Stadt zu dem umliegenden Adel, der zum grossen Teil offen für Oesterreich Partei genommen hatte, so ungünstig beeinflusst, dass für die Zukunft schwere Verwicklungen befürchtet werden mussten. Solange freilich die österreichisch gesinnten Nachbarn unter dem Druck der einst so ersehnten Gäste, der Armagnaken zu leiden hatten, brauchte Basel wenig zu fürchten[1]). Als aber im März des Jahres 1446 die Armagnaken das ganze Gebiet des Elsass geräumt hatten, konnte die offene Fehde jeden Tag ausbrechen. Und in der Tat kam es, nachdem Vermittlungsversuche des Basler Bischofs Friedrich ze Rhin erfolglos geblieben waren, zwischen Basel und Oesterreich zum Kriege, der von seiten Basels durch mehrere Handstreiche gegen die Besitzungen des umliegenden Adels eingeleitet wurde.

Was uns an Gang und Folgen der nun hereinbrechenden Kriegszeiten interessiert, ist dieses: Nach mehrfachen vergeblichen

1) Vgl. *August Bernoulli*, Basel im Kriege mit Oesterreich 1445—1449. 61. Neujahrsblatt, herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen. 1883.

Friedensversuchen wurde am 4. Juni 1446 durch den Konstanzer Vertrag zwischen Basel und den Eidgenossen einerseits und Oesterreich anderseits ein Waffenstillstand beschlossen, und zur Schlichtung der Streitigkeiten, welche den Krieg veranlasst hatten, ein Schiedsgericht eingesetzt, dessen endgültiger Entscheidung die Parteien sich unterwerfen wollten. Für die besonderen Streitigkeiten zwischen Basel und Oesterreich sollte ein Schiedsgericht entscheiden, zu dessen Obmann der Bischof von Basel ernannt wurde. Dieser sollte[1]) binnen einer Frist von 3 Monaten die Forderungen und Klagen beider Parteien anhören und eine gütliche Verständigung versuchen. Falls diese fehlschlüge, sollten innerhalb weiterer fünf Monate die vier Schiedsrichter ihre Gutachten abgeben; wenn auch diese nicht einig würden, sollte nach ferneren vier Monaten der Obmann über alle Streitpunkte einen endgültigen Schiedsspruch tun[2]). Der Bischof berief in Verfolg dieses Vertrages die Parteien nach Kolmar, wo er sechs Wochen hindurch vergeblich bemüht war, eine Verständigung herbeizuführen. Unverrichteter Sache kehrte er nach Basel zurück, um die Entscheidung des im Konstanzer Vertrage vorgesehenen Schiedsgerichts vorzubereiten. Des Bischofs Kanzler Wunnebald Heidelbeck, der beauftragt wurde, alle Streitpunkte der Gegner schriftlich festzulegen, verfasste eine 2000 Seiten umfassende Darstellung des ganzen Streites, die in der Folge eine der hervorragendsten Quellen für die Geschichte jener Jahre geworden ist und auch für den Münzhistoriker bisher nicht ediertes Material enthält[3]).

Auf Seite 24 dieser Darstellung heisst es in einer Klageschrift Oesterreichs: »Item die von Basel habend auch uber und wider den versigelten müntzbrieff die müntz verendret und abgesetzet anders denn der brief innhaltet«. Darauf antwortet Basel zunächst in einem kurzen Schriftsatz, in dem es betont, dass der Rat in Münzsachen nichts ohne die Zustimmung der Kontrahenten des Münzbriefes getan habe. Ferner bemerkt die Stadt, dass es von den neuen Ausprägungen keinen Nutzen, sondern nur Kosten gehabt habe. Im übrigen wäre es auch den übrigen Münzgenossen anheimgestellt worden, auf Basler Fuss zu münzen; sie hätten davon aber keinen Gebrauch gemacht. Auch Basel hätte es nur

1) *Bernoulli* a. a. O. S. 29 ff.

2) Original der Vertragsurkunde u. a. Staatsarchiv Basel. St.Urk. Nr. 1291. Gedr. Urkundenbuch VII. S. 69 ff.

3) Sog. »Colmarer Richtung«. Staatsarchiv Basel. Politisches D 2.

getan, um den Wünschen des Konzils und des Kaisers Sigismund zu entsprechen [1]). Darauf erwidert aber Oesterreich, dass zwar die drei Städte ihr Einverständnis zum Vorgehen Basels gegeben, indessen nicht die Herrschaft Oesterreich. Die Abänderung des Münzbriefes aber setze Einstimmigkeit voraus und deshalb bedeute das Vorgehen Basels Vertragsbruch. Der Herrschaft Oesterreich sei hierdurch grosser Schaden entstanden [2]). Basel nimmt diesen schweren Vorwurf Oesterreichs zum Anlass, um in einem längern Schriftsatz die Gründe vorzuführen, welche die Stadt im Jahre 1437 bestimmten, nach einem andern Fusse zu münzen. Ich bringe diesen Schriftsatz, der bisher nicht ediert ist, vollständig zum Abdruck. Er beleuchtet treffend jene Situation, die den Rat von Basel damals veranlasst hatte, unabhängig von seinen Münzgenossen eine Aenderung des im Vertrage von 1425 festgelegten Verhältnisses von Schrot und Korn eintreten zu lassen, und ist somit eine willkommene Ergänzung zu dem auf S. 115 wiedergegebenen Münzschriften des Konzils; auch sonst bringt

1) Colmarer Richtung II. S. 219.

2) »Item als die von Basel zů dem sechszehenden artikel unser herschafft clag von der verendrung und abseczung wegen der múncz wider den versigelten múnczbrief etc. antwurten, sy haben gemúnczt mit der wissen und willen die zů der múncz gehőren, als sy meinen, und den selben die wal geben, ob sy múnczen wolten, ouch von empfelchniss wegen des rőmischen kůnig in zitt des conciliums musten sy múnczen, ist unserer herschafft widerred, sy hoff, das sich mit warheit nit erfinden solle semlicher will der, die zů der múncz gehőren nach solicher empfelhniss des kúnigs, des zum rechten gnug sy, danne ob nů yemant solich sinen willen oder empfelhniss getőn hett on sonndern gunst willen und wissen unser herschafft obgenant, verstat menglich wol, das das derselben unser herschafft an der muncz, nach dem die herschafft der selben von dem heiligen rich als fursten belehnet sind und niemant denn inen am hochsten zuversprechen stat und zůgehőrt, unwillich bekrenkung oder abbruch daran brecht; und die von Basel haben sich in solichem nach dem verschribung und ordnung des múnczbriefs, des wir hie by den múnczbrief horen lasen, unbillich vergessen und durch ir misshanndlung des absaczes und verenderung der múncz diss land und unser herschafft lút zu grossem schaden damit gebracht und noch bringen, getrúwt unser herschafft, das inen das nach allen ergangen dingen und von rechts wegen nit gezimpt hab, sonnder sy dadurch der pen in der selben ordnung deshalp uffgeseczt vellig worden syent, und tund ouch dar umb billich kerung und wanndel als recht ist — Es folgt der Münzbrief von 1425 — (Colmarer Richtung II. S. 201).

er interessante Einzelheiten [1]. Basel entrüstet sich zunächst über den österreichischen Vorwurf des Vertragsbruchs, in Wirklichkeit

1) Item als der herschafft anwelte uff der von Basel antwurt, so si uff den XVI artickel in der herschafft clage, der da wiset, daz die von Basel den geswornen múnczbrieff úberfurn und die múncz abgeseczt haben sollen etc., getan hand, das si in solichem múczit verhandelt, haben, denne mit der wissen und willen die von der herschafft landen zů der múncz gewant sind, so habe die stat ouch inen die wale geben ze múnczen, sie woltent es aber nit tůn, in massen die statt gemúnczet hett mit swerem kosten und ane allen nucze und sunderlich von gebotts wegen wilent keiser Sigmunds seliger gedechtnússe etc., ir widerrede getan hand, solicher wille noch ouch des keisers seligen emphelhunge habe sich im rechten noch nit funden, denn der herschaft halp dazů nit willen geben sye, darumbe si getruwent, die von Basel sollend die pene in dem selben múnczbrieff begriffen verfallen sin etc. Daruff ist der von Basel nachrede, das, wie wol sie solicher obgemeldeten der herschafft clage durch ir gemeldeten antwurt billich emprosten sin sollent und mogent, als sie gott und dem rechten getruwen, syttenmale man aber die erber statt Basel, die ir zit in eren und wirden allewege harbracht hatt, umbillich understat ze schuldigend, das si ir gelupde oder eyde úbersehen habe an der múncze, die sie geendert und abgeseczt haben solle etc. wider den múnczbrieff, so si versigelt habe etc., sol man wissen, das man die statt in solicher schuldigunge gancz unrecht und ungůtlich tůt, denn sich solichs mit warheit niemer vinden mag; aber umbe das man by solicher hessiger schuldigunge, so die aber der herschafft von Österrich mit der unwarheit fúrgetragen hand, die der statt nit bessers gonnen, mergken moge, ob si úczit wissten, der statt ze ungelimphe zú zelegend, das inen das dhein boser wille beneme, und wo mit si die statt verleidigett mochten haben, das sy sich des gern flissen wolten, und umb das si solich sachen gegen den fúrsten swere und grúlich machen mogent, beschement sie sich nit inen die warheit ze verswigend und die unwarheit fúr zebringend. Und das es aber nit also sye als si fúrgeben hand, so ist zewissende, wie wol das sye, das nach des múnczbriefes ordenunge zů der zyt gemúnczet wúrde ein phund umb ein Rinischen guldin, so bestunde doch dieselbe werschafft nit lange, sunder sie nam abe, das man derselben múncz ein phund vier schilling umb ein guldin geben, ouch den guldin für I lb. IIII β besunder in kleinem geld nemen můste, als die selbs wol wissen, die solich clagen angeben hand. Da nů das heilig concilium und viel der lúten gen Basel kam, begunde der silberin múncz zer rinnen, das man ein gůte zit I lb. III β und I lb. II½ β umb I guldin nemen můst. Des beclagtent sich die herren vom heiligen concilio gegen wilent unserm gnedigesten herren keyser

seien die Anschuldigungen nichts als bewusste Verdrehungen der Wahrheit. Es vermeidet aber, auf die rechtlichen Einwände

Sigmund und schüffent an dem so vil, das sin gnade der statt gebot ze múnczen, und meintent aber die herren vom concilio, man solti I lb. IIII β für einen guldin múnczen, als si die werschafft des ersten funden hattent, dazů die statt antwurtet, solichs mochte noch hette man nit zetůnde ane der múnczgenossen wissen und willen, und umb das an der stat solichs nit erwúnde, wurdent alle die, so der múnczbrieff berůrend was, die noch in leben warent, gen Brisach und darnach gen Núwemburg beschriben, und wart da des keysers seligen meynung mit inen geredt, und gabent die von Basel denen von Brysach, Tann, Colmar und Fryburg die wale, das si múnczen, umb das man múncz umbe golt vinden möchte, die aber solichs nit tůn wolten, denn si durch den múnczmeister von Brisach wol underwiset wurden, das si an sölicher werschafft, als unser herre der keiser selige und das heilig concilium meintent, das man múnczen sölte, nit beston möchten, also hand sie denen von Basel erloubet ze múnczen, die ouch das vast ungern taten, denn si ouch wol marcktent, das si des dheinen nucz, sunder kosten haben můsten, denn das si unsers gnedigisten herren des keysers seligen gebotten dar inne gehorsam sin můsten und umb das man den vettern des heiligen conciliums, die strenglich daruff lagent, das man I lb. IIII β umb I guldin múnczen sölte, ouch ein genůgen tůn möchte, ward durch unsern gnedigisten herren den keiser seligen mit wissen und willen derselben herren vom concilio ein mittel troffen, das man zů den blappharten zů einer margk silbers sovil desterme zůsaczes nemen solt, das die múncz dester stercker und dennoch nach dem korn als gůt als vor, und I lb. III β umb I guldin geschlagen werden möchte, uff die werschaft ouch also gemúnczet worden ist mit willen und wissen der anderen der von Basel múncz genossen, denen die von Basal solichs lieber gegonnet hetten zetůnde. denn das si das taten und von gebottes wegen tůn můsten, und ist in solicher enderunge dehein absacze nach dem korn oder werschafft bescheen, sunder, als die uffgeseczt sind gegen den alten Basel blapharten, vindet sich das XXIIII nuw blaphart me denn vier stebler besser sind den XX der alten Basel blappart. So ist ouch in der cleinen múncze rappen und stebler gancz dehein enderunge beschehen noch ouch dheiner geschlagen, denn wie die vormals gewesen sind nach dem korn, also sind si ouch noch, und gestat ein blappart, so darnach geschlagen ist, als wol uff XII stebler als die, so vormals geschlagen sind, und umb das man mergken möge, das die von Basel darinn nit gemůtwillet haben, so hand si von solicher múncze nye pfenning zů schlegschacze genommen noch nemen wollen, umb das die werschafft dester gerechter bliben möchte, sunder si hand munczysen und versůchegelt darzů můssen bezalen und so vil kostens

Oesterreichs einzugehen, wiederholt vielmehr, dass die andern Kontrahenten ihr Einverständnis gegeben und von dem eingeräumten Recht, das gleiche zu tun, wie Basel, keinen Gebrauch gemacht hätten. Im übrigen begründet die Stadt ihr Verhalten mit der durch das Konzil gegebenen Sachlage. Im Münzbriefe von 1425 sei zwar beschlossen worden, das Pfund im Werte eines Guldens zu münzen, dies Verhältnis habe aber im Verkehr nicht lange bestanden, denn bald hätten 1 Pfund und 4 Schillinge für einen Gulden gegeben werden müssen, *vor allem in kleinem Geld*. Erst das Konzil habe hierin eine Aenderung herbeigeführt, indem die grosse Nachfrage nach Silbermünzen den Kurs gesteigert hätte. Hierüber, sagt der Schriftsatz weiter, beklagten die Teilnehmer des Konzils sich beim Kaiser Sigismund und verlangten von der Stadt, dass ihnen die Silbermünzen wieder zu dem Kurs, der vor dem Konzil bestand, gegeben würden. Basel

---

nach gezogen, da by menglich wol verstat, das si soliches múnczes lichter abgewesen werent, denn das si des grossen kosten und dheinen núcze gehept habent, und ist die stat allwege gestrackes daruff bliben, das dhein abesacze an der muncze beschee, denn hette si darin wellen gehellen, so woltent die andern ir múnczgenossen das verwilliget haben, das man die abgeseczt hette, umb das desterme zů schlegschacz vallen moͦchte. Menglich het ouch wol empfunden, wie boͦse werschafft die selben núwen plappart gewesen sind, denn der wenig me im lande, sunder umb golt uffkoufft und verfúrt sind, da dehein zwifel ist, hettent si nit úbergůte werschafft geton, si werent nit also verfúrt worden. So hett ouch die herschafft an der múncze in iren landen verrůfft und den núwen Basel blapharten iren gangk und werschafft gelassen, sind si do nit werschafft gesin, warumb hand si die denn nit ouch verrůfft. By dem allem man wol verstat, das der herschafft und den iren der múncze halp clagens nit not geton, sunder das si die erber statt Basel umbillich so swerlich geschuldiget hand, darumbe ir anwelte gott und dem rechten getruwent, si soͦllent solicher clage im rechten billich embrosten sin und inen soͦlle umb soliche schuldigunge wandel bekennt werden nach ir eren notdurft, das ouch solichs, als vor stat, nit one anderer der von Basel múnczgenossen gůtem willen und wissen beschehen sye, ziehent sich die von Basel uff die selben stette nemlich Brisach, Friburg und Colmar und begerent die mit recht zewisen ein warheit darumb zesagen. Solichs ouch daby verstentlich und merglich ist, das die selben sich da wider nye geseczt hand, denn soliche núwe múncze unwiderrede úberal fúr gůte werschafft, als sy ouch noch húttbitage ist, genommen und noch nement. (Staatsarchiv, Politisches D 2. Colmarer Richtung S. 770v.)

habe erklärt, ohne die Einwilligung seiner Münzgenossen nichts tun zu können. Nach einer Zusammenkunft in Breisach erst, die Basel ermächtigte, im Sinne des Konzils vorzugehen, habe die Stadt jene neue Münze geschlagen. Später sei dann mit dem Konzil ein Kompromiss zustande gekommen, nach welchem ein Verhältnis von 1 : 23 angenommen wurde. An dem Kleingeld habe man überhaupt keine Aenderung vorgenommen. Weiter führt Basel aus: Niemals haben wir von dieser Münze auch nur einen Pfennig Schlagschatz gehabt, sogar das Münzeisen und die Kontrollkosten haben wir selbst bezahlt; aber trotz grosser Zubusse hat die Stadt im Interesse des Geldwesen den Münzfuss immer aufrecht erhalten. Das allgemeine Publikum müsse auch eine besonders gute Meinung von den neuen Basler Blapharten gehabt haben, denn es habe sie aufgekauft und ausgeführt, so dass nur wenige mehr im Lande seien. Das wäre aber zweifellos nicht geschehen, wenn die Münze den übrigen an Feingehalt nachgestanden hätte. Den Trumpf endlich spielt Basel dadurch aus, dass es sagt, die Herrschaft Oesterreich habe die Basler Blapharte in ihrem Gebiet überhaupt nicht verrufen, sondern gern genommen; das sei doch ein Beweis für die Haltlosigkeit der österreichischen Anklagen.

Auf Grund dieses in der Colmarer Richtung niedergelegten Tatbestandes fällen dann die Zusatzleute der Stadt Basel: Heinrich von Bensheim, Andreas Ospernel und Eberhard von Hiltalingen im Okt. 1447 ihrerseits einen Spruch[1]), der in Bezug auf die Münzangelegenheit im wesentlichen ausführt, was die Vertreter Basels schon in Colmar bekundet hatten. Im übrigen stellen sie sich voll und ganz auf Basels Seite: »Harumbe bekennent wir, das die von Basel sölicher der herschafft clage im rechten entprosten sin söllent.«

Der endgültige Schiedsspruch zwischen Oesterreich und Basel kam aber aus Gründen, die aufzuzählen hier zu weit führen würde, erst am 14. Mai 1449 in Breisach zustande; Markgraf Jakob von Baden, der, als des Bischofs von Basel Vermittlungsversuche ergebnislos geblieben waren, sich in den Dienst der guten Sache gestellt hatte, brachte einen Vertrag zustande, der zur völligen Einigung zwischen Basel und Oesterreich führte[2]). In Bezug auf

1) Gleichzeitige Kopie Basler Staatsarchiv, Politisches D 1. Codex von 52 Blatt. Gedruckt Urkundenbuch VII. S. 214 ff.

2) Sog. Breisacher Richtung. Original Basler Staatsarchiv. St.Urk. Nr. 1405. Gedr. Urkundenbuch VII. S. 335.

die Münze fasst dieser Spruch sich sehr kurz, indem er sagt: »Item bede teile mögen sich understeen zu betragen, wie sie sich von múncz wegen furbassz gegen einander wollend halten.« Damit waren Oesterreich und Basel genötigt, von neuem eine vertragliche Grundlage für die münzpolitischen Verhältnisse zu schaffen.

Urkundliches über die nun folgenden Abmachungen zwischen Oesterreich und Basel ist uns nicht überliefert. Es muss aber eine Einigung sehr bald zustande gekommen sein, denn im Jahre 1450 schliessen die alten Kontrahenten des Rappenmünzbundes einen gemeinsamen, die Tarifierung der fremden Silbermünzen betreffenden Vertrag. Da letzterer irgend einen Hinweis auf die vorherigen Ereignisse nicht enthält, muss angenommen werden, dass Oesterreich die Rechtmässigkeit der Ausprägungen Basels anerkannt hat.

Jener Vertrag vom 16. Juli 1450[1]) sagt eingangs, dass die mancherlei fremden Münzen das Münzwesen des Bundes in Unordnung zu bringen drohten. Deshalb wurde beschlossen:

1. Item des ersten, das ein jeglicher, in dem zirckel des munczbrieffs begriffen nit mer geben noch nemen sollen, es sye an zinsen schulden kǒuffen und verkǒuffen, dene ein pfunt und zween schilling stebeler pfennige für einen guldin. Were aber das »yemant in dem selben zirckel des múnczbrieffs einen guldin oder mer kouffen wolt, es were an wehsseln oder sust, der sol und mag ein pfunt zwen schilling und vier stebeler pfennige darumb geben, ouch der wehsseler, wer der were, nit me darumb nemen noch nieman túrer noch hǒher kouffen noch verkouffen.

2. Item umb einen Mczblancken nit mer geben noch hǒher nemen denne zwenundzwenczig stebeler pfennig.

3. Item einen alten blaphart und einen Behemschen, die gút sint, yeglichen fur dryzehen stebler.

4. Item einen kruczblaphart oder einen Baseler blaphart yeglichen fur zwolf stebeler.

5. Item einen liechtstock blaphart fur zehen stebler.

6. Item einen Bernblaphart fúr nún stebeler.

7. Item die kleinen Bernerlin eins fur dry stebeler.

1) Gleichzeitige Kopie Stadtarchiv Freiburg i. B. Gedr. Urkundenbuch VII. S. 424. Vgl. *Cahn* a. a. O. S. 79. Eine die Konferenz in Neuenburg, auf welcher dieser Vertrag vorbereitet wurde, betreffende Notiz vom 24. April 1450 im Oeffnungsbuch II. p. 55.

8. Item die babst vierer oder quarten ein fur vierdhalben stebler und die sibner einen für siben stebler.

Weiter bestimmt der Vertrag, dass alle andern fremden Münzen zu einem dem Ermessen der Kontrahenten entsprechenden Wert genommen werden sollen. Würden aber irgend welche Münzen in grösserer Zahl umlaufen, so sollten diese später gemeinsam tarifiert werden.

Wollen wir zum Schluss über den Münzstreit zwischen Oesterreich und Basel zu einem Urteil kommen, so kann dieses auf Grund sorgfältigster Studien des umfangreichen Materials nur dahin lauten, dass die Anklagen Oesterreichs in der Tat der Unterlagen entbehrten. Niemals hat Basel sein Münzwesen so uneigennützig in den Dienst des Gemeinwohls gestellt, wie zur Zeit des Konzils. Im IV. Abschnitt der vorliegenden Untersuchung ist nachgewiesen, dass Basel in jener Zeit tatsächlich keine Einnahmen aus der Münze gehabt hat. Der Rat von Basel liess sich allein von dem Bestreben leiten, dem durch das Konzil mit einem Schlage auf völlig andere Basis gestellten Wirtschaftsleben der Stadt durch eine gesunde Münzpolitik die notwendige Stabilität zu geben. Die klugen Ratsherren mochten einsehen, dass hierbei auch das Interesse von Stadt und Bürgerschaft am besten fahre; der Verzicht auf irgendwelchen Schlagschatz wurde durch die Vorteile eines geordneten Wirtschaftslebens, das nun eben ohne gute Münze nicht zu erreichen war, mehr als ausgeglichen. Hätte Basel tatsächlich im Sinne der österreichischen Klagen verfahren, so wäre der grösste Schaden hieraus der Stadt selbst erwachsen. Die Basler aber waren schon damals zu gesunde Realpolitiker, um sich des vorübergehenden Vorteils zuliebe auf eine Politik einzulassen, die ihnen am letzten Ende doch gefährlich werden konnte. Kurzum, nicht nur das überlieferte Material, sondern auch die allgemeine Konstellation zwingt zu dem Schluss, dass im Münzstreit zwischen Basel und Oesterreich das Recht auf der Seite Basels lag. Dafür spricht schliesslich auch, dass bei der im Schiedsspruch vorgesehenen Neuregelung des Münzwesens der neue Zustand einfach acceptiert wurde.

7. Basel und der Rappenmünzbund bis zum Colmarer Vertrag vom 30. Oktober 1480.

Herzog Albrecht VI. gab sich mit dem zwischen ihm und Basel getroffenen Münzübereinkommen nur für wenige Jahre zu-

frieden. Für ihn waren bei der Regelung des Münzwesen denn doch andere Gesichtspunkte massgebend, als sie den übrigen Mitgliedern des Rappenmünzbundes vorschwebten. Er betrachtete das Münzrecht in erster Linie als Einnahmequelle, und in dieser Beziehung hinderte ihn die konservative Politik der Genossenschaft an der nötigen Bewegungsfreiheit. Er versuchte deshalb, von dieser lästigen Fessel loszukommen, und leitete eine selbständige Münzpolitik, zu der er sich entschlossen hatte, damit ein, dass er im Jahre 1458 in Freiburg im Breisgau und in Rottenburg am Neckar einen herzoglichen Münzmeister anstellte, der nach von ihm bestimmtem Münzfusse Blapharte und Pfennige, aber auch $18^1/_2$ karätige Gulden schlagen sollte.

Gegen dieses eigenmächtige Vorgehen wehrten sich die Münzgenossen jedoch bis zum äussersten; vor allem nahm Basel die Leitung einer energischen Gegenaktion sofort in die Hand. Herzog Albrecht gab aber erst nach, als ihm gedroht wurde, dass man seine Münzen im gesamten Gebiet des bisherigen Münzbundes verrufen würde; er musste einsehen, dass er angesichts dieses unbeugsamen Widerstandes seinen ursprünglichen Plan nicht durchführen konnte. Auch dieser Zwischenfall war somit glücklich aus der Welt geschafft[1]). Aus dem Jahre 1458 haben wir den Bericht über einen Münzversuch, den das in Geldsachen immer misstrauische Basel vorgenommen hatte. Er ist niedergeschrieben im kleinen Weissbuch fol. 161; sein Inhalt zeigt, dass die Kontrahenten des Rappenmünzbundes doch nicht auf völlig gleichem Fusse ausgeprägt hatten; die Abweichungen sind aber so gering, dass sie nicht sonderlich ins Gewicht fallen[2]). Am besten stand Col-

1) Ausführliches über diesen Streit bei *Cahn* S. 80 ff.; mit Rücksicht auf dessen eingehende Darlegung hier nur angedeutet.

2) »Von der muntze wegen ist versuchung bescheen durch meister Heinrichen zer Stralen uff fritag vor phingsten Anno etc. LVIII, und vindent sich am korn, als her nach geschriben stat.

Item Basel rappen halten eyn marg fyne, uß dem füre gekumet VIII lot minder eyn quinty und eyn vierteil eyns quinty, das ist VII$^1/_2$ lot und III vierteil eyns quinty minder denn VIII lot.

Item Friburger rappen halten eyn marg fyne, uß dem füre VII lot und drú quinty, das ist eyn vierteil eyns quinty schwecher denn Basel rappen. Item Brisacher rappen haben eyn marg fyne, uß dem füre VII$^1/_2$ lot eyn quinty, ist glich den rappen von Friburg.

Item Tanner rappen halten eyn marg fyne, uß dem fure ouch VII$^1/_2$ lot eyn quinty.

mar, während Basel an zweiter Stelle folgte[1]).

Zu einer allgemeinen Neuregelung des Münzwesens kam es zunächst im Jahre 1462. Jenes alte Uebel, auf das ja Basel auch in seiner Verteidigungsschrift im Streit mit Oesterreich hingewiesen hatte, machte sich in steigendem Masse geltend: Die verhaltnismässig gute Münze wurde trotz aller Vorsichtsmassregeln ausgeführt und eingeschmolzen. Deshalb kam nach mehrfachen Vorverhandlungen am 7. April 1462 ein Vertrag zustande, welcher diesen Verhältnissen Rechnung trug[2]).

Der Vertrag konstatiert eingangs, dass lediglich Basel eine neue Steblermünze ausgeben soll; »nochdem wir dann alle obgenanten jetz zemol ze múnzen nit gerůstet«. Basel mit seinem grossen Geldverkehr war eben an dieser Neuausprägung besonders interessiert. Ueber den Fuss der neuen Münze heisst es dann in der Urkunde »Nachdem und vormols die stebler múnze noch diser werunge zů swer gewesen, das sie dann die ringern und von einem marck silbers ein lott silbers dannen und ein lott kupfers dartůn und darnach uss einem lott zem schrott sechzig und sechs heilbling machen . Von diesem neuen Hälbing gingen somit auf die rauhe Mark 1056; er wog 0,221 gr und hatte einen Feingehalt von 0,097 gr, was gegen den seitherigen Basler Pfennig eine Verschlechterung um 22,3 % bedeutet.

Basel muss sich ferner verpflichten, keine der bisher ausgegebenen Münzen einzuschmelzen; auch wird besonders konstatiert, dass, abgesehen von der durch diesen Vertrag konstatierten Neuerung, an dem alten Uebereinkommen nichts geändert werden soll.

Item Colmar rappen halten eyn marg fyne, uß dem füre VIII lod, das ist eyns quinty beszer denn die rappen von Friburg, Brisach und Tann und III vierteil eyns quinty beßer denn Baselrappen.«

1) Wir haben in Basel verhältnismässig viele solcher Münzversuche; der Rat dieser Stadt brachte den Ausprägungen seiner Münzgenossen immer ein gewisses Misstrauen entgegen und vergewisserte sich deshalb ziemlich häufig, ob die Abmachungen auch wirklich eingehalten würden. Dadurch sind wir in der glücklichen Lage, prüfen zu können, ob die Vorschriften der Münzmandate mit den Ausprägungen übereinstimmen; der Numismatiker muss diesen Münzversuchen deshalb besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die wichtigsten der aus der Periode 1460—1480 stammenden, bisher nicht edierten Protokolle über Münzversuche bringe ich im folgenden zum Abdruck; nur ihnen verdanken wir die Einsicht in die tatsächlichen Ausprägungen jener Jahre.

2) Gleichzeitige Abschrift H.H. (Münzwesen) im Stadtarchiv Colmar. (3.) Gedr. Urkundenbuch VIII. S. 147. Vgl. *Cahn* S. 84 ff.

Kaum war aber dieser Vertrag unter Dach und Fach, als Basel schon mit einem neuen Anliegen an die Münzgenossen herantritt. Aufklärung gibt ein Anstellungsvertrag vom 29. Okt. 1462 mit dem Münzmeister Ludwig Gesell von Zürich, dem uns schon bekannten Münzmeister Weinsbergs [1]). Gesell wird beauftragt, eine neue Münze zu schlagen, sog. Vierer: »zweyling von rappen, die man nempt vierer«. Ueber Schrot und Korn sagt die Urkunde: »dem ist also, dz er munzen sol uff ein vyn korn, das uff zwölff pfenninge geseczt ist, der selben korn zwey gelich gebrennt und gemacht sint, der eyns hinder uns und das ander hinder dem benanten múnzmeister sin sőllent und bliben mit der gezeichneten marg gewicht, daruff man munzen sol. Und sol ouch der munzmeister das silber vyn nach dem vynen korn und der gezeichneten marg gewicht wider uszher anttwurten und geben, nemlich sol er dieselben vierer zem halben schlagen, uff eyn lot sibenzehen und ein halben vierer. Das tůt uf zwey lot dryssig und fůnff vierer an dem uffzug; die selben zwey lot sollent eyn vyne lot silbers wider usz dem fúre bringen. Und sollent derselben vierer eyner zwene rappen oder vier stebler gelten und sechzig und nún vierer eynen guldin.« Die Vierer wogen demnach 0,836 gr und hielten $^{500}/_{1000}$ fein; da ihrer 69 einem Gulden gleichstehen sollten, wurde auch hier wieder der alte während des Konzils eingeführte Kurs festgehalten: 1 fl : 23 β.

In dieser Urkunde hören wir zum ersten Male wieder etwas von einem Schlagschatz; der Münzmeister soll von jeder vermünzten Mark zwei Schilling oder sechs Vierer in die Stadtkasse abführen. Auch von einem besonderen Wardiner ist wieder die Rede, ebenso von den Dreien, »so von unserm răte dazu geordnet sind«, »nemlich Heinrich Isenlin, Conrat Zeller und Peter Wolffer«. Auch die Vorschrift, dass diese drei Ratsherrn die »munzysen« in Verwahrung nehmen und nur zu jedesmaligem Gebrauch herausgeben sollen, findet sich wieder.

Diese neuen Vierer hat übrigens nur Basel geschlagen, dessen Geldverkehr eben ganz andere Anforderungen an das Münzwesen stellte, wie derjenige seiner Münzgenossen. Weiterhin hat Basel mit diesem Vierer mannigfach experimentiert, indem es ihn im Schrot sehr verschieden herausbrachte. Nach *Hanauer* (II. S. 409) gingen 1466 schon 286, 1472: 288 und 1474: 290

1) Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. 1752. Konzept Spruchbuch fol. 23. 24. Gedr. Urkundenbuch VIII. S. 155. *Hanauer* I. S. 409; *Cahn* S. 85.

auf die Mark. Das ist aber nicht ganz richtig, denn tatsächlich gingen schon 1471 290 Vierer auf die Mark, wie aus einem Eintrag in das kleine Weissbuch fol. 160v hervorgeht. Es heisst dort, dass gelegentlich eines Münztages in Ensisheim vom 4. Dez. 1471, auf den ich weiter unten zu sprechen komme, ein Münzversuch vorgenommen worden sei. Das Ergebnis für den Basler Vierer lautet: »Item Basel vierer gond zweyhundert núntzig uff eyn margk, geben uss dem fure 1 margk VIII lot fyn silbers, tunt in gelt IV$^1/_2$ lb. VI β VIII ₰«[1]). Für die von *Hanauer* richtig angegebene Zahl aus dem Jahre 1466 findet sich der Beleg ebenfalls im kleinen Weissbuch; fol. 161v heisst es dort über einen Münzversuch vom 17. Juli 1466:

»Item der nuwen vierer gand uff eyn marg II^{C}LXXXVI fierer, die tund an golde VIII guldin, VI β VIII ₰; und als der muntzmeister die fyne marg fur VII$^1/_2$ guldin und davon zu schleg-schatz und vom silberkouff III β git, so bliben im noch fur XV β II ₰ von zweyn marken ussgewerkt[2]).«

---

1) Vgl. *Schönberg*, S. 123, Anmerkg. 1.

2) Der ganze bisher nicht edierte Münzversuch hat folgenden Wortlaut:

Aber eyn versuchen der muntzen hernach beschriben getan uff donerstag vor Mariemagdalene anno etc. LXVI°.

Item die nuwen Etsch krutzer sint versucht und gand der II^c und XX uff eyn marg, die gyt usz dem fúr VII$^1/_2$ lot fyns silbers und, so man der eynen nympt fur funff stebler so tund die II^{c}XX krutzer IIII gulden minus IIII d. I lb. III β fur einen gulden, also tut eyn geschickte marg gemuntzet VIII gulden X β. VIII d. und also wirt die fyne marg in der muntze der krutzern eynen fur V d. ze nemen genomen fur I lb. II β II d. turer denn fur VII$^1/_2$ gulden, als sy koufft wirt, und so man zwen krutzer fur IX d. nympt, so tut eyn fyne marg dennoch gemunczet VII$^1/_2$ gulden VI β., die VI β sint verlust.

Bern blaphart

Item CIIII Bern blaphart wegent eyn marg und haltent fyne usz dem fure VII lot, und so man eynen fur X d. nympt, so tut eyn geschickte marg IX lb. XIIII β VIII d. und in golde VIII gulden X β VIII d. und so man eynen fur IX d. nympt, so tut die fyne marg VII gulden XVI β IIII d., dennocht were an der fynen marg verlust V β minus II d.

Die Welschen blanken

Item LXXXII blancken allerley schlages wegent eyn marg und haltent an dem korn fyn usz dem fure V$^1/_2$ lot und $^1/_2$ quintet, so man der eynen fur X d. nympt, so tut eyn fyne marg in gelt IX lb. X β I d. und in golde VIII gulden VI β I d., und ist verlust an eynen

Das Verhältnis von Schrot und Korn blieb aber $^{500}/_{1000}$. Gewicht und Feingehalt gestalten sich demnach so:

Jahr	Gewicht	Feingehalt
1462	0,836 gr.	0,418 gr.
1466	0,820 »	0,410
1471	0,808 »	0,404

Ende des Jahres 1472 kam mit Ludwig Gesell ein neuer Vertrag zustande[1]), der 288 Vierer auf die Mark vorsieht: »und uff den uffzug nit me denn uff ein lot achtzehen gon sollent ungevarlich.« Diese Vierer wogen demnach 0,814 gr und hatten 0,407 gr fein. Der Vertrag bringt übrigens bezüglich des Schlagschatzes wieder eine Neuerung, denn es wird von Gesell eine bestimmte Summe (400 lb.) für das Jahr gefordert. Ein dritter Anstellungsvertrag ist uns aus dem Jahre 1477 überliefert[2]). Die Fassung

1) Original Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 1938 und Nr. 1939. Gedr. Urkundenbuch VIII. S. 336.

2) Im Jahre 1470 (ca. 20. Juni) hatte wieder ein Münzversuch stattgefunden, über den fol. 162 des kl. Weissbuches berichtet wird:

»Item die krutzer haltend die marg fyn usz dem fure VII lot III quinti, tut an gelt den gulden fur I lb. III β IIII d. gerechnet VIII gulden VI β VI d. eynen fur V d. gerechnet und zwen krutzer fur IX d. und die fyn marg fur VII$^{1}/_{2}$ gulden gerechnet, tut die marg VII gulden II β IX d.

Item Bern plapphart halten an fynem korn VII$^{1}/_{2}$ lot, tut an gelt eyn fur X d. gerechnet und XXVIII fur eyn gulden, tut die fyn marg VIII gulden IIII β VIII d. Nun der Bern plappart fur IX d. gerechnet und die fyn marg fur VII$^{1}/_{2}$ gulden, tut VII gulden III β IIII d.

Item die Welschen plancken allerley slag haltent an fynem korn

fynen marg XVII β VII d., und so man eynen fur IX d. nympt, so ist dennoch verlust II β V d. und fur VIII d. eynen ze nemen, tut die fyne marg VII gulden II β.

Die Bernbotzlin

Item dry Bernbotzlin fur X d., genommen tut eyn, fyne marg IX gulden II β II und wirt die muntz XXXVI β VIII d. turer genomen, denn sy wert ist an der marg, denn die marg haltet fyne usz dem fure V lot und gand XV botzlin uff eyn lot.

Die nuwen Basel vierer

Item der nuwen vierer gand uff eyn marg II CLXXXVI fierer, die tund an golde VIII gulden VI β VIII d. und, als der muntzmeister, die fyne marg fur VII$^{1}/_{2}$ gulden und davon zu schlegschatz und vom silberkouff III β git, so bliben im noch fúr XV β II d. von zweyn marken uszgewerkt.

bietet nichts Bemerkenswertes; der Fuss der Vierer ist wieder 288 auf die Mark, ausgeprägt zu $^{500}/_{1000}$. Der Schlagschatz ist auf 100 lb. herabgesetzt [1]).

Inzwischen war das Münzwesen des Bundes wieder durch politische Ereignisse in Mitleidenschaft gezogen worden. Der immer geldbedürftige Herzog Sigismund hatte im Jahre 1469 die Grafschaft Pfirt und die Landgrafschaft Oberelsass nebst den vier Waldstädten Waldshut, Laufenburg, Rheinfelden und Säckingen samt dem Schwarzwald und Breisach an Karl den Kühnen, Herzog von Burgund, für 50000 Gulden verpfändet [2]). Dieser ergriff von den Pfandlanden sofort Besitz und bestellte zu seinem Landvogt den berüchtigten Peter von Hagenbach, der seine Tätigkeit zu einem wahren Schreckensregiment gestaltete.

Bedrohlich war diese neue Nachbarschaft namentlich für Basel, dem Peter von Hagenbach mit ausgesprochenen Annektionsabsichten begegnete. Die Stadt war deshalb bestrebt, sich für alle Fälle Bundesgenossen zu sichern. Nach langwierigen Verhandlungen kam zunächst ein Bündnis mit den Städten Strassburg, Kolmar und Schlettstadt (die sog. »Niedere Vereinigung«) zustande, dem sich später auch die Bischöfe von Basel und Strass-

V$^1/_2$ lot $^1/_2$ quinti, tut an gelt eyn fur X d. und XXVIII fur eynen gulden, VIII gulden XVII β. Nun den plancken gerechnet fur IX d. und die fyn marg fur VII$^1/_2$ gulden gerechnet, tut VII gulden XI β II d.

Item Berner dryer, Soloturner und Friburger III fur eyn Berner plappart gerechnet, haltet die marg fyn usz dem fure V lot, denn alleyn Berner halt eyn quinti mynder, und macht man usz eyner fynen marg gelts IX gulden XIX β III d. die marg gerechnet fur VII$^1/_2$ gulden und eyn dryer fur I rappen gerechnet tut VI gulden X β IX d.

Item Basel vierer haltent VIII lot fyn usz dem fure und I gulden gerechnet fur I lb. III β IIII d. tut, die fyn marg an gelt VIII gulden VII β IIII d., und wem der múntzmeister gitt fur eyn fyn marg VII$^1/_2$ gulden, wirt dem muntzmeister fur sin arbeit kost uud slegschatz fur II geschickt marg XVIII β X d.

Item die Sophoyer kartter haltent fyn usz dem fure die marg IIII lot I quinti, und macht man usz eyner fynen marg gelts VIII gulden XX β VIII d. und gerechnet eyn kartt fur II d. und die marg fur VII$^1/_2$ gulden, tut VI gulden minus I β«.

1) Originale Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 2025 und Nr. 2026.

2) Vgl. *August Bernoulli*, Basels Anteil am Burgunderkriege I—III. 76.—78. Neujahrsblatt 1898—1900. Ferner *Heinrich Witte*, Zur Geschichte der Burgunderkriege Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. N. F. I—X.

burg samt allen Reichsstädten im Elsass anschlossen. Nachdem inzwischen — Ende März 1474 — zu Konstanz auch Oesterreich und die Eidgenossen eine »ewige Richtung« abgeschlossen hatten, durch welche die alten Streitigkeiten endgültig beigelegt wurden, kam kurz darauf ein zehnjähriges Bündnis zwischen der Eidgenossenschaft und der Niedern Vereinigung zustande, dem wenige Tage später, am 4. April, auch Herzog Sigismund beitrat. Gestützt auf diese Bundesgenossen, kündete Sigismund am 6. April dem Herzog von Burgund den Pfandvertrag unter der Mitteilung, dass die Pfandsumme, welche inzwischen auf 90000 fl. gestiegen war, in Basel zu seiner Verfügung stehe und er, Sigismund, die verpfändeten Gebiete sofort wieder in Besitz zu nehmen gedenke. Wenige Tage nach dieser Kündigung, am Ostermontag (11. April) machte in Breisach ein Aufstand der burgundischen Herrschaft ein Ende. Hagenbach wurde gefangen genommen und von einem Gerichtshof, dessen Zusammensetzung und Verfahren später sehr kritisch beurteilt worden ist, am 7. Mai nach zwölfstündiger Verhandlung wegen Landesverrats und Mordes zum Tode verurteilt und noch am selben Tage unter dem Jubel der ganzen Bevölkerung hingerichtet. Damit war tatsächlich der Krieg erklärt, und als am 22. April die Absendung des Fehdebriefes an Herzog Karl erfolgte, war in Wirklichkeit der für Basel so ruhmreiche »Burgunderkrieg« schon in vollem Gange.

Doch damit sind wir den Tatsachen vorausgeeilt. Peter von Hagenbach, als Landvogt des Herzogs von Burgund, hatte sich ursprünglich dem Rappenmünzbund angeschlossen, so dass dessen Existenz durch die neuen Verhältnisse zunächst nicht gefährdet wurde. Er berief sogar eine Zusammenkunft nach Breisach, um die schwebenden Münzfragen zu besprechen. Auch den schon erwähnten, auf dem am 4. Dez. 1471 in Ensisheim abgehaltenen Münztag vorgenommenen Münzversuch hat Hagenbach veranlasst [1].

1) Der noch nicht edierte Münzversuch (kl. weisses Buch Fol. 160v.) ist von allgemeinem Interesse; er hat folgenden Wortlaut:

Item Basel vierer gond zweiyhundert nüntzig uff eyn margk, geben usz dem fure I margk VIII lot fyn silbers, tunt in gelt IV½ lb. VI ß VIII st.

Item die Etsch crutzer, deren gond zweyhundert vier und zwentzig uff eyn margk, die geben usz dem fure VII½ lot minus ½ quinti fyn silbers, tund in gelt IV½ lb. IIII ß III st.

Item Franckenricher, Saphoyer und Losener blancken gond LXXXII

Ferner verpflichtete er sich in Ensisheim, auf Abstellung der Schäden des Münzwesens in seines Herrn Landen hinzuwirken. Im übrigen wurde auf den Münztag beschlossen, dass Basel das Recht haben sollte, 500 Mk. feinen Silbers zu Hälblingen zu vermünzen. Ferner wird Basel beauftragt, aus zwei oder drei Mark Proberappen zu schlagen und sie den Münzgenossen zuzustellen. Alles weitere soll einer späteren Zusammenkunft vorbehalten bleiben [1]).

uff eyn margk geben usz dem fure VI lot minus I quinti fyn silbers, tund in gelt III lb. VIII β IIII st.

Item Burgundier blancken durch eyn ander gont LXXXIIII uff eyn marck, die geben usz dem fure VI lot I quinti fyn silbers, tund in gelt III½ lb. st.

Item Berner, Friburger und Soloturner drigerly, deren dru fur iren plapphart eyn gond, deren gond uff die margk zweyhundert syben und drissig, die geben usz dem fure V lot fyn silbers, tund in gelt III lb. V β X st.

Item Friburger, Berner Soloturner plapphart gond hundert und vier uff eyn margk, die geben usz dem fure VII½ lot fyn silbers, tund in gelt IIII lb. VI β VIII st.

1) Der nicht edierte Abschied von Ensisheim, als das letzte offizielle Schriftstück der Münzgenossen vor den Burgunderkriegen folgt hier wörtlich. Der auf Seite 150 abgedruckte Münzversuch ist ihm im Anhang beigegeben. Niedergeschrieben ist der Münzabschied im kleinen Weissbuch fol. 160v. Fortsetzung fol. 162. Dazwischen stehen die Münzversuche von 1458 u. 1466. Gleichzeitige Abschrift Münzakten G. 2.

Abscheidt der müntzen halb zu Ensiszhein bescheen uff mitwuch nach sannt Andrestag anno etc. LXXI°.

Zu wissen als myns gnedigsten herren von Burgundien landtvogt und rete mit sampt der statt Basel, Friburg, Colmer und Brisach erber und treffenliche ratsbotten als muntzgenossen zu Ensiszhein uff eynen tag by einander versamlet gewesen sint und eyn underrede von der müntz wegen gehept hand, ist dis der abscheid, daz die sachen und der gebreste der muntze unverzogenlich sol an mynen gnedigsten herren von Burgunden bracht werden. Und in der selben zyt so sollent und mogent die von Basel funffhundert margk fyn silber, das wirt tusent margk gemischet, zu helblingen slahen uff das korn und den uffzug mit allen dingen glicher wise und in aller masz, wie sy die helbling hievor ouch geslagen und gemuntzet hand. Desglichen so sollent sy machen und slahen zwo oder dry margk zu rappen pfenning als zu eynem muster und yeglichem teil der muntzgenossen deren eyn halbe marck zu besehen zu schicken bisz uff eynen andern tag, so harnach gesetzt wirt, do dann von der selben rappen und der andern fromden muntz wegen uff

Zu einer solchen kam es aber vorläufig nicht mehr; denn Peter von Hagenbach ging künftig seine eigenen Wege. Erst nachdem durch seine gewaltsame Beseitigung und den Ausbruch des Krieges die Wiedereinsetzung österreichischer Verwaltung in den von Karl dem Kühnen gepfändeten Ländern möglich war, nahm, umtost von den Stürmen des Krieges, der Münzbund seine Tätigkeit wieder auf. Wir hören zuerst wieder von ihm im Jahre 1475; am 13. Febr. wird ein Tag nach Neuenburg einberufen, um gegen das Eindringen fremder, die Ausfuhr eigener Münzen und die Verschlechterung der Gulden Stellung zu nehmen. Das Basler Staatsarchiv besitzt kein auf diese Zusammenkunft bezügliches Material. Wie *Cahn* mitteilt (S. 89), befindet sich ein Protokoll der Sitzung im Freiburger Stadtarchiv. Zu irgend welchen Massnahmen ist es in Neuenburg nicht gekommen. Auch ein im folgenden Jahre, 7. Juni 1476, abgehaltener Tag, über den das Basler Archiv sich gleichfalls ausschweigt, hatte keinen Erfolg, nur beschloss man, für den Gulden künftig nicht mehr als 23 β zu geben; ich habe schon darauf hingewiesen, dass um diese Zeit im Verkehr wieder mehr bezahlt werden musste[1]).

eynen beschlusz gerett werden sol, des den muntzgenossen allen abscheid in glicher form geben sint uff mitwuch nehst nach sannt Andres tag apostoli anno etc. LXXI°.

1) Im Anschluss hieran möge noch ein im Jahre 1470 erfolgter Guldenmünzversuch Platz finden. Kleines Weissbuch, fol. 162v.

Von der vier kurfursten gulden eyn versuchen circa nativitatis Johannis Baptiste LXXmo.

Item die Kollschen gulden haltent XVIII krat IIII gren,

Item die Bacheracher gulden haltent XVIII krat IIII gren.

Item die Mentzer gulden haltent XVIII krat IIII gren.

Item die Franckfurter gulden haltent XVIII krat VII gren.

Item des keisers gulden.

Item des keisers gulden mit den zweyn koppfen haltent XVIII krat minus III gren.

Item des keisers gulden mit den vier lannden haltent XVII krat VII gren.

Item des keisers gulden mit dem oppfel haltent XVII krat IX gren.

Hertzog Ludwigs gulden.

Item hertzog Ludwigs gulden mit den dryen schilten haltent XVII krat I gren.

Item hertzog Ludwigs gulden mit dem mann haltent XVI krat V gren.

Recht unangenehme Erfahrungen hatte inzwischen — Ende des Jahres 1474 — Basel mit seinem Münzmeister Gesell gemacht. Ludwig Gesell und Balthasar Hutschy, letzterer Wechsler und Wardiner der Goldmünze, hatten in Verbindung mit anderen angesehenen Bürgern der Stadt in grossem Umfange Münzbetrügereien verübt. Diese Affäre, die viel Staub aufwirbelte und den Rat lange beschäftigt hat, ist von *Wilhelm Vischer* und *Heinrich Boos* in den »Basler Chroniken« an der Hand der Quellen ausführlich dargestellt worden, so dass ich mich darauf beschränken kann, auf jene Untersuchungen hinzuweisen[1]). Aus dem unten angeführten Schuldregister geht hervor, dass es sich um Münzverbrechen handelte, die in den Münzbriefen mit den schwersten Strafen bedroht waren. Merkwürdigerweise hat man die Beteiligten aber sehr milde behandelt. Auf Fürbitten der Boten des Rates von Zürich, wie es in den Urkunden heisst, (Gesell war Züricher), und infolge Eintretens mehrerer einflussreicher Freunde — u. a. auch des Grafen Oswald von Thierstein — hat der Rat von Basel sie frei gelassen und ihnen nur eine Strafe von 500 Gulden auferlegt, die von Gesell am 22. Febr., also wenige Tage nach seiner Haftentlassung, bezahlt wurde[2]). Wir haben hier einen der wenigen Fälle, die uns über Vergehen der Münzmeister und Wechsler in Basel überliefert sind. Nach dem vorhandenen Material zu urteilen, müssen derartige Amtsverbrechen nicht häufig vorgekommen sein, wenigstens nicht oft den Umfang angenommen haben, wie ihn der vorliegende Fall aufweist. Das Schuldregister Gesells und Hutschys bringe ich unten zum Abdruck, sie geben einen guten Einblick in den komplizierten Geldverkehr jener Zeit[3]).

Item des hertzogen von Burgund gulden mit sannt Andres crutz haltent XIX krat minus I gren.

Item die gulden von Flandern slecht der bischoff von Vtrich, haltent XVI krat I gren.

Item die Nuremberger gulden haltent XIX krat minus II gren.

Item Baseler gulden haltent XIX krat. (Münzversuch von Gulden 1470.)

1) Basler Chroniken Bd. II u. III. An Archivalien kommen für diesen Fall in Betracht: Die Aufzeichnungen des Kaplans Hans Knebel. (Vgl. Chroniken Bd. II S. 152, 157 u. 183); ferner Oeffnungsbuch V. 125^{b}, 126^{b}, 128^{b}, 129, 131^{b}, 130^{b}, 167^{b}, 179^{b}, 190^{b}, VI. 29^{b}, 33^{b}, 35^{b}; (vgl. Chroniken Bd. III. S. 404 ff.) Ferner St.Urk. Nr. 1983 und Nr. 1984. Gedr. Urkundenbuch VIII. S. 378 u. 379.

2) Gleichzeitige Abschrift der Quittung Staatsarch., Missiven 14. S. 375. Reg Urkundenbuch VIII. S. 380.

3) I. Balthasar Hutschy: Zum ersten daz ich mitsampt dem

Dieser Vertrauensbruch des Münzmeisters hat übrigens, wie wir gesehen haben, den Rat der Stadt nicht abgehalten, ihn im Jahre 1477 aufs neue als Münzmeister anzustellen. Auch Hutschy hat durch diesen Prozess seine Stelle als Wardiner der Goldmünze nicht verloren.

Nachdem man in den Jahren 1476 und 1477 wiederholt vergeblich versucht hatte, mancherlei Schäden des Münzwesens, die namentlich in den österreichischen Landen während des Krieges

munzmeister die saffoyer blancken uffgesatzt versucht und funden hab, daz ir deheiner acht stebler wert wert sin, daruber die selben munz empfangen und verrer ye eynen fur zehen phenning ussgeben; item daz ich die crutzer mit den zweyen kopffen, so ich gewisst hab, nit werschafft umb ir wertt gewesen, empfangen, dieselben under ander gut crutzer gemischt und die selben fur gut und werschafft ussgeben hab, durch welich ussgeben das gemein gut und vil luts beschediget und betrogen sind; item daz ich welsch silber und ander derglich silber, so nit werschafft gewesen ist, fur der statt Basel werung und werschafft geben und damit merglichen betrug begangen; item daz ich metzblanken beheimsch spagnrli und derglich munz manigfaltig abgetan und gekurnt; item die rinischen gulden genannt zulouffer und die, so uff nünzehen krat goldes gemûnzt sind, ouch mir in wechsels wise zu guter bewar geleit, abgeton, mit anderem gold bezalt und die obgemelten gulden verfurt und das alles on sonder urloub getan hab, daruff sy verrer vermúnzt sind«.

II. Ludwig Gesell: »Zum ersten das ein zal keyser Heinrich plaphartt, so zû Basel gemunzt sind, abgeton, item uff vier marck schwër metzblancken ouch abgeton verbrandt; item ettlichen geholffen hab angster spagnrlin und derglich munzen uffsetzen kúrnnen und absetzen; item das ich die saffoyer blancken uffgesatzt versûcht und erfunden hab, das einer in werschaft nit achtt stebler Basel muntz wertt gewesen ist, daruber funff hundert guldin wertt blancken saffoyer blankken gon Basel bracht, alda zwöyhundert guldin wertt, ye einen fur zechen phenning, usgeben; item einen argwenigen zerhoven guldin ring mit einem diemant umb einen guldin und sechszechen plaphart gekouft, da mich wol beducht hat, der selben guldin und ring verstoln gewesen sin, als sich das da nach gar in kurzen tagen ervand, darzû die rinischen guldin, so ich selbs hievor uff nunzechen kratt golds gemunzt an frömd stett gefürt, da sy abgeton sind, daby ich selber die rinischen guldin, so hievor uff das kratt, wie vorstat, selb abgeton, anderwerb vermunzt.«

eingerissen waren, zu beseitigen[1]), kam endlich nach dem Friedensschluss im Jahre 1478 zwischen Herzog Sigismund von Oester-

1) Aus dem Jahre 1474 und 1477 haben wir je einen neuen Münzversuch:

Versůchung dirre nachvolgenden muntz uff wiennechten yetz vergangen bescheen videlicet anno etc. lxxv° Incipiente.

Item lxxx núwer Saffoyer blancken halten ein marck, halten usz dem fure fin v$^{1}/_{2}$ lod, tund in gelt iii lb. vi β viii d. und gerechnet die fyne marck, tut in gelt ix lb. xiiii β vii d. und die marck fur vii gulden ein ort angeschlagen nemlich i lb. iiii β fur ein gulden, wirt dem muntzmeister von der fynen marck ze muntzen i lb. vii d.

bestand zu x d. Ludwig dicit oppositun non valere viii d.

Item ii^c^xlviii crutzer die schwersten tund ein marck, halten usz dem fure fin viii lod minus ein ort, tund v lb. iii β iiii d., und gerechnet die fyne marck tut in gelt x lb. ix β iii d. und die marck fur vii gulden ein ort, als vor stat, angeschlagen, wirt dem muntzmeister von der finen marck ze muntzen xxxv β iii d., des stot im vor xix β, gond lx uff ein gulden.

Item die ander crutzer tund ouch ii^c^xlviii ein marck, halten usz dem fure fin vii lod i quinti i ort, tund v lb. iii β iiii d. und die fyne marck gerechnet tut in gelt xi lb. ii β v d. und die marck fur vii gulden i ort, als vor stat, angeschlagen, wirt dem muntzmeister von der finen marck ze muntzen ii lb. viii β v d., des stot im vor xxxii β non valent v d.

Item die schwersten zum andern male versucht gond uff die marck ii^c^xlviii, halten fin usz dem fure vii$^{1}/_{2}$ lod ein quinti, tund in gelt v lb. iii β iiii d. und die fyne marck gerechnet tut x lb. xii β i d. und davon abgezogen vii gulden i ort fur ein marck, als vor stat, wirt dem muntzmeyster von der finen marck ze muntzen XXXVIII β i d., des stot im vor i lb. ii β non valent V$^{1}/_{2}$ d.

Item die ringsten crutzer zum andern mole versucht tund ii^c^xlviii ein marck, halten fin usz dem fure vi lod minus i quinti, tund in gelt v lb. iii β iiii d. und die fyne marck gerechnet tut xiii lb. xix β xi d, davon abgezogen die marck nemlich vii gulden i ort, als vorstat, wirt dem muntzmeister von der fynen marck ze muntzen v lb. v β xi d., des stot im vor iiii lb. i β, mag geben lxxv fur i gulden, sind nit IIII d. wert. (Münzakten G. 2.)

Anno etc. lxxvii° uff fritag vor sant Laurenciien tag martiris ist aber ein versůchen der guldin muntz beschechen als harnach volgt.

Item die Cölschen guldin mit den dryen kronen haltent xviii krat iiii grën.

Item die Bachachrer guldin halttent xviii krat iii grën.

Item des bischofs von Mentz von Nassow guldin halttent xviii krat iii grën.

reich[1]) und den Städten Basel, Freiburg, Kolmar und Breisach ein neuer Münzvertrag zustande[2]), der neben anderen Aenderungen auch einen neuen Münzfuss brachte. Aus der $7^1/_2$lötigen Mark sollten 4 lb. $1^1/_2$ β Hälblinge oder 2 lb. 9 ₰ Rappen geschlagen werden. Mithin hatten erstere ein Gewicht von 0,240 gr mit 0,100 fein, letztere von 0,474 mit 2,09 fein.

Dieser Vertrag wurde von Herzog Sigismund nicht acceptiert. Er drohte, aus der Genossenschaft auszutreten, wenn für seine Kreutzer nicht ein besserer Kurs vorgesehen werde[3]). Es hat sehr langer Verhandlungen bedurft, um diesen Streit aus der Welt zu schaffen. Die drei Städte legten ihren Standpunkt in einem Schreiben an den Herzog eingehend klar. Da dieses Schriftstück, bisher nicht ediert, auf die damalige Lage des Geldmarktes interessante Streiflichter wirft, bringe ich es unten zum Abdruck, und zwar nach einer Kopie im Freiburger Stadtarchiv[4]).

Item des bischofs von Mentz von Yssenburg guldin halttent xviii krat iiii grën.

Der keysers

Item des keysers guldin mit den vier landen haltten xvii krat vi grën.

Item des keysers guldin mit dem öpffel haltten xvii krat viii grën.

hertzog Ludwig

Item hertzog Ludwigs guldin mit dem man halttent xvi krat vi grën.

Basel.

Item die Basel guldin halttent xviii kratt x grën.

(Kleines Weissbuch fol. 159 v.

1) Kontrahent war für ihn: »Wilhelm herr von Rappoltstein unnd zu Hohennag, des durchluchtigen hochgepornnen fursten unnd herrn herrn Sigmunds erzherzogen zu Osterich etc., unnsers gnedigosten herren oberister houptmann unnd lanndvogt in Elsass, Sungkouw, Brissgow unnd am Swarzwalt«.

2) Abschrift a. d. 16. Jahrh. im Stadt-Archiv Freiburg i. B. Abt. 26 Nr. 19 Gedr. Basler Urkundenbuch VIII. S. 439 ff. Vgl. *Cahn*, S. 91 ff.

3) Näheres hierüber bei *Cahn*, S. 92 ff.

4) Durchleuchtiger hochgeporner fúrst gnädigister herr, ewer fúrstlich gnäd ist, als unsren gnädigen herren den fúrsten und loblichen stetten nitt zweyvelt, wol bericht, wie ze gůtt und auffenthallt ewern fúrstlichen gnäden aussern lannden unnser gnädigst fraw fraw Katherin von Burgunden löblicher gedächtnuß sich gnädigclich und frewntlich verainbart und betragen hāt mit den ersamen stetten Basel, Freyburg, Colmar Breisach einer múntz, so in seiner gnäden furstenthúm und lannden und in den krayssen, so derselb múntzbrief clarlich innhalt, genomen werden sol etc. Wa ouch ewer furstlich gnād anzöigig desselben muntz-

Erst am 19. Sept. 1480 konnte der Landvogt den Städten mitteilen, dass Herzog Sigismund ihm die Einwilligung gegeben

---

brieffs nitt ingedenk wär, seind wir willig ewern fúrstlichen gnaden des glauplich abgeschrifft zů antwurten: der múntzbrief zöugt die krayß wie verr dieselb múntz sol genomen werden namlich von dem Egkenpach untz gen Hawenstain und was zwúschen beiden gebirgen gelegen etc., und auff was auffzug und korns auff den reinischen guldin gemúntz sol werden und insonnders so ist zwaintzig blapphart für ain gulden zegeben geschlagen worden und, ob mangel an múntz oder ander irrungen in derselben muntzgnosschafft in vallen wurdent, wie man die zu nutz der gemainer lannden bessern sölt, und ob zü reysend múntzen, die ausserhalb den kraisen in dem múntzbrief bestimpt zuvallen wurdent, wie man die nēmen söl, damit die múntz in den kraysen der mûntzgnosschafft geschlagen destpas beleyben und gehanthabt werden müge mit mer innhaltung etc. Gnädigster herr, wer istz, dieweyl die múntzgnossen ir múntz gehanthabt habent, ist es inen allen wol erschossen und hat den selben lannden vil gůtz brācht, sich hatt aber begeben, daz die seltznen schwären loúff, so in denselben lannden lang geschwebt hand, allerlay irrung und beswärden ingerisen und zugevallen seind zů schaden dienend den múntzgnossen, welich beswärden nāch gestallt der löuffen man nit hat múgen abstellen noch besseren, sonnder hat mans umb deß besten willen gedullcenlich gelitten, und wo die beswarden, so von tag zů tag mer und mer inreysend, nit so gar schädlich und verderplich wärend möcht sein, man hett noch zu disen zeiten gedullt. Aber die beschwärden seind in wārhait so groß, das der gemain man anrüfft, schreyende zu seinem fúrsten, herren und öbren, bittend und begerend vor söllichen beschwärden zú seinde, dieselben unnser gnädig fursten, herrn und stett, so ir lannd und leüt in söllichen kraysen ligen habent, sich zů nutz dem gemainen gütt und lannden mer dann zv̈ aim mäl sich zůsamen getān und underred gehabt, wie dieselben beschwärden zü verkomen seyend, habent doch nitt können vinden der sach fruchtbarlich zů begegnen ān ewer fúrstlich gnāden angesehen, das dieselb der lanndsfúrst und hopt ist der mûntzgnossen. Hierum so habent unnser gnädig herren die fúrsten und löblich stet der múntzgnosschafft nichtzit wellen hanndeln noch fürnemen sunnder ewer fúrstlich gnäd des beswärde zů berichten.

Gnädigster herr, die *beswärden koment allain auß den zůreysenden múntzen, so ausserhalb den kraysen der müntzgnosschafft* geslagen werdent, und das ewer fúrstlich gnād wol verstēn mög, das die beschwärden gar nitt zu ertragen seyend, so hatt ewer fúrstlich gnäd wol verstanden, *das in anfanng der múntzgnossen die múntz der bestimpten kraysen zwaintzig blapphart fúr ain gulden zugend und zu*

habe, einen neuen Vertrag abzuschliessen. Dieser ist dann am 30. Okt. 1480 in Kolmar unterzeichnet worden[1]).

nemen geschlagen seind, da aber yetzund sechsundzwaintzig geben werdent. Und ist wol zů glauben, das der gulden hoher stygen werd, dabey ewer fúrstlich gnad wol verstet, welcher zů denselben zeiten thausent gulden auffgenomen hätt zuzeinsen, das derselb yetzunt bey xiii^{c} guldin geben můß, will ers ablösen, des verlust ist mergclich. Der so hundert gulden gezeinset hāt etc. muß, yetz ob funffundzwaintzig und hundert geben etc. Nun ist war, unnsern gnädigen herren den fúrsten, herren und stetten vallend ir nutzung vast in ainzigen pfēningen, si müsssent aber pey guldin aushin geben. Davon erwachsset der obgeschriben verlust. Der werbend man mag sein hanntierung und gewerb nitt vollenbringen angesehen, das der zůreysenden múntzen sovil ist, das er gold nit úberkomen mag. Angesehen wa die kraiß der múntzen nitt auffrechtgehalten werdent, daselb lannd mag gold nitt úberkomen, sol aber der werbent man müssen gold halben seinen gewerb múgen treyben, müß er dasselb so hoch und tewr nemen, das der gemain man, der söllich pfēnnwert von im haben und nēmen muß, schwärlich des engelten wirt; der arm pawman, der anders nitt dann korn und wein hatt, der mag auß dem seinen mit bringen. Darum das der gulden so hoch stet, es wärend mer ursachen da zü erzellen, die doch und kurtzerung willen vermitten beleyben. Harum, gnädigster herr, angesehen die ursach obgemelt auch die sonnder gnād, so nitt allain unnser gnädigste fraw, fraw Katherin von Burgundi, sundere auch unnser gnädigster herr herzog Leúpold, löblicher gedächtnúß gehept habent der múntzen halb zů nutz, er und fromen gemayner lannden, wellend unser gnädig herren die fúrsten, herren und stett sich zu ewern fúrstlichen gnäden gēntzlich verlassen, doch hoch und demüttigclich bittende, das ew. f. gnād die selb gnād und frewntschaft beharren und bey dem múntzbrief, so unnser gnädigste frow, frow Katherin von Burgundi, etc., mit andern múntzgnossen begriffen hāt, gnädigclich gerůch zůbeleyben, dann söllich verainung untzher vil gutz prācht hatt und fürer, als wir zů gott dem allmächtigen hoffent, bringen werd, seind wir in ungezweyvelter zuversicht, unnser gnädig herren die fúrsten, herren und stette werdent das gen ewern fúrstlichen gnāden beschulden und mit williger dienstbārkaitt gehorsamlich verdienen. (Stadtarchiv Freiburg, Abt. 26.)

1) Original u. a. Basler Staatsarchiv, St.Urk. Nr. 2090. Gedr. Urkunden-

Als Grund des neuen Vertrages wird in der Urkunde angegeben, dass Massen von fremden Münzen und minderwertige Gulden den Bezirk der Rappenmünze überschwemmt und grossen Schaden angerichtet hätten; nachdem man längere Zeit beraten habe, was demgegenüber geschehen könne, sei in Kolmar schliesslich der nachstehende Vertrag zustande gekommen.

Sodann wird als erster Beschluss aufgeführt, dass der Münzbrief vom 24. April 1425 »mit allen sinen puncten und artickeln in wirden und krefften weren und bliben solle«. Mit dem Unterschied allerdings, dass hinfort die Silbermünze so ausgeprägt werden soll, dass 23 ß einem Gulden an Wert gleichstehen. Ueber den in Verfolg dieses Beschlusses gewählten Münzfuss sagt der Vertrag: »Des ersten das man nemmen soll zů grossen und blaphärten zů anderhalben geschickten marcken fúnffzehen lot vyns silbers und nún lot kupffers, das man nennet spise. Darusz sollent geslagen werden achtzig und sechs grossen oder hůndert súbenzigk und zwene Basel blaphärt, alle zům seiger zům glichsten geschrotten; dünt viere pfůnt sehs schillinge pfennynge rappen, die sollent wider us dem fúre bringen fúnffzehen lot vyns sylbers.« »Sodann zů den kleynen múnzen sol man nemmen acht lot vyns silbers und acht lot kupffers zů spise, das würt ein geschickte marck an der swere, und usser der selben geschickten marcke sollent geslagen und gemaht werden zům uffzug uff ein lot drissig und sechs pfennynge rappen oder sibenzig und zwene helbelinge. Also würt usser der bemelten geschickten marcke zwey pfunt und acht schillinge pfennyng rappen oder viere pfůnt und sehtzehen schillinge stebler, die sollent wider us dem fúre bringen acht lot vins silbers.«

Es sollten demnach aus einer Mark von 15 Lot fein und 9 Lot Kupfer (beschickte Mark) 86 Groschen oder 172 Blapharte geschlagen werden. Der Feingehalt für diese Münzen wurde auf $^{625}/_{1000}$ festgesetzt. Das Schrot der Groschen betrug 4,09 gr, das Korn 2,557 gr, die Blapharte hingegen hatten 2,043 gr Schrot und 1,277 gr Korn.

Weiter sollten aus 8 Lot fein und 8 Lot Kupfer geschlagen werden 2 lb. 8 ß Rappen oder 4 lb. 16 ß Stebler. Der Feingehalt war hier auf $^{500}/_{1000}$ festgesetzt worden. Das Schrot des Rappen betrug 0,407 gr, das Korn 0,204 gr, während die Stebler bei einem

buch VIII. S. 461. Vgl. *Hanauer* I. S. 410, *Schönberg* S. 123, *Berstett* S. 248, *Cahn* S. 95 ff. Der Wortlaut des Vertrages ist der Fassung von 1478 nachgebildet.

Schrot von 0,203 gr 0,102 gr fein hatten. Doch zeigt der Vertrag einen Zusatzartikel, der bestimmt, dass die Hälblinge, damit sie nicht wie früher ausgeführt werden, zu $^{437,5}/_{1000}$ herausgebracht werden sollen: 9 Lot Kupfer und 7 Lot Silber. In Wirklichkeit hatte demnach der Hälbling nur 0,09 gr fein.

Diese neuen Ausprägungen bedeuteten gegenüber den früheren eine durchschnittliche Verschlechterung des Feingehalts von 9 %. Man hat aber keine besonderen Bestimmungen darüber getroffen, wie die neuen Münzen gegenüber den alten bewertet werden sollten. Das ist leicht verständlich, denn von diesen neuen Ausprägungen sollten ja 23 β einem Gulden gleich stehen, ein Kurs, der in Wirklichkeit immer bestanden hatte. Da nun inzwischen die Goldmünze noch viel mehr preisbestimmend und im Geschäftsverkehr ausschlaggebend geworden war, als früher schon, so konnten alte und neue Münzen im Werte völlig gleich gestellt werden, denn dem Gulden gegenüber waren sie ja wirklich gleichwertig — die einen auf Grund des Verkehrswertes, die andern auf Grund gesetzlichen Zwangskurses.

Eine radikale Haltung nimmt der Vertrag im Hinblick auf die fremden Münzen ein. Von allen Kanzeln soll verkündet werden, dass von Weihnachten 1480 ab nur noch heimische Münze im Bezirk der Rappenmünze geduldet wird, es were dann, das ein bilger oder frőmder gast, so by yemands zärte, nit anders geltz hette; von dem mägk ein yeder wúrdt ungevőrlich frőmde múnz an siner úrtin nemmen in fůgen, er hoffe, das er daran nit verlust habe«. Ausdrücklich wird auch bestimmt, dass am Wechsel die Gulden nicht höher bezahlt werden sollen als 1 lb. 3 β Stebler oder 11½ β Rappen. Als Wechselgebühr darf 1 Rappen genommen werden. Einige weitere, den Silberkauf und Verkauf sowie die Einlösung der fremden Münzen betreffenden Bestimmungen bringe ich unten zum Abdruck[1]). Bemerkt mag noch

---

1) Es soll ouch fúrter nymand, so inn disen kreissen der rappenmúnze gesessen ist, dheinerleye silber usser der bezircke diser múnze nit verkouffen weder heimlich noch offenlich, sůnder welcherleye silber eyn yeder hat und verkoůffen wil, der sol das den múnzgenössen oder dem münzmeister ze koůffen, und dem oder denen wil män umb yede marck vyns silbers bezalen und geben achthalben gúldin in golde oder fúr yeden gúldin zwőlfthalben schilling pfennynge rappen, und welcher das verbreche und dhein silber oder gemúnsset gelte, das er im zwenzigk mylen obe oder nyde sich der kreyssen dieser múnz uff

werden, dass nach diesem Vertrage die Münzauflage für die Herrschaft Oesterreich auf 1000 Mark, für Basel auf 600 Mark, für Freiburg und Kolmar auf je 300 Mark, für Breisach auf 200 Mark bestimmt wurde. Jede zehnte Mark sollte zu kleiner Münze geschlagen werden.

Kurze Zeit nachdem dieser Vertrag abgeschlossen worden war, bestellten die Städte Basel, Freiburg, Kolmar und Breisach Ludwig Gesell zu ihrem gemeinsamen Münzmeister [1]). Einzelheiten dieses Vertrages werden uns im IV. Abschnitt der vorliegenden Arbeit beschäftigen.

So war der Rappenmünzbund glücklich über die schwierigen Jahre 1460—1470 hinweggekommen. Oft hat es scheinen wollen, als ob das mühsam Aufgebaute kläglich zusammenbrechen sollte. Das Bewusstsein aber, dass ohne ein festes Zusammenhalten gerade auf dem Gebiete des Geldwesens geordnete Zustände nicht herbeigeführt werden konnten, hat schliesslich dazu geführt, Sonder-

mer schatz koufft oder wie yne das ankommen were usser dieser bezirke der múnz fůrte oder verkouffte, der bessert unserm gnedigen herren von Österrich etc. dem herren oder der statt, under deren er seszhafft ist, von yeder marcke eynen gúldin und sol darzů meyneidig und erelos ewiclichen sin und weder rate noch gerichte nymerme besitzen dheins wegs. Es sollent ouch alle und yegklicher herre richter oder stette in dem bezirckel dets múnzbrieffs begriffen bestellen schaffen selbs daran sin und verkúnden, das sollichs inn yren landen slossen stetten dörffern und gebieten und den yren, als obstot, gehalten und volzogen werde one intragk und widerrede. Deszglichen so sollen sy ouch in iren stetten bestellen setzen und ordenen erbere lúte, die darúber sweren sollent ächte darůff ze haben, obe das yemand verbreche sollichs ze rügen«.

»Und umb das menglich der inrysenden múnzen, so bitzhar inn dise lande kommen und genommen sint, dester mit myndern schade abe mögen komen und die nuwe múnz erstattet, so sint die múnzgenossen dem gemeynen nůtze zů gůtte des mitt einander eyns worden und habent beslossen, das syn yeder fúrste herre und statt inn diser bezircke der rappenmúnze und besůnder eyn yeder an sinem orte offen gesworne wehseler setzen ordenen und bestellen, do man die selben frömden műnzen affter winahten von menglichem umb ein zimlich gelte diser nuwen múnze sol nemmen und wechsseln, und sol ouch sust nyemand die selben múnzen wehsseln noch kouffen by der vorgerurten pene und besserunge one geverde«.

1) Original Staatsarchiv; St.Urk. 2091. Gedr. Urkundenbuch VIII. S. 465.

interessen und weitergehende Wünsche in dem Masse zurückzustellen, als es nötig war, um den alten Bund fortführen zu können.

8. Die Verträge vom 2. Mai und 30. November 1498.

Für die beiden letzten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts fliessen die Münznachrichten wieder äusserst spärlich. In diesem Falle ein gutes Zeichen! Basel sah allgemein politisch ruhige Jahre, sein Wirtschaftsleben gelangte zu glänzender Entfaltung und sein Münzwesen war in tadelloser Ordnung. Die Vorschriften des Vertrages von 1480 wurden von ihm und den Bundesgenossen treulich gehalten.

Eine Neuregelung der Ausprägungen machte sich erst wieder nötig, als durch die Verschlechterung der Goldgulden die münzpolitischen Voraussetzungen des Vertrages von Kolmar hinfällig wurden[1]). Die Kontrahenten waren sich zunächst nicht klar darüber, was angesichts dieser Kalamität geschehen solle. Ein reger Briefwechsel und verschiedene Beratungen, über deren wichtigste Einzelheiten *Cahn* berichtet[2]), zeigen, dass man sich 1497 schliesslich dahin einigte, dem Heruntergehen des Feingehalts der Gulden durch eine Reduktion des Feingehalts der eignen Münzen zu folgen. Man hatte übrigens schon in den letzten Jahren mit Rücksicht auf den erhöhten Silberpreis nur noch kleinere Münzen geschlagen. Dies war der einzige Ausweg, der den Kontrahenten, die an den Kolmarer Vertrag gebunden waren, blieb, um sich vor Schaden zu bewahren.

Rechtskraft erlangten die neuen Abmachungen durch 2 Verträge, die am 2. Mai und 30. Nov. 1498 abgeschlossen wurden. Der ältere Vertrag[3]) wird in der Hauptsache ausgefüllt durch Vorschriften über die Neuprägung von Rappenpfennigen und Hälblingen, deren Feingehalt wie folgt bemessen wird: »also das man zů einerr yedenn geschickttenn marck zů rappen pfennig ze schlahenn nemen soll sibenn lott fins silbers und nün lott küpffers, das man nemptt spise. Dorussz sollenn geschlagenn und uff das lott zům uffzůge geschrottenn und gemachtt werdenn drissig unnd

---

1) Vgl. *Inama-Sternegg* a. a. O. III². S. 440 ff.

2) *Cahn* S. 100 ff.

3) Original u. a. Staatsarchiv Basel, St.Urk. Nr. 2488. Gedr. Urkundenbuch IX. S. 167 ff. Vgl. *Rosmann* S. 288, *Hanauer* I. S. 325 u. 411, *Cahn* S. 102. Diese Urkunde ist übrigens ein beredtes Zeugnis für die Zerfahrenheit in der Orthographie der deutschen Sprache gegen Ende des Mittelalters.

achtt rappenn«. »So soll man zů einer geschicktenn marck helbling nemenn sechs lott und drüw quintlin fin silberr, dorzů nün lott und ein quintlin küpffers, das man nembtt spise. Dorussz sollenn geschlagenn und gemachtt werdenn nemlich uff das lott sibennzig und sechs helbling.« Die »beschickte« Mark enthielt für die Rappenpfennige demnach 7 Lot Silber und 9 Lot Kupfer, mithin 1 Lot Silber weniger, als auf Grund des Vertrages von 1480 vorgesehen war. Die Legierung betrug also jetzt $^{437,5}/_{1000}$ gegen $^{500}/_{1000}$. Da aus dem beschickten Lot 38 Rappenpfennige geschlagen werden sollten, mithin aus dem Pfund 608, so hatte der Rappenpfennig ein Gewicht von 0,385 gr bei einem Feingehalt von 0,168 gr. Gegen 1480 eine Verschlechterung von 18%. Für die Hälblinge sollte die beschickte Mark aus $6^3/_4$ Lot Silber und $9^1/_4$ Lot Kupfer bestehen und daraus sollten 1216 Stücke geschlagen werden. Der Hälbling hatte demnach ein Gewicht von 0,193 gr und einen Feingehalt von 0,07 gr. Legierung: $^{422}/_{1000}$. Gegen 1480 bedeutete diese Prägung eine Verminderung des Feingehalts von 22%.

Die Ausprägungen wurden im Hinblick auf ihre Erstausgabe kontingentiert. Basel übernimmt die Verpflichtung, bis Pfingsten 250 Mark zu vermünzen. Besonders dringlich kommt der Vertrag auf den Silberbann zurück. Die Bestimmungen der alten Münzbriefe werden erneut in Kraft gesetzt und deren strengste Durchführung gefordert[1]). Als Preis für die Mark Silbers werden

---

1) Es sollend ouch wir der obgenannt lanndtvogtt an statt und in namen der romischenn künglichenn mayestatt, so witt unnserr landtvogty raychtt, unnd wir dye anndernn múnzgenossen inn unnserrnn stettenn unnd gebiettenn uff das allerrfurderlichste inn allenn berckwerckenn unnd sunst allenthalbenn by den penenn büssenn unnd anderrnn stroffen inn den vor angezougttenn alttenn münzbrieffenn unnd besünderlich inn unnsers öhems unnd herrenn vonn Rappolstains der zitt als landtvogtts brieffe bestümbtt unnd begriffenn gebiettenn und verbiettenn, was vonn silberr gevallenn oder wie das einenn yedenn ankümen wurd, in zwenzig millenn obe oderr nidsich ze ringumbe usz disem kraysz der rappenmünze, sy syenn geystlich oder weltlich prelatten groffen fryenn herrenn rytter knecht stett empterr herschaffttenn oder gebiette, inn was würdenn stands oderr wesenns eynnyden sy, dasselbe silberr niendertt anderschwohin dann inn die münzen oder den münzmeisterrnn der vorgenanten münzgenoszschafftt ze koüffenn gebenn«. »Wo aberr yemands, wer oderr welche die werenndtt, so über unnd widerr dise ordnüng gebott unnd verbott einich silberr,

8 Gulden normiert. Für die Gesamtunkosten der Prägung bringt man 5 β 7 ₰ für die Mark in Ansatz.

Wesentlich inhaltreicher ist der Vertrag vom 30. Nov. 1498[1]. Die Urkunde weist zunächst darauf hin, dass die jüngst geprägten Rappen und Hälblinge »usz lannde geganngen und vor oúgenn verschwynnen«, dafür aber zahlreiche minderwertige auswärtige Prägungen in den Gebieten der Münzgenossen umliefen. Im Einvernehmen mit König Maximilian[2] habe man deshalb eine vollständige Neuordnung des Münzwesens beschlossen. Und in der Tat: diesmal wagte man einen entscheidenden Schritt. Von jeher war es ein Fehler des Bundes gewesen, dass er mit der Herausgabe grösserer Stücke zu lange zögerte und sein ganzes Geldwesen auf kleinen Münzen aufzubauen bestrebt war. Erst wenn benachbarte Münzherrn durch ihre grösseren Stücke bewiesen hatten, dass sie mancherlei Geldschwierigkeiten viel leichter Herr wurden, folgte der Bund zögernd nach. Das ganze 15. Jahrhundert hindurch hat das Basler Geldwesen unter solcher Zauderpolitik zu leiden gehabt. Jetzt aber sollte diesem Zustande ein Ende gemacht werden. Nicht weniger als sieben Geldsorten sah der neue Vertrag vor: Dickblapharte, Groschen, Blapharte, Doppelvierer, Rappen und Hälblinge. Ueber Schrot und Korn dieser Münzen sagt die Urkunde:

a. Dickblapharte.

»Benanntlich das man zů eynner yedenn geschickttenn margck dick blaphartt, deren vier thůnd ein güldin, zů múnzen nemen sol fúnfzehenn lott fynn silber unnd ein lott spyse . . . . . .« »Darusz

---

welcherrlay das were, verkouffttenn, der oder dieselbenn sollenn von einerr yedenn marck zů pen unnd bessrüng verfallenn synn eynenn gulden und sollendt dorzů erlossz und meynyeedig hayssenn und sin unnd wederr zů rott gerichtt noch dheinen erenn nyemerrmerr gebrucht noch gezogenn werdenn. Und die selbenn bessrůngen sollenn gevallenn und werdenn dem herrenn oderr der statt, dorunderr der, so sollichs verbrochenn, gesessenn oderr wonnhafft ist, unnd sollenn ouch herrenn und stett inn irenn stettenn herrschaffttenn und gebiettenn des obgemelttenn bezircks, so witt unnd verre, als obstott, sollichs allenthalbenn verkünden lossenn, dormit sich des ein yederr wissenn moge ze halttenn und vor solichem ze hütten.«

1) Original Staatsarchiv Basel; St.Urk. 2498 (A). Gedruckt Urkundenbuch IX. S. 173. Vgl. *Hanauer* I. S. 325 u. 411. *Cahn* S. 105.

2) Vgl. S. 156 ff.

macht man usz eynner geschicktenn margk, wye obstat, dryssig unnd zwen dick blaphartt. Also bringtt die geschicktte margk zehenn pfúndt stebler.«

Die rauhe Mark hielt demnach 15 Lot Silber und ein Lot Kupfer. Da sie 32 Dickblapharte gab, wog jeder einzelne 7,32 gr mit einem Feingehalt von 6,87 gr = $^{937,5}/_{1000}$. Vier dieser Stücke sollten einem Gulden an Wert gleich sein.

b. Groschen.

»Item wan man nimpt zů eynner geschickten margk grössen, da eyner zwenn blaphartt důtt, acht[1]) lott vyns silbers unnd sibenn lot kúpffers, das man nempt spyse ....« »Darusz machtt man usz eynner geschicktten margk grössen, die da haltett nún lott fynns silbers, sechzig ein grossenn, důtt sechs pfúnd zwen schilling.«

Die rauhe Mark hatte somit 9 Lot Silber und 7 Lot Kupfer, woraus 61 Groschen geprägt werden sollten im Gewicht von 3,84 gr bei einem Feingehalt von 2,16 gr = $^{562,5}/_{1000}$.

c. Blapharte.

»Item wan man nimptt zů eynner geschicktenn blaphartt acht lott fyns silbers unnd so vil spyse ...« »Darusz werden gemacht húndertt unnd eylff plaphart; bringt eynner súman in gelt fúnff pfúndt, eylff schilling.«

Aus der rauhen Mark von je 8 Lot Silber und Kupfer sollten geprägt werden 111 Blapharte im Gewicht von 2,110 gr bei einem Feingehalt von 1,05 gr = $^{500}/_{1000}$.

d. Doppelvierer.

»Item so man nymptt zů eyner geschickttenn margk doppelpyereren, da eynner vyer rappen giltet, acht lott fynn silber unnd acht lott spyse ...« »Darusz werden usz zweyen lóttenn gemacht eyn unnd zweynnzig vyerer, yeder per vyer rappen. So bringtt die geschickte margk funff pfundt, zwolf schilling.«

Wie die Blapharte sind auch die Doppelvierer achtlötig. Auf die rauhe Mark 296 Stück im Gewicht von 1,39 gr, bei einem Feingehalt von 0,69 gr = $^{500}/_{1000}$.

---

1) Durch ein Versehen des Schreibers heisst es hier 8 Lot, statt 9 Lot.

e. Vierer.

»Item so man nympt zů eyner geschicktten margk vyereren, da eynner zwen rappen dütt, sibenn lott vynns silbers unnd nún lott spyse . . .« »Darusz werden us zweyenn geschicktenn lotten geschlagen dryssig unnd sibenn vyerer. Des bringtt die geschicktte margk vier pfúndt, achtzehen schilling, acht pfenning.«

Die Vierer sollten siebenlötig sein und 296 Stück aus der rauhen Mark geschlagen werden. Mithin hatten sie ein Gewicht von 0,79 gr bei einem Feingehalt von 0,34 gr = $^{437,5}/_{1000}$.

f. Rappen und Helblinge.

»Item als dan wir . . . unns vormals der rappen unnd helblingen halbenn uf ein körnn zů múnzenn vereynntt unnd beschlossen, deszhalben wir unns an hútte dattúm ouch unnderrett haben, das wir sollichs by demselbenn kornn rappenn unnd helbling, wye das hyevor angesehen unnd in dem nechst uffgerichtten múnzbrieff begriffen ist, blyben lassen.«

Diese beiden Münzen sollten somit nach Massgabe des Vertrages vom 2. Mai 1498 weitergeprägt werden (vgl. S. 162). Eine Kontingentierung der ersten Münzauflage wurde auch jetzt wieder vorgenommen, wobei auf Basel 1200 Mark fielen. Ebenso wurde der Silberbann des Vertrags vom 2. Mai in ungefähr denselben Worten erneuert.

Im einzelnen gibt über diesen Vertrag ein Bericht Auskunft, den die Münzgenossen im Jahre 1498 an König Maximilian erstatteten, der in diesem Jahre anlässlich des Reichstages in Freiburg war und, wie schon bemerkt, erheblichen Einfluss auf das Zustandekommen des Vertrags geübt hat. Der bisher nicht edierte Bericht ist münzpolitisch von erheblicher Bedeutung, er wird uns weiter unten noch ausführlich beschäftigen. Ich gebe ihn zunächst wörtlich wieder[1]).

---

1) Aller durchluchtigister großmechtigister kúng.

Aller gnedigester herr, v. k. m. beger nach die bericht von unß sanntbotten der múntzgenossen, wie wir das an v. k. m. verordnet rät brocht, zem kurtzesten in geschrifft ze geben, ist die meinung.

Zem ersten ist disen v. k. m. landen beschwerung bringen das gold, so do ring und doch mit vil gelt wie wol das silber yetzmol túr koufft und bezalt werden müß.

Dann in vergangen ist gemúntzt worden xxiii β stebler für ein

Es bleibt nun noch übrig, in Verfolg früherer Ausführungen (S. 55 u. 84) eine kurze Uebersicht über das Verhältnis von Gulden und Pfund im 15. Jahrh. zu geben:

---

gulden, galt das silber deutzmal ein marck vii gulden, dass man yetz fin geschmidigs umb viii gulden ein ort nemen müß, und wie wol man yetz die múntz aber gern xxiii β stebler fúr ein gulden múntzt, so dem land nutzbar wër, aber uß der sorg daz man die crutzer ii fúr viiii stebler nemen brecht lxi crútzer i d. fúr ein gulden, deßglichen die Basselfierer ouch also under gemeinem volck underthalb einem gulden ußgeben minder dann vor genomen und ein einiger crútzer fúr iiii stebler geben werden múst, so wir besorgen nachteil gebären, und so unser gnadigister herr ertzhertzog Sigmund seliger und loblicher gedechtniß verschinen gulden ouch crutzer und sechser uff xxv β stebler fúr ein gulden geschlagen gemúntzet, so múntzens vil vorstand und bericht hette, und noch die crútzer gengig sint, habent wir uns dißmolen nit beräten kunnen, anders denn demselben glich xxv β stebler fúr ein gulden ze muntz zethúnd syg, angesehen, so uff xxiii β fúr ein gulden gemúntzt, mit verruckung der zit sollichß nit gehanthabt, und dero xxv β fúr ein gulden, alß vormaln ouch beschehen, geben músten, so groß nachteil tragen were.

Fúrer habent wir uns vereint, das man múntzen sol helbling rappen, item vierer, do einer vier stebler tüt, item vierer, do einer viii stebler thüt, item plaphart do einer vi rappen tüt, item grossen, da einer xii rappen thüt, item und vier fúr ein gulden uff das korn und mit dem underscheid, der uber antwort zedel anzeigt.

Der innrisenden múntz halben sollent die crútzer Behemsch und alt plaphart zu diser zit wie bitzhar bliben, und Basel múntz nit fúr inrisend múntz, sonder alß vor und yetz genomen werden[a]).

Sust all ander inrisend múntz söllent herren und stett der múntzgenoßschafft an iren zöllen und gevellen nit nemen, wer sust wil, mag die der maß nemen, do er dero getruwt, abzekomen bitz uff witter underred gemeiner múntzgenossen und das ettlich múntz gemacht werden.

Item der bergkwerck halb, es sig zu Planerschi Totnau Maßmünster oder anderen enden diser land, das selb silber sol nit usser land sonder den múntzgnossen, dermoß vor abgeredt, geben, deßglich alles ander silber by xx mil wëgs har zü komen und derselb und andere artickel wie die alten múntzbrieff anzeigen, in wesen bliben und gehandthabt ze werden.

Item alß dann der zedel des kornß, daruff gemúntzet sol werden,

a) Bezicht sich auf Rappen und Vierer, die Basel im Jahre 1407 eigenmächtig ausgegeben hatte.

Rechnungsjahr	Niedrigster	Höchster	Durchschnittspreis des Guldens in Schillingen	Durchschnittspreis des Guldens in Pfund
	Preis des Guldens in Schillingen			
1403/04—1407/08	— [1])	—	—	—
1408/09	22,00	22,00	22,00	1,10
1409/10	20,00	20,00	20,00	1,00
1410/11	— [1])	—	—	—
1411/12	21,50	—	21,50	1,07
1412/13	21,75	21,80	21,50	1,07
1413/14	21,50	21,75	21,62	1,08
1414/15	21,00	21,50	21,25	1,06
1415/16	21,00	21,10	21,00	1,05
1416/17	— [1])	—	—	—
1417/18	20,00	20,25	20,13	1,006
1418/19	21,00	21,00	21,00	1,05
1419/20	21,00	21,00	21,00	1,05
1420/21	21,00	21,00	21,00	1,05
1421/22	21,15	21,15	21,15	1,06
1422/23	21,15	21,15	21,15	1,06
1423/24	21,15	21,15	21,15	1,06
1424/25	22,00	23,00	22,50	1,12
1425/26	21,00	21,00	21,00	1,05
1426/27	23,00	24,00	23,50	1,17
1427/28	23,00	23,25	23,15	1,15
1428/29	23,25	23,25	23,25	1,16
1429/30	23,25	23,25	23,25	1,16
1430/31	23,25	23,50	23,30	1,16
1431/32	23,25	24,00	23,62	1,18
1432/33	24,00	24,00	24,00	1,20
1433/34	23,00	23,12	23,06	1,15
1534/35 — 1473/74	23,00	23,00	23,00	1,15
1574/75 — 1498/99	23,00	26,00	23,75	1,18
1499/1500—1500/01	25,00	25,00	25,00	1,25

Diese Tabelle bestätigt die auf Seite 134 gegebene all-

anzoigt ein lon den múntzmeister, der sich etlich wellent beschwe͛ren und vermeinen ye nit darumb erliten mög werden, wa dasselb sin solti, daß alßdann v. k. m. landtvogt von wegen v. k. m. gewalt hette darúber helffen sitzen und sollichs anschlahen, domit darin glich gesehen, und von der vinen marck in alweg uber múntzmeisters probierer und wardiner lon nit mer dann zwen plapphart ze schlegschatz komen und gevallen sölle.

Solichß geben v. k. m. wir im besten ze erkennen, wie wir das angesehen in gütter hoffnung v. k. m. die des mer wissend, haben sollichß gnedenklich erwegen bedencken und, wie darin gebúrlich zimlich landen und lúten nutzlich und fruchtbar, gnedenklich anzeig geben und gehandelt, domitt ouch die vorderen múntzbrieff loblich harbracht bestät und gehandt habt werden mögen, wellen wir v. k. m. in die wir uns underdienstlich bevelhen mit aller gehorsami geflissen willig und bereit sin. (Stadtarchiv Freiburg, Abt. 26.)

1) Keine Angaben.

gemeine Uebersicht. Im ersten Viertel des 15. Jahrh. muss für den Gulden mehr bezahlt werden, als in den Münzmandaten bestimmt ist. Erst seit dem Konzil macht sich eine Stabilität im Guldenkurs bemerkbar, wird die Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften erreicht. Im letzten Viertel des 15. Jahrh. setzt dann wieder eine Unordnung ein, die den Guldenkurs ins Schwanken bringt. Im einzelnen werden wir uns mit den Gründen dieser Sachlage in dem Kapitel »Gold und Silber« auseinandersetzen (IV. 2.).

IV.

Systematische Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse [1]).

1. Die Prägekosten und der Schlagschatz.

Im Gegensatz zu den Bischöfen, die das Münzregal ihren privatwirtschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht hatten, stellte der Rat von Basel seine Münzpolitik in den Dienst der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Es ist nun von Interesse, zu untersuchen, wie er hierbei finanziell abschnitt. Leider reichen die vorhandenen Quellen für eine gründliche Darlegung des finanziellen Ergebnisses der Münze in keiner Weise aus. Schon *Bücher* hat darauf hingewiesen, dass in der Finanzverwaltung der mittelalterlichen Stadt eine starke Dezentralisation Platz gegriffen hat [2]), die in erster Linie durch die zahlreichen Sonderhaushalte bedingt wurde [3]).

---

1) In den nachfolgenden Kapiteln sollen die wichtigsten Ergebnisse — unter Heranziehung von weiteren Quellen — systematisch zusammengefasst werden. Im Hinblick auf den eigentlichen Zweck dieser Arbeit — als Vorstudie einer Geschichte des Basler Stadthaushalts — ist hierbei freilich eine gewisse Stoffabgrenzung geboten. Nur solche Tatsachen werden Berücksichtigung finden, die von besonderer Bedeutung sind für wirtschaftshistorische und insonderheit für finanzwissenschaftliche Forschungen. In bezug auf alle andern Ergebnisse der vorliegenden Arbeit muss auf die Darstellung selbst verwiesen werden; um die schnelle Orientierung zu ermöglichen, ist am Schlusse ein Sachregister beigegeben.

2) *Karl Bücher*, Der öffentliche Haushalt der Stadt Frankfurt im Mittelalter. — Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 52, S. 1 ff.

3) Ich muss an dieser Stelle darauf verzichten, die Organisation der Finanzverwaltung Basels eingehend darzustellen. Hingegen wird meine Arbeit über den Stadthaushalt ein umfangreiches Kapitel über die Organisation der Verwaltung Basels enthalten, in dem besonders die komplizierten Fragen der Finanzverwaltung erörtert werden sollen. Einstweilen muss für alle einschlägigen Fragen auf *Heusler* und *Schönberg*, sowie auf den in Vorbereitung begriffenen 2. Band der Geschichte Basels von *Rudolf Wackernagel* verwiesen werden.

Einen solchen Sonderhaushalt stellte auch die Basler Münze dar, die mit dem Rechnungswesen der Stadt nur insoweit in Beziehung stand, als sie an die Stadtkasse Ueberschüsse ablieferte oder von dieser Zuschüsse einforderte. Die uns überlieferten Rechnungen der Stadt schweigen sich deshalb über die Verwaltungskosten der Münze völlig aus. Und da anderseits die Rechnungen der Münze nicht erhalten sind und auch die Akten des Dreieramts, dem die Münze später unterstand, entsprechende Nachweise nicht enthalten, lassen sich über die Betriebskosten der Basler Münze exakte Nachweise leider nicht beibringen. Ungefähre Anhaltspunkte über die Höhe und Gestaltung der Produktionskosten geben uns indessen die in den Münzmandaten niedergelegten Kostenrechnungen, auf welche in den früheren Abschnitten dieser Arbeit wiederholt hingewiesen ist. An der Hand dieser Urkunden soll nunmehr versucht werden, ein Bild von dem finanziellen Ergebnis der Basler Münze zu gewinnen. Ergänzend hinzutreten werden ferner Auszüge aus den Stadtrechnungen, die indessen, wie zu zeigen sein wird, zu einer einwandfreien Beurteilung der hier in Frage stehenden Verhältnisse nicht führen können.

Aus einer ganzen Reihe von Münzmandaten geht klar und deutlich hervor, wie hoch die Herstellungskosten der Münzen einerseits und die Gewinnquote des Münzherrn anderseits gewesen sind. Manche der aufgeführten Kostenrechnungen geben sogar ganz genaue Nachweise über die Differenzierung der Produktionskosten. Es wird von Interesse sein, die für unsere Zeit vorhandenen Kostenrechnungen zunächst in chronologischer Reihenfolge zum Abdruck zu bringen und im Anschluss daran eine Analyse ihrer wichtigsten Bestandteile durchzuführen. Ich begnüge mich in den Ueberschriften der Auszüge mit Stichworten, füge aber, um die schnelle Orientierung zu ermöglichen, jene Seiten der vorliegenden Arbeit an, auf welchen über den Inhalt der Urkunden Näheres zu finden ist. Die Kostenrechnungen selbst gebe ich in übersichtlicher, bearbeiteter Form; das Nachschlagen des genauen Textes wird ebenfalls durch entsprechende Hinweise erleichtert. Die angegebenen Preise verstehen sich in solchen Münzen, die auf Grund des jeweiligen Vertrags geprägt werden sollen.

I. Münzvertrag von 1377 [1]).

»Und den knechten sol man geben von der marck ze lone sechzehen phenninge und uff zwentzig marck drû lot ze fûrgewicht [2])«.

II. Münzvertrags-Entwurf von 1383 [3]).

»Si soͤllent den knechten geben ze lone von ieder marck zwen schilling der selben phenningen und uff zwanzig march ze fúrgewicht sechzthalb lŭt dar umb daz si ez wol wis machent.« »Und súllent die múntzergesellen den mălŏn geben«.

III. Vertrag von 1387 [4]).

»Den knechten sol man geben von ie der mark ze lone zwein schilling und acht phenning und uf zweinczig mark drû lot ze fúrgewicht.« »Es soͤllent ouch ie der herre und stat die múnczmeistere und knechte, der si gewalt habent, halten und dar zû wisen, das si bi den selben loͤnen blibent und dar umb werkent, ob si sich da wider sperren wolten.«

IV. Vertrag von 1399 [5]).

Kostenrechnung für $1^1/_2$ Mark rauh.

1. Stebler.

Eine Mark feines Silber kostet $7^1/_2$ lb. Stebler =	1800 ℌ
Eine halbe Mark Kupfer kostet	12 »
»Fur den abgang im ofen und das abschrott anderwerb ze giessen	36 »
»Von den anderhalb marken steblern wisz ze machen [6])	72 »
»Den gesellen von den anderhalb marken . . . ze werken [7]) und ze furgewicht	48 »
»Von den anderhalb marken . . . ze malen« [8])	6 »
»Dem muntzmaister fur tygel, kol, unschlit, saltz, weinstein, muntzysen, stempel, leder und ander geschierr« . . .	12 »
»Dem muntzmaister fur sin sorg und arbait	6 »
Schlagschatz	24 »
Summa	2016 ℌ

1) Vgl. S. 58 der vorl. Abhandlung.

2) Remedium.

3) Vgl. S. 64 ff.

4) Vgl. S. 69 ff.

5) Vgl. S. 77 ff. *Cahn*, S. 43.

6) Herstellung der Legierung.

7) Arbeitslohn.

8) Ausprägen des Münzbildes mit dem Prägestempel (muntzysen).

2. Zweilinge[1]).

Eine Mark feines Silber	1800 ℌ
Eine halbe Mark Kupfer	12 »
»Fur den abgang im ofen und das abschrott anderwerb ze giessen«	36 »
»Wisz ze machen»	60 »
»Ze malen«	4 »
»Den gesellen . . . und ze furgewicht	42 »
»Dem muntzmaister fur tygel, kol« etc.	6 »
Schlagschatz	24 »
Summa	1984 ℌ

V. Vertrag von 1403[2]).

Kostenrechnung für $1^1/_2$ Mark rauh.

Eine Mark feines Silber	1500 ℌ
Eine halbe Mark Kupfer	8 »
»Fúr den abgang der anderhalb margken silbers und zû-satzes im ofen und das oschrot anderwerbe ze giessende und ze wergkende	36 »
»Von den anderhalb margken wisz ze machende und ze fúrgewichte«	30 »
»Den múntzer gesellen von den anderhalb margken ze wergkende nutz an daz målen«	46 »
»Von anderhalb margken blattmann ze målende . .	6 »
»Den múntzmeister fúr tigel, saltz, wienstein, múntzisen. stemphel, leder, kol, unschlit und ander geschirre . .	10 »
»Dem múntzmeister für sin sorge und erbeit . . .	6 »
Schlagschatz	14 »
Summa	1656 ℌ

VI. Vertrag von 1425[3]).

Kostenrechnung für 2 Mark rauh.

a. Pfennige.

Eine Mark feines Silber	1740 ℌ
Eine Mark Kupfer	8
»Fúr den abgancke ime ofen«	40
»Wisz zû machende«	54
»Den múnczer gesellen«	60

1) Die Zusammenstellung in der Urkunde enthält eine falsche Angabe, denn sonst müsste das Ergebnis 2016 statt 1984 sein.

2) Vgl. S. 90, Anm. 1: *Cahn*, S. 50.

3) Vgl. S. 99.

»Von den zwein marcken blatman ze malende« . . .	4 ₰
»Dem múntzmeister fúr sin sorge und arbeit« . . .	12 »
Summa	1930 ₰ [1].

b. Zweilinge.

»Aber der kost, der úber ein marck zweylinger gande wirt, sol sin . . . viertzehen schilling pfennig und nút me«. ». . . von der marcke zweilinger sol ein schilling zů slegschatze genomen werden«.

2. Kostenrechnung für 1 Mark.

a. Blapharte.

Fünfzehn Lot feines Silber [2]	1631 1/2 ₰
»Fúr den abgang ime ofen zween blaphart.	24 »
»Von der margk wisz ze machende, ze fúr gewichte, ze werckende und ze malende	30 »
»Dem múnczmeister fúr tigel, salcz« etc.	18 »
»Dem múnczmeister fúr sin sorg und arbeit	9 3/4 »
Schlagschatz	27 »
Summa	1740 ₰

b. Groschen.

»Desglichen ist der koste úber die margk, darusz groszen gemacht werdent, eins schillings mynder den úber die blaphart, das wirt fúnff schilling nún phennige und drú ŏrter eins pfennigs«.

»So ist der slegschatze von der marck grossen drye plaphart und drie pfennige.«

VII. Anstellungsvertrag mit Peter Gatz 1433 [3].

»Und also sol den múnczemeistern von den obgenanten summe grossen vierdhalben grosz und von der summe plaphart siben plaphart fúr allen iren kosten ire arbeit sorge und ze lone volgen und geben werden und nit me, und sol ouch dehein slegschacz weder von den plapharten noch von den grossen genommen werden.« »Und ist den múnczmeistern harinn erloupt und gegŏnnet, die zwenteil plaphart und der dritteil grossen ze slahende doch ungevarlich, umbe das die múnczemeistere am lone dester basc bestân mŏgen«.

VIII. Anstellungsvertrag mit Ludwig Gesell 1462 [4].

»So soll er uns ouch von eyner yeglichen vynen marck silbers, so

1) Ein Schlagschatz ist nicht in Anrechnung gebracht.

2) Das eine Lot Kupfer ist nicht verrechnet.

3) Vgl. S. 116 ff.

4) Vgl. S. 146.

also vermunzet wirt, zwee basel schilling oder sechs vierer da fúr zů schegschatz geben«.

IX. Anstellungsvertrag mit Ludwig Gesell 1472[1].

»Daz ich da den obgenanten herren von Basel globt und versprochen habe, globe und versprich ouch in disem meynem brieff von solicher muntze inen zu slegschatz zu geben das selbe jare usz vierhundert phunt pfenning Baseler múnz . . .«[2]).

X. Vertrag von 1478[3].

Kostenrechnung für 2 Mark rauh.
Rappen und Hälbinge[4]).

Vierzehn Lot feines Silber	875	Rappen
Achtzehn Lot Kupfer	6	»
»Für den abgang im offen« etc.	20	»
»Wiss ze machen« etc.	27	»
»Den munzknechten ze wercken«	30	»
»Ze malen«	2	»
»Für tigell, salz« etc.	6	»
»Dem munzmeister fúr sin sorge und arbeit . . .	6	
Schlagschatz	6	»
Summa	978	Rappen

XI. Münzvertrag von 1480[5].

Kostenrechnung für $1^1/_2$ Mark rauh.
Blapharte.

15 Lot feines Silber	970	Rappen
»Dem múnzmeister fur allen Kosten, die ze machen .	48	»
Schlagschatz	14	
Summa	1032	Rappen

Kostenrechnung für 1 Mark rauh.
Rappen.

8 Loth Silber	$517^1/_2$	Rappen
»Für kupfer, abgang, versüchen, múnzysen und allen unkosten, sorge und arbeit núdt usgenommen . .	$52^1/_2$	»
Schlagschatz	6	»
Summa	576	Rappen

1) Vgl. S. 148.

2) Am 24. März 1477 kam ein neuer Anstellungsvertrag mit Gesell zustande; der Schlagschatz beträgt hier nur noch 100 lb.

3) Vgl. S. 155.

4) Die Kostenrechnung hält merkwürdigerweise Rappen und Helblinge nicht auseinander.

5) Vgl. S. 158, *Cahn*, S. 96.

XII. Münzvertrag vom 2. Mai 1498[1]).

Rappenpfennige.

»Do costett das silberr — die marck umb acht güldenn und ein ortt gerechnett — důnt die sibenn lott fin silberr zwey pfundtt, funff schilling, einen pfennig rappenn ...«. »Dorusz werdenn geschlagenn drythalb pfundt, acht pfennyng rappenn ..., und so das silber dorann abgezogenn, so bliptt úber funff schilling unnd sybenn pfennyng rappenn ...«

Hälbler.

»So kost das silberr[2]) — gerechnett die marck, als obstott — zwey pfündt, vierdennhalbenn schilling rappenn oder vier pfündt, sibenn schilling steblerr«. »Dorussz sollenn geschlagenn und gemacht werdenn nemlich uff das lott sibennzig und sechs helbling«.. »Also bliptt úber ann derr geschicktenn marck, wenn das silberr davon abzogenn württ, als obstott sibenn schilling, zwenn rappenn oder vierzehenn schilling, vier pfennyng steblerr.«

XIII. Münzvertrag vom 30. Nov. 1498[3]).

a. Grosse Blapharte.

Fünfzehn Loth feines Silber	2322 ₰
»Dem múnzmeister fúr synn lonn unnd arbeytt, fúr abganng unnd allen unkostenn vier schilling«	48 »
»Also blypt úber zů schlegschatzs, wardynner unnd bropyrer, lonn	30 »
Summa	2400 ₰

b. Groschen.

Neun Loth feines Silber	1392 ₰
»Dem múnzmeyster fúr sin lon unnd arbeydt	48 »
»Also blypt úber« etc. (wie oben)	24 »
Summa	1464 ₰

b. Blapharte

Acht Loth feines Silber	1237 1/2 ₰
»Dem múnzmeyster	72 »
»Also blypt úber« etc.	22 1/2 »
Summa	1331 ₰

1) Vgl. S. 162 ff.

2) 6 Lot und 3 Quint.

3) Vgl. S. 162 ff.

c. Doppelvierer

Acht Loth feines Silber	$1237^1/_2$ ₰
»Dem münzmeister«	84 »
»Also blypt über etc.	$22^1/_2$ »
Summa	1344 ₰

d. Rappen.

Sieben Loth feines Silber	1085 ₰
»Dem münzmeister«	84 »
»Also blypt über« etc.	15
Summa	1184 ₰

Schon ein flüchtiger Ueberblick über diese Aufstellungen zeigt, dass die einzelnen Kostenrechnungen nur sehr schwer miteinander verglichen werden können und für eine zahlenmässige Gegenüberstellung sogar völlig versagen. Wohl aber geben sie interessante Anhaltspunkte für die Beurteilung der Höhe der jeweiligen Einzelkosten. Sehen wir die Aufstellungen nach dieser Richtung durch, so springt zunächst der Silberpreis in die Augen; man wird versucht, die in den Berechnungen gegebenen Zahlen als zuverlässig zu acceptieren und sie bei etwaigen Aufstellungen über Schwankungen des Silberpreises zu verwerten. Nichts wäre aber falscher als dies! Denn ich habe ja schon in den früheren Abschnitten dieser Arbeit darauf hingewiesen, dass in allen Münzmandaten unserer Zeit der Preis des Silbers aus geldpolitischen Gründen zu hoch normiert worden ist. Im einzelnen werden wir hierauf im nächsten Kapitel der vorliegenden Arbeit zurückkommen (vgl. S. 217 ff.); es muss aber auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die in den Münzverträgen angeführten Silberpreise durchweg differieren mit den wirklich bezahlten Marktpreisen und deshalb als Unterlage für eine Silberpreisstatistik nicht dienen können. Ein solcher Hinweis ist nicht überflüssig, denn immer wieder sehen wir, dass selbst hervorragende Numismatiker und Wirtschaftshistoriker die Angaben in den Münzmandaten — die ja gar so bequem zu haben sind — ihren Preiskurven zu Grunde legen.

Ebenso falsch wäre es nun freilich, den Angaben über Silberpreise in den Münzmandaten überhaupt jede Bedeutung absprechen zu wollen. Sie sind nämlich überaus wichtig zur Beurteilung des relativen Anteils der Silberkosten an den Gesamtkosten der Prägung; oder anders ausgedrückt: Weil wir die Höhe des ange-

nommenen Silberpreises wissen, sind wir in die Lage gesetzt, den prozentualen Anteil der übrigen Herstellungskosten — Produktionskosten i. e. S. —, der ja die Schwankung der Silberpreise mitmachen muss, und des Schlagschatzes auszurechnen.

Soweit die Urkunden dies zuliessen, habe ich den Anteil, welchendie Silberkosten bei den jeweiligen Prägungen ausmachten, zusammengestellt. Es ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Nr. der Kostenrechnung	Art der Münze	Die Silberkosten beliefen sich auf . . . Prozent der Gesamtkosten	Herstellungskosten inklusive Schlagschatz
1399	IV	Pfennige	89,28	10,72
1399	IV	Zweilinge	89,28	10,72
1403	V	Pfennige	90,63	9,37
1425	VI	»	90,01	9,99
»	»	Blapharte	93,74	6,26
1478	X	Rappen und Stebler	89,32	10,68
1480	XI	Blapharte	94,28	5,72
»	»	Rappen	88,17	11,83
1498	XIII	Blapharte	96,75	3,25
»	»	Groschen	95,08	4,92
»	»	Doppelvierer	92,03	7,97
»	»	Rappen	91,63	8,37

Ganz allgemein fällt in die Augen, dass die relativen Silberkosten am höchsten sind bei den grossen Münzen; so steigen sie bei den Blapharten des Jahres 1498 auf 96,75 Proz. der Gesamtkosten. Je kleiner die Münze wird, desto geringer der prozentuale Anteil der Silberkosten. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, dass auch bei den Rappen dieser Prägung der Anteil der Silberkosten immer noch 91,63 Proz. ausmacht.

Einen nur geringen Anteil der Gesamtkosten macht das K u p f e r aus. Im Jahre 1399 kostete die Mark Kupfer 24 Pfennige, im Jahre 1425 nur noch 8 Pfennige; 1478 sind 18 Lot Kupfer sogar nur mit 6 Pfennigen eingestellt. In den späteren Kostenrechnungen ist der Kupferpreis nicht besonders aufgeführt. Um die Mitte des 15. Jahrh. standen Silber und Kupfer etwa wie 1 : 0,0045.

Was nun die Herstellungskosten im engeren Sinne betrifft — ohne Metall und Schlagschatz —, so lässt die verschiedene Rubrizierung der Einzelbeträge eine vergleichende Aufstellung nicht zu. Die grössten Posten betreffen in der Regel den Lohn der Münzergesellen, der um so höher ist, je mehr Münzen aus einer Mark geschlagen werden. Die relativ hohen Herstellungskosten der

kleinen Münzen beruhen demnach im wesentlichen auf den Löhnen. Trotzdem müssen aber die Münzerknechte bei der Herstellung von Pfennigen noch verhältnismässig schlecht besoldet gewesen sein, denn wir sind in unseren Urkunden ja wiederholt der Tatsache begegnet, dass gemeinsame Verabredungen der Münzherrn nötig waren, um den Lohnforderungen der Gesellen entgegentreten zu können (vgl. u. a. Kostenrechnung III). Bezüglich der tatsächlichen Lohnhöhe muss auf die Kostenrechnungen verwiesen werden, welche in dieser Beziehung eines Kommentars nicht bedürfen. Hervorgehoben werden mag noch, dass der »măllŏn« in früherer Zeit von den Gesellen bezahlt werden musste. Wir erinnern uns, dass jene verschärfende Bestimmung, die forderte, dass das Aufprägen des Stempels hinter verschlossenen Türen vor sich gehe, erst in späterer Zeit aufgenommen wurde. Bis dahin hatten die Gesellen auch jenen Teil der Münzherstellung übernommen. Als diese Tätigkeit jetzt anderen Personen, die am übrigen Produktionsprozess nicht beteiligt waren, übertragen wurde, kürzte man den Lohn nicht direkt, sondern nur indirekt, indem den Gesellen aufgegeben wurde, von ihrem Lohn die Kosten der Stempelaufdrückung, des »malens« zu bezahlen (vgl. Kostenrechnung II).

Von besonderem Interesse sind die Angaben über die Entschädigung des Münzmeisters. Es geht nämlich aus ihnen hervor, dass das Besoldungsverhältnis des letzteren nicht immer derselben Art gewesen ist. Entweder bekam er nämlich ausser der Entschädigung für die von ihm gestellten Materialien und Utensilien wie Tigel, Salz, Weinstein, Münzeisen, Stempel, Leder, Kohle etc. eine Barentschädigung für das ganze Jahr, oder aber er wurde nach Massgabe der von ihm gelieferten Münzenmengen bezahlt (vgl. u. a. VII). Ein dritter Modus hat vermutlich nur kurze Zeit bestanden, dass nämlich der Münzmeister das Münzen auf eigene Rechnung und Gefahr betreibt und von jeder Mark Silber, die er vermünzt, eine bestimmte Abgabe bezahlt oder, in späteren Jahren, eine Pauschalsumme abführt (vgl. VIII). Diese letzte Besoldungsart sieht einer Verpachtung schon recht ähnlich und konnte leicht zu laxerer Handhabung der Ausprägungen führen. Dies wird auch der Rat von Basel eingesehen haben, denn nach Ausweis der Kostenrechnungen ging er sehr bald wieder zu dem ursprünglichen Verfahren — Entschädigung und Akkordsatz nach Massgabe der Ausprägung — zurück.

Diese Kostenberechnungen und Anstellungsverträge zeigen übrigens zur Evidenz, dass die Hausgenossen als solche mit dem Münzwesen i. e. S. absolut nichts zu tun hatten. Für Basel müssen wir uns für die 2. Hälfte des Mittelalters[1]) den Münzbetrieb so vorstellen, dass in der städtischen Münze[2]) der von der Stadt ernannte Münzmeiser im Verein mit den Münzknechten die Ausmünzung besorgte. Das Rechtsverhältnis des Münzmeisters ist nicht immer dasselbe gewesen, im ganzen aber war es so geregelt, dass der Münzmeister für seine Leistungen nach festen Sätzen bezahlt wurde und ausserdem den Ankauf der Utensilien für Rechnung der Stadt besorgte. Die Silberankäufe hingegen vermittelte, wenn es sich um grosse Posten, die von auswärts bezogen wurden, handelte (vgl. S. 199), der Rat der Stadt, bez. das Dreieramt. Kleinere Mengen kaufte der Münzmeister auf, und zwar in der Regel durch Vermittlung der Wechsler, die ja verpflichtet waren, alles in ihre Hände kommende Silber zunächst dem Münzmeister anzubieten. Ein sehr eingehendes Studium aller zur Verfügung stehenden Quellen hat mit Notwendigkeit zu dieser Auffassung des Basler Münzbetriebes geführt. Abweichende Ansichten in der älteren Literatur halten quellenkritischen Prüfungen nicht stand.

Das Hauptinteresse beansprucht nun aber der Schlagschatz. In den von uns verarbeiteten Urkunden wird das Wort »slegschatz« in verschiedenem Sinne gebraucht. Einmal bezeichnet man damit den sog. Münzgewinn des Münzherrn, der genau wie die Produktionskosten i. e. S. von dem Feingehalt abgezogen wird; anderseits wird aber auch jene Gebühr darunter verstanden, die beim Silberkauf bezahlt werden muss[3]). In der einschlägigen Literatur bestehen über diese beiden Begriffe die allergrössten Unklarheiten, so dass es notwendig ist, kurz darauf einzugehen. Aus dem Basler Bischofs- und Dienstmannenrecht (vgl. S. 6 ff.) geht klar und deutlich hervor, dass nicht etwa ein doppelter Schlagschatz erhoben wurde — beim Silberkauf und

1) Genauer seit Uebernahme der Münze durch die Stadt (1373).

2) Eine auf das städtische Münzhaus hinzielende Notiz findet sich in der Jahresrechnung von 1376/77: »Item so haben wir emphangen von Cunrat Ostertag CCIX flor. von des múntzhus wegen das wir im ze kouffend haben geben, tunt in phennigen CCXLVII lb.«

3) »Swa man ouch silber kőfet oder verkőffet, da ist man schuldich dies slegschazis, von der marche vier pfennige.« (Vgl. S. 7.)

beim Münzen —, sondern dass jeweils nur e i n Schlagschatz in Frage kam.

> »Die selben weseler sulen niemanne wegen, wan daz si kŏffent silber in die múnze, daz ander sol man allez wegen ze vron wage in der múnze.«

Alles Silber, welches die Wechsler für die Münze aufkauften, konnten sie selbst wiegen; auch brauchte von diesem Silber kein Schlagschatz an den Bischof abgeführt zu werden. Erst beim Münzen sicherte sich der Bischof seinen Gewinn. Der gesamte übrige Silberhandel hingegen musste über die bischöfliche Fronwage geleitet werden und unterlag dem Schlagschatz. Diese Massnahme erklärt sich aus dem Silberbarrenhandel, der zu jener Zeit, als das Bischofsrecht aufgesetzt wurde, eine viel grössere Bedeutung hatte wie später. Neben den Münzen waren eben die Barren Zahlungsmittel, und da nur die Herstellung der ersteren Privileg des Bischofs war, konnte er sich jenes andere Zahlungsmittel nur tributpflichtig machen, wenn er für das Wiegen desselben die Fronwage obligatorisch machte und bei dieser Gelegenheit eine Gebühr erhob. Auf solche Weise wurde ausserdem die ungleiche Bewertung der Zahlungsmittel aufgehoben und dem Barrengeld jede Vorzugsstellung vor der Münze genommen. Wäre der Silberhandel frei gewesen, so hätten sich der Zirkulation des gemünzten Geldes sehr grosse Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Der beim Silberkauf erhobene Schlagschatz war somit eine notwendige Ergänzung des Schlagschatzes vom gemünzten Gelde; durch ihn wurde eine lückenlose Belastung der metallenen Zahlungsmittel überhaupt erst möglich. Keineswegs aber bedeutete — darauf muss unzähligen Behauptungen gegenüber energisch hingewiesen werden — der Schlagschatz vom Silberhandel eine doppelte Belastung. Der Münzherr wollte sich aus finanziellen und münzpolitischen Gründen von allen metallenen Zahlungsmitteln eine Abgabe sichern; beim gemünzten Gelde konnte er dies tun, bevor das Geld zirkulierte, beim ungemünzten aber blieb ihm nur die obligatorische Wage.

Später, als in Basel die periodischen Münzverrufungen, die ja den Umlauf von ungemünztem Silber begünstigt hatten, aufhörten, und auch grössere Silberstücke geprägt wurden, verlor der Silberhandel an Bedeutung und demgemäss auch die Einnahme aus diesem Zweige des Schlagschatzes. Wenn deshalb im Rechnungswesen der Stadt von »slegschatz« die Rede ist, so handelt es

sich immer um jenen Münzgewinn, den sich der Rat von Basel beim Prägen der Münzen zu sichern wusste.

Wie hoch war nun dieser Münzgewinn? In den Münzverträgen hören wir von einem Schlagschatz zum erstenmale im Jahre 1399 [1]. Seitdem spielt er in allen Verträgen eine Rolle, und zwar entweder indem seine Höhe bestimmt wird, oder aber indem ausdrücklich gesagt wird, dass ein Schlagschatz nicht erhoben werden soll. Ich gebe nun zunächst nach Analogie unserer früheren Tabelle eine Aufstellung über den prozentualen Anteil des Schlagschatzes an den Gesamtkosten.

Jahr	Nr. der Kostenrechnung	Art der Münze	Der Schlagschatz beträgt ... Prozent der Gesamtkosten	Der Schlagschatz beträgt ... Prozent des Silberpreises
1399	IV	Pfennige	1,18	1,18
»	IV	Zweilinge	?	
1403	V	Pfennige	0,84	0,94
1425	VI	„	kein Schlagschatz	—
	„	Blapharte	1,55	1,62
1433	VII	Blapharte und Groschen	kein Schlagschatz	—
1478	X	Rappen und Helblinge	0,61	0,68
1480	XI	Blapharte	1,35	1,44
1480	XII	Rappen	1,04	1,16
1498 [2]	XIII	Grosse Blapharte	1,25	1,29 [2]
		Groschen	1,64	1,72
		Blapharte	1,68	1,82
		Doppelvierer	1,67	1,82
		Rappen	1,26	1,35

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, dass die in dieser Aufstellung zum Ausdruck kommenden Münzgewinne verhältnismässig niedrig sind. Die Zahlen zeigen, dass der Rat von Basel in der Tat eine Münzpolitik getrieben hat, die sich von fiskalischer Engherzigkeit freihielt. Von den gangbarsten Münzen hat er einen sehr geringen Schlagschatz erhoben; Jahrzehnte hindurch (von 1433 ab) forderte er überhaupt keinen Schlagschatz. Und selbst bei den grösseren Stücken, die einen höheren Münzgewinn vertrugen, hat dieser niemals 2% erreicht. Gewiss hat es Münz-

1) Für die Zeit vor 1399, die münzpolitisch eine besondere Stellung einnimmt, vgl. S. 201.

2) Bei den folgenden vier Aufstellungen ist der Schlagschatz nicht genau zu bestimmen, da es in den Kostenrechnungen heisst: »Also blypt über zů schlegschatzes, w a r d y n e r u n d b r o p y e r e r, l o n n . . .« Die Beträge müssen demnach niedriger bemessen werden.

stätten gegeben, die sich mit noch kleinerem Gewinn begnügten, — die grosse Mehrzahl aber ging über die Basler Sätze wesentlich hinaus.

Es bleibt uns nun noch übrig, einen Blick auf die absoluten Einnahmen zu werfen, die der Rat von Basel aus der Münze hatte. Wie schon bemerkt, lassen sich exakte Unterlagen für die Beurteilung dieser Frage nicht gewinnen. Obwohl Basel im Mittelalter eine im ganzen recht übersichtliche Buchführung hatte, und auch fast alle Rechnungsbücher erhalten sind [1]), lassen sich statistische Aufstellungen über die Münzgewinne nicht machen, wenigstens nicht für das 15. Jahrhundert. Dies hat verschiedene Ursachen. Ich habe schon gesagt, dass die Münze einen Sonderhaushalt darstellte, der seine Betriebskosten in sich verrechnete. Es ist nun aber klar, dass der Münzbetrieb sehr oft grössere Mittel erforderte, als sie dem Münzmeister zur Verfügung standen. Namentlich war dies der Fall, wenn neue Münzen ausgegeben wurden, und die alten aufgekauft werden mussten. In solchen Fällen legte dann die Stadtkasse ein Betriebskapital in die Kasse der Münze. Wurde diese Summe später zurückbezahlt, so buchte man sie bei der städtischen Hauptkasse einfach als »vom Münzmeister« oder »von der Münze«; nur in seltenen Fällen ist der wahre Charakter dieser Posten erkenntlich gemacht. Ferner bezahlte die Stadt die grossen Silbereinkäufe zumeist unmittelbar aus ihrer Kasse, so dass der Betrag vom Münzmeister zurückerstattet werden musste; fast niemals sind solche Rückzahlungen besonders gekennzeichnet. Anderseits ist es natürlich nicht wahrscheinlich, dass alle Posten, die nicht ausdrücklich den Vermerk »Schlagschatz« tragen, als blosse Durchgangsposten zu betrachten sind, denn auch in den Fällen, wo es sich um wirklichen Gewinn handelte, wird der Stadtrechner dies nicht jedesmal beigefügt haben. Es könnte dem entgegengehalten werden, dass die Gegenüberstellung aller dieser Posten schliesslich doch den Reingewinn aus der Münze anzeige. Dem ist aber nicht so, denn bevor in Basel der Stadtwechsel errichtet wurde [2]), benutzte die Hauptkasse

1) Näheres über die Rechnungsbücher unter »Gold und Silber«.

2) Im Jahre 1504. Vgl. *Hallauer*, Der Basler Stadtwechsel 1504—1746. Basel 1904. *Hallauer* lässt diese Vorgeschichte des Basler Stadtwechsels leider ausser Betracht; es wäre aber von Interesse gewesen, die Funktion der Münze als Quasi-Bank im Zusammenhang mit der Entstehung des Stadtwechsels eingehender zu untersuchen. Auch an andern Orten wären solche Untersuchungen m. E. lohnend, indem sie Auf-

die Münze als eine Art Bank, mit der sie im Kontokorrentverkehr stand. Zahlreiche Beträge, welche die Hauptkasse zu bezahlen hatte, wies sie aus ihrem Guthaben bei der Münze an. Der Münzmeister leistete die Zahlung und brachte sie bei der Regulierung seiner Verpflichtungen in Anrechnung. Die Stadtrechnungen sagen nun aber nicht immer, wie hoch diese Beträge, die indirekt bezahlt wurden, waren, sondern in vielen Fällen wird erklärt, dass man »gerechnet« habe, und keiner dem andern mehr etwas schulde. Kurzum, dieses verwickelte Hin und Her von Zahlung, Anweisung und Verrechnung macht einen exakten Ueberblick über die wirklichen Reinerträge der Münze unmöglich.

Trotzdem aber sind die entsprechenden Einträge in den Rechnungsbüchern der Stadt von allergrösstem Interesse, denn sie geben nach mancherlei Richtung überaus instruktive Aufklärungen und bedeuten für den Numismatiker ein nicht hoch genug einzuschätzendes, bisher noch nicht erschlossenes Material. Ich glaubte deshalb, die Mühe nicht scheuen zu sollen, aus sämtlichen Jahresrechnungen von 1373=1500 — Einnahmen und Ausgaben — die auf die Münze bezugnehmenden Posten auszuziehen. Hierbei hat sich ergeben, dass von den insgesamt 127 Rechnungen nur 61 mit der Münze zusammenhängende Eintragungen enthalten. Und auch in diesen 61 Rechnungen befinden sich zahlreiche Posten, die mit dem eigentlichen »Schlagschatz« nichts zu tun haben, von mir aber aufgenommen sind, um jenen Kontokorrentverkehr zwischen Münze und Hauptkasse, der freilich in Wirklichkeit grösser gewesen ist, als er in den Eintragungen der Jahresrechnungen zum Ausdruck kommt, zu beleuchten. Ich glaube zweckmässig zu handeln, wenn ich den vollständigen Auszug hier folgen lasse. Ich bemerke noch, dass der Auszug auch Einträge enthält, die mit der Münze nicht in unmittelbarer Beziehung stehen, wohl aber mit dem Geldwesen. So habe ich alle Posten aufgenommen, die Verluste an minderwertigem Geld buchen, ferner die Zahlungen für »ufwechsel«, Strafgelder für zu teuer verkaufte Gulden u. a. m. Der besseren Uebersicht halber bediene ich mich arabischer Ziffern. Die in Gulden angegebenen Summen habe ich nach dem entsprechenden Wertverhältnis in Pfund umgerechnet.

---

klärung geben könnten über eine bisher fast gar nicht beachtete Nebenfunktion der städtischen Münzen.

Einnahmen. | **Ausgaben.**

1372/73.

Keine Angaben.

Item so hant wir geben Hanneman Zschaggebúrren [1]) in die múntze 200 lb.

1373/74.

Item so hant wir emphangen von unser múntze das uns Hanneman Zschaggebúrre verlúhen het 361 lb. 14 ß.

Item so hant wir verlorn an bösem gelt 20 lb. 10 ß.

1374/75.

Item so habent wir emphangen von Hanneman Zschaggebúrren 139 lb. 3 ß 6 d.

Item so habent wir emphangen von Hanneman Zsaggebúrren von unser múntz wegen 703 lb. 13 ß und lassent im noch in der múntz 231 marck vines silbers.

1375/76.

Item so hant wir emphangen von Hanneman Zschaggebúrren von der múntz wegen von sant Peter und sant Paulus tag des erren jars untz uff den mentag vor sant Valentins tag dis jars 38 mark vines silbers und 10½ lb. der nuwen phenninge, tůnt in alten phenningen úber al 175½ lb.

Item so hant wir aber emphangen von Hanneman Zschaggebúrren von der smidwesch wegen 80 guldin, tůnt in phenningen 60 lb.

Item so hant wir geben Hanneman Zscheggebúrren 90 gulden, tůnt in phenningen 67½ lb. von des officials wegen.

1376/77.

Item so haben wir emphangen

Item so hant wir geben Henn-

1) Der Stadt Basel erster Münzmeister. Im Hinblick auf die Namen einzelner späterer Münzmeister vgl. *Hanauer*, I. S. 339.

Einnahmen.	Ausgaben.
1376/77.	
von Hanneman Zcshaggebúrren von slegschatzes wegen der núwen gůten phenningen 100 lb. minus 10 β der swachen. Item so habent wir emphangen von Cůnrat Ostertag 260 flor. von des múntzhus wegen, das wir im ze kouffend haben geben, tůnt in phenningen 247 lb.[1]	man Zscheckabúrre in unser múntz 1210 lb. angstern.
1377/78.	
Item so hant wir emphangen von Hanneman Zscheckabúrren von des slegschaczes wegen 51 lb. $7^1/_2$ β 3 d.	Keine Angaben.
1378/79.	
Item so hant wir emphangen von dem múntzmeister 41 lb., so wir an silber gewunnen hant. Item so hant wir emphangen von slegschatzes wegen 9 lb. minus $2^1/_2$ β.	Item so hant wir geben ze vorwechsel an guldinen, die ze licht warent, und an bősen phenningen 21 lb.
1382/83.	
Keine Angaben.	Item so ist geben ze vorwechse uf die bősen phenning und die guldin Vngersche und Behemsche und ander, die ze lichte warent, 25 lb.
1383/84.	
Item von der múntze $492^1/_2$ lb. 6 β.	Keine Angaben.
1384/85.	
Item von der múntz wegen dis jares 1124 lb. 6 β. Item und zwo fronvasten vorhin, als die múntz anvieng, 493 lb. minus 4 β, und ist	Summa in universo datorum quatuor decim milia 308 lb. $11^1/_2$ β und lassent an dem múnczmeister 27 guldin tůnd in phenningen 215 lb.

1) Diese ausserordentliche Einnahme ist in den nachfolgenden Zusammenstellungen nicht mit verrechnet worden.

Einnahmen. | **Ausgaben.**

1384/85.

Einnahmen:

der sume úberal als si angevangen ist, 16r7 lb.

Item von dem múnczmeister 15 gulden, die er uns lech, tatent 14 lb. 5 ß.

Ausgaben:

13 ß, kament von Francz Hagendorn und sint úns in bőse davon abgangen 11 lb.

Item so ist gerechnot mit den múnczmeistern von der múntz wegen, die hand úns genczelichen bezalt.

1385/86.

Einnahmen:

Item von der múntz wegen 1551 lb. 4 1/2 ß.

Ausgaben:

Keine Angaben.

1386/87.

Einnahmen:

Item von der múncze 6067 1/2 lb. 6 ß 3 d. minder

Ausgaben:

Item so han wir geben Birker dem múnczer 7 lb., daz er uns warten soll.

Item so han wir geben Siferman Merswin 8 guldin uf daz silber, daz man von im koft.

Item so han wir geben den múnczerknechten umb ir rőgke und recht 73 lb.

summa distributorum in universo et computatorum est drissig drútusent 75 lb. 5 ß 5 d. und lassent an Henman Zscheggabúrlin dem múnczmeister 324 lb. item an Peter Stralemberg 15 1/2 guldin und in bősen phenningen 43 lb. und sust 2 lb. einen d.

Item so ist gerechnet mit den zwein múnczmeistern von der múncz wegen genczlich und blibet úns Henman Scheggabúrlin von sins teils wegen von der múncz und ouch von anders geltes wegen, so er von unsern wegen ingenomen hat, schuldig 324 lb., und hat uns aber Stralemberg sins teils genczlich vergolten und ist uns núczit schuldig von deheinen sachen.

Einnahmen.	Ausgaben.
1388/89.	
Item von der múncze wegen 754 lb. 1 β, der sint sider vernde 217 lb. 4 β.	Keine Angaben.
1389/90.	
Item von Hemerlin 100 lb. von der múncze wegen. Item von Húglin von Sliengen 5 lb. 6 β von der múncz wegen. Item von Hemerlin des erren jars von der múncz wegen 120 lb. 10 β.	Keine Angaben.
1391/92.	
Item 26 guldin umb bösz silber.	Item Hemerlin umb silber 150 lb. minus 13 β. Item so ist gerechenet mit Hennmann Zscheggabúrlin dem múnczmeister und hat uns genczlich gnůg getan. (Durchgestrichen.)
1392/93.	
Keine Angaben.	Item so ist gerechenet mit dem múnczmeister umb alles daz, so er usgeben und ingenomen hat, und ist uns núczit schuldig bliben.
1394/95.	
Keine Angaben.	Item der múntzmeister sol geben den von Raterstorf 6 flo. 1 orte fronfasten zinse. Item und under hern Lútelcz seligen von Berenfels tochter erben 1100 flo. houbtgůtes und 55 flo. cum 4, an den sol man in 102½ lb. 4 β. Item so sin dis die stúcke, so man úns schuldig ist, die gerechent sint: Item von der múntz 4000 flo.[1]).

1) Dieser Posten gehört, vom Standpunkte der Münze, unter die Einnahmen.

	Einnahmen.	Ausgaben.
1395/96.	Keine Angaben.	Item so haben wir vergolten dem múntzmeister 121 lb. 14 β, so ime die erren sibenen schuldig belibent.
1396/97.	Item von bösem gelt gebrent 90 flo. 2 lb. $6^1/_2$ β. Item so hat uns verlúhen der múntzmeister 146 Guldin.	Keine Angaben.
1398/99.	Keine Angaben.	Item so sint geben Henman Zschaggabúrlin von der múncz wegen 160 guldin 9 β, die wir im schuldig warent. Item dem múnczer von Thanne an sin sach 6 lb. Item Arnolden dem smid geben 6 lb. von gezúgs wegen der múncz. Item aber sint geben Henman Zschaggabúrlin von der múncz wegen 114 lb. 18 β 2 d., die wir im schuldig warent. Item Weckerlin dem múntzmeyster 10 guldin geschenket.
1399/1400.	Item so haben wir emphangen von Henman Zschagkabúrlin, meyster Meyger und Heinrich Scheidenmacher von der múncz wegen 4638 lb. und sind usz der múntz uff die selben zite gangen ze gewinn 1200 lb. minus 18 d. úber daz hôptgût. Item darnach hand úns aber dieselben geben ze schlegschatz und ze gewinn 74 guldin. Item so hand wir emphangen von Symonden als dem die múntz gelichen wart, von schlegschaczes wegen 112 lb.	Item Henman Zschagkabúrlin geschenket auch von der múntz wegen 48 lb. Item so sint vergolten Henman Zschagkabúrlin 111 mark silbers, so wir ime von der múntz wegen schuldig wârent und dafúr geben $943^1/_2$ lb. Item Henman Zschagkabúrlins knaben 1 guldin geschenket von der múncz wegen.

Einnahmen.	Ausgaben.

1402/03.

Item so hand wir entpfangen von Wekerlin und Altenbach den múntzmeistern 1336 lb. núwer von der múntze wegen.

Item so sint geben Altenbach und Wekerlin $813^{1}/_{2}$ guldin uff die múntze in altem gelte je 1 lb. $6^{1}/_{2}$ β fúr 1 guldin.

1403/04.

So hat úns vergolten Altenbach 500 guldin, die wir im verlichen hattend von der múntze wegen.

Item so hat uns vergolten der múnczmeister, 200 lb., die im verlichen warent uff die múntze.

Item so hand wir verlihen Henman Schakenbúrlin 200 lb. uff die múntz, die er uns nu beczalt hat.

item meister Frigker und Snůrler geschenket 2 lb. von der muncze wegen.

item Hennman Lútold ouch der muntze wegen 2 lb.

1404/05.

Item von besserunge wegen von den die guldin thúrer kouft und verkouft hant, denne der múnczbrief wiset, 29 lb. 9 β.

Item Hennman Lútold im kŏffhus 3 lb. geschenket umb sin arbeit, so er hat gehept von der múntze wegen und mit dem korne, daz zů den thoren ußgangen ist.

Item den dryen múntzversůcheren 3 lb. geschenket.

Item Lúllefogel, der die pfenning malet, 5 lb. geschenket, umb daz er belibe.

1405/06.

Von der besserunnge wegen der guldin, die thúr koufft und verkoufft sint, denn der múnczbrieff wiset, 12 lb. 7 β.

Keine Angaben.

1406/07.

Von besserunge der guldin $4^{1}/_{2}$ lb. 2 β.

Keine Angaben.

1412/13.

Vom bruchsilber, daz in der nehsten vordern jarrechnung gebrant wart, 13 lb. 3 β.

Keine Angaben.

Einnahmen.	**Ausgaben.**

1413/14.

So sint gelöset usser silberin tútzschelin, die usser versůchter múncz gebrant sint, 2 lb. 8 ß.

Keine Angaben.

1424/25.

Emphangen von Ospernellen 49 guldin, die ime úberbliben sint an den 733 guldin, die im geben wurden uf silber ze kouffende novorum.

Item 5 lb. den múntzer gesellen geschencket.

Item dem múnczer 4 lb. geschengket.

Ußgeben umbe silber, so kouft ist zer múntze:

Item Heinrichen von Biel 308 guldin und 1 ort umb $47^1/_2$ margk minus 5 quint silbers, facit 343 lb. 18 ß 8 d.

Item Heinrich Grůnenzwig 113 guldin 1 ort umb 16 margk $3^1/_2$ lot 1 quint facit, 126 lb. 3 ß 8 d.

Item eym von Arowe 117 guldin umbe 18 margk silbers, facit 130 lb. 13 ß.

Item dem schultheissen von Brugk 53 guldin umb 8 margk und $2^1/_2$ lot vins silbers, facit 59 lb. 3 ß 8 d.

Item Jacob Unmůß von Louffenberg $82^1/_2$ guldin umb $12^1/_2$ margk und 1 lot vins silbers, facit 92 lb. $2^1/_2$ ß.

Item Altembach 2275 guldin umb 350 margk silbers, facit 2540 lb. 8 ß 4 d.

Item Peter Scherman 349 guldin 3 ß 9 d. umb $53^1/_2$ margk vins silbers facit 389 lb. 14 ß.

Item aber sind geben Heinrich von Biel 200 guldin uf silber ze kouffend, facit 223 lb. 6 ß 8 d.

Summa 3005 lb. $10^1/_2$ ß.

Item Halbysen 1205 guldin und

Einnahmen. | **Ausgaben.**

1424/25.

8 ß uf silber, facit per totum 1456 lb. 17½ ß.

Item Hanns Wartemberg 91 guldin 9 ß umb 14 margk und 1 lot vins silbers, facit per totum 102 lb. 7½ ß.

Item Hansen von Múmpelgart 243 guldin 9 ß umbe 37 margk 7 lot ½ quint silbers, facit 273 lb. 7½ ß.

Item Zeller 41½ guldin umb 6 margk 2½ lott silbers, facit 46 lb. 13 ß 10 d.

Item Ospernellen 667 guldin uf silber gen Franckenfurt, facit 750 lb. 7½ ß.

Item aber Ospernellen 733 guldin uf silber gen Franckfurt, facit 824 lb. 12½ ß.

Item Stüdelin 7 guldin umb ein margk 5 quint silbers, facit 7 lb. 17½ ß.

Summa 3462 lb. 3 ß 10 d.

1425/26.

Einnahmen:

Item von Ludeman Meltinger 2 lb. Thanner geltes ze versůchende etc.

Item usser der múntz 6167 lb. 10 ß minus 3 d.

Ausgaben:

Item geben Hegenhein und Wartemberg 690 lb. zů den 500 phunden, so si vormals hand uf silber ze kouffen.

Item 248½ lb. um 35½ marg silbers sőllent die múntzmeister verrechenen.

Ußgeben umb silber, so kouft ist zer múntz:

Item Heinrich Kuphernagel 254 guldin 3 ß umbe 37 margk 2 loth minus ½ quint silbers, facit 266 lb. 17 ß.

Item Wernlin Tessenhein 91 guldin 17½ ß umbe 14 marg 2 lott

Einnahmen. | **Ausgaben.**

1425/26.

Ausgaben.

minus $^{1}/_{2}$ quint silbers, facit 96 lb. $8^{1}/_{2}$ β.

Item Heinrich Gruͤnenzwig 90 guldin 1 ort umbe 13 marg silbers und 6 lott, facit 94 lb. 15 β.

Item Stúdlin 201 guldin umb 30 marg minus 3 lott silbers, facit 211 lb. $5^{1}/_{2}$ β.

Item Halbysen und siner geselschaft 128 guldin 16 β zů den 2645 guldin, so inen vor worden sint, und sint beczalt 396 margk und 5 lot silbers, facit 135 lb. 4 β.

Item dem jungen Krangwerch 373 guldin $17^{1}/_{2}$ β umb 55 marg silbers 6 lot $^{1}/_{2}$ quint, facit 392 lb. $10^{1}/_{2}$ β.

Item Claus Wartemberg und Hegenhein 500 guldin uf silber ze kouffende, facit 525 lb.

Item Hanns Súrlin $20^{1}/_{2}$ guldin 3 β 4 d. umbe 3 marg 1 lott vins silbers, facit 21 lb. 13 β 10 d.

Item Claus Wartemberg $205^{1}/_{2}$ guldin umbe 30 marg 7 lott silbers, facit 215 lb. $15^{1}/_{2}$ β.

Summa 1959 lb. 9 β 10 d.

1426/27.

Einnahmen.

Von der múntze 1315 lb. minus 6 d.

Von Peterhanns Wentikom 40 lb., die im usser der múntz verlúhen warent.

Von Zeller und Wilderwirt von der múncze wegen 85 lb. 7 β.

Ausgaben.

Keine Angaben.

1433/34.

Einnahmen.

Keine Angaben.

Ausgaben.

Item so ist verlornan silber, das in die múntz koufft ist, $2^{1}/_{2}$ lb. 21 d., daz wir ze stúre geben hant.

Einnahmen.		Ausgaben.
	1434/35.	
Keine Angaben.		Item so sint abegangen an den kůplapharten, als die an der werschaft abgeseczt sind 15 lb.
	1438/39.	
Keine Angaben.		Item so sint geben Peter Gaczen dem muntzemeister von den ersten múntzisen zů plapharten und zů den viern zů graben $13^{1}/_{2}$ guldin, facit 15 lb. 11 β.
	1447/48.	
Empfangen als man guldin und ander múncze ufsaczt versůchte 7 guldin und ein ort, facit 8 lb. $6^{1}/_{2}$ β 3 d.		Keine Angaben.
	1458/59.	
Keine Angaben.		Item geben $2^{1}/_{2}$ lb. 4 β die múntz uffzesetzen und ze versuchen.
	1463/64.	
Item empfangen schlegschatz von der múntze 31 lb. 3 β.		Keine Angaben.
	1464/65.	
Empfangen von schlegschetzen der múntze 69 lb. 9 β 4 d.		Item geben $13^{1}/_{2}$ lb. 6 β huszinses von der múntze. Item abgangen in boser múntz und guldin 66 lb. 8 β.
	1465/66.	
Empfangen vom schlegschacz der múncze 94 lb. $11^{1}/_{2}$ β. Empfangen vom silberkouff 22 lb. 13 d.		Item geben von muntzysen ze schmyden, ze graben worzeichen in das kouffhuse und das insigel zu vergúlden 31 lb. $4^{1}/_{2}$ β. Item geben das in boͤser múntz abgangen und zu uffwechsel uff gulden zu kouffen gangen ist 107 lb. 4 β minus 1 d.

Einnahmen. / **Ausgaben.**

1466/67.

Empfangen von dem muntzmeister ze schlegschatz und vom silberkouff 394 lb. minus 1 d.

Item geben umb muntzysen versichern, waradinern und huszins. von der muntz dis jare 75 lb. $11^{1}/_{2}$ β.

Item 134 lb. 15 β ze uffwechsel umb golt zu kouffen.

1467/68.

Empfangen von dem muntzmeister zu slegschatz und vom silberkouff 247 lb. $4^{1}/_{2}$ β von $345^{1}/_{2}$ marg silbers, von eyner geschickten marg 3 β 8 d.

Item geben umb muntzyzen, versuchern, waradinern und huszins von der muntz dis jare 40 lb. 14 β.

Item geben Balthazar Hutschy, Heinrichen Steinmetz und Peter Wolff von der muntze wegen 18 guldin, tut 20 lb. 14 β.

Item abgangen an boser muntze 25 lb. 7 β.

Item 233 lb. 7 β minus 4 d. zu uffwehsel golt darumbe ze kouffen dis vergangen jare.

1468/69.

Empfangen vom alten slegschatz 63 lb. 3 β 2 d.

Empfangen aber von dem muntzmeister zu slegschatz 322 lb. 18 β.

Empfangen 179 guldin und $^{1}/_{2}$ guldin zu slegschatz der gulden muntz, davon sint dem waradiner 30 guldin und 18 β worden.

Empfangen von dem muntzmeister und Mathisen 260 guldin an den slegschatz der vierer.

Item dem waradiner 30 guldin.

Item 15 lb. 10 β 2 d. uber die muntz in allerley gangen.

Item 14 lb. 4 β 5 d. an boser muntz abgangen.

Item geben umb uffwehssel der guldin, da man guldin schuldig gewesen ist dis vergangen jare 136 lb. 17 β. 1 lb. $3^{1}/_{2}$ fur einen guldin ze rechnen, und ist die summ der guldin 5474 gulden.

1469/70.

Empfangen von dem muntzmeister zu slegschatz 253 lb.

Item geben Balthasar Hutschy von zweyen molen die muntz zu versuchen, ouch umb gewychte und anders von Franckfurt etc. 3 lb.

Item 256 lb. 1 β zu uffwechsel.

Einnahmen. **Ausgaben.**

1469/70.

darumb man golt hat kouffen mussen.

Item 12 lb. 14 ß abgangen in boser muntz.

1470/71.

Empfangen von dem múntzmeister zu slegschatz und von Balthasar Hutschy von der gulden muntz, tut alles 709 lb. 17 ß.

Item Balthasar Hutschy von der múntz zu versuchen und fur 9 gulden, so er zerschnitten hat 13 lb. 1 ß.

Item 208 lb. 9 ß 6 d. abgangen an boser múntz und verlust an allerley gulden, so dem múntzmeister geben sint, und an den postulat und sannt Andres gulden, so der landtvogt geben hat, und an Jacob Waltenheins silber.

Item zu uffwechsel, darumb man golt hat mussen kouffen 400 lb.

1471/72.

Empfangen von dem muntzmeister zu slegschatz 550 lb.

Item Balthasar Hutschy die múntz zu versuchen von der nuwen musterung der rappen und umb eyn núwe rappenysen und von warzeichen ze machen 14 lb. 10 ß.

Item 68 lb. 13 ß abgangen und verlust an boser múntze und an der lesten bezalung der VI[m] und C gulden, so man der herschafft von Rinfelden halb getan hat.

Item geben zu uffwechsel, darumbe man golt hat műszen kouffen, tut 235 lb.

1472/73.

Empfangen aber von der laden vom schlegschatz nihil.

Item 12 lb. 7 ß 8 d. Rutenzwig von versuchung wegen der muntz.

Item 17 lb. 4 ß 6 d. verlust an bosem gold und gelt.

Einnahmen.	Ausgaben.
1472/73.	
	Item geben zu uffwechsel, darumb man golt hat muszen kouffen dis jare, tut 68 lb. 11 β.
1473/74.	
Empfangen vom slegschatz 588 lb. 5 β 10 d.	Item 6 lb. 18 β den dryen herren von der muntz wegen.
1474/75.	
Empfangen vom slegschatz nichil.	Item den wardinern jarlon 10 lb. 7 β.
	Item 8 lb. 17 β 6 d. Rudolff Slierbach, Jacob von Sennhein, Andres Wiler und Rutenzwig von der múntz wegen etc. versůchgelt und crutzer uffzesetzen und Balthasar Hutschy.
	Item 30 lb. abgangen in boser muntz.
	Item 200 lb. geben zu uffwechssel, darumb man gold koufft hatt.
1475/76.	
Empfangen vom schlegschatz nihil.	Item der wardinern jarl'on. nihil.
	Item so ist verlust dis jare an boser muntz und an gold, so zů licht gewesen ist: tut 75 lb.
1476/77.	
Empfangen vom schlegschatz (Angabe der Summe fehlt).	Item 3 lb. 7 β die múntz ze versuchen.
1477/78.	
Empfangen von schlegschatz 100 lb.	Item die gulden muntz uffzeziehen 3 lb. 2 1/2 β.
1478/79.	
Empfangen vom schlegschatz (fehlt die Summe).	Item geben zu uffwechsel und an múntz verloren durch das gantz jare und für die böse múntz 300 lb.

Einnahmen.	Ausgaben.
	1479/80.
Keine Angaben.	Item geben zů uffwechsel und an bŏser múntz verloren das vergangen jare 190 lb.
	1480/81.
Keine Angaben.	Item 3 lb. 17 β dem schriber von Colmar von den muntzbriefen ze schrieben. Item 3 lb. 16 β 6 d. umb muntzysen und einen stock ze múnzen.
	1487/88.
Keine Angaben.	Item 150 lb. so an bŏser múntz unnd gold verloren ist.
	1488/89.
Keine Angaben.	Item geben zů uffwechsel und an bŏser múntz verloren und nachzogen 102 $^1/_2$ lb.
	1489/90.
Keine Angaben.	Item an bŏser múntz verloren 50 lb. Item 3 lb. 9 β uffwechsell u. ettlich golld.
	1490/91.
Keine Angaben.	Item 50 lb. an uffwechsell und bŏser múntz verloren.
	1491/92.
Keine Angaben.	Item geben so an bŏsem golld und múntz verloren ist.
	1492/93.
Keine Angaben.	Item 50 lb. an boser muntz verloren.
	1496/97.
Keine Angaben.	Item 4 β um den abscheid der muncz halb vergriffen.

Einnahmen. | **Ausgaben.**

1497/98.

Einnahmen.

Keine Angaben.

Ausgaben.

Item 871 gulden 15 β 1 d. inn gold tůnd 1107 lb. 13 β umb 108 marck 4 lot minus 1/2 quintlin fins silber zu muntzen geben, zu Franncksfurt kofft.

Vszgeben in der sach der muntz berúrend:

Item 5 lb. 12 β 2 d. verzert unnser botten unnder allen melen gein Ennszhein unnd Nuwenburg gesannt der muntz halb.

Item 5 lb. 8 β 4 d. aber verzert unnser botten der muntz halb usszgesannt gen Ennszhein und Nuwenburg.

Item 4 lb. 15 β unnsern botten rytgellt gen Ennszhein unnd Nuwemburg der muntz halb.

Item 1 lb. 5 β verzert meister Wolffganng der muntzmeister zu Nuwemburg gewest.

Item 19 ff. unnd 24 lb. 1 β 4 d. Connrat Schutzen umb den uffgerichten muntzbrieff mit sammppt des knechts trinckgellt.

Summa huius 42 lb. 1 β 10 d.

Item 13 β geschennckt dem, der die muntzbrief bracht zum sigeln.

1498/99.

Einnahmen.

Item empfanngen von den wardiner der muncz halb 1422 lb. 18 β 6 d. so ussz dem silber gemúntzt ist.

Item 70 lb. 12 β 1 d. furschutz und schlegschatz uber allen uncosten der muncz halb uffgeloffen.

Ausgaben.

Item 1987 lb. 17 β 2 d. uzszgeben den wordinern umb silber der munntz halb.

Vsszgebeñ inn der sach die munntz berurent.

Item 12 lb. 6 β 8 d. verzert unnser botten gen Ennsszhein unnd Nuwemburg inn der sach der muntz halb.

Einnahmen.	Ausgaben.
1498/99.	
	Item 3 lb. 15 β den selben unnsern ratzbotten rytgellt dohin. summa huius 16 lb. 1 β 8 d.
1499/1500.	
Item 564 lb. 18 β 8 d. empfangen usz dem silber erlost, so vermuntzt ist, nemlich 54 margk 13½ lod. Item 55 lb. 4 β 4 d. vom slegschatz desselben vermunczten silbers. So ist usz dem silber das vernig erkoufft unnd dis jor vermunczt worden ist mit sampt dem slegschatz empfangen 620 lb. 3 β.	Item 12½ lb. Conrat Schutzen dem landtschriber fur ein muntzbrieff.

Eines weitläufigen Kommentars bedarf dieser Rechnungsauszug nicht, zumal aus den angeführten Gründen rechnerische Zusammenzüge untunlich sind. Es mag deshalb nur das Wichtigste hervorgehoben werden. In die Augen fällt zunächst die Tatsache, dass mehr als die Hälfte aller Rechnungen auf die Münze lautende Eintragungen überhaupt nicht aufweisen. Es hängt dies einmal damit zusammen, dass die Abrechnungen zwischen Stadtkasse und Münze nicht jährlich stattfanden; ferner aber liegt es daran, dass die Münze, wie wir aus den früheren Abschnitten dieser Arbeit wissen, zeitweilig stillstand. Der Beschluss des Münztages in Neuenburg vom 14. Okt. 1406 (vgl. S. 95) kommt in den Rechnungsauszügen zum Ausdruck. In den Rechnungsjahren 1405/6—1423/24 hat die Stadt Einnahmen aus der Münze nicht gehabt. Wir haben zwar gesehen, dass sie zeitweise die Prägungen wieder aufgenommen hatte, aber unsere Vermutung, dass es sich dabei um kleine Beträge gehandelt hat, findet in den Rechnungen ihre Bestätigung. Einen grösseren Zeitausfall sehen wir ferner um die Mitte des 15. Jahrh. Bekanntlich hatte der Rat der Stadt während des Konzils Prägungen vorgenommen, die den Bestimmungen des Münzvertrages von 1425 zuwiderliefen

(vgl. S. 114 ff.), von denen sie aber keinen Schlagschatz erhob. Infolgedessen hatte die Stadt ca. 30 Jahre hindurch — bis 1463/64 — nach Ausweis ihrer Rechnungsbücher überhaupt keine Einnahmen aus der Münze. Merkwürdigerweise schweigen auch die Jahresrechnungen 1474/75—1476/77 und 1479/80—1497/98 sich über Einnahmen aus der Münze völlig aus. Dies ist um so auffälliger, als wir aus den Kostenrechnungen und Anstellungsverträgen wissen, dass der Stadt in diesen Jahren Münzerträgnisse zugeflossen sind. Ich finde für diesen Widerspruch keine Erklärung, zumal auch keine regulären A u s g a b e n, etwa für Silberverkäufe, registriert sind. Wahrscheinlich liegt der Sachverhalt so, dass die Münze ihre Ueberschüsse vollständig mittelbar abführte, indem sie Anweisungen der Stadtkasse honorierte. Bestimmtes lässt sich hierüber aber nicht sagen, da die entsprechenden Posten nicht zu erkennen sind. Völlig ausgeschlossen ist jedenfalls, dass die Stadt überhaupt keine Einnahmen aus der Münze gehabt hätte und auch keine Ausgaben sich notwendig machten. Die auf Grund der Verträge von 1478 und 1480 zu prägenden neuen Münzen (vgl. S. 155 ff.) erforderten grosse Silbereinkäufe, die doch zunächst die Stadtkasse bestreiten musste und die ihr in irgend einer Form wieder zugeflossen sind. Alle früheren Neuprägungen sind an den hohen Zahlen auf beiden Seiten des Hauptbuchs deutlich zu erkennen; desgleichen die letzten Neuausprägungen des 15. Jahrh. (1498). Es ist deshalb nicht einzusehen, warum es in den Jahren 1478 und 1480 anders gewesen sein sollte. Das vorhandene Material ist freilich zu dürftig, um dem veränderten Rechnungswesen auf die Spur zu kommen. Wir müssen uns mit dem Hinweis auf diese Lücke begnügen.

Gehen wir die Rechnungsauszüge nunmehr chronologisch durch, so haben wir uns ausführlicher mit jener Zeit zu beschäftigen, für welche wir Kostenrechnungen nicht haben, die uns demnach bisher entgangen sind. Es handelt sich um die Jahre 1373—1398. Bringen wir unsere Auszüge für diese Zeit in vergleichende Uebersicht, so ergibt sich folgendes Bild:

(Siehe Tabelle auf der nächsten Seite.)

Die Aufstellung zeigt, dass die Münze in diesen Jahren ganz erheblichen Gewinn abgeworfen hat. Die Gesamteinnahmen in den angeführten 18 Rechnungsjahren belaufen sich auf 16697 lb. 5 β 15 d., denen Ausgaben in Höhe von 3101 lb. 4 β 2 d. gegen-

Rechnungsjahr	Einnahmen			Ausgaben		
	lb.	β	d.	lb.	β	d.
1372/73	—	—	—	200	—	—
1373/74	361	13	—	20	10	—
1374/75	842	16	6	—	—	—
1375/76	235	10	—	67	10	—
1376/77	99	10	—	1210	—	—
1377/78	51	7	6	—	—	—
1378/79	48	9	6	21	—	—
1382/83	—	—	—	25	—	
1383/84	542	10	6	—	—	—
1384/85	1630	5	—	215	13	—
1385/86	1551	4	6	—	—	—
1386/87	6067	16	3	793	3	—
1388/89	754	1	—	—	—	
1389/90	225	16	—	—	—	—
1391/92	29	1	—	149	7	—
1394/95	4000	—	—	—	—	—
1395/96	—	—	—	121	14	—
1396/97	257	6	6	—	—	—
1398/99	—	—	—	277	7	2

überstehen. Mithin ein Ueberschuss von 13 596 lb. 1 β 13 d., oder auf das Jahr berechnet von ca. 790 lb. Es ist nicht ohne Interesse, die Jahre ungewöhnlich hoher Ueberschüsse besonders ins Auge zu fassen. Gleich das dritte Geschäftsjahr zeigt uns einen Gewinn von mehr als 800 lb. Seine Entstehung erklärt sich sehr leicht! Die Stadt hatte im Jahre 1373 sofort eine Reduzierung des Feingehalts vorgenommen (vgl. S. 39), die ihr finanziell einen ansehnlichen Gewinn brachte. Die 1375 erfolgte Aufbesserung kommt in den Rechnungsauszügen zum Ausdruck: der Gewinn geht ganz beträchtlich zurück. Plötzlich aber, von 1383/84 ab, geht er wieder in die Höhe, um in den nächsten Jahren unverhältnismässig grosse Summen abzuwerfen. Auch diese Kurve ist bald erklärt. Basel schritt im Jahre 1383, nachdem seine Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen keinen Erfolg gehabt hatten, von sich aus zu neuen Minderungen des Feingehalts (vgl. S. 64), die ihm in den nächsten Jahren einen ansehnlichen Gewinn abwarfen, welcher seinen Höhepunkt erreichte kurz vor Abschluss des Vertrages von 1387, der wieder eine Aufbesserung des Feingehalts und dementsprechend einen Rückgang der Münzeinnahmen zur Folge hatte.

Diese Politik Basels, die in scheinbarem Widerspruch zu seinen so oft verkündeten münzpolitischen Grundsätzen steht, muss aus den schwierigen Verhältnissen jener Zeit erklärt werden. Ausgenommen freilich die Prägung von 1373, die Basel ohne Not

minderwertig herausbrachte. Im übrigen ist aber zu bedenken, dass die Basel benachbarten Münzherrn mit Wertreduzierungen vorausgegangen waren, und Basel wohl oder übel folgen musste, wenn es nicht Gefahr laufen wollte, seine Pfennige in die Schmelztiegel der nachbarlichen Münzherrn wandern zu sehen. Basel musste, sofern es sich nicht finanziell ruinieren wollte, die Münzpolitik der anderen gegen seinen Willen mitmachen. Dass es dies trotz hohen Gewinns nicht gerne getan hat, beweisen seine Bemühungen um vertragliche Abmachungen, die freilich vollen Erfolg erst im Jahre 1425 hatten, nachdem vorher, wie wir gesehen haben, zahlreiche Anläufe nur zu vorübergehenden Verbesserungen jener Wirren geführt hatten.

Nicht um eine vergleichende Uebersicht zu geben, sondern lediglich um die Zahlen klarer vor Augen zu führen, gebe ich in der Aufstellung auf Seite 204 die rechnerischen Ergebnisse unserer Auszüge. Ich wiederhole, dass jede Möglichkeit, sie miteinander in Beziehung zu setzen, fehlt, und infolgedessen auch das Ziehen der Schlusssumme sich verbietet. Wohl aber geben sie als Einzelposten Anlass zu Erörterungen.

Rätselhaft ist mir der hohe Gewinn aus dem Jahre 1399/1400, der vermutlich das Ergebnis einer sich über mehrere Jahre erstreckenden Abrechnung ist; ich vermute dies deshalb, weil die vorhergehenden Jahre Gewinne nicht aufweisen. Die verhältnismässig hohen Zahlen in den Jahren 1402/03 und 1403/04 erklären sich durch die Neuprägungen auf Grund des uns bekannten Vertrages (vgl. S. 85 ff.). Dasselbe gilt für die Zahlen aus den Jahren 1424/25—1425/26, die im Hinblick auf ihre Höhe besonderes Interesse erwecken. In jenen Jahren ging Basel, und mit ihm der Rappenmünzbund, zum erstenmale zu einer grosszügigen Münzprägung über. Es kaufte für mehr als 7000 lb. Silber und liess es in seiner Münze zu Hälblingen, Pfennigen und Blapharten schlagen.

Für die späteren Jahre muss ich mir Interpretationen versagen, da aus den angeführten Gründen der Tatsachenboden schwankend wird, und ich keine Lust verspüre, vagen Vermutungen, denen freilich gerade hier Tür und Tor sich öffnen, Raum zu geben.

Kurz eingehen aber möchte ich noch auf die bisher nicht besonders erwähnten Eintragungen. In der Regel handelt es sich um Verluste an »bösen phenning« oder um den »uffwechsel«. Namentlich bei letzterem kommen zuweilen hohe Summen in

Rechnungsjahr	Einnahmen lb.	Einnahmen β	Einnahmen d.	Ausgaben lb.	Ausgaben β	Ausgaben d.
1399/1400	6049	19	6	992	13	
1402/03	1336	—	—	1077		12
1403/04	750	—	—	204	—	—
1404/05	38			11	—	
1405/06	12	7	—			—
1406/07	4	12	—	—		—
1412/13	13	3		—	—	—
1413/14	2	8	—	—		—
1424/25	53	—	—	7367	13	26
1425/26	6169	9	9	1959	9	10
1426/27	1440	7	6	—	—	—
1433/34	—	—		2	11	9
1434/35	—	—	—	15	—	—
1438/39	—		—	15	11	—
1447/48	8	6	9	—	—	—
1458/59	—	—	—	2	14	—
1463/64	31	3			—	—
1464/65	69	9	4	80	4	—
1465/66	115	4	6	138	7	5
1466/67	393	19	11	210	6	6
1467/68	247	4	10	320	2	4
1468/69	825	1	2	156	11	7
1469/70	253	—	—	272	—	—
1470/71	709	17		621	10	6
1471/72	550	—		322	18	—
1472/73	—	—	—	97	22	14
1473/74	588	5	10	6	18	—
1474/75	—	—	—	1149	4	6
1475/76	—	—	—	75	—	—
1476/77	—	—	—	3	7	—
1477/78	100	—	—	3	2	6
1478/79				300	—	—
1479/80	—	—		190	—	—
1480/81	—	—	—	3	16	6
1487/88	—	—	—	150	10	—
1488/89	—	—		102	10	—
1489/90	—	—	—	53	9	—
1490/91	—	—		50	—	—
1492/93	—		—	50	—	—
1496/97	—	—	—	4	—	—
1497/98	—	—	—	1168	7	16
1498/99	1472	30	6	2020	5	10
1499/1500	1222	6	2	12	10	—

Betracht. Es handelt sich hierbei um Aufzahlungen, die den Wechslern beim Guldenkauf zufielen[1]). Später hat der Staat diese Ausgaben durch Einrichtung des Stadtwechsels beseitigt. Die Zahlen zeigen aber, dass bis dahin die Wechsler ihre Privilegien auch der Stadt gegenüber durchzusetzen wussten.

1) »Uffwechsel« wird in der Münzliteratur zumeist falsch interpretiert.

2. Schrot und Korn.

Ueber den Feingehalt der Basler Münzen geben in erster Linie die uns bekannten Verträge Auskunft. Ich sage in erster Linie, denn in diesen Urkunden ist ja nur gesagt, wie die Münzen ausgeprägt werden s o l l e n , nicht aber, wie sie tatsächlich ausgeprägt worden s i n d. Ergänzend hinzutreten müssen demnach solche Nachrichten, die uns darüber unterrichten, ob Schrot und Korn der Vertragsmünzen dem vorgeschriebenen Verhältnis auch wirklich entsprochen haben. In beiderlei Richtung hat uns unsere Darstellung die notwendigen Anhaltspunkte gegeben.

Was zunächst die überlieferten Münzmandate angeht, so ergeben die in ihnen genannten Zahlen folgende Bilder:

A. P f e n n i g e.

Jahr	Bezeichnung der Pfennige	Aus der rauhen Mark werden geschlagen	Gewicht in Gramm	Feingehalt in Gramm	Legierung	Prozentuale Verschlechterung	Seite dieser Darstellung, auf welcher d. Vertrag erörtert ist
1342	Pfennig	780	0,305				12
1344		1026	0,23	—			12
1362	Angster	640	0,366	0,355	964/1000	100	19
1370	Pfennig	876	—	0,267	—	75	30
1377		888	0,263	0,211	802/1000	59	57
1387	„	1168	0,200	0,145	725/1000	40	70
1399	Stebler	1344	0,174	0,116	666,6/1000	32	77
1403	Pfennig	1104	0,212	0,144	666,6/1000	39	90
1425	Hälblinge	960	0,250	0,125	500/1000	35	93
1462		1056	0,221	0,097	437,5/1000	26	145
1478		978	0,240	0,100	437,5/1000	27	155
1480		1152	0,203	0,09	437,5/1000	24	158
1498		1216	0,193	0,08	412/1000	22	162

B. Rappen.

Jahr	Bezeichnung	Aus der rauhen Mark werden geschlagen	Gewicht in Gramm	Feingehalt in Gramm	Legierung	Prozentuale Verschlechterung	Seite dieser Darstellung, auf welcher d. Vertrag erörtert ist
1399	Zweilinge	672	0,349	0,232	666,2/1000	100	77
1425	Rappen	480	0,489	0,245	500/1000	106	93
1478	»	489	0,474	0,209	437,5/1000	90	155
1480	»	576	0,417	0,204	500/1000	87	158
1498		608	0,385	0,168	437,5/1000	72	162

C. Vierer.

Jahr	Aus der rauhen Mark werden geschlagen	Gewicht in Gramm	Feingehalt in Gramm	Legierung	Prozentuale Verschlechterung	Seite dieser Darstellung, auf welcher d. Vertrag erörtert ist
1462	280	0,836	0,418	500/1000	100	145
1468 [1]	286	0,820	0,410	500/1000	98	147 ff.
1471	290	0,808	0,404	500/1000	96	» »
1472	288	0,814	0,407	»	97	» »
1477	288	0,814	0,407		97	» »
1498	296	0,791	0,341	437,5/1000	81	162

D. Blapharte.

Jahr	Aus der rauhen Mark werden geschlagen	Gewicht in Gramm	Feingehalt in Gramm	Legierung	Prozentuale Verschlechterung	Seite dieser Darstellung, auf welcher d. Vertrag erörtert ist
1425	145	1,620	1,520	937/1000	100	93
1433	112	2,093	1,394	666,6/1000	91	114
1480	114	2,054	1,277	625/1000	84	158
1498	111	2,111	1,055	500/1000	69	192

1) 1466—1477 aus den Münzversuchen. Vgl. S. 147 ff.

Ausser diesen Münzen sind dann noch in den Münzmandaten die Groschen genannt, die aber erst, wie die Dickblapharte und Doppelvierer, im Jahre 1498 wirklich geprägt worden sind. Ich beschränke mich deshalb darauf, Schrot und Korn des Groschens aus dem Jahre 1498 hierherzusetzen:

E. Dickblapharte, Groschen, Doppelvierer.

Bezeichnung	Jahr	Aus der rauhen Mark werden geschlagen	Gewicht in Gramm	Feingehalt in Gramm	Legierung	Seite dieser Darstellung, auf welcher der Vertrag erörtert ist
Dickblapharte	1498	32	7,321	6,871	937,5/1000	162
Groschen	1498	61	3,841	2,161	562,5/1000	
Doppelvierer	1498	168	1,391	0,695	500/1000	

Zusammengefasst, ergeben sich für die verschiedenen Zeitperioden folgende Basler Münzen:

Bis 1399:
Pfennige;

1399—1403:
Pfennige, Zweilinge:

1403—1425:
Pfennige:

1425—1462:
Hälblinge, Rappen, Blapharte, [Groschen]:

1462—1498:
Hälblinge, Rappen, Blapharte, [Groschen]:

1498—1500:
Hälblinge, Rappen, Blapharte, Doppelvierer, Vierer, Groschen, Dickblapharte.

Die aufgeführten Zahlenreihen werden nun daraufhin zu untersuchen sein, ob man in der Praxis auch wirklich nach ihnen geprägt hat. Völlig einwandfreie Feststellungen sind in dieser Be-

ziehung freilich schwer zu gewinnen, denn unsere Darstellung gibt zwar ziemlich genaue Anhaltspunkte über den Beginn einer Münzverschlechterung, nicht aber über den dieser zu Grunde liegenden Feingehalt. Letzteren festzustellen, ist aber nötig, sofern man die Wertherabminderung der Münzen auf einen einheitlichen Ausdruck bringen will. Um den Feingehalt des geprägten Geldes zu ermitteln, kommen in der allg. Münzliteratur verschiedene Mittel zur Anwendung. Der zuverlässigste Weg ist wohl die Untersuchung der erhaltenen Münzen. Wenn aber trotzdem von einer solchen zumeist Abstand genommen wird, so hat dies seinen Grund darin, dass die einzelnen Ausprägungen in der Regel nicht mit Sicherheit zu datieren sind. Das Münzbild kann Jahre hindurch daselbe sein und doch sehr verschiedene Legierungen decken. Aber auch wenn das Münzbild wechselt, ist seine Datierung noch schwer genug. Ferner ist bei solchen direkten Feingehalts- und Gewichtsuntersuchungen niemals mit Bestimmtheit festzustellen, wie viel Metall die Münze durch Abnutzung verloren hat. Auch liegt die Möglichkeit vor, dass die zur Untersuchung benutzte Münze eine minderwertige Nachprägung ist. Ferner dürfen solche Untersuchungen nicht bloss Stichproben sein, weil infolge der mangelhaften Münztechnik des Mittelalters die Stücke nicht immer gleich ausgebracht wurden. Massenuntersuchungen steht nun aber nicht nur der erhebliche Silberverlust entgegen, sondern vor allem auch die Tatsache, dass von vielen älteren Prägungen überhaupt nur einzelne Exemplare vorhanden sind. Kurz, die direkte Ermittlung des Feingehalts stösst zumeist auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Für Basel im besonderen kommt nun noch hinzu, dass das Münzkabinet dieser Stadt in bezug auf mittelalterliche Münzen nicht sonderlich zuverlässig ist. Selbst die Datierung bekannter Stücke lässt so viel zu wünschen übrig, dass auch eine nur oberflächliche Orientierung, wie z. B. die Feststellung des Gewichts von Münzen bestimmter Perioden des 14. Jahrh., völlig ausgeschlossen ist.

Ein anderes Mittel, Schrot und Korn älterer Münzen festzustellen, ist in den gleichzeitigen Münzuntersuchungen (Münzversuche) gegeben, auf welche unsere Darstellung ausführlich hingewiesen hat. Ferner kann der Feingehalt einer Münze des späteren Mittelalters aus ihrem Wertverhältnis zum Goldgulden berechnet werden, wobei natürlich auch die Verschlechterung des letzteren in Anschlag zu bringen ist; und endlich lassen auch andere ur-

kundliche Ueberlieferungen — Rechnungsbücher, Ratsverfügungen, Klagschriften von Interessenten etc. — Feingehaltsberechnungen in gewissem Umfange zu.

Versuchen wir nunmehr, an der Hand des in der Darstellung gegebenen Materials zu einer möglichst einwandfreien Prüfung der Angaben unserer Vertragsurkunden zu kommen. Zweckmässig gehen wir hierbei chronologisch vor. Die ersten urkundlichen Nachrichten über das Korn der bischöflichen Münzen stammen aus dem Jahre 1342; es ist von einem Pfennig die Rede, der 0,305 gr fein hielt und $2^1/_2$ mal so viel wert sein sollte wie eine Prägung aus dem Jahre 1336. Im Jahre 1344 bestimmte die Konvention von Brugg, dass die Pfennige einen Feingehalt von 0,23 gr haben sollten. Da der Modus, nach dem die Pfennige von 1336 gegen solche von 1342 umgetauscht werden sollten, nicht dem wirklichen Feingehaltsverhältnis entsprochen zu haben braucht, kann über die ältere Ausprägung nichts Bestimmtes gesagt werden. Erst von 1342 ab, und zwar bis 1444, dürfen wir ein Korn von 0,305 gr annehmen. Die neue Prägung von 0,23 gr hat allem Anschein nach bis 1347 bestanden. Dann aber setzen Stücke ein, von denen wir nur wissen, dass sie minderwertig waren (S. 17). Vom Jahre 1350 ab wird wieder nach dem Fuss von 1344 geprägt. Wie lange, kann nicht festgestellt werden. Vermutlich hielt diese Prägung aber bis in die Mitte des letzten Jahrzehnts an (S. 16), um dann einer andern (der Angstermünze) zu weichen, über deren erstmaligen Feingehalt wir freilich auch nichts wissen. Im Jahre 1362 endlich bewegen wir uns wieder auf festem Boden. Der in diesem Jahre ausgegebene Pfennig hält 0,355 gr fein (S. 27).

Alle Tatsachen sprechen dafür, dass dieser gute Angster bis zum Jahre 1370 mit unverändertem Feingehalt ausgegeben wurde. Vor allem weist das Verhältnis zwischen ihm und dem Goldgulden (S. 55) auf eine Stabilität des Feingehalts hin. Die leichte Kurssteigerung wird auf die allgemeine Preissteigerung des Goldes zurückgeführt werden müssen. Für die Jahre 1370—1373 besteht anfangs ein Feingehalt von 0,267 gr; ob der Bischof dauernd nach diesem Fuss geprägt hat, ist nicht festzustellen; indessen muss angenommen werden, dass es der Fall gewesen ist, da grössere Sprünge im Guldenkurs innerhalb der nächsten beiden Jahre nicht zu verzeichnen sind.

Als die Stadt im Jahre 1373 die Münze übernahm, wählte

sie sofort einen andern Münzfuss, dem im Jahre 1375 schon wieder ein neuer folgte. Von beiden Prägungen sagen die Urkunden nichts; da wir sie aber positiv festgestellt haben, müssen wir unserer Tabelle A für die Jahre 1373 und 1375 zwei Zahlenreihen einfügen.

Jahr	Bezeichnung	Aus der rauhen Mark werden geschlagen	Gewicht in Gramm	Feingehalt in Gramm	Legierung	Prozentuale Verschlechterung	Seite
1373	Pfennig	1045	0,266	0,225	842/1000	63	39
1375	»	756	0,351	0,309	886/1000	85	41

Die Prägung von 1375 hielt bis 1377 an. Im September dieses Jahres kam die Schaffhauser Konvention zustande, die einen Feingehalt von 0,211 gr vorsah. Leider fehlt nun für Basel das Material, um feststellen zu können, wann die Stadt — nachdem die Konvention zerfallen war — mit der Prägung von 1377 aufhörte, und welchen Münzfuss sie wählte. Ich möchte aber mit Rücksicht auf die ganz ungewöhnliche Stabilität des Guldenkurses (S. 84) annehmen, dass der alte Münzfuss bis zum Jahre 1383 (vgl. S. 64) festgehalten worden ist, um dann allerdings einem wesentlich schlechteren zu weichen. Der Durchschnittspreis des Guldens steigt von 0,80 im Jahre 1383/84 auf 1,27 im Jahre 1387/88. In diesen Jahren hat ganz zweifellos eine steigende Feingehaltsverminderung stattgefunden, für die wir freilich nur aus einem Jahre einen Anhaltspunkt haben (S. 68). Indessen ist die Quelle nicht ganz einwandfrei, so dass nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ob die dort angegebene Legierung von 384/1000 zutrifft. Dass sie aber annähernd richtig ist, bestätigt das Verhältnis der um jene Zeit geprägten Pfennige zu den Gulden. Wir werden deshalb der Wirklichkeit in der Tat nahe kommen, wenn wir für die Jahre 1385—87 einen Feingehalt von 0,102 akzeptieren. Für 1384 endlich mag — nach dem Guldenkurs — der Silbergehalt sich auf 0.20 gr belaufen haben.

Den Vertrag von 1387 hat Basel, wie die übrigen Kontrahenten, nicht eingehalten; nur in den ersten Jahren hat es nach ihm geprägt. Vom Jahre 1390 ab setzt wieder eine ganz erhebliche Münzverschlechterung ein, die indessen zahlenmässig nicht

festzulegen ist, so dass einigermassen zuverlässige Angaben über den Feingehalt der Basler Pfennige von 1390 etwa bis 1399 nicht gemacht werden können. Aus unserer Tabelle auf Seite 84 geht aber hervor, dass die in dieser Zeit geschlagenen Münzen etwa gleich gestanden haben mit den 1386 und 1387 geprägten; eine etwas bessere Legierung ist freilich für die ersten beiden Jahre dieses Zeitraumes festzustellen. Schätzungsweise hatten die Pfennige 1390—92 einen Feingehalt von 0,125 gr, die späteren aber einen solchen von etwa 0,110 gr. Die Prägung von 1399 hat Basel bis 1403 eingehalten.

Nach dem Münzfuss des Vertrages von 1403 hat Basel bis 1406 geprägt. Dann setzte es die Münze still, um erst um das Jahr 1417 die Prägungen wieder aufzunehmen, und zwar zu einem Feingehalt von ca. 0,112 gr (vgl. S. 96). Der Münzfuss war demnach unter die Abmachungen von 1403 heruntergegangen, blieb dann aber bis 1425 konstant.

Diese Darlegungen zeigen zur Genüge, dass lediglich auf Grund der Münzmandate exakte Feststellungen über den Feingehalt der Basler Pfennige bis zum Jahre 1425 nicht möglich sind. Und doch hat man sich bisher immer damit begnügt, die »offiziellen« Zahlen als Unterlagen für statistische Zusammenstellungen zu benützen. Es braucht nicht erst darauf hingewiesen zu werden, dass alle Folgerungen aus solchen Uebersichten in sich zusammenfallen. Uebrigens gilt das Gesagte nicht nur von Basel! Die grosse Mehrzahl aller münzgeschichtlichen Untersuchungen arbeitet mit den Zahlen der Mandate, obwohl deren Zuverlässigkeit in der Regel nicht grösser ist, wie in Basel.

Uebrigens können auch auf Grund der obigen, korrigierten Zahlen Umrechnungen nur mit Vorbehalt durchgeführt werden, da in allen Fällen der allmählichen Münzverschlechterungen Verrufungen nicht stattgefunden haben, so dass gute und schlechte Münzen nebeneinander liefen. Indessen ist hierbei zu berücksichtigen, dass dies immer nur kurze Zeit möglich war, weil die guten Pfennige dem Verkehr naturgemäss sehr bald entzogen wurden. Im ganzen mögen die gemachten Aufstellungen deshalb die nötige Basis für Umrechnungen ergeben. Ehe wir sie jedoch übersichtlich zusammenfassen, empfiehlt sich ein Blick auf die Jahre 1425 bis 1500.

Unsere Darstellung mit dem Abdruck der zahlreichen Münzuntersuchungen hat gezeigt, dass wir für diese Periode Einschrän-

kungen der Tabellen nicht vorzunehmen brauchen. Die Angaben der Mandate stimmen mit dem wirklichen Feingehalt überein. Die Genossen, und insonderheit Basel, haben sich, wenn auch nicht selten unter schweren Gefahren, an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten: Kleine Schwankungen im Feingehalt der Vierer (Tabelle D) fallen dabei kaum ins Gewicht. Für den ganzen Zeitraum 1425—1500 können demnach die Angaben der Münzmandate den Feingehaltsberechnungen zu Grunde gelegt werden. Nur ist hierbei zu beachten, dass Basel von 1433—1462 nach einem besonderen Münzfuss prägte (vgl. S. 114 ff.).

Unter Berücksichtigung aller dieser Erörterungen lasse ich nunmehr auf Seite 213 eine Tabelle folgen, die den Feingehalt der Basler Münzen, auf Pfund, Schilling und Pfennig berechnet, wiedergibt.

Naturgemäss weist diese Tabelle eine Reihe von Fehlerquellen auf. Zunächst ist aus 2 Gründen die Zeiteinteilung nicht ganz exakt, indem sie erstens für manche Periode des 13. Jahrh. g e s c h ä t z t werden musste, und indem sie zweitens die Jahre, in denen die Münzmandate ausgestellt sind, zwei Zeitperioden zurechnet. Was die erste Fehlerquelle betrifft, so glaube ich sie durch sorgfältige Untersuchungen auf ein Minimum reduziert zu haben. Im Hinblick auf die Doppeljahre hätte die Möglichkeit vorgelegen, das Vertragsjahr entweder dem einen o d e r dem anderen Zeitabschnitt zuzuweisen. Und zwar hätte, wie das in der Münzliteratur vorkommt, das Jahr des Münzmandats der vergangenen Periode zugerechnet werden können, wenn das Mandat in die 2. Hälfte des Jahres fiel, also zweifellos die weitaus grösste Menge des im Verkehr umlaufenden Geldes nach dem bisherigen Fuss gemünzt war. Das umgekehrte Verfahren hätte eingeschlagen werden können, wenn es sich um ein Mandat aus der ersten Hälfte des Jahres handelt. Ich habe mich zu solchem Verfahren aber nicht entschliessen können, weil es doch eine erhebliche Portion Willkür involviert, welche bei der von mir gewählten Methode so gut wie ausgeschlossen ist. Haben wir nämlich Urkunden aus einem Mandatsjahr, so ist aus der Geldbezeichnung in der Regel zu ersehen, ob das Geschäft, über welches die Urkunde berichtet, in neuem oder altem Gelde abgeschlossen worden ist. Ich verweise auf die Jahresrechnung von 1424/25, deren ersten Teil ich S. 100 ff. abgedruckt habe. Man sieht daraus, dass der Rechnungsführer sehr genau zwischen alten und neuen Pfennigen unter-

Feingehaltstabelle für die Basler Pfennige bis zum Jahr 1500.

Zeitraum	Es enthalten Gramm Silber		
	Pfennig	Schilling	Pfund
1342—44	0,305	3,66	73,20
1344—47	0,230	2,76	55,20
1348—50	?	?	?
1351—?	0,230	2,76	55,20
1362—70	0,355	4,26	85,20
1370—73	0,267	3,20	64,08
1374—75	0,225	2,70	54,00
1376+77	0,309	3,70	74,16
1377—83	0,211	2,53	50,64
1384+85	0,200	2,40	48,00
1386+87	0,102	1,24	24,48
1387—89	0,145	1,74	34,80
1390—92	0,125	1,50	30,00
1393—99	0,110	1,32	26,40
1399—1403	0,116	1,39	27,84
1403—16	0,141	1,69	33,84
1417—25	0,112	1,34	26,88
1425—33	0,125	1,50	30,00
1433—62	0,116	1,39	27,84
1462—78	0,100 (0,097)	1,20 (1,16)	24,18 (23,28)
1478—80	0,102 (0,100)	1,30 (1,20)	24,54 (24,00)
1480—98	0,099 (0,09)	1,17 (1,08)	23,89 (21,60)
1498—1500	0,086 (0,08)	1,03 (0,096)	20,85 (10,80)

scheidet, und ohne weiteres angenommen werden darf, dass es sich um neues Geld handelt, wenn etwas anderes nicht ausdrücklich gesagt ist. Aehnlich liegt es in fast allen anderen Fällen, so dass in der Regel über den Feingehalt von Münzen aus Vertragsjahren ein Zweifel nicht obwalten kann. Sollte es aber wirklich einmal der Fall sein, so ist es ja immer noch unbenommen, das oben gezeichnete Verfahren einzuschlagen. Das Datum der Mandate ist aus der Darstellung leicht zu ermitteln.

Auf etwas anderes muss im Zusammenhang mit dieser Tabelle ebenfalls noch hingewiesen werden. Bis zum Jahre 1462 ist das Münzsystem ein völlig einheitliches, d. h. jedes Stück hat einen seinem Nominal entsprechenden Feingehalt. Oder mit andern Worten: Ein lb Silbermünzen enthielt immer gleich viel Silber, mochte es aus Pfennigen, Rappen oder Blapharten zusammengesetzt sein. Minimale Differenzen können dabei füglich ausser Betracht bleiben. Nach der Prägung von 1424 z. B. halten das Pfund Hälblinge 30,00 gr Silber, das Pfund Rappen 29,40 gr Silber, das Pfund Blapharte 30,40 gr Silber. Es zeigt sich sogar, dass die grössere Münze (Rappen) im lb. weniger Silber hielt, wie die kleinere (Hälblinge).

Im Jahre 1462 gingen die Münzgenossen (zunächst Basel) zu einer andern Praxis über. Die in diesem Jahre geprägten V i e r e r hatten 0,418 gr fein; da 60 auf ein Pfund gehen, fasst dieses 25,28 gr Silber. In demselben Jahre wurden aber auch neue Hälbler ausgegeben, die 0,097 gr fein hatten, auf das Pfund somit 23,08 gr hielten. Diese Praxis ist später beibehalten worden. Im Jahre 1480 z. B. ergibt das Pfund Hälbler 21,60 gr, das Pfund Rappen 24,48 gr, das Pfund Blapharte 25,54 gr. Im Jahre 1498 endlich halten das Pfund Hälbler 19,80 gr, Rappen 20,16 gr, Vierer 20,46 gr, Doppelvierer 20,85 gr, Blapharte 21,10 gr, Groschen 21,60 gr, Dickblapharte 21,98 gr Silber. Der Grund für diese Massnahme ist leicht ersichtlich. Die H e r s t e l l u n g s k o s t e n wurden nicht berechnet nach Massgabe des vermünzten Silbers, unbekümmert um die Art der Stücke, die man aus ihnen prägte, sondern nach Massgabe der Sortenquantitäten. Für Hälbler, Rappen, Vierer etc. wurde je eine besondere Kostenrechnung aufgemacht. Da nun die Herstellungskosten mit der Kleinheit der Münze stiegen, so ergibt sich naturgemäss ein immer geringerer Feingehalt. Dieses Missverhältnis wurde auch dadurch nicht völlig kompensiert, dass der Schlagschatz mit der Grösse der Münze zunahm. Die Folge

solcher ungleichen Feingehaltsverteilung war übrigens, dass oft grössere Stücke von unberufener Hand zu kleineren Stücken mit Gewinn umgeschmolzen wurden; daher die ständige Klage, dass Blapharte aus dem Verkehr verschwinden. Trotzdem liess man von dieser Praxis nicht ab. Sie wurde im Gegenteil noch ausgebaut. Im Jahre 1480 ging man soweit, dass man eine wesentliche Feingehaltsdifferenzierung sogar zwischen Rappen und Hälblingen vornahm (vgl. S. 159).

Es entsteht nun die sehr schwierige Frage, welcher Feingehalt bei Umrechnungen zu Grunde gelegt werden soll. Eine ziffermässige Verteilung ist ja ausgeschlossen, weil nicht festzustellen ist, in welchem Verhältnis die Münzen jeweils ausgegeben wurden. Wir haben zwar Nachrichten über erstmalige Kontingentierungen, aber hiermit ist uns wenig gedient, weil sie keinen Anhaltspunkt für spätere Ausprägungen geben. Damit ist auch gleich gesagt — die bisherige Münzliteratur geht hierüber merkwürdig leicht hinweg —, dass — nicht nur in Basel — exakte Feingehaltsberechnungen von Ausgaben oder Einnahmen, die in mittelalterlichen Silbermünzen erfolgt sind, sich überhaupt nicht ermöglichen lassen. Denn es ist ja gar nicht festzustellen, in welchen Stücken die Zahlungen geleistet wurden.

Um aber doch auf solche Umrechnungen in wenigstens annähernder Richtigkeit nicht verzichten zu müssen, wird man zu Durchschnittszahlen greifen müssen. Dabei taucht indessen die schwierige Frage auf, ob der Feingehalt eines Pfundes aus den kleinen oder den grossen Stücken berechnet werden soll. Es spricht manches für die grossen Stücke, die ja bedeutendere Werte vorstellen. Nach sehr sorgfältigen Berechnungen und Untersuchungen bin ich aber zu dem Ergebnis gekommen, dass für Basel weder die Berechnung aus dem Feingehalt der kleinsten noch aus dem der grössten Stücke zulässig ist. Es empfiehlt sich vielmehr, die mittleren Geldsorten zur Basis zu nehmen oder, wenn nur 2 Sorten geprägt sind, den mittleren Feingehalt zu berechnen.

Die seit 1462 geprägten Münzen hatten im einzelnen folgenden Feingehalt:

Jahr	Münze	Gramm feines Silber pro Pfund
1462	Hälblinge	23,28
»	Vierer	25,08
1478	Hälblinge	24,00
»	Rappen	25,08
1480	Hälblinge	21,60
»	Rappen	24,48
»	Blapharte	25,54
1498	Hälblinge	19,80
»	Rappen	20,16
»	Vierer	20,46
»	Doppelvierer	20,85
»	Blapharte	21,10
»	Groschen	21,60
»	Dickblapharte	21,98

Wir werden zu annähernd einwandfreien Relationen kommen, wenn wir folgenden Durchschnittsfeingehalt annehmen.

1462—78	1 lb. = 24,18 gr Silber
1478—80	1 lb. = 24,54 » »
1480—98	1 lb. = 23,89 » »
1498—1500	1 lb. = 20,85 » »

Diese Zahlen habe ich auf der Tabelle (S. 213) verwertet, und die Pfennigberechnungen in Klammern hinzugesetzt.

Im übrigen bedürfen die Zahlenreihen keines Kommentars. Was sie in bezug auf Münzverschlechterungen etc. aussagen, ist nur die zusammenfassende Wiederholung dessen, was in den ersten Kapiteln dieser Arbeit zum Ausdruck gekommen ist. Um aber die zunehmende Differenz zwischen Gewicht und Feingehalt der Basler Pfennige noch anschaulicher zur Darstellung zu bringen, als es durch diese Zahlen möglich ist, lasse ich auf S. 218 ein Liniendiagramm folgen, das Schrot und Korn laufend ergibt. Ich habe auf diesem Bilde nur jene Jahre angegeben, für welche die Zahlen überliefert sind; alle Schätzungen sind fortgeblieben. Desgleichen

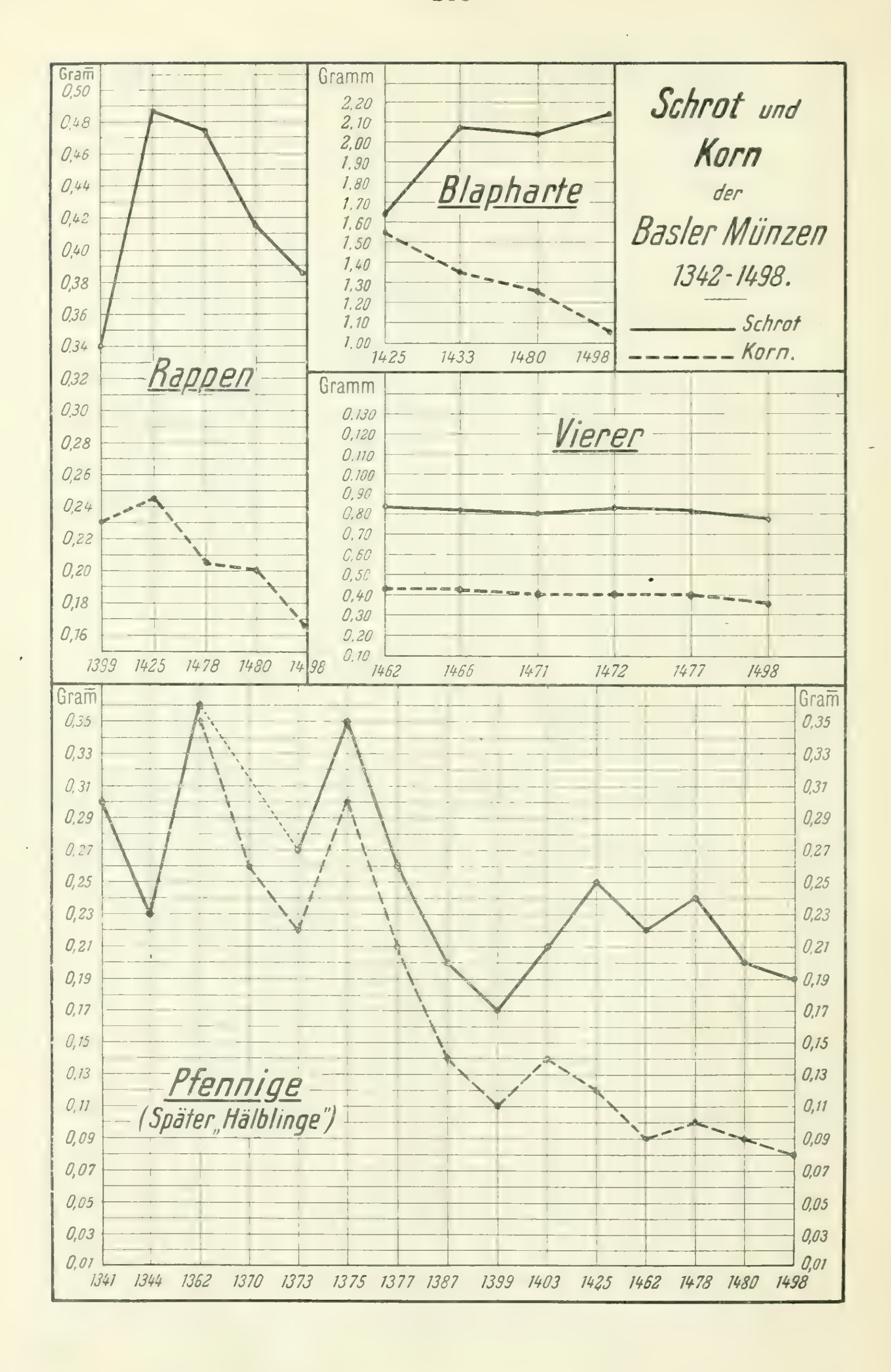
habe ich nicht Zeitperioden markiert, sondern nur die einzelnen Jahre, aus denen die Münzmandate stammen.

Ein Flächendiagramm veranschaulicht ferner das Quantum Silber, welches ein Pfund Basler Pfennige in den einzelnen Zeitperioden enthalten hat. (Siehe S. 219.)

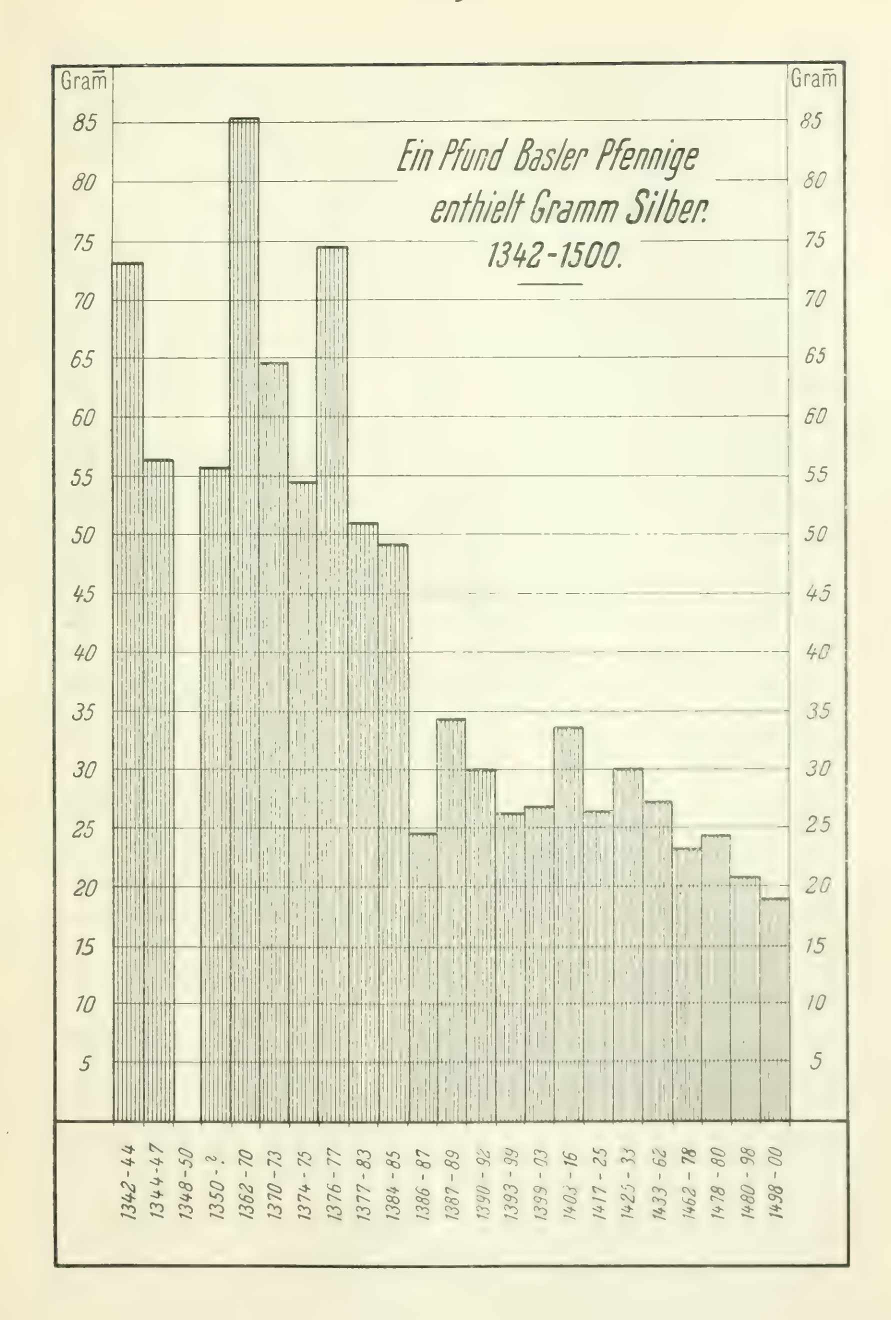
3. Gold und Silber.

Eine grosse Rolle hat in der Münzpolitik des Rates von Basel und der mit ihm verbundenen Münzherren die Regelung des Verhältnisses zwischen Gold- und Silbermünzen gespielt. In grösserem Umfange kamen Goldmünzen nach Basel um die Mitte des 14. Jahrhunderts. Unsere Rechnungsauszüge (S. 44 ff.) haben gezeigt, dass vornehmlich in den beiden Jahrzehnten 1360—1380 der Gulden an Boden gewonnen hat. Und zwar war es zunächst die Goldprägung der Stadt Florenz, die in Basel ausschliesslich das Feld behauptete. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts aber wurden die florentinischen Goldgulden durch die Prägungen der rheinischen Kurfürsten vollständig verdrängt. Es ist nun in hohem Masse interessant, zu sehen, dass die Münzberechtigten unseres Gebietes dem Goldgulden von vornherein feindlich gegenübertraten. Das erste Zeugnis hierfür enthält die Urkunde über den Vertrag von Brugg aus dem Jahre 1344 (vgl. S. 14). Die Kontrahenten suchten den Goldverkehr dadurch zu beschränken, dass sie ihren Münzmeistern verboten, Silbereinkäufe mit Gold zu bezahlen. Und den Wechslern schrieb man vor, welchen Betrag in Gulden sie für die Mark Silbers erstatten sollten. Diese letztere Massnahme entsprang dem Bestreben der Münzherren, ihre Politik der Fixierung eines gesetzlichen Preises für Rohsilber nicht dadurch vereitelt zu sehen, dass etwa in Gold mehr bezahlt werde als in Silber. Schon 1344 sehen wir somit den zunächst freilich noch tastenden Versuch, das drohende Uebergewicht des Goldguldens dadurch zu verhindern, dass man dem Verkehr ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Gulden und der eigenen Silbermünze oktroyiert.

Mit besonderem Nachdruck ist später die Stadt, als die Münze in ihre Hände gelangt war, für die schärfste Ausprägung dieser Politik eingetreten. Sie hat von vornherein das grösste Gewicht darauf gelegt, das Verhältnis zwischen Gulden und Pfennigen zu einem möglichst stabilen zu machen. Erreicht werden sollte dies durch gesetzliche Bestimmungen über den Preis des Silbers so-



Schrot und Korn der Basler Münzen 1342-1498.
Schrot
Korn.
Rappen
Blapharte
Vierer
Pfennige (Später „Hälblinge")
Gramm



Ein Pfund Basler Pfennige enthielt Gramm Silber. 1342-1500.
Gram
85
80
75
70
65
60
55
50
45
40
35
30
25
20
15
10
5
1342-44
1344-47
1348-50
1350-?
1362-70
1370-73
1374-75
1376-77
1377-83
1384-85
1386-87
1387-89
1390-92
1393-99
1399-03
1403-16
1417-25
1425-33
1433-62
1462-78
1478-80
1480-98
1498-00

wohl, wie über das Wertverhältnis der ausgeprägten Münzen. In jener Richtung, die der Vertrag von Brugg angedeutet hatte, ist Basel mit aller Energie fortgeschritten und später auch von seinen Münzgenossen, die ja derselben Kalamität gegenüberstanden, wie Basel selbst, begleitet worden.

Dass die Münzherren jener Zeit in ihrem eigenen Interesse wie in dem der Bürger ihrer Territorien gezwungen waren, auf ein gesetzliches Verhältnis zwischen Gold- und Silbermünze hinzuarbeiten, lehrt ein Blick auf die Situation des durch das Eindringen der Goldgulden von Grund auf umgestalteten Geldmarktes. Unter der Herrschaft der absoluten Silberwährung lag die Politik des Münzberechtigten ziemlich einfach, und zwar in beiden Fällen: mochte er das Münzregal privatwirtschaftlich ausbeuten oder es in den Dienst der allgemeinen Wirtschaftspolitik stellen. Denn jede Herabminderung des Feingehalts — die ja nicht mit Rücksicht auf das finanzielle Interesse des Münzherrn zu erfolgen brauchte, sondern durch münzpolitische Notwendigkeit (Auswandern zu guter Münzen) bedingt sein konnte, machte sich unter der Alleinherrschaft des Silbers nicht annähernd so schwer fühlbar für den Geldbesitzer, wie später. Dies hat seinen Grund in der Tatsache, dass die Erhaltung eines den Metallwert der Münze erheblich übersteigenden Nominalwerts bei e i n e m Metall nur geringen Schwierigkeiten begegnete. Ich möchte sogar als charakteristisch hinstellen, dass unter der Alleinherrschaft des Silbers die Abnahme der Kaufkraft des Pfennigs nicht proportional ging der Abnahme seines Feingehalts. Es fehlte eben ein objektiver Massstab, an dem der Kurs des Denars sich hätte bilden können, und deshalb gingen die allgemeinen Preise nicht sofort entsprechend der Differenz im Feingehalt herunter, sondern sie gravitierten immer noch nach dem gleich gebliebenen Nominalwert. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte man ja fortwährend lokale Preisrevolutionen durchgemacht. Die Preisgeschichte, d. h. die bescheidenen Ansätze dazu, zeigen nun aber, dass davon in jener älteren Zeit gar keine Rede sein kann, sondern die Anpassung der Preise an den Metallwert der Pfennige in der Regel a l l m ä h l i c h vor sich ging. Infolgedessen kommt zur Zeit der Silberherrschaft eine Feingehaltsreduzierung in der Preisbildung nicht sofort voll zum Ausdruck. Für Basel geht dies aus dem von mir gesammelten Material zweifellos hervor. Ganz anders aber, als neben die Silbermünze das Gold trat und sehr bald die

führende, preisbestimmende Stellung errungen hatte. Nahm, um auf unserem Gebiete zu bleiben, der Rat von Basel eine Herabsetzung des Feingehalts seiner Münzen vor, so bekam der Besitzer der Silbermünzen diese Verschlechterung voll zu fühlen. Für sein altes Silbergeld erhielt er einen nominell gleichen Betrag des neuen. Gegenüber dem Gulden aber, der für die Preisbestimmung massgebend war, stand dieses neue Geld geringer im Werte. Für einen Gulden also, dessen Kaufkraft die gleiche geblieben war, musste er statt früher, sagen wir 15, jetzt 20 ß bezahlen. Die Kaufkraft des Silbergeldes war demnach sofort um 25% gesunken.

Und nun stelle man sich die Situation auf dem Basler Geldmarkt in den ersten Jahren selbständiger städtischer Münzpolitik vor. Der Rat nahm 1373 eine Reduktion des Feingehalts um 15,7 % vor. Nominell berührte dies den Geldbesitzer zunächst nicht. Sobald er aber gezwungen war, G u l d e n einzuwechseln, trat das Verhängnis ein. Hatte er früher 11 ß gegeben, so forderten die Wechsler nunmehr 13 bis 14 ß. Die Kaufkraft seines Silbergeldes war gegenüber allen Gütern, die mit Gulden bezahlt wurden, sofort um den Prozentsatz der Feingehaltsherabsetzung — die er früher vielleicht überhaupt nicht bemerkt haben würde — gesunken. Oder ganz konkret: Ein Gegenstand kostete 1370 10 Gulden und 1374 auch 10 Gulden. Der Silberbesitzer musste 1370 110 ß, 1374 aber 140 ß bezahlen! Oder ein anderes Beispiel: Jemand hatte im Jahre 1370 eine Anleihe von 400 Gulden gemacht, die er mit 24 fl. verzinsen musste. Um diese 24 fl. zu kaufen, hatte der Schuldner zunächst nur 264 ß ausgeben müssen, später aber 336 ß, so dass der früher 6prozentige Zinsfuss in einen 7,6prozentigen umgewandelt war.

Diese Vormachtstellung des Goldes hatte aber noch eine andere Folge. Da den Inhabern der Silbermünzen das Wertverhältnis zwischen den einzelnen Prägungen jetzt sofort klar wurde, machte man auch im blossen Silberverkehr einen Unterschied zwischen alten und neuen Pfennigen. Hatte z. B. ein Gläubiger im Jahre 1362 von den uns bekannten guten Angstern (S. 19) 100 lb. zu 6 Prozent ausgeliehen, so erhielt er 6 lb. jährlich. Diese 6 lb. galten im Jahre 1362: 12 Gulden. Zehn Jahre später aber bekam der Gläubiger für seinen Zinsbetrag nur noch 10,2 fl., und im Jahre 1377 sogar bloss 6,6 fl. Der Zinsfuss hatte sich hier zu gunsten des Schuldners verschoben. Kein Wunder, dass der Gläubiger nun verlangte, die Zinszahlung solle in neuen

Pfennigen nach Massgabe ihres Verhältnisses zu den Gulden vor sich gehen, so dass er nach wie vor 12 Gulden für den Zinsbetrag einlösen konnte. Der Schuldner freilich liess sich darauf nicht ein, weil seine Verpflichtung schlechtweg auf 6 lb. lautete.

Diese durch die Feingewichtsveränderungen hervorgerufenen Wertunterschiede zwischen altem und neuem Geld hatten zwar schon vor dem Aufkommen der Goldmünze bestanden, und man ist schon früher zu blossen Rechnungsmünzen gekommen. Es muss aber scharf darauf hingewiesen werden, dass erst durch das Eindringen des Goldes als objektiven Wertmessers die der Feingewichtreduktion proportionale Verminderung der Kaufkraft eintrat und — was die Hauptsache ist — sofort erkennbar war.

Endlich darf noch darauf hingewiesen werden, dass auch die Schwankungen im Silberpreis bei der blossen Silberwährung dem Geldverkehr aus denselben Gründen, die eine Feingewichtreduktion nicht von Bedeutung werden lassen, weniger fühlbar sind. Sobald aber Gold herrschendes Metall wird, und damit ein Wertmesser gewonnen ist, wechselt der Kurs der Silbermünzen fortwährend auch bei gleich bleibendem Feingehalt, was durch unsere Kurstabellen schlagend bewiesen wird.

Alle diese Kalamitäten konnten beseitigt werden, wenn es gelang, auf gesetzlichem Wege ein stabiles Verhältnis zwischen Gold- und Silbermünzen herbeizuführen. Eine solche Politik einzuleiten, war aber der Rat von Basel *für sich allein* nicht imstande. Ich habe in der Darstellung ausführlich erörtert, welches die Gründe waren, die Basel veranlassten, im Kampfe gegen das Gold die benachbarten Münzherrn zu Bundesgenossen heranzuziehen. Vor eine doppelte Alternative sah sich der Rat gestellt: entweder er prägte seine Münzen zu einem Feingehalt aus, der dem Preisverhältnis der beiden *Metalle* entsprach, oder aber er gab seinen Pfennigen Zwangskurs unbekümmert um ihren inneren Wert. Ersteres zu tun, widerstand ihm. Immer neue, dem Goldkurse folgende Ausprägungen hätten ihn unter Umständen zu einem Feingehalt kommen lassen, der sich mit seiner finanziellen Leistungsfähigkeit nicht vertrug und ausserdem die Gefahr involvierte, dass sein gutes Geld ausser Landes geführt wurde (vgl. S. 42 ff.). Mithin blieb ihm nur der andere Weg, den er aber aus mancherlei Gründen (S. 43) ohne Fühlungnahme mit den angrenzenden Münzterritorien nicht mit Erfolg beschreiten konnte. *Dieser Einsicht, dass die Behauptung der Silber-*

währung ohne unermessliche Verluste nur durch geschlossenes Vorgehen einer Anzahl von grösseren Münzterritorien möglich sei, verdankt der oberrheinische Münzbund, aus dem sich später die Genossenschaft der Rappenmünze entwickelte, seine Entstehung. Die genaueste, wiederholte Bearbeitung aller in Betracht kommenden Quellen lässt ein anderes Resultat nicht zu. Gemeinsame Abwehr jener schweren Gefahren, die dem Silbergeld durch das ungestüme Hereinbrechen des Goldes drohten, war das oberste Leitmotiv der oberrheinischen Münzverbände im ausgehenden 14. Jahrhundert. Dass man, einmal zusammengekommen, später auch andere Aufgaben zu lösen versuchte, ist selbstverständlich und für die Beurteilung meiner These belanglos.

Den tatsächlichen Gang der auf die Regelung des Gold- und Silberverkehrs gerichteten Politik des Rappenmünzbundes und seiner Vorläufer habe ich eingehend geschildert. An dieser Stelle mögen die bedeutendsten Massnahmen kurz zusammengefasst werden.

Der Schaffhauser Vertrag von 1377 bringt als grundsätzlich Wichtigstes eine Konzession an den Gulden: die Anerkennung des Goldes als preisbestimmenden Metalls. Nicht mehr verdrängen will man den Gulden, sondern das Ziel ist jetzt nur noch, sich neben ihm zu behaupten. Man entschloss sich, wie wir gesehen haben (S. 58), gesetzlich den Preis festzulegen, der in Silbermünze für den Gulden künftig bezahlt werden sollte. Der unablässigen Rückwärtsbewegung des Silberkurses wollte man energisch begegnen. So kam denn der Beschluss zu stande, dem Gulden einen gesetzlichen Wert von 15 Schillingen zu geben. Welche Motive, so fragen wir, sind für gerade dieses Verhältnis massgebend gewesen? Hatte der neue Pfennig ein entsprechendes Gewicht? Nein! Das Pfund der neuen Pfennige hielt 50,64 gr Silber, also erheblich weniger, wie der Basler Pfennig von 1375, der 74,16 gr hatte; obwohl nun im Verkehr von dem letzteren im Jahre 1366/67 durchschnittlich 17,86 ß für den Gulden bezahlt werden mussten, wollte man künftig von der wesentlich geringeren Ausprägung bloss 15 ß geben. Hier sehen wir somit das Bestreben, den Preis des gemünzten Silbers hoch zu halten. Daneben aber soll versucht werden, den Preis des ungemünzten Silbers herunterzudrücken, indem man den Münzmeistern verbietet, mehr als 4 lb.

4 ß für die Mark Silbers zu bezahlen. Diese im Falle des Gelingens überaus einträgliche Politik sollte ermöglicht werden durch die Machtstellung der geeinigten Münzherrn.

Es entsteht nun die überaus interessante Frage, ob dieser Versuch, die »staatliche Theorie des Geldes« in die Praxis umzusetzen, Erfolg hatte. Bezüglich der Regelung des Wertverhältnisses zwischen den beiden gemünzten Metallen habe ich schon darauf hingewiesen (S. 63), dass hier der Konvention ein dauernder Erfolg nicht beschieden war. Das gesetzliche Verhältnis von 15 ß hat nur ganz kurze Zeit bestanden und musste sehr bald dem 16 Schilling-Kurs weichen. Immerhin ist es dann gelungen, diesen Kurs einige Jahre festzuhalten, so dass in der Tat eine Höherbewertung des Silbers, wenn auch nicht in geplantem Umfange, vorübergehend durchgesetzt wurde. Im Jahre 1362 stand gemünztes Gold zu Silber in Basel wie 1 : 10,80[1]). Im Rechnungsjahre 1376/77 wurden für den Gulden, der jetzt immer noch 3,396 gr enthielt, 0,82 lb. bezahlt — 1 lb. 74,16 gr Silber —, so dass Gold und Silber wie 1 : 17,5 standen! $\left(\frac{74,16 \cdot 0,82}{3,396}\right)$. Es ergibt sich somit, dass die Basler Pfennige von 1362—1377 an Feingehalt — die vorübergehenden Schwankungen ausser Betracht gelassen — 12,9%, in ihrem Wertverhältnis zum Goldgulden aber 62 % eingebüsst hatten. Unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Schaffhausen sehen wir hingegen plötzlich ein viel besseres Verhältnis. Im Rechnungsjahr 1377/78 stehen nämlich in Basel Gold und Silber wie 1 : 11,93 $\left(\frac{50,64 \cdot 0,80}{3,396}\right)$, gegenüber einem Verhältnis von 1 : 11,18 $\left(\frac{50,64 \cdot 0,75}{3,396}\right)$, das im Vertrag vorgesehen war. Diese relativ günstige Sachlage hielt bis zum Rechnungsjahr 1383/84 an. Dann freilich ändert sich das Bild, indem als Durchschnittspreis für den Gulden bezahlt werden müssen: 1384/85 = 0,95 lb., 1385/86 = 0,96 lb., 1386/87 = 1,11 lb., 1387/88 = 1,27 lb.

Die unmittelbare Ursache dieses Rückgangs waren freilich

---

1) Für den Goldgulden wurden 0,45 lb. bezahlt; er hatte um jene Zeit 3,541 gr fein. Das Basler Pfund hielt damals 85,20 gr fein. Mithin: $\frac{85,20 \cdot 0,45}{3,541} = 10,80$.

die um 1383 einsetzenden Minderausprägungen Basels. Der mittelbare Grund aber lag tiefer. **Der gesetzlich fixierte Silberpreis liess sich nicht halten.** Die Machtmittel der Münzherren hatten nicht ausgereicht, beim Silberhandel einen eigentlichen, den Preisgesetzen unterworfenen Marktpreis zu inhibieren. Die Münzmeister mussten einen höheren Preis für die Mark Silbers bezahlen, als vorgesehen war. Die alte Legierung war demnach ohne grosse Opfer nicht mehr aufrecht zu erhalten. Da eine Einigung über Neuausprägungen nicht zustande kam, gingen die Kontrahenten selbständig vor und schlugen Pfennige zu einem wesentlich geringeren Feingehalt (vgl. S. 64). In Basel kam man jetzt zu einem Korn, das um mehr als 50% hinter dem von 1377 zurückblieb. Bemerkenswert ist aber, dass der Goldkurs nicht in entsprechendem Masse stieg. Nehmen wir nämlich auf Grund der auf Seite 68 angeführten Quelle für den Basler Denar einen Feingehalt von 0,102 gr an — das Pfund 24,48 — und für den rheinischen Goldgulden für jene Zeit einen Goldgehalt von 3,322 gr[1]), so ergibt sich, da der Gulden 1,27 lb kostete, ein Verhältnis von 1 : 9,58 $\left(\frac{24{,}48 \cdot 1{,}27}{3{,}322}\right)$. Dieser günstige Kurs wurde durch die Preissteigerung des rohen Silbers herbeigeführt.

Bei Beurteilung dieser Geldmarktlage darf nun aber nicht vergessen werden, dass der relativ gute Silberkurs für den Basler Bürger und Kleinkapitalisten nur ein schwacher Trost war. Für 100 lb. der Vertragsmünze von 1377 hatte er zunächst 121,9 Gulden bekommen; jetzt aber bezahlte man ihm für das inzwischen ausgegebene Aequivalent der 100 lb. — nominell gleichfalls 100 lb. — bloss noch 78,7 Gulden. Was verschlugs ihm, dass dies mit Rücksicht auf den Silbergehalt seiner neusten Pfennige ein recht guter Kurs war, der Verlust war ohnehin ein ganz enormer. Auch die Bestimmungen des Vertrages über das Verhältnis zwischen alten und neuen Silbermünzen konnten ihn aus seiner misslichen Lage nicht befreien.

Hatte mithin der Vertrag von 1377 eine Regelung des Ver-

1) Mithin 22½ karätig. Bekanntlich prägten die rheinischen Kurfürsten von 1386 ab vertragsmässig 23 karätig. Da vorher aber eine arge Misswirtschaft im rheinischen Münzwesen bestanden hat, muss für unsere Zeit ein Gehalt von 3,322 gr als die obere Grenze angenommen werden.

hältnisses zwischen Gold und Silber nicht gebracht, so versuchte man es in der zehn Jahre später abgeschlossenen Konvention von Basel mit schärferen Mitteln (S. 63). Wie schon in dem Vertragsentwurf von 1383 vorgesehen, sollte nunmehr ein Pfund einem Gulden im Werte gleichstehen. Man dachte aber auch jetzt nicht daran, diesem Verhältnis dadurch Stütze zu geben, dass man den neuen Münzen einen entsprechenden Feingehalt gab. Da nämlich das Pfund Silber 34,80 gr Silber hielt, der Goldgulden nach dem Vertrag der rheinischen Kurfürsten von 1386 aber 3,396 gr feines Gold hatte, so ergibt sich die Relation von 1 : 10,3. Tatsächlich aber mussten im Rechnungsjahre 1389/90 — für das Jahr 88/89 finde ich keine Angaben — schon wieder durchschnittlich 22 β für den Gulden bezahlt werden, so dass Gold und Silber 1 : 11,6 standen $\left(\frac{34{,}80 \cdot 1{,}13}{3{,}396}\right)$. Dabei ist angenommen, dass die rheinischen Gulden — sie allein waren jetzt in Basel von Bedeutung — den vertraglichen Goldgehalt noch hatten, während sie vermutlich schon im Jahre 1387 minderwertiger ausgebracht wurden.

Man hatte demnach auch jetzt wieder versucht, für das Silbergeld einen Kurs durchzudrücken, der seinem inneren Werte nicht entsprach. In erster Linie hatte man hierbei auf die territorial erweiterte Machtsphäre des jetzigen Bundes gebaut (S. 69). Ferner hatte man die Silberfrage — Beschaffung und Preisfestsetzung — jetzt so streng geregelt (S. 71 ff.), dass man des Erfolges sicher war. Wenn dieser trotzdem nicht eintrat, so lag es vor allem daran, dass die Durchführung des Vertrages bei zahlreichen der politisch sehr verschieden interessierten Kontrahenten auf Schwierigkeiten stiess, deren man nicht Herr werden konnte. Die klug ausgedachten münzpolitischen Massnahmen versagten, weil die Autorität des Gesetzes nicht ausreichte, die widerstrebenden wirtschaftlichen Interessen zu zwingen, sich dem Gemeinwohl unterzuordnen. Der staatlichen Rechtsordnung fehlte die Kraft, sich durchzusetzen.

Die Basler Konvention war schon zu Beginn des letzten Jahrzehnts im 14. Jahrhundert für die hier in Betracht kommenden Verhältnisse bedeutungslos geworden. Der Rat von Basel war demnach wieder auf sich selbst angewiesen. Er griff, wie die umliegenden Münzherrn, von neuem zu Münzverschlechterungen, womit er zwar, rein äusserlich betrachtet, den gestiegenen Silberpreis kompensierte, die aber doch infolge der verringerten Kauf-

kraft der nominell gleich gebliebenen Silbermünzen von grosser Tragweite für das Wirtschaftsleben der Stadt waren. In den Jahren 1390—92 hielt das Pfund Basler Pfennige 30,00 gr Silber, für den rheinischen Gulden können wir für diese Zeit ein Durchschnittsgewicht annehmen, das dem des Vertrages der Kurfürsten von 1399, der bekanntlich lediglich einen bestehenden Zustand sanktionierte, entspricht: 3,322 gr. Da nun im Rechnungsjahre 1391/92 für den Gulden 25 β bezahlt werden mussten, so ergibt sich die Relation 1:11,3 $\left(\frac{30,00 \cdot 1,25}{3,322}\right)$. Der Verkehr hatte somit die Feingehaltsreduzierung ganz genau in Anrechnung gebracht. In den nächsten Jahren freilich geschieht dies nicht sofort. 1393 bis 94 hielt das Basler Pfund noch 26,40 gr fein; für den Gulden mussten 1395/96 24,5 β bezahlt werden, so dass sich die Relation 9,7 ergibt. Wir sehen, dass auf eine sofortige s t a r k e Feingehaltsherabminderung der Kurs nicht unmittelbar reagiert. Diese günstige Erfahrung hatte der Rat ja schon im Jahre 1377 gemacht. Aber doch passt sich der Wechsel allmählich dem neuen Wertverhältnis an, denn im Jahre 1398/99 sehen wir die Relation 10,8 $\left(\frac{26,40 \cdot 1,36}{3,322}\right)$.

Der Ensisheimer Vertrag aus dem Jahre 1399 (S. 77) schreibt ein bestimmtes Verhältnis zu den Gulden für die Ausprägungen nicht vor. Daraus aber, dass 6 fl. und 3 β Stebler für die feine Mark Silbers bezahlt werden sollen, ergibt sich, dass man die Relation von 1:11,5 im Auge hatte $\left(\frac{234,30 - 4,17}{6 \cdot 3,322}\right)$. Im Verkehr mussten 1401/02 1,36 lb. — das Pfund 27,84 gr — für den Gulden bezahlt werden; mithin 1:11,4 $\left(\frac{27,84 \cdot 1,36}{3,322}\right)$. Hier hatte man zum ersten Male von vornherein einen Münzfuss gewählt, der dem wirklichen Preisverhältnis zwischen Gold und Silber entsprach, und deshalb brauchte der Verkehr nicht erst regulierend einzugreifen.

Wenden wir uns nunmehr dem 15. Jahrhundert zu, so erinnern wir uns zunächst, dass im Juni 1402 das auf dem Reichstage zu Mainz beschlossene Münzgesetz veröffentlicht wurde, nach welchem die Gulden künftig $22\frac{1}{2}$karätig ausgeprägt werden sollten. Ihr Feingehalt betrug demnach 3,322 gr, ein Gewicht, das wir ihnen in unsern Berechnungen schon seit 1387 zu grunde gelegt haben.

Zu diesem Feingehalt brachte der Rappenmünzbund seine Silbermünzen durch den Vertrag von 1404 in ein Verhältnis von 1 : 10,2. Denn da das Pfund Pfennige 33,84 gr Silber hielt, und der Gulden dem Pfunde gleich stehen sollte, ergibt sich $\frac{33,84 \cdot 1}{3,322}$. Diese Relation hat sich in den Jahren 1404 und 1405 tatsächlich auch im Verkehr gehalten. Allein bald zeigte sich, dass die Münzgenossen auch diesmal wieder ihre Macht überschätzt hatten: Der Gulden stieg im Kurse und stand im Jahre 1407 schon wieder 22 β. Dazu kam, dass die rheinischen Kurfürsten mit ihrem Feingehalt trotz aller Versprechungen und Abmachungen weiter heruntergegangen waren, so dass die Herausbildung eines festen Verhältnisses zwischen Gold und Silber schon an dieser leidigen Tatsache scheiterte. Der Rat von Basel ward sich dieser neuen Situation sofort klar, er ist es gewesen, der zu dem einzigen Mittel riet, das hier Abhilfe bringen konnte, indem er den Vorschlag machte, die Silberprägung bis auf weiteres überhaupt einzustellen und den Guldenkurs frei zu geben (S. 95). Es war dies freilich die Bankerotterklärung einer Politik, welche man drei Jahrzehnte hindurch mit Aufwand aller Kräfte getrieben hatte. Aber es blieb, wie gesagt, ein anderes Mittel nicht übrig. Wollen wir nun die Relation berechnen, die sich in den Jahren 1404—1408 ergibt, so dürfen wir für die rh. Gulden keineswegs den 1402 beschlossenen Münzfuss für die ganze Zeit zu grunde legen, denn die auf Seite 96 publizierte kurze Probe zeigt, dass sie durchschnittlich 20—20½-karätig ausgeprägt wurden. Wir werden deshalb die obere Grenze treffen, wenn wir für die Jahre 1406—1409 einen Feingehalt von 3,041 gr in Ansatz bringen. Es würden sich somit Gold und Silber stellen: 1404 und 1405 wie 1 : 10,2; 1406 wie 1 : 11,6; 1407—1409 wie 1 : 12,2.

Obwohl der rheinische Münzvertrag vom 15. Aug. 1409 wieder 22 Karat vorsah, hat sich am Basler Wechsel sein Kurs nicht gehoben, er sank im Gegenteil sogar zeitweilig auf pari. Auch durch die Wirrnisse der nächsten Zeit hindurch hat er sich relativ stabil erhalten. Ein kritischer Moment trat erst ein, als die rheinischen Kurfürsten im Jahre 1417 die 20karätige Ausprägung beschlossen. Für den bisherigen Kurs von durchschnittlich 1,05—1,08 Pfund für den Gulden war jetzt die Basler Münze zu schwer. Diese Tatsache veranlasste den Rat von Basel, seine Prägungen wieder aufzunehmen. Entsprechend dem Feingehalt

der Goldgulden hielten die Pfennige jetzt 26,80 gr Silber pro Pfund. Die Relation war somit, da der Kurs der gleiche blieb, 1 : 9,6 $\left(\frac{26{,}80 \cdot 1{,}06}{2953}\right)$. Es zeigt sich auch hier die wiederholt konstatierte Tatsache, dass eine radikale Verringerung im Feingehalt der Silbermünzen durch den Kurs nicht vollständig kompensiert wird. Die Relation 1:9,6 hat sich, von kleinen Schwankungen abgesehen, bis zum Jahre 1424 gehalten. Vorausgesetzt freilich, dass für die Gulden ein gleicher Feingehalt angenommen wird. Tatsächlich ist der Münzfuss aber wieder verschlechtert worden, so dass man vom Jahre 1420 ab ohne Bedenken $19^1/_2$ Karat in Anschlag bringen kann. Münzproben aus jener Zeit zeigen sogar, dass man selbst unter 19 Karat heruntergegangen ist. Nehmen wir aber als Durchschnittsgehalt 2,865 gr, so ergibt sich für die Jahre 1420—24 die Relation 1 : 9,9,

Einen Wendepunkt auf dem Gold- und Silbermarkt brachte das Jahr 1425. Der rheinische Münzvertrag beschloss die 19-karätige Ausprägung. Auch die Münzgenossen nahmen in diesem Jahre ihre Silberprägung wieder auf. Sie gaben ihren neuen Münzen einen Feingehalt von 30,60 gr pro Pfund, das im Werte einem Gulden gleichstehen sollte. Die beabsichtigte Relation war somit 1 : 11 $\left(\frac{30{,}60 \cdot 1}{2{,}777}\right)$. Die hier eingeschlagene Politik zeigt, dass die Münzgenossen aus den früheren Erfahrungen gelernt hatten. Obwohl der Gulden an Feingehalt geringer war, nahmen sie eine Verbesserung ihres Korns vor. Es sollte auf diese Weise einer Differenz zwischen Marktpreis und gesetzlicher Fixierung vorgebeugt werden. Aus der auf Seite 191 publizierten Rechnung über gekauftes Rohsilber geht übrigens hervor, wieviel Gulden man tatsächlich für rohes Silber bezahlen musste. Es sind folgende Einträge verzeichnet, denen ich die Umrechnungen gleich hinzufüge.

1424/25.

308	g 1 ort für $47^1/_2$ margk weniger 5 quint silbers	6,57 fl. für die Mark
114	g 1 ort für 16 margk $3^1/_2$ lot 1 quint	7,02
117	g für 18 m. silb.	6,50
53	g für 7 m. $2^1/_2$ lot vins silbers	7,72
$82^1/_2$	g für $12^1/_2$ m. 1 lot vins silbers	6,60
2275	g für 350 m. silbers	6,50
349	g 3 ß 9 d. für $53^1/_2$ m. vins silbers	6,50

91	g 9 β für 14 m. 1 lot vins silbers	6,50 fl. für die Mark
243	g 9 β für 37 m. 7 lot $^1/_2$ quent silbers	6,50
$41^1/_2$	g für 6 m. $2^1/_2$ lot silbers	6,75
7	g für 1 m. 5 quent silbers	6,50

1425/6.

254	g 3 β für 37 m. 2 lot weniger $^1/_2$ q. silbers	6,85
91	g $17^1/_2$ β für 14 m. 2 lot weniger $^1/_2$ q. silbers	6,50 » » » »
90	g 1 ort für 13 m. 6 lot silbers	6,75
201	g für 30 m. weniger 3 lot silbers	6,75 » » » »
373	g $17^1/_2$ β für 55 m. 6 lot $^1/_2$ q.	6,75
$20^1/_2$	g 3 β 4 d. für 3 m. 1 lot vins silbers	6,75 » » »
$205^1/_2$	g für 30 m. 7 lot silber	6,75

Nehmen wir für die Gulden schon das neue Korn an, was wir mit gutem Recht tun dürfen, weil der Münzfuss von 1425 nur die Sanktion des gewordenen Korns darstellt, so erhalten wir bei einem Preise von 6,50 Gulden für die Mark Silber die Relation 1 : 13 $\left(\frac{234{,}30}{2{,}777 \cdot 6{,}50}\right)$. Bei dem Preise von 6,75 hingegen von 1 : 12,5 $\left(\frac{234{,}30}{2{,}777 \cdot 6{,}75}\right)$. Die Differenz zwischen gemünztem und ungemünztem Silber ist demnach ziemlich erheblich, sie wird bedingt durch die Herstellungskosten und den Schlagschatz. (Vgl. IV. 1.)

Trotz aller Vorsicht versagte die Politik des Bundes aber auch diesmal wieder. Im Verkehr mussten in den nächsten Jahren durchschnittlich 23—$23^1/_2$ β für den Gulden bezahlt werden, so dass statt der beabsichtigten Relation von 1 : 11 eine solche von ca. 1 : 12,7 Platz griff, und diese somit ziemlich genau dem Preisverhältnis zwischen ungemünztem Silber und gemünztem Gold entsprach. Wir dürfen hieraus vielleicht schliessen, obwohl sichere Unterlagen nicht zur Verfügung stehen, dass auch früher der Verkehr die Herstellungskosten der Silbermünze, die ja wesentlich höher waren als beim Gold, einfach inhibiert hat und die Preise gemünzten Silbers unmittelbar ableitete aus dem Verhältnis, in welchem ungemünztes Silber zum Gold stand.

Eine völlig neue Situation wurde auf dem Basler Geldmarkt durch das Konzil herbeigeführt. Mit einem Schlage erhält das Silber eine überaus feste Position. Die Nachfrage nach städtischer

Münze war so gross, dass zum ersten Male seit dem Eindringen des Goldes die Relation sich zu gunsten des Silbers wenden wollte. Die heiligen Väter des Konzils aber verstanden sich auf Geldgeschäfte ausgezeichnet; es kam zu dem uns bekannten Uebereinkommen, nach welchem künftig 23 β für den Gulden bezahlt werden sollten (S. 115). Der Rat von Basel freilich war den kirchlichen Herren an Geschäftsklugheit noch über. Er gab nämlich nicht von seiner nach dem Münzfuss von 1425 geprägten Münze 23 β für den Gulden, sondern seine erste Massnahme nach dem Zustandekommen des Kompromisses war die Ausprägung von Silbergeld, das einen diesem veränderten Wertverhältnis entsprechenden Feingehalt hatte. Peter Gatz wurde beauftragt, Silbermünzen zu schlagen, die pro Pfund 27,84 gr feines Silber hielten. Da der rheinische Gulden sowohl wie der jetzt in Basel geschlagene kaiserliche Gulden immer noch 2,777 gr fein hielten, ergab sich die Relation 1 : 11,5 $\left(\frac{27{,}84 \cdot 1{,}15}{2{,}777}\right)$. Dieses Verhältnis hat sich, das ist überaus charakteristisch, Jahrzehnte hindurch gehalten. Unsere Tabelle zeigt (S. 168), dass der 23 Schillingkurs bis in die 70er Jahre des 15. Jahrhunderts ohne jede Anfechtung bestanden hat. Was der Politik des Rappenmünzbundes niemals gelingen wollte, was der Rat von Basel vergebens durchzusetzen sich bemühte, das kam zustande, als von Silber- und Goldinteressenten g e m e i n s a m eine Rechtsordnung aufgestellt wurde. Solange Gold und Silber miteinander im Kampfe lagen, siegte das Gold, vermochte die staatliche Autorität gegen die Macht der freien Preisbildung nicht aufzukommen. Erst als den Goldinteressenten selbst an einer festen Relation gelegen war, konnte sich das alte Ziel des Bundes, zwischen Gold und Silber ein gesetzliches Verhältnis herzustellen, verwirklichen, zunächst freilich nur für Basel.

Eine Aenderung dieser günstigen Sachlage drohte einzutreten, als im Jahre 1455 der Gulden im Feingehalt zurückging. Es ist aber beachtenswert, dass auch jetzt noch der alte Kurs bestehen blieb, obwohl dabei das Silbergeld zu kurz kam. Denn da das Korn der Gulden 2,723 betrug, die städtische Münze aber gleich geblieben war, ergab sich die Relation 1 : 11,7. Die Neuausprägung von 1462 benutzte der Rat aber, um seine Münze wieder auf die alte Relation zu bringen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die rheinischen wie die kaiserlichen Gulden in den sechziger Jahren

schon wieder unter den Satz von 1455 heruntergegangen waren. Der im Jahre 1464 zustande gekommene Vertrag hat wieder nur die bestehenden Verhältnisse akzeptiert, was aus gleichzeitigen Münzproben deutlich hervorgeht. Es muss deshalb das Korn von 1464 (2,696 gr) schon für die Prägungen von 1462 in Ansatz gebracht werden, wenn wir eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Relation gewinnen wollen. Ausserdem ist hier darauf hinzuweisen, dass im Jahre 1462 die im vorigen Abschnitte besprochene Differenzierung im Feingehalt der verschiedenen Stücke einer Prägung Platz greift (S. 216). Wir erinnern uns, dass der Hälbling von 1362 0,097 gr fein hielt, der Vierer hingegen 0,418 gr, so dass ein Pfund des ersteren 23,28 gr, ein Pfund des letzteren 25,08 gr feines Silber enthielt. Da nun von beiden Münzen 23 β für den Gulden bezahlt werden sollten, ergibt sich eine doppelte Relation. Für die Vierer 1 : 10,7 $\left(\frac{25{,}08 \cdot 1{,}15}{2{,}696}\right)$, für das Kleingeld 1 : 9,9 $\left(\frac{23{,}28 \cdot 1{,}15}{2{,}696}\right)$. Legen wir den ermittelten Durchschnittsfeingehalt zu Grunde, so erhalten wir 1 : 10,3.

Uebrigens ist darauf hinzuweisen, dass die Neuausprägung der Hälblinge nur von Basel vorgenommen wurde, und der Vertrag ihm ausdrücklich verbot, das bisherige Kleingeld einzuschmelzen. Es hat somit nach 1462 noch zahlreiche Pfennige gegeben, die dem Fuss von 1433 entsprachen und demnach in ungünstigerem Verhältnis zum Gulden standen. Für die grosse Mehrheit aller zirkulierenden Silbermünzen werden wir dennoch eine Relation von 1 : 10,6 folgern dürfen.

Es kann nun aber bestimmt angenommen werden, dass im Laufe der nächsten Jahre doch die besseren Pfennige aus dem Verkehr gezogen wurden, und schliesslich die minderwertigen allein vorhanden waren. Diesem alten Münzgesetz werden auch die Prägungen des Bundes nicht entgangen sein. Es ist aber hervorzuheben, dass der Verkehr die nunmehr effektiv vorhandene Feingehaltsdifferenzierung einfach ignorierte. Es bestand schlechtweg der 23 Schillingkurs weiter, mochte man Pfennige oder Vierer für den Gulden geben. Wir sehen hier den Zustand der hinkenden Silberwährung; die minderwertig ausgeprägten Münzen waren unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel nach Massgabe ihres nominellen Wertes; keineswegs etwa Scheidemünzen. Es ist aber besonders hervorzuheben, dass hierbei nicht etwa eine bestimmte

Absicht der Kontrahenten vorgelegen hat, sondern die Feingehaltsdifferenz lediglich eine Folge der Einzel-Kostenrechnung war.

Vermutlich hat sich aber doch gezeigt, dass der Verkehr auf die Dauer nicht gewillt war, so ungleichwertige Münzen als gleichwertig hinzunehmen, denn aus der Urkunde über den Vertrag von 1478 (S. 155, ff.) geht hervor, dass die seit 1462 geschlagenen Hälblinge geringer bewertet wurden. Um dies künftig zu verhindern, verringerte man die Differenz zwischen dem Feingehalt der Hälblinge und Rappen und schrieb vor, dass von den Hälblern am Wechsel 1 lb. 3 β bezahlt werden sollten. Wenn auch ein bestimmter Kurs für den Rappen nicht vorgesehen wird, so geht doch aus der Fassung der Urkunde hervor, dass von dieser Münze ebenfalls 1 lb. 3 β bezahlt werden sollten. Nach den Rechnungsbüchern zu urteilen, hat die Massnahme Erfolge gehabt. Der 23 Schillingkurs bestand jetzt ohne Anfechtung weiter. Hierzu hat freilich einerseits die kleine Feingehaltsaufbesserung, welche man 1478 vornahm, beigetragen und anderseits die 1477 erfolgte Feingehaltsreduzierung der rheinischen Gulden auf 2,647 gr. Die Relation war tatsächlich der früheren etwa gleich, denn sie stellte sich 1 : 10,5.

Im Jahre 1480 aber griff man auf die frühere Praxis zurück. Man prägte die in diesem Jahre geschlagenen Stücke sehr ungleich aus: Die Hälblinge zu 21,60 gr, die Rappen zu 24,48 gr und die Blapharte zu 25,24 gr das Pfund. Alle Münzen aber behielten ohne Ausnahme den 23 Schillingkurs. Die grosse Differenz zwischen Hälblingen und Rappen lässt darauf schliessen, und die Urkunde bestätigt es, dass sie nicht eine Folge der Einzel-Kostenrechnung war, sondern aus bestimmter Absicht heraus eingeführt wurde. Man wollte vermeiden, dass der Hälbling ausser Landes gehe. Daneben freilich wirkte wohl auch der hohe Silberpreis. Für die Bewertung der Silbermünzen erachtete man den Feingehalt der grossen als ausschlaggebend und hielt es nicht von Belang, wenn mit Rücksicht auf die beträchtlichen Kosten diese Stücke zu Ungunsten der kleineren und kleinsten vollwertig geprägt wurden. Viel deutlicher als vordem sehen wir hier die hinkende Währung als Stütze des Silbers im Kampfe gegen das Gold. Nehmen wir nun, um die Relation zu gewinnen, die Hälblinge zur Basis, so ergibt sich 1 : 9,4. Der Gulden wurde, wie die abgedruckte Probation zeigt (S. 156), immer

noch reichlich 18karätig ausgeprägt, deshalb $\frac{21,60 \cdot 1,15}{2,647}$. Nehmen wir aber die Rappen als Grundlage, so ergibt sich die Relation 1 : 10,6 $\left(\frac{24,48 \cdot 1,15}{2,647}\right)$. Die Blapharte stehen zum Gulden sogar wie 1 : 11,1 $\left(\frac{25,54 \cdot 1,15}{2,647}\right)$. Die Durchschnittsrelation ist 1 : 10,4 $\left(\frac{23,89 \cdot 1,15}{2,647}\right)$.

An dieser Stelle empfiehlt es sich, einen Blick auf das im vorigen Abschnitt wiedergegebene Schreiben der Münzgenossen an Erzherzog Sigismund aus dem Jahre 1478 zu werfen (S. 156 ff.). Es heisst dort, zweifellos etwas übertrieben, dass jetzt bis zu 26 β für den Gulden bezahlt werden müssten. Im Anschluss an diese Tatsache schildert jenes Schreiben deren missliche Folgen. Wer früher 1000 Gulden aufgenommen hätte, müsse diese Summe (weil die Gulden für Silber gekauft werden) mit dreizehnhundert Gulden ablösen. Wer früher 100 Gulden an Zinsen bezahlte, entrichte jetzt 125. Ferner: Die Abgaben an die Städte gingen nur in Pfennigen ein, aber bezahlen mussten sie (vor allem nach auswärts) in Gold, und deshalb erwachse ihnen bei dem gegenwärtigen schlechten Kurs grosser Schaden. Aus allen diesen Gründen, so schliesst das Schreiben, soll Erzherzog Sigismund dem Bunde wieder beitreten, weil im Falle des Scheiterns der Genossenschaft der Gulden noch teurer werde. In derselben Angelegenheit hatte auch die Stadt Freiburg an den Herzog ein Schreiben gerichtet, aus dem ich folgendes hervorhebe[1]: Die Stadt führt aus, dass sie grosse Anleihen ausserhalb des Münzgebiets kontrahiere, die sie mit erheblichen Beträgen verzinsen müsse. Wörtlich sagt sie dann weiter: wo nü dem múntzbrieff gelept wurd, so möchten wir des ringer zü gold komen sust in diser irrung, so wachsent und merent sich die zinß uff unns in dem das bißhar der guldin alle jar am werd uffgestigen ist. Wir hand unns ouch dem engegen an ettlichen orten zu Straßburg und im oberland der sweren goldzinß gelidigt zü Basel und zu Colmar mercklich summ uffgenomen darumb das wir von inen als múntzgenossen im gold zinß nit beladen werden. Solten

1) Nach der Kopie im Freiburger Stadtarchiv. Abt. 26.

aber dieselben zwo stett von unns in annder múntz komen so ist uns bißhar durch krieg und ander widerwertikeit nit sovil schadens entstanden als von diser teilung erwachsen wurd, vorab unserm gemeinen nucz darnach allen werbenden und handwerckslúten die den sweren sicz by unns nit erliden möchtten, dann die yetzlöffigen múncz in hohem werd innemen und an andern orten ringer an zinß schulden oder koufmansgüt ußgeben, zaigt on mittel zü verderben.

Die beiden Schreiben zeigen sehr anschaulich, wie auch im im Jahre 1480 — 100 Jahre nach Gründung des Bundes — das Hauptaugenmerk immer noch auf die Erlangung eines festen Verhältnisses zwischen Gold- und Silbermünzen gerichtet war. Auch ist die Sorge um den Weiterbestand der Genossenschaft, welche diese Schreiben durchzieht, der beste Beweis dafür, dass man nicht nur während des Konzils, sondern auch darüber hinaus greifbare Erfolge erzielt hatte.

Diese Erfolge haben dann freilich die Münzgenossen zu Schritten veranlasst, welche deutlich eine Ueberschätzung der Macht des Bundes erkennen lassen. Jene Regelung von 1480 brachte nämlich wieder eine Unsicherheit in den Verkehr, die für die Stellung des Silbers von grossem Schaden war. Der Verkehr war nicht gewillt, die minderwertig ausgeprägten Hälblinge als vollwertige Münzen zu nehmen. Sogar den Rappen gegenüber bestand ein starkes Misstrauen. T a t s ä c h l i c h w u r d e j e t z t d e r K u r s a m W e c h s e l v e r s c h i e d e n n o r m i e r t , j e n a c h d e m , m i t w e l c h e n S t ü c k e n B a s l e r M ü n z e d e r G u l d e n b e z a h l t w u r d e. Die Autorität der Münzgenossen reichte nicht aus, auch bloss für die kleinen Münzen auf die Dauer einen den Feingehalt überschreitenden Kaufwert durchzusetzen. Sobald die Münzgenossen den durch das Wertverhältnis der beiden M e t a l l e bedingten Münzfuss preisgaben, erlitten sie Schiffbruch. Im einzelnen ist der Guldenkurs für die Jahre 1480—1498 nicht festzustellen. Der Preis wechselt fortwährend, je nach der Münze, die für ihn bezahlt wird. Ein Pfund, zusammengesetzt aus Hälblingen, Rappen und Blapharten hatte eine andere Kaufkraft als eines aus blossen Hälblern, Rappen oder Blapharten. Das im Vertrage vorgesehene Verhältnis von 1 fl.: 23 ß griff nur bei den Blapharten Platz. Im übrigen bezahlte man bis zu 26 ß. Im Laufe der Jahre hat aber ein fester Doppelkurs sich herausgebildet: Ein Kleingeld- und ein Grossgeldkurs. Der letztere belief sich

auf 23, der erstere auf 25 β. Aus zahlreichen Kauf- und Schuldurkunden jener Zeit geht das Bestehen des Doppelkurses deutlich hervor. Sogar die Stadt selbst hat ihn anerkennen müssen, denn in ihren Rentenverkäufen ist oft in einem Schriftstück von verschiedenem Kurs die Rede. So z. B. verkaufte der Rat von Basel am 30. Juni 1494 »aus der Stadt Gütern und Nützungen« einen Zins von 9 fl. »mit nammen 1 lb. 3 β unser werung für yeden guldin«; nach derselben Urkunde verkauft er 60 fl. »in múnz, nemlich 1 lb. 5 β unnser werung fur yeden guldin« [1]). Diesem einen Beispiel liessen sich zahlreiche weitere anfügen.

Es erhellt, dass angesichts dieser Sachlage eine Aufzeichnung aller übernommenen Kurse sinnlos wäre: die Basis für die Berechnung ist ja immer eine andere, je nachdem, wie sich das Pfund Basler Münze zusammensetzt. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als sich mit einer Durchschnittsziffer zu begnügen. Der von mir hierfür gewählte Kurs von 1,18 (S. 216) ist durch sorgfältige Ermittlungen festgestellt. Als Durchschnittsrelation würde sich demnach — den Gehalt der Rappen zu grunde gelegt — 1 : 10,7 ergeben $\left(\frac{23,89 \cdot 1,18}{2,647}\right)$. Von 1490 ab aber sinkt diese Relation infolge weiterer Verschlechterung des Guldens auf 1 : 11,2 $\left(\frac{23,89 \cdot 1,18}{2,527}\right)$.

Bei der letzten Ausprägung des 15. Jahrhunderts haben die Münzgenossen diese gefährliche Politik, wenn auch nicht aufgehoben, so doch viel weniger scharf durchgeführt. Die Feingehaltsdifferenz zwischen den einzelnen Stücken (vgl. S. 216) ist bedeutend geringer und mehr dem Kostenunterschied angepasst. Die isolierte Stellung des Hälblings ist beseitigt: Den 25 Schillingkurs akzeptiert der Vertrag jetzt für alle Münzen. Da der Gulden in jener Zeit noch 2,527 gr fein hielt, so ergeben sich für die einzelnen 1498 geschlagenen Sorten folgende Relationen:

Hälblinge	1 : 9,8	$\left(\frac{19,80 \cdot 1,25}{2,527}\right)$
Rappen	1 : 10	$\left(\frac{20,16 \cdot 1,25}{2,527}\right)$

1) Urkundenbuch der Stadt Basel, IX. S. 136. Daselbst weitere Beispiele, u. a. S. 179, 158.

Vierer	1 : 10,1	$\left(\frac{20,46 \cdot 1,25}{2,527}\right)$
Doppelvierer	1 : 10,3	$\left(\frac{20,85 \cdot 1,25}{2,527}\right)$
Blapharte	1 : 10,4	$\left(\frac{21,10 \cdot 1,25}{2,527}\right)$
Groschen	1 : 10,7	$\left(\frac{21,60 \cdot 1,25}{2,527}\right)$
Dickblapharte	1 : 10,9	$\left(\frac{21,98 \cdot 1,25}{2,527}\right)$.

Nehmen wir den Durchschnittsfeingehalt (20,85), so ergibt sich 1 : 10,3. Dieses Verhältnis hat bis in das 15. Jahrhundert hinein auch im Verkehr bestanden.

Für das Rechnungsjahr 1497/98 liegt übrigens wieder eine Silberpreisnotiz vor. Es heisst in der Jahresrechnung: Item 871 gulden 15 β 1 d. inn gold tund 1107 lb. 13 β umb 108 marck 4 lot minus $^1/_2$ quintlin fins silber ze muntzen geben, ze Frannckfurt kofft.« Für eine Mark Silber sind somit 8,05 fl. bezahlt worden. Das ergab zwischen gemünztem Gold und ungemünztem Silber die Relation 1 : 11,5 $\left(\frac{234,30}{8,05 \cdot 2,527}\right)$. Die Differenz zwischen gemünztem und ungemünztem Silber ist somit gegen 1425 (S. 230) nicht unwesentlich zurückgegangen. Die Herstellungskosten hatten sich verringert. —

Werfen wir, bevor wir die hier gewonnenen Zahlen übersichtlich zusammenstellen, noch die Frage auf, ob auf Grund der geschilderten Verhältnisse eine bestimmte Währung (Doppel-, Gold- oder Silberwährung) für Basel angenommen werden kann, so ist hier mit einem glatten Nein zu antworten. Die Münzgenossen haben freilich in dieser Beziehung ganz bestimmte Bestrebungen verfolgt, indem sie ursprünglich die reine Silberwährung durchzudrücken versuchten und später — nach kläglichem Misserfolg — die Doppelwährung erstrebten. Letztere vollständig durchzuführen, haben sie freilich nicht einmal auf dem Papier versucht.

Am weitesten geht in dieser Beziehung der Vertrag von 1403, der bestimmt, dass in Gulden kontrahierte Schulden auch in Silber verzinst werden können (S. 89), und jedermann zwingen will, sich damit zufrieden zu geben. Bezeichnenderweise soll aber die

Schuld selbst in dem kontrahierten Metall zurückbezahlt werden. Weiter zu gehen, hat man auch später nicht gewagt. Ja, selbst diese Bestimmung erwies sich als unausführbar. Wir haben gesehen, dass sie zu vielen Streitigkeiten Veranlassung gab und man sie in späteren Verträgen wegliess, so dass den Interessenten überlassen blieb, in diesen schwierigen Dingen selbst ein Uebereinkommen zu treffen. *Tatsächlich hat für die ganze von uns behandelte Zeit der Brauch gegolten, dass Silberschulden in Silber, und Goldschulden in Gold zurückbezahlt wurden.* Im wesentlichen galt dies auch für die Zinszahlungen, denn nur ganz vorübergehend hat sich für sie die Parität durchgesetzt. Dass auch im übrigen niemand gezwungen werden konnte, ein ihm nicht genehmes Metall zu acceptieren, liegt auf der Hand. Selbst eine gesetzliche Basis, d. h. ein gesetzliches Wertverhältnis für *freiwillige* Geschäfte in Gold und Silber hat der Bund erst verhältnismässig spät durchsetzen und nur mit Mühe und unter grossen Konzessionen behaupten können. Doppelwährung hat demnach in Basel nicht bestanden.

Falsch wäre es aber auch, für das mittelalterliche Basel die reine Goldwährung zu konstruieren. Das Silbergeld war nicht etwa Scheidemünze, sondern vollwertiges Zahlungsmittel in unbeschränkter Höhe. Der Rat der Stadt z. B. nahm an seinen Kassen für alle Forderungen Silber und kaufte für dieses nach dem Tageskurs Gulden, um damit seine Goldschulden zu bezahlen. Auch seinen Beamten gab er — je nach der Zusammensetzung seines Barbestandes — Silber oder Gold, was bei reiner Goldwährung mit Rücksicht auf den zeitweiligen schlechten Kredit des Silbergeldes nicht möglich gewesen wäre.

Dass endlich auch von reiner Silberwährung nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand. Theoretisch freilich hat sie eine Zeitlang bestanden. Sobald aber das Gold als führendes Metall anerkannt wurde und der Bund seine Silbermünze zu ihm in ein bestimmtes Verhältnis brachte, also in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Gulden geriet, war faktisch die blosse Silberwährung nicht mehr vorhanden. Auch der Umstand, dass der Gulden nicht Bundesgepräge war, kann daran nichts ändern. Der alte Grundsatz, dass eine Münze nur dort gilt, wo sie geschlagen wird, hat ja für die Goldprägung niemals bestanden, wenigstens nicht in dem engen überlieferten Sinne; ganz abgesehen davon, dass in

späterer Zeit in Basel tatsächlich Goldmünzen geprägt wurden. Die Münzhoheit kann im Mittelalter mit Währungsfragen nicht in Beziehung gebracht werden, denn die Befugnis zum Schlagen von Silber- und Goldmünzen basierte ja auf ganz verschiedenen Rechtsquellen. Der Territorialherr war gar nicht im stande, auch wenn er hierzu die tatsächliche Macht gehabt hätte, Goldgulden in seinem Lande zu verbieten, sobald es sich um kaiserliche oder kaiserlich sanktionierte Prägungen handelte. Und deshalb ist die Frage nach der Währung zu beantworten auf Grund des tatsächlichen Zustandes — dieser aber schliesst für Basel die reine Silberwährung vollständig aus.

Wir werden uns damit zufrieden geben müssen, dass sich im Basler Geldwesen im ausgehenden Mittelalter ein Zustand herausgebildet hatte, für den wir einen fachtechnischen Ausdruck nicht besitzen — und m. E. auch nicht nötig haben. Der Versuchung, hier eine neue Bezeichnung zu konstruieren, möchte ich mit Rücksicht darauf, dass der Wortschatz auf dem Gebiete des Goldwesens schon übergross ist, füglich widerstehen [1]). Beschreiben und auf kurzen Ausdruck bringen lässt sich die in unsern Untersuchungen zum Durchbruch gekommene Situation etwa so: Das führende und preisbestimmende Metall war das Gold. Daneben aber bestand selbständig — keineswegs als blosse Scheidemünze — das Silbergeld. Welches Metalls die Bürger sich bei ihren Geschäften bedienen wollten, unterlag ausschliesslich freier Vereinbarung. Gesetzliche Vorschriften, welche den beiden Metallen

1) An Versuchen, das spätmittelalterliche Geldwesen zu systematisieren, hat es nicht gefehlt. Ich verweise auf *Soetbeer*, *Grote*, *Hanauer*, *Lamprecht*, *Kruse*, *Wiebe* u. a. Nach *Soetbeer* (Literaturnachweis über Geld- und Münzwesen, Berlin 1892, S. 1) hat gegen Ende des Mittelalters die Goldwährung bestanden, während *Hanauer* (a. a. O. I. S. 16 ff.) dem ganzen Mittelalter die Silberwährung vindiziert. *Grote* (Münzstudien I. S. 211) deckt sich im ganzen mit *Soetbeer*. *Lamprecht* (Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter II. S. 397 ff.) nimmt für den Ausgang des Mittelalters »faktische« Doppelwährung an, während *Kruse* für diese Zeit die Doppelwährung schlechtweg acceptiert, gelegentlich aber auch von »subsidiär« geltender Goldwährung spricht. (*Kruse*, Kölnische Geldgeschichte bis 1386 etc. — Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, IV. Ergänzungsheft. 1888.) — *Wiebe* eignet sich in seinem vortrefflichen Buch: Zur Geschichte der Preisrevolution des XVI. u. XVII. Jahrh., Leipzig 1895 den *Lamprecht*schen Standpunkt an. Schon diese kurze Uebersicht zeigt, wie sehr die Meinungen auseinandergehen. Für Basel kann keine einzige der hier vertretenen Ansichten übernommen werden; sein mittelalterliches Geldwesen lässt sich den üblichen Begriffsbestimmungen in keiner Weise unterordnen. Wir werden uns deshalb mit der gegebenen Charakteristik bescheiden müssen.

die gegenseitige Vertretbarkeit sichern wollten, sind ohne Erfolg geblieben. Auch die Fixierung eines gesetzlichen Wertverhältnisses zwischen den Metallen hat nur unter Anerkennung der führenden Eigenschaft des Goldes durchgeführt werden können. Im übrigen hat sich im Laufe der Zeit der Zustand herausgebildet, dass alle grösseren Geschäfte in Gold, die kleineren hingegen in Silber vor sich gingen, so dass schliesslich eine erträgliche Lage des Geldmarktes herbeigeführt wurde.

Sehr erhebliche Schwierigkeiten freilich ergaben sich für die Stadt selbst. Diese war gezwungen, ihre sämtlichen Steuern und Zölle in Silber hereinzunehmen. Da sie ihrerseits aber vielfach in Gold bezahlen musste — so die Zinsen der auswärts kontrahierten Anleihen — sah sie sich genötigt, in grosser Zahl Gulden zu kaufen. Das leiseste Anziehen des Guldenkurses verursachte ihr somit erhebliche Verluste. Diese Konstellation hat schliesslich dahin geführt, dass in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nicht in erster Linie die Privatwirtschaft an einer gesetzlichen Fixierung des Guldenkurses interessiert war, sondern die Stadt selbst, deren Finanzen unter einem ungeregelten Wertverhältnis am meisten zu leiden hatten. Hinzu kam noch, dass die Stadt auch mit Rücksicht auf die Möglichkeit, in den dem Bunde angeschlossenen Territorien mit Silbergeld bezahlen zu können, die Erneuerung der Münzgenossenschaft in höchstem Masse als in ihrem Interesse liegend erachten musste. (Vgl. S. 234.)

Die Münz- und Geldpolitik des Bundes zeigt somit gegen Ausgang des Mittelalters einen stark fiskalischen Zug, der ihr ursprünglich fern lag, den sie aber annehmen musste, um ihrer eigenen Wirtschaft das Gleichgewicht zu sichern. Diese Fiskalität darf indessen nicht beurteilt werden, wie jene privatwirtschaftliche Ausnutzung des Münzregals durch die Bischöfe, denn sie bedeutete für das allgemeine Wirtschaftsleben nicht nur keine Schädigung, sondern direkt und indirekt greifbaren Gewinn. —

Es bleibt uns jetzt noch übrig, die in diesem Kapitel gefundenen Zahlen übersichtlich zu gruppieren. Die Tabelle auf S. 242 und 243 bringt Schrot und Korn von Gold- und Silbermünzen und ihr gegenseitiges Verhältnis in den verschiedenen Zeitperioden systematisch zur Darstellung. Dass hierbei für den Guldenkurs, der, wie unsere früheren Darstellungen zeigen (S. 55, 84, 168), in älterer Zeit permanenten Schwankungen unterworfen war, Durchschnittszahlen zur Anwendung gekommen sind, und deshalb die Zahlen der Ta-

belle mit den mehr individuellen Berechnungen dieses Kapitels nicht immer genau übereinstimmen, liess sich nicht vermeiden, wenn die Einheitlichkeit mit der Zusammenstellung auf Seite 213 gewahrt werden sollte. Ein Vergleich mit den früheren Kurstabellen — die als Unterlage für genaue Feststellungen des Kurses ihren Wert behalten — zeigt aber, dass das arithmetische Mittel vom Reihenbild nicht sonderlich abweicht.

Bezüglich des Basler Pfundes ist von 1462 ab das in unsern Ausführungen ermittelte Durchschnittskorn angegeben. Daneben ist aber in Klammern das Korn der kleineren Stücke verzeichnet. Man wird gut tun, sich an das Durchschnittskorn zu halten. Es sei auch an dieser Stelle daran erinnert, dass immer dann, wenn ein Jahr zwei Perioden angehört, darauf zu achten ist, ob die in den Urkunden genannten Geldsummen als Stücke alter oder neuer Prägung bezeichnet sind. Fehlen solche Angaben, so darf in der Regel angenommen werden, dass es sich um alte Prägungen handelt. Uebrigens kann aus den Daten der Münzbriefe, die ich ohne Ausnahme verzeichnet habe, auch der genaue Termin der Ausgabe neuer Prägungen ohne Schwierigkeit ermittelt werden. Von besonders wichtigen Fällen abgesehen, wird ein solches Verfahren aber in der Regel überflüssig sein.

Einer kurzen Erörterung wird noch die Frage zu unterwerfen sein, auf welches Metall die spätmittelalterlichen Angaben über Geldbeträge bei vergleichenden Gegenüberstellungen zu reduzieren sind. In der bisherigen Münzliteratur wird — je nach dem in der Anmerkung auf S. 239 angedeuteten Standpunkte der Verfasser — Gold oder Silber zu grunde gelegt. Das ist m. E. verkehrt, für Basel wenigstens ganz und gar nicht zulässig. Das Ergebnis unserer Untersuchung drängt zweifellos dahin, bei Preisuntersuchungen als Reduktionseinheit Gold und Silber zu wählen. Dies aus dem einfachen Grunde, weil Gold und Silber je ein bestimmtes Marktgebiet hatten. Für alle Preise des Kleinverkehrs wird die Silberreduktion unerlässlich sein, während für die Erfassung des grösseren Geldverkehrs die Reduktion auf Gold erforderlich ist. Man wird deshalb gut tun, alle Preisangaben aus dem mittelalterlichen Basel zunächst auf Gold und Silber zu reduzieren, damit die Inbeziehungsetzung zum Kleinverkehr wie zum Grossverkehr möglich bleibt. Dieses Verfahren erfordert zwar umständliche und zeitraubende Einzeluntersuchungen, ist

Schrot, Korn und Wertverhältnis von Gulden und Pfund in Basel

1362—1500.

Zeitraum	Feingehalt des Rhein.[1]) Gulden in Gramm Gold		Feingehalt des Basler Pfundes in Gramm Silber		Preis des Guldens in Pfund und Gramm Silber				Preis des Pfundes in Gulden und Gramm Gold		Wertverhältnis zwischen Gulden und Pfund		
	nach den Münzverträgen	nach den Münzversuchen	nach den Verträgen	nach den Münzversuchen	nach der gesetzlichen Vorschrift		im Verkehr Durchschnittspreis		im Verkehr Durchschnittspreis		a. zwischen gesetzl. Gulden und gesetzl. Kurs d. Pfundes (Spalte 1 und 6)	b. zwischen d. gesetzl. Kurs d. Pfundes und Probationsgulden (Spalte 6 und 2)	c. zwisch. d. Probationsgulden und dem Verkehrskurs des Pfundes (Spalte 2 und 8)
					lb.	gr	lb.	gr	fl.	gr			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1362—70	—	3,541	—	85,20	—	—	0,50	42,60	2,00	7,082	—	—	1 : 12,03
1370—73	—	3,396	—	64,08	—	—	0,60	38,44	1,66	5,637	—	—	1 : 11,32
1374—75	—	3,396	—	54,00	—	—	0,68	36,72	1,47	4,992	—	—	1 : 10,81
1376—77	—	3,396	—	74,16	—	—	0,82	60,81	1,22	4,143	—	—	1 : 17,91
1377—83	—	3,396	50,64	50,64	0,75	37,98	0,80	40,51	1,25	4,255	—	1 : 11,2	1 : 11,93
1384—85	—	3,322	50,64	48,00	0,75	37,98	0,87	41,76	1,15	3,820	—	1 : 11,4	1 : 12,57
1386—87	3,396	3,396	50,64	24,48	0,75	37,98	1,19	29,13	0,84	2,852	1 : 11,2	1 : 11,2	1 : 8,58
1387—89	3,396	3,396	34,80	34,80	1,—	34,80	1,13	39,32	0,88	2,988	1 : 10,2	1 : 10,2	1 : 11,58

1393—99	3,396	3,322	34,80	26,40	1,—	34,80	**1,23**	**32,47**	**0,81**	**2,690**	1 : 10,2	1 : 10,5	**1 : 9,77**
1399—1403	3,322	3,322	27,84	27,84	—	—	**1,32**	**36,74**	**0,76**	**2,524**	—	—	**1 : 11,06**
1403—05	3,322	3,322	33,84	33,84	1,—	33,84	**1,05**	**35,53**	**0,95**	**3,155**	1 : 10,2	1 : 10,2	**1 : 10,70**
1406—09	3,248	3,041	—	33,84		—	**1,10**	**37,22**	**0,91**	**2,767**	—	1 : 10,2	**1 : 12,24**
1409—16	2,953	3,248	—	33,84	—	—	**1,07**	**36,20**	**0,93**	**3,020**	—	—	**1 : 11,15**
1417—19	2,953	2,953	—	26,88	—	—	**1,06**	**28,49**	**0,94**	**2,775**	—		**1 : 9,65**
1420—24	2,953	2,865	—	26,88	—	—	**1,08**	**29,03**	**0,92**	**2,635**	—	—	**1 : 10,13**
1425—33	2,777	2,777	30,00	30,00	1,—	30,—	**1,15**	**34,50**	**0,87**	**2,415**	1 : 10,8	1 : 10,8	**1 : 12,42**
1433—54	2,777	2,777	—	27,84	1,15	32,01	**1,15**	**32,01**	**0,87**	**2,415**	1 : 11,5	1 : 11,5	**1 : 11,53**
1455—60	2,723	2,723	—	27,84	1,15	32,01	**1,15**	**32,01**	**0,87**	**2,369**	1 : 11,8	1 : 11,8	**1 : 11,76**
1461—62	2,723	2,696	—	27,84	1,15	32,01	**1,15**	**32,01**	**0,87**	**2,345**	1 : 11,8	1 : 11,9	**1 : 11,87**
1462—76	2,723	2,696	24,18 (23,28)	24,18 (23,28)	1,15	27,80 (26,77)	**1,15**	**27,80** (26,77)	**0,87**	**2,345**	1 : 10,2 (1 : 9,8)	1 : 10,3 (1 : 9,9)	**1 : 10,31** (1 : 9,9)
1477	2,647	2,647	24,18 (23,28)	24,18 (23,28)	1,15	27,80 (26,77)	**1,18**	**28,53** (27,47)	**0,85**	**2,249**	1 : 10,5 (1 : 10,1)	1 : 10,5 (1 : 10,1)	**1 : 10,78** (1 : 10,4)
1478—80	2,647	2,647	24,54 (24,00)	24,54 (24,00)	1,18	28,96 (28,32)	**1,18**	**28,96** (28,32)	**0,85**	**2,249**	1 : 10,9 (1 : 10,7)	1 : 10,9 (1 : 10,7)	**1 : 10,94** (1 : 10,7)
1480—89	2,647	2,647	23,89 (21,60)	23,89 (21,60)	1,18	28,19 (25,49)	**1,18**	**28,19** (25,49)	**0,85**	**2,249**	1 : 10,6 (1 : 9,6)	1 : 10,6 (1 : 9,6)	**1 : 10,65** (1 : 9,6)
1490—98	2,527	2,527	23,89 (21,60)	23,89 (21,60)	1,18	28,19 (25,49)	**1,18**	**28,19** (25,49)	**0,85**	**2,147**	1 : 11,2 (1 : 10,1)	1 : 11,2 (1 : 10,1)	**1 : 11,16** (1 : 10,1)
1498—1500	2,527	2,527	20,85 (19,80)	20,85 (19,80)	1,25	26,06 (24,75)	**1,25**	**26,06** (24,75)	**0,80**	**2,021**	1 : 10,3 (1 : 9,8)	1 : 10,3 (1 : 9,8)	**1 : 10,31** (1 : 9,8)

1) Für die erste Zeit florentinische Gulden.

aber unerlässlich, wenn einigermassen sichere Resultate erzielt werden sollen. Die bisherigen Ergebnisse der spätmittelalterlichen Preisstatistik sind deshalb so unbefriedigend, weil sie alle von einer Verkennung des tatsächlichen Geldmarktes ausgehen und mit Reduktionen auf ein Metall arbeiten.

Um dies näher zu illustrieren und gleichzeitig ein Muster für die von mir empfohlene Methode zu geben, bringe ich nachstehend eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Basler Weinsteuer[1]) von 1361/62—1500 zum Abdruck (S. 246 ff.). Die Tabelle bringt den absoluten Betrag der Weinsteuer in ℔ oder fl. und daneben (Sp. 10 und 11) die Umrechnung auf Gold und Silber. Die Spalten 3—9 geben die Unterlagen für die Umrechnung wieder. Selbstverständlich ist für das Verhältnis zwischen Gold und Silber der Verkehrskurs in Anrechnung gekommen, wie überhaupt den Feingehaltsberechnungen der wirklich ermittelte und nicht der gesetzliche Feingehalt zu grunde gelegt ist. Ein gleiches Verfahren dürfte sich für jede Benutzung der Tabelle auf S. 242 u. 243 empfehlen. Im übrigen habe ich die Zusammenstellung mit so deutlichen Ueberschriften versehen, dass der Kundige einem Irrtum nicht verfallen wird.

Die von mir vorgenommene Umrechnung zeigt deutlich welche Finanzkraft den Erträgnissen der Weinsteuer innewohnt, und zwar sowohl gegenüber dem Gold- wie dem Silberverkehr. Hätten wir uns mit der Reduktion auf ein Metall begnügt, so würden wir einen klaren Begriff von der Bedeutung der einzelnen

---

1) Die Angaben über die Weinsteuer entnehme ich den Jahresrechnungen der Stadt, die, wie schon bemerkt, von 1361 an vollständig erhalten sind. Basel hat im Mittelalter ein verhältnismässig gutes Rechnungswesen gehabt, das am ausführlichsten bis jetzt *Gustav Schönberg* in seinem Buche über Finanzverhältnisse der Stadt Basel (1879) geschildert hat. Die uns überlieferten Rechnungsbücher teilen sich in Wochen-, Fronfasten- und Jahresrechnungsbücher. Für die vorliegende Arbeit sind hauptsächlich die letzteren benutzt worden. Das Finanzjahr begann mit der Sonnenwende, dem Johannistag, an welchem auch der Amtsantritt des neuen Bürgermeisters und der Räte etc. erfolgte. Neben den Rechnungsbüchern enthält das Basler Archiv noch eine Reihe von anderen auf das Finanzwesen bezügliche Akten. Das gesamte Material gewährt überaus interessante Einblicke in den Stadthaushalt Basels sowohl, wie in das mittelalterliche Finanzwesen überhaupt. Basel hat aus Mangel an eigenem Vermögen unverhältnismässig früh ein sehr umfassendes indirektes und direktes Steuersystem ausbilden müssen. Zu seinen ältesten Abgaben gehört neben einer Mehlsteuer die Weinsteuer, welche ohne Unterbrechung während des ganzen ausgehenden Mittelalters erhoben worden ist und deshalb als Unterlage für die obigen Berechnungen besonders geeignet erscheint.

Beträge nicht haben gewinnen können. Jetzt aber wissen wir genau, welcher Spielraum sich dem Rat der Stadt vermöge seiner Silbereinkünfte auf dem Gold- wie dem Silbermarkt geboten hat.

Erwähnt werden mag schliesslich noch — obwohl es dem Fachmann als selbstverständlich erscheint —, dass in meinen ganzen Aufstellungen die Veränderung der Kaufkraft nur insoweit berücksichtigt ist, als sie von der Münze selbst ausgeht. Hierüber hinausgehende Untersuchungen fallen aus dem Rahmen der vorliegenden Arbeit heraus und müssen späteren Studien überlassen bleiben. Aus diesem Grunde ist auch die — weil es an entsprechenden Unterlagen heute noch fehlt — völlig sinnlose Umrechnung mittelalterlicher Münzen in modernes Geld unterblieben. Das Basler Archiv enthält freilich genug Material, um auch über die allgemeine Entwicklung der Kaufkraft innerhalb des Basler Wirtschaftsgebietes Klarheit zu schaffen, indessen sind hierfür so umfassende Studien erforderlich — für welche sogar die Methode noch gefunden werden muss[1]) — dass sie Gegenstand einer besonderen Darstellung werden müssen. Ganz allgemein darf aber bemerkt werden, dass wir auch auf diesem Gebiete nur zum Ziele kommen, wenn wir von der bisherigen Praxis des planlosen Arbeitens abkommen und zunächst für kleine Wirtschaftszentren alle die Kaufkraft bestimmenden Momente zusammenstellen. Um zu generellen Schlüssen kommen zu können, ist vorher eine Summe von systematischer Kleinarbeit nötig, die für die Lösung des uns hier beschäftigenden Problems bis heute noch nicht geleistet ist. Hier die Hand anzulegen, ist eine dringende Gegenwartsaufgabe der deutschen Wirtschaftshistoriker. Dass bei solcher Tätigkeit dem Münzwesen besondere Beachtung zu teil werden muss, ja, dass seine Klarstellung unerlässliche Voraussetzung für jedes tiefere Eindringen in das Wirtschaftsleben eines bestimmten Gebietes ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. In diesem Sinne glaubt die vorliegende Arbeit einen nicht unwichtigen Baustein für die einschlägigen Untersuchungen auf Basler Gebiet beigebracht zu haben.

1) Ich kenne die Literatur, welche das Gegenteil behauptet, sehr wohl! Das beste, was über die Ermittlung der Kaufkraft bisher gesagt ist, sind die (sehr zurückhaltenden) Darlegungen *Luschin von Ebengreuth*s (a. a. O. S. 181 ff.). Auf sie möge hier besonders hingewiesen werden. In bezug auf die übrige Literatur darf ich bitten: Man höre endlich auf, von einer zwei-, drei-, vier- und fünffachen Kaufkraft in dieser oder jener Zeit zu reden. Derartige Verallgemeinerungen wirken angesichts jeder haltbaren Unterlage geradezu lächerlich.

Die Basler Weinsteuer 1361—1500.

Rechnungsjahr	Betrag der Weinsteuer in			1 ℔ enthält gr Silber	1 fl. enthält gr Gold	1 fl. ist gleich … ℔	1 ℔ ist gleich … fl.	Silberäquivalent f. 1 Gulden	Goldäquivalent für 1 Pfund	Relation	Betrag der Weinsteuer in	
	℔	ß	₰	Sp. 4 der Tab.[1])	Sp. 2 der Tab.	Sp. 7 der Tab.	Sp. 9 der Tab.	Sp. 8 der Tab.	Sp. 10 der Tab.	Sp. 13 der Tabelle	Mark Silber	Mark Gold
1	2			3	4	5	6	7	8	9	10	11
1361/62	1745	17	—	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	634.9	52.78
1362/63	2281	19	—	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	829.8	68.98
1363/64	2610	8	—	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	949.2	78.90
1364/65	2814	3	6	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	1023.3	85.06
1365/66	2103	15	—	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	765 0	63.59
1366/67	2518	5	6	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	915.7	76.12
1367/68	2962	—	—	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	1077.1	89.53
1368/69	3038	14	6	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	1105.0	91 85
1369/70	2272	14	2	85,20	3,541	0,50	2,00	42,60	7,082	1 : 12,03	826.4	68.69
1370/71	2505	5	—	64,08	3,396	0,60	1,66	38,44	5,637	1 : 11,32	685.2	60.53
1371/72	2392	7	3	64,08	3,396	0,60	1,66	38,44	5,637	1 : 11,32	654.3	57.80
1372/73	2282	3	5	64,08	3,396	0,60	1,66	38,44	5,637	1 : 11,32	624.2	55.14
1373/74	1587	7	1	64,08	3,396	0.60	1,66	38.44	5,637	1 : 11,32	434 1	38.35
1374/75	1814	1	7	54,00	3,396	0,68	1,47	30,72	[illegible]	1 : 10,81	418.1	38,68
1375/76	2308	18	—	54,00	3,396	0,68	1,47	30,72	[illegible]	1 : 10,81	532.0	49.21
1376/77	1887	17	2	74,1[illegible]	3,396	0,82	1,22	60,81	4,143	1 : 17,91	597.5	33.31
1377/78	2513	6	3	50,64	3,396	0,80	1,25	40,51	4,255	1 : 11,93	543.2	45.53
1378/79	3133	11	7	50,64	3,396	0,80	1,25	40.51	4,255	1 : 11,93	677.3	56.77
1379/80	3648	—	—	50,64	3,396	0,80	1.25	40.51	4,255	1 : 11,93	788.5	66.09
1380/81	3308	1	7	50,64	3,396	0,80	1.25	40,51	4.255	1 : 11,93	715.0	59.93
1381/82	3285	1	10	50.64	3,396	0,80	1,25	40.51	4.255	1 : 11,93	710.0	59.51
1382/83	3866	3	2	50,64	3,396	0,80	1,25	40,51	4,255	1 : 11,93	835.6	70.04
1383/84	3452	6	—	50,64	3,396	0,80	1,25	40,51	4,255	1 : 11,93	746 2	62.55
1384/85	3366	1	7	48,00	3,322	0,87	1,15	41,76	3,820	1 : 12,58	689.6	54.86
1385/86	2687	7	—	48,00	3,322	0,87	1,15	41,76	3,820	1 : 12,58	550.5	43,79
1386/87	2863	5	5	24,48	3,396	1,19	0,84	29,13	2,852	1 : 8,58	299.2	34.87
1387/88	4490	6	9	34,80	3,396	1,13	0.88	39,32	2,988	1 : 11,58	666.9	57.59
1388/89	4994	17	1	34,80	3,396	1,13	0,88	39,32	2,988	1 : 11,58	741 9	64 07
1389/90	6649	2	—	30,00	3,300	1,20	0,83	36,00	2,757	1 : 11,58	851,4	87.54
1390/91	6275	11	10	30,00	3,322	1,20	0.83	36,00	2,757	1 : 10,84	803.6	74 1 3
1391/92	4511	12	9	30,00	3,322	1,20	0,83	36,00	2,757	1 : 10,84	577.7	53.29
1392/93	5713	17	—	30,00	3,322	1,20	0,83	36,00	2,757	1 : 10,84	731.6	67.49
1393/94	5660	2	9	26.40	3,322	1,23	0.81	32,47	2,690	1 : 9,77	637.8	65.28
1394/95	5468	16	8	26.40	3,322	1,23	0,81	32.47	2,690	1 : 9,77	616 2	63.07
1395/96	5319	7	—	26.40	3,322	1,23	0,81	32,47	2.690	1 : 9,77	599.4	61.35
1396/97	4393	4	3	26,40	3,322	1,23	0,81	32,47	2,690	1 : 9,77	495.0	50.67
1397/98	4456	7	2	26,40	3,322	1,23	0,81	32,47	2,690	1 : 9,77	502.1	51.39
1398/99	4192	17	9	26.40	3,322	1,23	0,81	32,47	2,690	1 : 9,77	472.4	48 35
1399/00	4732	19	6	27,84	3,322	1,32	0.76	36.74	2,524	1 : 11.06	562.4	50,85
	[illegible]											
1400/01	6272	1	7	27,84	3,322	1,32	0,76	36,74	2,524	1 : 11,06	745,3	67,39
1401/02	5801	10	—	27,84	3,322	1,32	0.76	36,74	2,524	1 : 11,06	689.3	62,32
1402/03	5189	12	2a	27,84	27.84	1,32	0,76	36.74	2.524	1 : 11,06	616.6	55.75
	471	14	n								68,1	6.36
1403/04	4920	9	—	27,84	27.84	1.32	0,76	36.74	2.524	1 : 11,06	710,7	66,42

1) Gemeint ist die Tabelle auf Seite 242 u. 243.

Rechnungsjahr	Betrag der Weinsteuer in ℔	β	δ	1 ℔ enthält gr Silber (Sp. 4 der Tab.)	1 fl. enthält gr Gold (Sp. 2 der Tab.)	1 fl. ist gleich . . . ℔ (Sp. 7 der Tab.)	1 ℔ ist gleich . . . fl. (Sp. 9 der Tab.)	Silberäquivalent f. 1 Gulden (Sp. 8 der Tab.)	Goldäquivalent für 1 Pfund (Sp. 10 der Tab.)	Relation (Sp. 13 der Tabelle)	Betrag der Weinsteuer in Mark Silber	Betrag der Weinsteuer in Mark Gold
1	2			3	4	5	6	7	8	9	10	11
1404/05	5286	13	10	33,84	3,322	1,05	0,95	35,53	3,155	1 : 10,70	763,5	71,36
1405/06	5270	4	7	33,84	3,322	1,05	0,95	35,53	3,155	1 : 10,70	761,2	71,14
1406/07	5888	6	2	33,84	3,041	1,10	0,91	37,22	2,767	1 : 12,24	850,4	69,48
1407/08	5399	7	11	33,84	3,041	1,10	0,91	37,22	2,767	1 : 12,24	779,8	63,71
1408/09	5934	8	8	33,84	3,041	1,10	0,91	37,22	2,767	1 : 12,24	857,1	70,02
1409/10	5784	1	—	33,84	3,248	1,07	0,93	36,20	3,020	1 : 11.15	835.4	74,92
1410/11	4846	1	10	33,84	3,248	1,07	0,93	36,20	3,020	1 : 11.15	699,9	62,77
1411/12	5566	14	10	33,84	3.248	1,07	0,93	36,20	3,020	1 : 11,15	803,9	72,10
1412/13	7806	14	2	33,84	3,248	1,07	0,93	36,20	3,020	1 1.15	1127,5	101,12
1413/14	5897	12	6	33,84	3,248	1,07	0,93	36,20	3,020	1 : 11,15	851,8	76,39
1414/15	5019	14	4	33,84	3,248	1,07	0.93	36,20	3,020	1 : 11,15	725,0	65,02
1415/16	5686	6	1	33,84	3,248	1,07	0,93	36,20	3,020	1 : 11,15	821,3	73,66
1416/17	6054	18	1	33,84	3,248	1,07	0,93	36,20	3,020	1 : 11.15	874,5	78,43
1417/18	6210	15	5	26,88	2,953	1,06	0,94	28,49	2.775	1 : 9,65	712,5	73.83
1418/19	4533	11	10	26,88	2,953	1,06	0,94	28,49	2.775	1 : 9,65	520,1	53,90
1419/20	4370	6	4	26,88	2,953	1,06	0,94	28,49	2,775	1 : 9,65	501,4	51,96
1420/21	4102	13	9	26,88	2,865	1,08	0,92	29,03	2,635	1 : 10,13	470,7	46,47
1421/22	5030	1	9	26,88	2,865	1,08	0,92	29,03	2,635	1 : 10,13	577,1	56,97
1422/23	3322	5	7	26,88	2,865	1,08	0,92	29,03	2,635	1 : 10.13	381,1	37,62
1423/24	3491	1	6	26,88	2,865	1,08	0,92	29,03	2,635	1 : 10,13	400,5	39,54
1424/25	3896	13		26,88	2,865	1,08	0,92	29,03	2,635	1 : 10,13	447.0	44,13
1425/26	3469	1	—	30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	444,2	35.77
1426/27	3738	2	5	30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	478,6	38,53
1427/28	5727	12		30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	733,4	59,05
1428/29	5571	—	—	30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	713,3	57,43
1429/30	5272	14		30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	675,1	54,36
1430/31	5527	—	—	30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	707,7	56,98
1431/32	5459	16	1	30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	699,1	56,29
1432/33	7054	4		30,00	2,777	1,15	0,87	34,50	2,415	1 : 12,42	903.2	72,72
1433/34	9953	10		27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	1182.7	102.58
1434/35	11478	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	1363,8	118,28
1435/36	12751	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	1515,1	131,40
1436/37	9339	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	1109,7	96,24
1437/38	8242	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	979,3	84,93
1438/39	8262	10	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	981,8	85,15
1439/40	6071	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	721,4	62,57
1440/41	5628	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	668,7	58,00
1441/42	4838	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	574,9	49,86
1442/43	4238	—		27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	503,6	43,68
1443/44	5835	18	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	693,4	60,14
1444/45	5451	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	647,7	56,18
1445/46 1446/47	9118	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	1083,4	93,96
1447/48	3707	15	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	440,6	38,21
1448/49	2585	10	6	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	307,2	26,64
1449/50	3443	2	6	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	409,1	35,48

Rechnungsjahr	Betrag der Weinsteuer in ℔	ß	₰	1 ℔ enthält gr Silber	1 fl. enthält gr Gold	1 fl. ist gleich . . . ℔	1 ℔ ist gleich . . . fl.	Silberäquivalent f. 1 Gulden	Goldäquivalent für 1 Pfund	Relation	Betrag der Weinsteuer in Mark Silber	Mark Gold
				Sp. 4 der Tab.	Sp. 2 der Tab.	Sp. 7 der Tab.	Sp. 9 der Tab.	Sp. 8 der Tab.	Sp. 10 der Tab.	Sp. 13 der Tabelle		
1	2			3	4	5	6	7	8	9	10	11
1450/51	3477	17	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	413,2	35,84
1451/52	2856	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	339,4	29,44
1452/53	2498	9	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	296,9	25,75
1453/54	4906	—	—	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	582,9	50,56
1454/55	5688	15	6	27,84	2,777	1,15	0,87	32,01	2,415	1 : 11,53	675,9	58,62
1455/56	5283	8	—	27,84	2,723	1,15	0,87	32,01	2,369	1 : 11,76	627,8	53,38
1456/57	5312	15	—	27,84	2,723	1,15	0,87	32,01	2,369	1 : 11,76	631,3	53,68
1457/58	3610	12	—	27,84	2,723	1,15	0,87	32,01	2,369	1 : 11,76	429,0	36,48
1458/59	2556	19	—	27,84	2,723	1,15	0,87	32,01	2,369	1 : 11,76	303,8	25,83
1459/60	3768	—	—	27,84	2,723	1,15	0,87	32,01	2,369	1 : 11,76	447,7	38,02
1460/61	3723	—	—	27,84	2,723	1,15	0,87	32,01	2,369	1 : 11,76	442,4	37,62
1461/62	4172	—	—	27,84	2,696	1,15	0,87	32,01	2,345	1 : 11,87	495,7	41,76
1462/63	3608	12	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	372,4	36,12[1]
1463/64	3504	—	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	361,6	35,07
1464/65	3750	7	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	387,0	37,54[2]
1465/66	3710	—	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	382,9	37,14
1466/67	3911	7	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	403,7	39,16
1467/68	3124	3	—	24,18	2,696	1,15	0,88	27,80	2,345	1 : 10,31	322,4	31,27
1468/69	2818	6	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	290,9	28,22
1469/70	3123	18	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	322,4	31,27
1470/71	3447	16	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	355,8	34,51[3]
1471/72	3104	—	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	320,3	31,07
1472/73	2742	—	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	283,0	27,45
1473/74	2168	2	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	223,8	21,71
1474/75	2193	1	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	226,3	21,95
1475/76	2690	10	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	277,7	26,94
1476/77	3814	10	—	24,18	2,696	1,15	0,87	27,80	2,345	1 : 10,31	393,7	38,19
1477/78	3492	10	—	24,18	2,647	1,18	0,85	28,53	2,249	1 : 10,73	360,4	33,18
1478/79	3129	—	—	24,54	2,647	1,18	0,85	28,96	2,249	1 : 10,94	327,7	29,95
1479/80	2435	10	—	24,54	2,647	1,18	0,85	28,96	2,249	1 : 10,94	255,1	23,32
1480/81	3093	6	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	315,4	29,62
1481/82	3356	10	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	342,2	32,13
1482/83	3279	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	334,3	31,39
1483/84	2365	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	241,1	22,64[4]
1484/85	1342	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	136,8	12,85
1485/86	2461	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	250,9	23,56
1486/87	3380	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	344,6	32,36

1) Hierzu 1 Posten alte Weinsteuer von 59. 14. 3.

2) Alte Weinsteuer ist auch noch verrechnet mit der Rappensteuer.

3) Alte Weinsteuer ist auch noch verrechnet mit der Schillingsteuer (s. d.).

4) Dabei steht in der Rechnung noch 1 Posten: von der Dirnen Winungelt 3. 15. 6.

Rechnungsjahr	Betrag der Weinsteuer in			1 ℔ enthält gr Silber	1 fl. enthält gr Gold	1 fl. ist gleich ... ℔	1 ℔ ist gleich ... fl.	Silberäquivalent f. 1 Gulden	Goldäquivalent für 1 Pfund	Relation	Betrag der Weinsteuer in	
	℔	β	𝔥	Sp. 4 der Tab.	Sp. 2 der Tab.	Sp. 7 der Tab.	Sp. 9 der Tab.	Sp. 8 der Tab.	Sp. 10 der Tab.	Sp. 13 der Tabelle	Mark Silber	Mark Gold
1	2			3	4	5	6	7	8	9	10	11
1487/88	**3710**	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	**378,3**	**35,52**
1488/89	**3944**	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	**402,1**	**37,76**
1489/90	**3745**	—	—	23,89	2,647	1,18	0,85	28,19	2,249	1 : 10,65	**381,9**	**35,86**
1490/91	**3226**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**328,9**	**29,47**
1491/92	**3320**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**338,5**	**30,33**
1492/93	**3413**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**348,0**	**31,18**
1493/94	**3606**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**367,7**	**32,95**
1494/95	**4485**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**457,3**	**40,98**
1495/96	**2789**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**284,4**	**25,48**
1496/97	**2007**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**204,6**	**18,33**
1497/98	**2400**	—	—	23,89	2,527	1,18	0,85	28,19	2,147	1 : 11,16	**244,7**	**21,93**
1498/99	**2989**	—	—	20,85	2,527	1,25	0,80	26,06	2,021	1 : 10,31	**266,0**	**25,80**
1499/00	**3076**	—	—	20,85	2,527	1,25	0,80	26,06	2,021	1 : 10,31	**273,7**	**26,55**

Register[1].

1) Die mit * versehenen Zahlen beziehen sich auf die Anmerkungen.

Fehlerberichtigung.

S. 11 zweite Zeile von unten das Wort derselben zu streichen.
S. 14 Anmerkung 1 lies schwerer statt schwer.
S. 21 Anmerkung 1 vierte Zeile u. V zu streichen.
S. 68 dritte Zeile von unten lies 87/88 statt 86/87.
S. 68 letzte Zeile lies 1,27 statt 1,30.
S. 63 Anmerkung 1 zu streichen.
S. 107 Anmerkung 1 zweite Zeile lies Rinmann statt Riemann.
S. 118 Abschnitt 2 achte Zeile zu streichen zum ersten Male.
S. 134 Abschnitt 2 fünfte Zeile zu streichen S. 1.
S. 142 Abschnitt 4 erste Zeile zu streichen das Komma hinter jeglicher.
S. 151 Anmerkung 1 zweite Zeile hinter Burgunderkriegen Komma zu setzen.
S. 169 letzte Zeile lies IV, 3 statt IV, 2.

Verlag von J. C. B. MOHR (Paul Siebeck)
und der H. LAUPP'schen Buchhandlung in Tübingen.

Von Herrn Professor Dr. **BERNHARD HARMS**

sind bisher erschienen:

Zur Entwickelungsgeschichte der Deutschen Buchbinderei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Technisch — Statistisch — Volkswirtschaftlich.

Mit 6 Tabellen.

Lex. 8. 1902. M. 7.60. Gebunden M. 8.60.

Die holländischen Arbeitskammern.

Ihre Entstehung, Organisation und Wirksamkeit.

Gross 8. 1903. M. 5.—.

Deutsche Arbeitskammern.

Untersuchungen zur Frage einer gemeinsamen gesetzlichen Interessenvertretung der Unternehmer und Arbeiter in Deutschland.

Gross 8. 1904. M. 1.80.

Arbeitskammern und Kaufmannskammern.

Gesetzliche Interessenvertretungen der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter.

8. 1906. M. —.80.

Der Maximalarbeitstag.

Vortrag, gehalten auf der 17. Tagung des Evangelisch-Sozialen Kongresses in Jena.

8. 1907. M. —.80.



